

Caroline Schmitt, Asta Vonderau (Hg.)

TRANSNATIONALITÄT UND ÖFFENTLICHKEIT

Interdisziplinäre Perspektiven

Caroline Schmitt, Asta Vonderau (Hg.)
Transnationalität und Öffentlichkeit

CAROLINE SCHMITT, ASTA VONDERAU (HG.)

Transnationalität und Öffentlichkeit
Interdisziplinäre Perspektiven

[transcript]

Gefördert durch das Research Center of Social and Cultural Studies Mainz (SO-CUM).



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2014 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat: Johanne Lefeldt, Caroline Schmitt

Satz: Harry Adler

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-2154-9

PDF-ISBN 978-3-8394-2154-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Öffentlichkeiten in Bewegung

Caroline Schmitt und Asta Vonderau | 7

PRAKTIKEN UND BÜHNEN DES ÖFFENTLICH-WERDENS

Öffentlichkeit unter den Bedingungen urbaner Superdiversität: Überlegungen zum Umgang mit einer Kategorie in den Kulturwissenschaften

Ina Dietzsch | 27

Die Bedeutung von Lokalität für die Teilhabe an multiplen Öffentlichkeiten in einer transnationalen Pfingstkirche

Kristine Krause | 55

Marktplätze der Öffentlichkeit:

Der Aufstand des Informellen gegen die globale Ökonomie

Peter Mörtenböck | 81

SITUATIVE SICHTBARKEITEN

Exterritoriale Grenzpolitik als Moment transnationaler Öffentlichkeit

Lena Laube | 113

Geografien der Öffentlichkeit: Transnationale vietnamesische Initiativen und ihre kommunale Steuerung in Berlin

Antonie Schmitz | 143

WISSENSVERMITTLER UND MULTIPLE ENGAGEMENTS

No Public? Class Dynamics, the Politics of Extraversion, and the Non-Formation of Political Publics and (Religious) AIDS Activism in Urban Tanzania

Hansjörg Dilger | 175

»Für die Ausübung ihrer zukünftigen Freiheit« – Zur Deutung und Herstellung von Öffentlichkeit in einem Migrantinnenverein

Annemarie Duscha | 207

Nichtregierungsorganisationen als Interessenvertreter und Politikvermittler in einer transnationalen Öffentlichkeit

Christiane Frantz | 233

Migrant Associations' Double Engagement and the Transnationalisation of Public Spheres

Bruno Riccio | 261

DIGITALE UND TRANSLOKALE KOALITIONEN

Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeiten und Medienpartizipation im Zeitalter des Internets

Jeffrey Wimmer | 285

Jugendprotest und transnationale Öffentlichkeit

Arne Schäfer/Matthias D. Witte | 309

Autorinnen und Autoren | 335

Öffentlichkeiten in Bewegung

CAROLINE SCHMITT UND ASTA VONDERAU

Ob der Arabische Frühling in Ägypten und anderen nordafrikanischen Ländern, die Proteste im Istanbuler Gezi Park oder die Aktionen der Frauen und der Occupy-Bewegung: Ereignisse wie diese gehen um die Welt, weil über sie berichtet wird, vor allem aber, weil sie in anderen gesellschaftlichen Kontexten Initiativen anstiften und damit Orte und Menschen miteinander verbinden. Sie lassen neue Kommunikations- und Handlungsräume entstehen, die als Bühnen grenzüberschreitender Öffentlichkeiten fungieren – Bühnen, die Individuen oder Organisationen eine Präsenz verschaffen, die neue Formen gesellschaftlicher Diskussion und Teilhabe ermöglicht.

Doch nicht nur öffentlichkeitswirksame Aktionen haben das Potenzial, »um die Welt zu gehen« und als transnationale öffentliche Foren zu fungieren. Vielmehr verdeutlichen die im vorliegenden Band versammelten Beiträge die Bandbreite lokaler alltagsweltlicher und institutioneller Kontexte – von pentekostalen Kirchen, informellen Märkten über Jugendproteste und Grenzpolitiken bis hin zu anti-AIDS-Aktionen, Migrantenvereinen¹ oder NGOs –, in deren Rahmen sich grenzübergreifende Beziehungen anbahnen können. Unser Anliegen ist es, gerade auf diese weniger sichtbaren, scheinbar marginalen Situationen und Kontexte des sozialen Lebens aufmerksam zu machen, die Öffentlichkeiten darstellen und als solche zu untersuchen sind.

Diese dynamischen, oft temporären und transnational verorteten Formen von Öffentlichkeit sind indes nicht nur als empirische Tatsachen zu

1 | Aus Gründen der Lesbarkeit verwenden wir in unserem Beitrag die männliche Geschlechterform. Frauen sind jedoch selbstverständlich mit inbegriffen. Gleiches gilt für die in diesem Band versammelten Beiträge.

nehmen, die von einer Forscherin lediglich aufgesucht und beschrieben werden müssen. Sie zeigen auch eine analytische Perspektivenerweiterung an, die in der interdisziplinären Diskussion des letzten Jahrzehnts zu Formen und Wirkungsweisen transnationaler Kommunikations- und Handlungsräume deutlich wurde (vgl. z. B. Castells 2008; Crack 2008; Fraser 2008; Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002). Diese Diskussion zeichnet sich durch die Bereitschaft und das Interesse aus, Öffentlichkeit als Kategorie neu zu denken. Auch dazu will der vorliegende Band beitragen. Er versammelt Beispiele qualitativer empirischer Forschungen aus sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen, die unterschiedliche disziplinäre, forschungspraktische und methodische Vorgehensweisen sowie theoretische Konzeptionalisierungen von Öffentlichkeit präsentieren: Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Ethnologie, Pädagogik, Geografie, Kommunikations- und Medienwissenschaften, Politikwissenschaft sowie Soziologie. Gemeinsam ist den Beiträgen die Analyse transnationaler Settings, innerhalb derer grenzüberschreitende Öffentlichkeiten identifiziert und untersucht werden. Gerade die Heterogenität der empirischen und theoretischen Zugänge stellt die Besonderheit des Bandes dar, dem es daran gelegen ist, Verbindungen zwischen den unterschiedlichen disziplinären Perspektiven herzustellen und die interdiziplinäre Diskussion zu materiellen Formen, kulturellen Bedeutungen und sozialen Wirkungsweisen von transnationalen Öffentlichkeiten somit in Bewegung zu bringen.

Dem interdisziplinären Ansatz des Bandes entsprechend, legen wir unseren weiteren Überlegungen einen erweiterten Öffentlichkeitsbegriff zu Grunde. Wir verstehen Öffentlichkeit als einen relationalen, zeitlich und räumlich situierten und multipel verorteten Raum verdichteter Handlung und Kommunikation – »a specific historical, political and economic conjuncture in which an issue becomes a problem« (Ong/Collier 2005:14)². Innerhalb dieses Raums treffen verschiedene Akteure und Interessen aufeinander, um Lösungen für soziale Probleme zu verhandeln. Wichtig ist es für uns im Zuge dieser begrifflichen Öffnung erstens, die in gängigen Konzeptionen von Öffentlichkeit dominierenden Dichotomien von lokal/global, formell/informell, öffentlich/privat, räumlich/medial aufzuweichen und diese Kategorien quer (als komplexe Relationen statt Dichotomien) zu denken. Zweitens möchten wir den prozessualen Charakter transnationaler

2 | In einem etwas anderem Zusammenhang bei Collier und Ong.

Öffentlichkeiten betonen und auf deren zeitliche und räumliche Situativität aufmerksam machen. Drittens will der vorliegende Band die Komplexität und Verwobenheit multipler Kollaborationen der in Prozesse der Öffentlichkeitsbildung involvierten Akteure sichtbar machen. Dabei geht es uns weniger um endgültige Definitionen und reduzierende Modelle als vielmehr darum, Komplexitäten aufzuzeigen, die transnationale Öffentlichkeiten erzeugen und ausmachen, und schließlich interessiert uns die Frage, wie solche Komplexitäten analytisch und empirisch gefasst werden können.

1. KONZEPTIONELLE ERWEITERUNGEN

Einen erweiterten Begriff von Öffentlichkeit zur Grundlage einer interdisziplinären Diskussion zu nehmen, ist aufgrund seiner historisch etablierten Konnotationen und eingespielten disziplinären Verwendungen kein selbstverständliches Unterfangen. Spätestens seit Jürgen Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (2013 [1962]) ist *Öffentlichkeit* ein vor allem in den Politikwissenschaften gebräuchlicher Begriff und eine »epochaltypische Kategorie« (ebd. 2013 (1962): 51), die eng mit den westlichen Modellen der Demokratie und des Nationalstaates verknüpft und daher klar territorialisiert ist. Die Frage nach der Territorialität von Öffentlichkeit gerät angesichts der Transnationalisierung gesellschaftlicher Prozesse (vgl. z. B. Mau 2007; Pries 2003, 2008; Wimmer/Glick Schiller 2002) ins Zentrum weiterführender Diskussionen, welche die von Habermas identifizierten Aspekte von Öffentlichkeit – ihr kritisches Potential, ihre Normativität, politische Legitimität und Effektivität – über ein nationalstaatliches Territorium hinausführen und aus grenzüberschreitender Perspektive diskutieren (vgl. z. B. Fraser 2008; Nash 2007; Tobler 2010). Dabei ändert sich vor allem das Verständnis der Teilname an und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Öffentlichkeit, die nicht mehr nur als eine durch nationalstaatliche Bürgerschaft bestimmte verstanden wird. Stattdessen wird die Betroffenheit von Akteuren – ihre »wechselseitige Verstrickung in Strukturen und/oder Institutionen« (Fraser 2008: 31) – zum Entfaltungs- und Inklusionsprinzip von Öffentlichkeiten erhoben. Diese strukturellen und institutionellen Verstrickungen können im Territorium eines Nationalstaates, aber auch grenzüberschreitend, auf verschiedenen räumlichen Ebenen (*scales*) des gesellschaftlichen Lebens – lokal, urban, regional, national, transnational – entstehen und vielfältige territoriale Ausformungen

annehmen. Aus einer normativen Perspektive verfügen solche Öffentlichkeiten erst dann über politische Legitimität, wenn »alle von einer politischen Entscheidung potentiell Betroffenen die Chance zur gleichberechtigten Teilnahme an den informellen Prozessen der Meinungsbildung« (Fraser 2008: 30) erlangen können. Dieser Sichtweise folgend, muss die von den Betroffenen gebildete Meinung von einem oder mehreren Nationalstaaten und Entscheidungsträgern aufgegriffen und in geltendes Recht und administrative Macht übersetzt werden. Die Schaffung neuer transnationaler Gewalten zeigt sich, wie Nancy Fraser betont, als unbedingt notwendig, um diese normative Funktion solcher Öffentlichkeiten realisieren zu können. (vgl. ebd. 2008: 30ff.) Dass die empirisch beobachtbaren Formierungsprozesse von transnationalen Öffentlichkeiten ebenso komplex wie konfliktreich sind und in den meisten Fällen nur zum Teil dem normativen Modell einer legitimen Öffentlichkeit entsprechen, ist offensichtlich. Kate Nash (2007) beispielsweise gibt kritisch zu bedenken, dass die in normativen Öffentlichkeitsmodellen berücksichtigten Strukturen und Wege der Meinungsäußerung vielfach von politischen Eliten geprägt sind und marginalisierte Gruppen von Meinungsbildungsprozessen ausschließen. Entsprechend bleiben diese Gruppen in den auf staatliche Strukturen und Akteure fokussierten Öffentlichkeitskonzeptionen meist unberücksichtigt. Auch Oelsen (2005) betont, dass die Meinungsäußerungen marginalisierter Gruppen ebenfalls als Öffentlichkeiten betrachtet werden sollten, was zu einer Pluralisierung des Öffentlichkeitsverständnisses führt, insofern statt nur *einer* dominanten Öffentlichkeit die Existenz von weiteren, auch widersprüchlichen oder konträren *Gegenöffentlichkeiten* anerkannt wird (vgl. Oelsen 2005: 435).

Es lässt sich also festhalten, dass die interdisziplinäre Diskussion der letzten Jahre von einem steigenden Bewusstsein darüber geprägt ist, dass angesichts der zunehmenden Mobilitäten von Individuen, Politiken, Organisationen und der damit verbundenen »Verschiebung der Problemlagen auf die transnationale Ebene« (Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002, S. 7) eine Pluralisierung und Erweiterung des Öffentlichkeitsverständnisses relevant wird. Denn diese Prozesse transnationaler Kommunikation lassen sich nicht mit dem auf nationalstaatliche Strukturen bezogenen Öffentlichkeitsverständnis allein erfassen. Vor allem Kommunikations- und medienwissenschaftliche Konzeptionen haben zu dieser Erweiterung beigetragen und den Begriff der Öffentlichkeit mit weiteren Konnotationen versehen. Öffentlichkeit wird in diesen Disziplinen vor allem als Kom-

munikationsfluss und medialer Prozess der Meinungsbildung analysiert (vgl. z. B. Brüggemann et al. 2009; Doerr 2010; Koopmans 2004; Wallner/Adolf 2011; Wimmer 2007). Untersuchungen von globalen medialen Vernetzungen geben nicht zuletzt Nahrung für wissenschaftliche und alltagsweltliche Visionen einer gänzlich entgrenzten Kommunikation, die sich der Idealvorstellung einer von räumlichen sowie sozialen Zwängen und Ausgrenzungen ›freien‹ Öffentlichkeit annähert. Doch auch solche Visionen werden durch das Erkennen der den medialen Informationsflüssen inhärenten räumlichen und sozialen Bezüge und Spannungen relativiert (vgl. Wimmer in diesem Band). Im Rahmen dieser disziplinären Diskussion wird zugleich festgestellt, dass die zunehmende Verbreitung des Öffentlichkeitsbegriffs, insbesondere in Bezug auf transnationale gesellschaftliche Kontexte, weniger zu seiner definitiven Klarheit als vielmehr dazu beiträgt, Öffentlichkeitskonzepte zu überdenken (Wimmer 2007: 21, Brüggemann et al. 2009). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sowohl eine Verengung des Öffentlichkeitsverständnisses auf nationalstaatliche Territorien als auch seine Ausweitung auf grenzenlose globale Informationsströme im Laufe der letzten Jahre hinterfragt und kritisch reflektiert wurde. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung sind vielfältige grenzüberschreitende Komplexitäten der Öffentlichkeitsbildung ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses gerückt, die weder völlig entgrenzt, noch eindimensional (ausschließlich lokal oder national) verräumlicht sind. Die empirische und analytische Erfassung solcher Komplexitäten stellt eine Herausforderung für die aktuelle interdisziplinäre Diskussion dar. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf einen Mangel an akteurs- und praxiszentrierten, empirischen Studien hingewiesen, welche die zeitlichen und räumlichen Ausformungen und Effekte transnationaler Öffentlichkeiten am konkreten Fall analysieren (vgl. z. B. Nash 2008 sowie Dietzsch in diesem Band).

2. PRAKTIKEN UND BÜHNEN DES ÖFFENTLICH-WERDENS

Angesichts der oben erwähnten Forschungsdefizite liegt es nahe, Öffentlichkeiten nicht ausschließlich als politische Projekte und diskursiv-kommunikative Beziehungen zu betrachten, sondern als zeitlich wie räumlich situierte, körperlich markierte gelebte Erfahrungen und Alltagspraktiken. Wir plädieren mit diesem Band daher für eine intensivere Erforschung von

Praktiken des *Öffentlich-Seins*, *-Werdens*, und *-Machens* in transnationalen Kontexten, im Sinne eines *doing publics* (vgl. Dietsch in diesem Band), was die auf gesellschaftliche Strukturen oder Kommunikationsströme fokussierten Forschungsperspektiven produktiv ergänzen und erweitern kann.

Ansätze, die zumindest am Rande auf Akteursperspektiven und Alltagspraktiken des Öffentlich-Seins und -Machens eingehen, gibt es in geringer Zahl bereits. So weisen Gerhards und Neidhardt (1990, 20ff.) auf die Notwendigkeit hin, neben der massenmedialen Kommunikation und dem kollektiven Protest (der Ebene öffentlicher Veranstaltungen) auch die alltägliche Kommunikation auf der Straße (*encounter*) zu berücksichtigen, um bestimmen zu können, »was Öffentlichkeit ist, welche Funktionen ihr in modernen Gesellschaften zukommen, welche Strukturen sie aufweist und welche Forschungsfragen sich daraus ergeben« (Gerhards/Neidhardt 1990: 6). Aus heutiger Sicht ließen sich auch viele weitere, miteinander verschränkte und überlappende Ebenen und Skalen der Öffentlichkeitsbildung beschreiben – beispielsweise neue Kommunikationskanäle wie Blogs oder Online-Plattformen sowie Aktionen der Neuen Sozialen Bewegungen –, in deren Rahmen Praktiken des Öffentlich-Seins und -Machens beobachtet und analysiert werden können. Praktiken sind in diesem Zusammenhang als grenzüberschreitend in Bezug auf staatliche Territorien, aber auch in Bezug auf den physischen und virtuellen Raum zu verstehen. Öffentliche Aushandlungen erfolgen nicht ausschließlich »au trottoir«, sondern können ebenso virtuell ablaufen. Öffentliche Aktionen können durch verschiedene geografische und zeitliche Räume hindurch organisiert sein; man denke etwa an den Tanz-Flashmob vom 21. September 2013 anlässlich des Internationalen Tages des Friedens,³ an dem Personen in 180 verschiedenen Städten weltweit teilnahmen. Insgesamt eröffnet eine praxeologische Vorgehensweise in Verbindung mit strukturell ausgerichteten und auf Kommunikationsströme fokussierten Forschungsperspektiven (vgl. Wimmer in diesem Band) die Möglichkeit, transnationale Ausformungen diverser Öffentlichkeiten durch verschiedene lokale Kontexte hindurch zu verfolgen, ohne dabei ihre räumlichen Bezüge und die ihnen inhärenten Widersprüche und Konflikte aus den Augen zu verlieren (vgl. Krause in diesem Band). Ein solches Vorgehen berücksichtigt nicht nur die neuen Kommunikations- und Handlungsformen, die im Rah-

3 | Homepage zum internationalen Flashmob anlässlich des Internationalen Tages des Friedens: <http://www.izfm.org/>.

men transnationaler Öffentlichkeiten möglich werden, sondern auch die Grenzen solcher Öffentlichkeiten (vgl. Dietsch, Dilger und Mörtenböck in diesem Band) und die ständigen Verschiebungen der Interessen und Engagements der in diesen Öffentlichkeiten involvierten und von ihnen betroffenen Akteure.

Werden Öffentlichkeiten von den alltäglichen Praktiken des Öffentlich-Seins und –Machens aus gedacht, können die identitätsstiftenden Bedeutungen der im Prozess der Öffentlichkeitsbildung entstehenden Koalitionen, Beziehungen und Engagements für individuelle Lebensentwürfe und kollektive Handlungsmotive in einem lebensweltlichen Sinne erfasst werden. So zeigen Schäfer und Witte in ihrem Beitrag für dieses Buch, wie sich Jugendliche durch das Engagement in transnationalen Protestbewegungen als Agenten begreifen und Selbstwirksamkeit erfahren. Auch Kaelble et al. (2002) sowie Schmitz (in diesem Band) erörtern, inwiefern mit der Teilnahme an transnationalen Öffentlichkeiten eine Formation individueller und kollektiver Identitäten einhergeht, die nicht auf dauerhafter Zugehörigkeit zu einer territorial oder auf andere Weise eindeutig definierten Gemeinschaft basieren, sondern als hybrid und flexibel charakterisiert werden können. Aus einer praxeologischen Perspektive betrachtet sind Öffentlichkeiten also weniger feste räumliche oder soziale Größen, sondern vielmehr komplexe, sich in ständiger Bewegung befindende überlappende Zonen gesellschaftlicher Aushandlungen – Öffentlichkeiten *in the making*. Diese Aushandlungszonen sind zum einen multipel verortet; sie können die lokalen, regionalen, nationalen räumlichen und administrativen Grenzen, aber auch scheinbar getrennte Bereiche gesellschaftlichen Lebens (das Private und das Öffentliche, das Formelle und das Informelle) überschreiten und auf diverse Weisen miteinander verbinden. Zum anderen geben sie Individuen und Kollektiven selbst die Möglichkeit der multiplen Identifizierung und Selbstverortung. Entsprechend betrachten die Autoren dieses Bandes transnationale Öffentlichkeiten als Aushandlungszonen, in deren Rahmen neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Meinungs- und Identitätsbildung, aber auch neue Konflikte und Ausgrenzungen entstehen.

Eine solche, auf die Praktiken der Herstellung von Öffentlichkeiten sowie auf kulturelle Deutungsprozesse gerichtete Perspektive entwickelt Ina Dietzsch in ihrem Beitrag »Öffentlichkeit unter den Bedingungen urbaner Superdiversität: Überlegungen zum Umgang mit einer Kategorie in den Kulturwissenschaften«. Im Rahmen einer Baseler Fallstudie zeigt sie,

wie an einem Ort Öffentlichkeiten unterschiedlicher Reichweite und verschiedene Öffentlichkeitsverständnisse zusammen kommen. Die Autorin hebt dabei die Rolle der Medien als »scaling devices« hervor, die sich für das Entstehen und die Struktur der Öffentlichkeiten als besonders wichtig erweisen. Medien tragen auch dazu bei, dass transnationale Prozesse lokal als eine besondere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens – als »nahe Diversität« (Koch 2012:120) – erfahrbar werden. Kristine Krause untersucht in ihrem Beitrag »Die Bedeutung von Lokalität für die Teilhabe an multiplen Öffentlichkeiten in einer transnationalen Pfingstkirche« Grenzziehungs- und Inkorporierungspraktiken im Kontext der grenzüberschreitenden pentekostalen Öffentlichkeit, die sie als Konstellation räumlich, situativ und temporär gebundener und zugleich durch globale Machtgeometrien geprägter diskursiver Arenen versteht. Am Beispiel einer von Zuwanderern aus Ghana in Deutschland gegründeten Pfingstkirche beschreibt Krause, wie sich die Kirche je nach Referenzrahmen als deutsch, afrikanisch, migrantisch, international oder global präsentiert und entsprechend wahrgenommen wird. Die Autorin betont, dass erst die Berücksichtigung der strategischen Bedeutung von Lokalitäten sowie die lokal beobachtbaren Grenzziehungs- und Zuschreibungspraktiken eine genaue Beschreibung und Konzeptionalisierung transnationaler Öffentlichkeiten ermöglicht. Peter Mörtenböck betrachtet in seinem Beitrag »Marktplätze der Öffentlichkeit. Der Aufstand des Informellen gegen die globale Ökonomie« informelle Märkte als Orte, an denen transnationale Öffentlichkeiten von unten entstehen. Er zeigt, wie Freiluftmärkte Einkommens- und Teilhabemöglichkeiten für Gruppen und Individuen eröffnen, die von den formellen neoliberalen Märkten nicht profitieren können. Mörtenböck betrachtet die ökonomisch wie politisch begründeten Beziehungen und Kollaborationen der auf den informellen Märkten aktiven Akteure als »Bruch mit der vorhandenen Definitionsmacht« und als einen Kampf um die Legitimität alternativer »Arrangements von gesellschaftlichem Austausch, deren Gestalt, Streuung und Verteilung«. Der überindividuelle Charakter von Praktiken informellen Handels und der gesellschaftlichen Teilhabe lässt Informalität als Ausdruck von kollektiver Selbstbestimmung und politischem Widerstand erscheinen.

3. SITUATIVE SICHTBARKEITEN

Transnationale Zonen gesellschaftlicher Aushandlung und Auseinandersetzung verfügen, wie die hier versammelten Beiträge zeigen, über das Potenzial, zu Generatoren neuer Partizipations- und Teilhabeformen zu werden, die jedoch nicht notwendigerweise dauerhaft sind. Diese Zonen sind in der Regel nur temporär und überdies im ständigen Wandel begriffen. Wie Jeffrey Wimmer in seinem Beitrag anmerkt, erweisen sich selbst die durch klassische Institutionen, politische Eliten und etablierte Verfahren der Meinungsbildung strukturierten und scheinbar festen Kommunikationsräume bei genauerem Hinsehen als instabil. Sie zerfallen in segmentierte Öffentlichkeiten unterschiedlicher Komplexität und Reichweite. Diese Segmentierung deckt die sehr unterschiedlichen Kommunikationslogiken und widersprüchlichen Prozesse der Öffentlichkeitsbildung auf, ebenso wie die immer wieder neuen Konstellationen der an diesem Prozess beteiligten und von ihnen betroffenen Akteure. Auf ähnliche Weise schildert Kristine Krause, wie transnationale Öffentlichkeiten durch die unterschiedlichen Positionierungen ihrer Akteure und aufgrund diverser lokaler Voraussetzungen verschiedene Formen und Reichweiten erlangen, und wie sie durch globale Machtkonstellationen mitgestaltet werden.

Aufgrund ihres temporären Charakters verstehen wir transnationale Öffentlichkeiten, Peter Mörtenböck folgend, weniger als feste Institutionen denn als bewegliche politische Ökologien und Projekte, die an unterschiedliche Erwartungen und Interessen situativ anknüpfen. Die Effekte solcher Projekte sind nicht als ausschließlich geradlinig oder planbar zu verstehen, sondern vielmehr von Zufälligkeiten, Improvisationen und unerwarteten Wenden geprägt. Es bedarf also einer jeweils spezifischen sozio-materiellen Konstellation, damit diese Projekte ihre öffentlichkeitsgenerierende Funktion überhaupt erlangen und zu »Öffentlichkeitsmaschinen« (vgl. Mörtenböck in diesem Band) werden können.

Ein Beispiel solcher Situativität und Temporalität gibt Lena Laube in ihrem Beitrag »Exterritoriale Grenzpolitik als Moment transnationaler Öffentlichkeit«. Sie schildert eine Begegnung zwischen den Techniken der europäischen Grenzkontrolle einerseits (die heute nicht mehr ausschließlich an den nationalstaatlichen Grenzen selbst, sondern an verschiedenen Orten lokalisiert sind), und den zu kontrollierenden migrierenden Individuen andererseits. In dieser durch ungleiche Machtverhältnisse geprägten Situation sieht die Autorin dennoch Potenzial für das Entstehen einer tempo-

rären transnationalen Zone gesellschaftlicher Auseinandersetzung – einen potentiellen »Moment« transnationaler Öffentlichkeit –, der dann eintritt, wenn die Grenze ihre Regel offenbart, wenn andere politische Akteure (beispielsweise NGOs) aktiv werden und wenn sie eine kritische, über die jeweiligen Nationalstaaten hinausgehende Diskussion und Aktion initiieren.

Die genaue Betrachtung solch scheinbar marginaler »Öffentlichkeitsmomente« verdeutlicht nicht nur die jeweiligen strukturellen Voraussetzungen und die in dem jeweiligen Kontext einflussreichen politischen Diskurse, sondern auch die Machtgefälle und die ungleich verteilten Handlungsoptionen und Möglichkeiten von Meinungsäußerung in ihrer alltagsweltlichen räumlichen und körperlichen Ausprägung. Ohne Zweifel sind die offiziell anerkannten institutionalisierten Akteure – wie beispielsweise NGOs und insbesondere Medien – oft die einflussreichsten Gestalter öffentlicher Aushandlungen. Sie können die Reichweite sowie Sichtbarkeit eines bestimmten Problems und der sich darum gruppierenden Öffentlichkeit entscheidend formen. Doch zeigen sich bei Betrachtungen kurzzeitiger und momentartiger Öffentlichkeitsbildungen durchaus auch andere, weniger etablierte, informell vorgehende Akteure, welche Öffentlichkeiten mitprägen und die dominanten Sichtbarkeits- und Wahrheitsregimes stören oder hinterfragen können.

Auf solche situativ sichtbaren Akteure und ihre Strategien des Öffentlich-Werdens konzentriert sich Antonie Schmitz in ihrem Beitrag »Geografien der Öffentlichkeit: Transnationale vietnamesische Initiativen und ihre kommunale Steuerung in Berlin«. Am Beispiel von Demonstrationen vietnamesischer Migranten und am Fall eines asiatischen Großhandelszentrums in Berlin zeigt Schmitz, wie diese urbanen Kontexte temporäre transnationale Öffentlichkeiten generieren, deren Dauer und Reichweite von der sich wandelnden Konstellation der beteiligten Akteure abhängen und durch sie mitbestimmt werden. Es sind vor allem kommunale Akteure (die Stadt Berlin und die involvierten Bezirke), denen in diesem Zusammenhang Gestaltungsmacht und Einfluss darauf zukommen, welche Form von »publicity« den vietnamesischen Demonstranten und Händlern des Großhandelszentrums ermöglicht wird.

Zusammenfassend stellt eine stärkere Berücksichtigung der zeitlichen Dimensionen und des situativen Charakters von Öffentlichkeitsbildung eine besonders ergiebige Diskussionsrichtung dar, welche die räumlichen Ausprägungen transnationaler Öffentlichkeiten mit den zeitlichen Verschiebungen der diesen Öffentlichkeiten inhärenten Interessen, Bedürf-

nissen und Engagements zusammen zu bringen vermag. Um diese Bezüge herstellen zu können, erscheint uns eine Ergänzung der von Gerhards und Neidhardt (1990: 6) vorgeschlagenen Frage danach notwendig, was Öffentlichkeit ist und welche Funktionen sie in einer Gesellschaft erfüllt. Berücksichtigt werden muss auch und vor allem die Frage, *wann*, das heißt unter welchen historischen und sozialen Voraussetzungen transnationale Handlungs- und Kommunikationsräume entstehen, *wie* sie sich im Sinne einer zeitlichen und räumlichen Ausprägung und Reichweite konstituieren, und *für wen* sie Sichtbarkeit ermöglichen oder als Bühnen des Öffentlich-Machens und -Werdens erfahrbar sind.

4. MULTIPLE ENGAGEMENTS UND KOALITIONEN

Transnationale Öffentlichkeiten weisen polymorphe Geografien auf, die nicht nur verschiedene lokale Kontexte umfassen, sondern auch virtuelle und physische Räume verbinden. Da die Reichweite und Dauer solcher Öffentlichkeiten sehr unterschiedlich sein können und in ständigem Wandel begriffen sind, ist die Teilnahme ihrer Akteure weniger als dauerhafte Zugehörigkeit oder längerfristiges, durchgeplantes Handeln zu verstehen, sondern als ein multiples und flexibles Engagement. Sind es nicht mehr nationale oder andere feste Zugehörigkeiten, die das organisierende Prinzip solcher Öffentlichkeiten ausmachen, sondern die sich wandelnden Interessen und diversen Grade von Betroffenheit, dann werden mehrfache überlappende Engagements und gleichzeitige Zugehörigkeiten der an transnationalen Öffentlichkeiten beteiligten Akteure nicht nur möglich, sondern sogar üblich und alltäglich. Die hier versammelten Beiträge schildern eine ganze Reihe solcher mehrfachen Bezüge und Engagements.

Hansjörg Dilger zeigt in seinem Beitrag »No Public? Class dynamics, the Politics of Extraversion, and the Non-Formation of Political Publics and (Religious) AIDS Activism in Urban Tanzania«, wie die Anti-AIDS/HIV Aktionen in zwei unterschiedlichen Kontexten – den USA und Tanzania – von unterschiedlichen (sowohl lokal als auch grenzüberschreitend handelnden) Akteuren mit ihren jeweiligen heterogenen Interessen aufgenommen und realisiert werden. Dabei beschreibt Dilger vor allem Widersprüche und unterschiedliche Entwicklungen dieser Projekte, die im Prozess der transnationalen Wissens- und Erfahrungsvermittlung (etwa zur AIDS-Prävention oder zu den möglichen Protestformen) und ange-

sichts ihrer unterschiedlichen lokalen soziokulturellen Voraussetzungen entstehen und die Herausbildung von Öffentlichkeiten fördern (oder auch hemmen). In »Für die Ausübung ihrer zukünftigen Freiheit« – Zur Deutung und Herstellung von Öffentlichkeit in einem Migrantinnenverein« analysiert Annemarie Duscha, wie sich eine brasilianische Migrantinnenorganisation in Deutschland um die Herstellung einer für die Migrantinnen zugänglichen Öffentlichkeit engagiert, in dem sie sowohl nationale als auch transnationale Koalitionen initiiert und diese in Verbindung bringt. Durch ihr multiples Engagement generiert die Organisation »ein gemeinsames kollektives Wissen über das Leben als Migrant in Europa.« Ein solches Engagement in Sachen Wissensvermittlung versteht die Autorin als Akt der Bildung, der den Handlungsspielraum von Migrantinnen erweitert. In vergleichbarer Weise beschreibt Christiane Frantz in ihrem Beitrag »Nichtregierungsorganisationen als Interessenvertreter und Politikvermittler in einer transnationalen Öffentlichkeit« Aktivitäten und Präsenzen der transnational verorteten NGO *care*. Die Autorin zeigt, wie NGOs durch ihre gleichzeitigen lokalen und transnationalen Engagements zu einflussreichen Akteuren in einem medial vermittelten Prozess der Bildung politischer Öffentlichkeiten werden. Auch Bruno Riccio stellt in seinem Beitrag »Migrant Associations' Double Engagement and the Transnationalisation of Public Spheres« anhand von Fallbeispielen senegalesischer Migrantinnenorganisationen in Italien fest, dass diese Organisationen zur Transnationalisierung von Öffentlichkeit beitragen können, insofern sie mit ihren multiplen Engagements sowohl nationale als auch binationale Entwicklungskonzepte erweitern und in mehreren gesellschaftlichen Kontexten gleichzeitig politisch wirksam sind. Diese grenzüberschreitenden und einander überlappenden Aktivitäten fasst Riccio unter dem Begriff des »Co-Development« zusammen.

Die mehrfach engagierten und in multiplen temporären Koalitionen involvierten Akteure bedienen sich – dies machen alle in diesem Band versammelten Beiträge deutlich – einer Kombination aus digitalen und lokalen Kommunikations- und Handlungswege. Sie verfügen über einen »doppelten« (oder gar mehrfachen) Raumbezug (vgl. Schäfer/Witte in diesem Band), den sie als Ressource für die Schaffung neuer Kommunikationsformen, Handlungsmöglichkeiten sowie individueller und kollektiver Identitäten nutzen. Jeffrey Wimmer erläutert in seinem Beitrag »Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeiten und Medienpartizipation im Zeitalter des Internets«, wie ein solcher doppelter Raumbezug die subjektiven und struktu-

rellen Dimensionen von Öffentlichkeit verändert und Partizipations- sowie Koalitionsmöglichkeiten von Akteuren erweitert. Zugleich weist Wimmer darauf hin, dass die neuen Kommunikationstechnologien diversen »power laws« unterliegen und nicht unendliche Engagements und Beziehungen ermöglichen. Sie können überdies reaktionäre Koalitionen befördern und führen somit nicht zwangsweise zu mehr Demokratie. Am Beispiel des G8-Gipfels in Heiligendamm im Jahr 2007 als auch des Arabischen Frühlings analysieren Arne Schäfer und Matthias D. Witte in ihrem Beitrag »Jugendprotest und transnationale Öffentlichkeit« das gleichzeitige und ineinandergreifende Engagement protestierender Jugendlicher in lokalen und virtuellen Räumen. Sie beschreiben, wie der »Widerstand im Netz« (Winter 2010) zu Aktionen und Aktivitäten auf der Straße, in Vereinen, Organisationen und anderen nicht-virtuellen Mobilisierungskontexten führt, die sich wiederum in Formen virtuellen Protestes auf Facebook, Blogs und YouTube fortentwickeln und weitere Aktionen nach sich ziehen. Solche »doppelten Raumbezüge« ermöglichen eine fluide »civic agency«, welche die Jugendlichen trotz der politischen, ideologischen und religiösen Unterschiede in einer transnationalen »Koalition auf Zeit« für die Verhandlung und Lösung eines bestimmten Problems verbindet und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht. Diese miteinander verwobenen, mitunter widersprüchlichen räumlich gebundenen und virtuellen Engagements nachzuverfolgen ermöglicht es zu verstehen, wie die in einem gesellschaftlichen Kontext teilweise unsichtbaren Akteure ihre Agencies in verschiedenen Räumen und durch multipel verortete Koalitionen und Netzwerke akkumulieren, wie sie sichtbar werden und (temporär) an Einfluss gewinnen und/oder ihn wieder verlieren. Die in diesem Prozess entstehenden »Projekte« einer transnationalen Öffentlichkeitsbildung werden durch die stete Fluktuation der beteiligten Akteure und Interessen dabei nicht notwendigerweise unterbrochen, sondern können von anderen Gruppen und Individuen aufgegriffen und weitergeführt werden. Ferner ist für sie charakteristisch, dass die beteiligten Akteure selbst nicht notwendigerweise das gleiche Verständnis von Öffentlichkeit haben müssen, sondern sich in einer kontinuierlichen Verhandlung darüber befinden.

5. FOLLOWING THE PUBLIC SPHERES

In der Gesamtschau der hier versammelten Beiträge wird deutlich, dass alle ihre Autoren die zunehmende Präsenz und Bedeutung transnationaler Öffentlichkeiten mit ihrer Beobachtung einer Verquickung von Lokalität, Nationalität und Transnationalität (sowie von Virtualität und Territorialität) verbinden. Diese Beobachtung unterfüttert die These, derzufolge transnationale Prozesse nicht zu einem Bedeutungsverlust des Lokalen oder des Nationalstaats führen. Vielmehr können räumliche, institutionelle und alltagsweltliche Ebenen (Scales) im Zuge der Öffentlichkeitsbildung gleichermaßen relevant werden und zusammenwirken.

Aus eben diesem Grund werden diese Ebenen hier nicht dualistisch betrachtet, sondern vielmehr in Bezug zueinander gesetzt. Neben neuen Kommunikations-, Inklusions- und Teilhabeformen analysieren die Autoren dieses Sammelbandes Aushandlungen, Machtkonstellationen, Spannungen, Widersprüche und Ausgrenzungen, die transnationalen Prozessen der Öffentlichkeitsbildung gleichermaßen inhärent sind. Solche Spannungen zeigen sich als bestimmend dafür, inwiefern agentative und/oder nicht-agentative soziale Strukturen entstehen, die bestimmten Akteuren Handlungsmächtigkeit und öffentlichen Artikulation ihrer Belange ermöglichen, sie für andere Gruppen aber begrenzen (vgl. Scherr 2012: 103). Die Beiträge zeigen zugleich, wie neben lokalen strukturellen Bedingungen auch Individuen und Kollektive durch Praktiken und Strategien des Öffentlich-Machens und -Werdens selbst aktiv an der Schaffung agentativer Kontexte und ihrer Grenzen mitwirken. Neben den offiziell geplanten, politisch legitimierten und ökonomisch wie institutionell gefestigten Öffentlichkeitsformen werden hierbei Improvisationen, Imaginationen und unerwartete Entwicklungen berücksichtigt. Stabilität und Lokalität zeigen sich in diesem Zusammenhang als nicht unwichtige, jedoch besonders fragile Größen, deren Herstellung und Erhalt nach kontinuierlicher Verhandlung und Vernetzung verlangen.

Versteht man (transnationale) Öffentlichkeit wie von uns vorgeschlagen als Praxis, so rücken die (nicht-)agentative Rahmenbedingungen als auch Praktiken von Akteuren gleichermaßen in den Blick. So betrachtet erscheint transnationale Öffentlichkeit als eine historisch gewachsene, sozial multipel verortete, im Wandel begriffene, in alltäglichen Praktiken verkörperte sozio-materielle Formation. Deren konkrete Ausformungen, soziale Funktionen und kulturelle Bedeutungen sind im Sinne eines *following the*

public (vgl. Marcus 1995) zu untersuchen – durch das Nachverfolgen der relevanten Akteure, Sichtbarkeitsdynamiken, Kommunikationsströme, Deutungsprozesse und der Praktiken des Öffentlich-Machens und –Werdens. Aus einem solchen offenen empirischen und analytischen Zugang ergibt sich weniger eine eindeutige Definition von Öffentlichkeit, als vielmehr die Möglichkeit, (transnationale) Öffentlichkeiten in ihrer Komplexität, Kontextualität und Prozessualität neu zu denken.

LITERATURVERZEICHNIS

- Brüggemann, Michael/Hepp, Andreas/Kleinen-von Königslow, Katharina/Wessler, Hartmut (2009): »Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven«, in: Publizistik 54, S. 391-414.
- Castells, Manuel (2008): »The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance«, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 616 (1), S. 78-93.
- Crack, Angela M. (2008): Global Communication and Transnational Public Spheres, New York: Palgrave Macmillan.
- Collier, Stephen J./Ong, Aihwa (2005): »Global Assemblages, Anthropological Problems«, in: Dies. (Hg.), Global Assemblages: Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems, Malden: Blackwell, S. 3-21.
- Doerr, Nicole (2010): »Politicizing Precarity, Producing Visual Dialogues on Migration: Transnational Public Spaces in Social Movements«, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research 11 (2), Art. 30.
- Fraser, Nancy (2008): »Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt«, in: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hg.), Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18-34.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze (=Veröffentlichungsreihe der Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegung des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung), <http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/>

- makrosoziologie/mitarbeiter/lehrstuhlinhaber/dateien/Gerhards-Neidhardt-1990.pdf, eingesehen am 12.12.2013.
- Habermas, Jürgen (¹³2013 [1962]): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (2002): »Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert«, in: Dies. (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung, Frankfurt a.M.: Campus, S. 7-33.
- Koch, Gertraud (2012): »Distanzieren als Schlüsselkompetenz – eine sozialanthropologische Perspektive auf nahe Diversitäten«, in: Stephan A. Jansen/Nico Stehr/Eckhard Schröter (Hg.), Positive Distanz? Multidisziplinäre Annäherungen an den wahren Abstand und das Abstandswahren in Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119-127.
- Koopmans, Ruud (2004): »Movements and Media: Selection Processes and Evolutionary Dynamics in the Public Sphere«, in: Theory and Society 33, S. 367-391.
- Marcus, George E. (1995): »Ethnography in/of the World System. The Emergence of Multi-Sited Ethnography«, in: Annual Review of Anthropology 24, S. 95-117.
- Mau, Steffen (2007): Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Nash, Kate (2007): »Transnationalizing the Public Sphere: Critique and Critical Possibilities«, in: Theory, Culture & Society 24 (4), S. 53-57.
- Oelsen, Thomas (2005): »Transnational Publics: New Spaces of Social Movement Activism and the Problem of Global Long-Sightedness«, in: Current Sociology 53 (3), S. 419-440.
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pries, Ludger (2003): »Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften«, in: geographische revue 5 (2), S. 23-39.
- Scherr, Albert (2012): »Soziale Bedingungen von Agency. Soziologische Eingrenzungen einer sozialtheoretisch nicht auflösbaren Paradoxie«, in: Stephanie Bethmann/Cornelia Helfferich/Heiko Hoffmann/Deborah Niermann (Hg.), Agency. Qualitative Rekonstruktionen und gesell-

- schaftstheoretische Bezüge von Handlungsmächtigkeit, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 99-121.
- Tobler, Stefan (2010): Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina (2002): »Methodological Nationalism and Beyond: Nation-State Building, Migration, and the Social Sciences«, in: *Global Networks* 2 (4), S. 301-334.
- Wallner, Cornelia/Adolf, Marian (2011): »Zur Erklärungskraft von Öffentlichkeitstheorien für Kommunikationsinnovationen. Eine Metastudie zu klassischen Öffentlichkeitstheorien«, in: Jens Wolling/Andreas Will/Christina Schumann (Hg.), *Medieninnovationen. Wie Medienentwicklungen die Kommunikation in der Gesellschaft verändern*, Konstanz: UVK, S. 409-425.
- Wimmer, Jeffrey (2007): (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Winter, Rainer (2010): *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*, Bielefeld: transcript.

Websites

- Homepage zum internationalen Flashmob anlässlich des Internationalen Tages des Friedens, <http://www.izfm.org>, eingesehen am 02.01.2014.

Praktiken und Bühnen des Öffentlich-Werdens

Öffentlichkeit unter den Bedingungen urbaner Superdiversität

Überlegungen zum Umgang mit einer Kategorie in den Kulturwissenschaften

INA DIETZSCH

Mit der neuen Aufmerksamkeit gegenüber Medien und dem rasanten technologischen Wandel (Stichwort Digitalisierung des Alltags) haben auch Begrifflichkeiten wie Öffentlichkeit und Privatheit wieder an Bedeutung gewonnen. Was interessiert Kulturwissenschaften am Thema Öffentlichkeit? Wie kann man ein Phänomen, das so abstrakt, so breit und zugleich doch so allgegenwärtig ist, untersuchen?

Definitionen von Öffentlichkeit sind stark politikwissenschaftlich und kommunikationstheoretisch geprägt. Ich werde in diesem Beitrag in der Auseinandersetzung mit solchen Ansätzen eine kulturanthropologische Perspektive entwickeln, die sich dadurch auszeichnet, dass sie Komplexität erzeugt, wo vereinfachende, reduzierende und selbstverständliche Erklärungen vorherrschen. Eine solche Perspektive untersucht Praxen, indem sie Deutungsprozesse und Praxen untersucht, in denen Fakten, Modelle und Szenarien erzeugt sowie Relationen geschaffen werden. Sie fragt nach der alltäglichen Praxis des Öffentlich-Seins, -Werdens, und -Machens, aber auch nach der Herstellung der Grenzen von Öffentlichkeit.

1. ÖFFENTLICHKEIT(EN) – MOBILISIERUNGEN EINES THEORETISCHEN KONZEPTS

Im Laufe der Entwicklung westlicher Modernen haben Massengesellschaften gelernt, sich über Öffentlichkeiten wahrzunehmen, wie beispielsweise

Benedict Anderson (2006 [1983]) sehr anschaulich für die Herausbildung des Nationalstaates gezeigt hat und Sarah Igo (2007) für das amerikanische Modell Anfang des 20. Jahrhunderts beschreibt. Öffentlichkeit ist demzufolge Ergebnis verschiedenster Praxen gesellschaftlicher Selbstbeschreibung und -wahrnehmung. Igo spricht am Ende ihres Buches *The averaged American* von »statistical citizens« als einer neuen Wahrnehmungsform von Massengesellschaft, die Verbindungen zwischen Fremden schafft.¹

Nicht nur regelmässig publizierte Statistiken und Umfragen, auch Habermas' viel diskutiertes Buch *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990 [1962]) und dessen Rezeption, haben einen nicht unbeträchtlichen Teil zur Popularisierung eines konkreten (westlichen) Modells von Öffentlichkeit beigetragen. In den 1990er Jahren bzw. zu Beginn der 2000er haben (neben anderen) Nancy Fraser, Seyla Benhabib und Michael Warner diese Art der akademisch gestützten gesellschaftlichen Selbstbeschreibung aus verschiedenen Perspektiven kritisiert und für eine Pluralisierung des Begriffs plädiert. Sie sprachen nun von »Öffentlichkeiten« und »Gegenöffentlichkeiten« bzw. »subalternen Öffentlichkeiten« (Fraser 1990/1992, Benhabib 1998) als »parallel discursive arenas where members of groups invent and circulate counterdiscourses« (Fraser 1990: 67). Habermas (1990 [1962]: 15) selbst hat sich später korrigiert und zugestanden, man müsse von verschiedenen konkurrierenden Öffentlichkeiten ausgehen. Für Michael Warner (2002: 68) sind Öffentlichkeiten »worlds of strangers« – soziale Organisationsformen, die von anderen Akteurinnen und Akteuren als dem Staat getragen werden. Sie werden in Diskursen adressiert, die materiell u.a. durch die Teilhabe an Mitteln zur Produktion und Distribution oder den Zugang zu bestimmten Textmaterialien begrenzt sind. Sie sind durch bestimmte bereits vorhandene dominante Formen der Verständigung, Adressierung, Genrekonventionen etc. gekennzeichnet. (Ebd.: 88)

Konzepte wie die von Fraser und Warner erkennen die Vielfalt von verschiedenen Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten an und stellen diese in eine hierarchische Ordnung von kultureller Hegemonie. So sind Gegenöffentlichkeiten bei Warner durch ihre Spannung zu größeren Öffentlichkeiten definiert und durch alternative Dispositionen und Protokolle strukturiert, »making different assumptions about what can be said and

1 | Fremd wird hier nicht als kulturelle, sondern als soziale Relation verstanden und meint Menschen, die sich nicht kennen und hauptsächlich über das Prinzip von Anonymität miteinander verbunden sind.

what goes without saying« (ebd.: 56). Solche Gegenöffentlichkeiten zielen auf gesellschaftliche Veränderung und »are by definition, formed by their conflict with the norms and contexts of their cultural environment, and this context of domination inevitably entails distortion.« (Ebd.: 63)

Einen Schritt weiter geht Gerard Hausers (1999: 58) Verständnis von Öffentlichkeiten als öffentlicher Dialog von »vernacular voices« und »communities of common meaning«, die in einer netzartigen Struktur miteinander verbunden sind. Ähnliches gilt für die rhizomatische Struktur, wie Deleuze und Guattari (2008 [1980], vgl. auch Cammaerts 2007) sie nennen, oder das Verständnis einer Ökonomie der Aufmerksamkeit, die die Sozialität von Öffentlichkeiten bestimmt (Franck 1998). Diese Zugänge gehen nicht nur von Mainstream und marginalisierten Öffentlichkeiten aus, sondern von sich gegenseitig überlappenden, vereinnahmenden oder zumindest beeinflussenden öffentlichen Formen. Mit ihnen lassen sich Beziehungen zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten als ein dynamisches Wechselspiel von Sichtbarkeiten und Unsichtbarkeiten, Zugänglichkeiten, Verschleierungen oder gar Verschließungen analysieren. Komplexe Prozesse der aktiven Positionierung werden zugänglich, die ein lebhaftes Bild von sich immer wieder ändernden Mainstreams und Nischen zeichnen, aber auch von einer Vielfalt unterschiedlicher Bedürfnisse von Beteiligung und Zugehörigkeit in verschiedenen Öffentlichkeiten.

Entgegen einer immer wieder kolportierten Rede von *einer großen Öffentlichkeit* (die bis zum Globalen reicht) muss von ganz unterschiedlichen Formen, Skalen und Verständnissen von Öffentlichkeiten ausgegangen werden. Das heißt aber auch – und das haben meine eigenen Forschungen immer wieder deutlich gezeigt (Dietzsch 2011/2013) –, dass es in einer konkreten Kommunikationssituation unter Fremden Verhandlungssache ist, welches Öffentlichkeitsverständnis gerade den situativen Rahmen bildet. Wenn Öffentlichkeiten tatsächlich eine zentrale, soziale Form gegenwärtiger Gesellschaften sind, auf deren Grundlage Sinn produziert wird, dann macht genau diese Vielfalt und Wandlungsfähigkeit sie zu einem interessanten Forschungsgegenstand für eine Kulturanalyse, die danach fragt, wie Öffentlichkeiten entstehen bzw. sich stabilisieren, wie die an ihnen Partizipierenden miteinander zusammenhängen und wie unterschiedliche Verständnisse zustande und zusammenkommen, in Konflikt zueinander stehen oder sich versöhnen.

Loslösung vom nationalen Territorialstaat

Wie oben bereits angedeutet, hat sich im Rahmen von Nationenbildung die Idee der (bürgerlichen) Öffentlichkeit in den vergangenen zwei Jahrhunderten eng mit dem modernen Territorialstaat verbunden (Fraser 2007). In Anbetracht zunehmender transnationaler Prozesse konstatiert Fraser nun einen neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit.² Unter dem Titel: *Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World* formuliert sie 2007 eine grundlegende demokratietheoretische Kritik an bisher entworfenen Konzepten von Öffentlichkeit. Alle, auch feministisch und post-kolonial orientierte kritische Auseinandersetzungen (und dabei schließt sie ihre eigene Arbeit mit ein), seien bis dato von einer selbstverständlichen Referenz auf den territorialen Nationalstaat ausgegangen. Sie weist dies demokratietheoretisch anhand von zentralen Punkten nach (ebd.: 2f.) und argumentiert, dass alle diese Punkte mit dem gegenwärtigen Wissensstand und unter den post-nationalen (oder post-Westfälischen, wie sie es nennt und damit auf die souveränen Nationalstaaten nach dem Westfälischen Frieden verweist) Bedingungen der Gegenwart nicht mehr aufrechterhalten werden können. Ohne hier auf alle Punkte im Detail eingehen zu können, möchte ich zusammenfassen, was im Folgenden für meine Argumentation wichtig ist:

(1) Nationalstaaten besitzen kein Monopol mehr, welches ihnen erlaubt, ihre Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in allen Belangen zu vertreten. Vielmehr teilen sie Verantwortung und Schlüsselregierungsfunktionen mit internationalen Institutionen, NGOs oder Netzwerken, in denen verschiedene Regierungen beteiligt sind.

(2) Die Idee der Staatsnation ist endgültig obsolet. Jede Nationalität ist territorial verstreut, und jeder Staat hat Nicht-Bürgerinnen und Nicht-Bürger, die auf seinem Territorium leben und zumeist multikulturell und/

2 | Ich werde im Folgenden vor allem solche Ansätze diskutieren, die über die Klage einer verlorengehenden politischen Öffentlichkeit als integratives Moment demokratischer Staaten hinausgehen, dies vor dem Hintergrund von Migration und Diversität tun und die wichtige Fragen einer empirisch orientierten Kulturwissenschaft thematisieren. Diese Perspektiven verdeutlichen zudem die lokalen Besonderheiten und Potentiale transnationaler Öffentlichkeiten und argumentieren gegen eine Prognose, die eine undifferenzierte Durchsetzung US-amerikanischer Verhältnisse für Europa und anderswo voraussagt.

oder multinational sind. Es gibt demnach nichts mehr, das sich als *Volonté générale* oder gemeinsames öffentliches Interesse dieser Staatsnation legitimieren ließe.

(3) Ökonomische Prozesse entziehen sich immer mehr dem Zugriff von Nationalstaaten durch Offshoring und transnationale Konzernbildung. Transnationale Organisationen sind dabei zunehmend gegenüber globalem Kapital rechenschaftspflichtig und immer weniger gegenüber nationalen Öffentlichkeiten.

(4) Und schließlich: Nationale Kommunikationsstrukturen konkurrieren mit globalen Medien oder werden privatisiert.

Unter diesen Bedingungen einer »disaggregated sovereignty« (ebd.: 7) sei, so Fraser, das Verhältnis von Staat, Nation und Öffentlichkeit in der politischen Theorie grundlegend zu überdenken. Dennoch sieht sie die Lösung in der klassischen Theorie bereits angelegt:

»In its classical Habermasian form, the theory associates the idea of inclusiveness with the «all-affected principle». Applying that principle to publicity, it holds that all potentially affected by political decisions should have the chance to participate on terms of parity in the informal processes of opinion formation to which the decision takers should be accountable.« (Ebd.: 11)

Wie aber kann das bewerkstelligt werden? Die britische Anthropologin und Künstlerin Georgina Born (2006) hat sich mit der Bedeutung der Massenmedien in diesem Prozess auseinandergesetzt und diskutiert die Frage, was diese Entwicklung für öffentliche Medienpolitik und -förderung im Vereinigten Königreich bedeutet. Sie stellt fest: »The moral settlement of the nation-state is affected by both transnational migration and international restructuring; in consequence, cosmopolitan ideas of citizenship now coexist with new nationalisms and fundamentalisms.« (Ebd.: 102) Andererseits gehöre »multicultural Britain« zu einem der »most under-reported areas of British life« (Shah zitiert nach ebd.: 103). Ähnlich wie Fraser sieht Born darin ein politisches Projekt: Statt den Niedergang des Politischen und die Krise von Massenmedien im Zuge der Digitalisierung zu beklagen, argumentiert sie für die Chancen, die sich aus der Pluralität ergeben. Medien-Organisationen seien die primäre Bühne für gegenwärtigen Pluralismus. Broad-, Nischen- und Narrowcast, Netzwerk- und Punkt-zu-Punkt-Kommunikation haben das Potential, ganz unterschiedliche Funktionen zu erfüllen. Born plädiert deshalb für die Förderung dieser

Pluralität in Form einer Moderation bzw. Abstimmungsarbeit zwischen großen und kleinen Publika und fordert, dass neben den traditionellen Massenmedien wie Zeitung, Rundfunk und Fernsehen auch die digitalen Medien in Zukunft universelle Kanäle zur Verfügung stellen müssen, die gegenseitige Wahrnehmung im universellen Maßstab erlauben. Es genüge nicht, so Born, eine Vielzahl von Ansichten oder Inhalten zu ermöglichen. Es müsse Orte geben, an denen unversöhnliche Weltansichten aufeinandertreffen. »The goal must be, therefore, to ensure the existence of channels for counterpublic to speak to counterpublic, and for their integration into an (always imperfect) unitary public culture.« (Born 2006: 115) In Anlehnung an Benhabib (2002) plädiert sie für den Austausch von Perspektiven statt Dialog und für Gelegenheiten, etwas in Gemeinsamkeit zu entwickeln. Statt Konsensbildung und der Auflösung von Differenz impliziere demokratische Politik permanenten Konflikt und Gegensätzlichkeit.

An diesem Punkt setzen auch DeLuca und Peebles (2002) an. Während Fraser (2007) von einer relativ ungebrochenen Dominanz transnational agierender Unternehmen ausgeht, zeigen die genannten Autoren, dass diese Dominanz bereits zum politischen Objekt von ebenso global agierenden Aktivistinnen und Aktivisten geworden ist. Damit sind globale Öffentlichkeiten längst am Prozess der Neustrukturierung von Souveränitäten im Verhältnis von Staat, Nation und Öffentlichkeit beteiligt. Am Beispiel der WTO-Proteste in Seattle 1990, die sich gegen das richteten, was DeLuca und Peebles »corporation colonialism« nennen (2002: 126), zeigen die Autoren, wie sich dabei eine globale Bühne für politische Auseinandersetzungen um global relevante Themen herausgebildet hat, welche veränderte politische Rolle Massenmedien dabei spielten und wie die Modi der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern (citizens) grundlegend neu definiert wurden. Sie fassen dies in der These zusammen, dass die Transnationalisierung von politischen Auseinandersetzungen mit dem Bedeutungsgewinn des *public screen* als einem wichtigen Akteur und einer Ergänzung der Idee der *public sphere* einhergeht, die den technologischen und kulturellen Veränderungen des 20. (und 21.) Jahrhunderts Rechnung trägt.

Public screen: Neue Verhältnisse von Raum, Körper und Sozialität

DeLuca und Peebles (ebd.: 131) argumentieren, dass viele Theoretikerinnen und Theoretiker, die sich mit öffentlicher Kommunikation beschäftigt

haben, implizit oder explizit von einem Austausch verkörperter Stimmen ausgegangen seien. Sie weisen dies für Habermas, aber auch für Baudrillard nach und setzen dem Derrida und Peters entgegen, die die Verbreitung/Veröffentlichung einer Äußerung als der Kommunikation vorgeordnet sehen und damit das Risiko anerkennen, dass Kommunikation unter Umständen gar nicht zustande kommt. Wenn man aber die Verbreitung statt der geglückten Kommunikation zur charakteristischen zeitgenössischen Kommunikationspraxis macht, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild, das – so die Autorin und der Autor – als demokratischer, offener, fair, empfangenorientiert und im Einklang mit der Vielfalt menschlicher Kommunikationsformen gesehen werden kann. Eine solche Kommunikationspraxis fordere jedoch auch Normative wie Konsens, Rationalität und Dialog heraus.

Dieses Verständnis von *publics screens* lenkt den Blick auf andere Formen von Präsenz und Ko-Präsenz (Knorr-Cetina/Brueggers 2002) sowie mobile Neuschneidungen von öffentlich und privat. Mimi Sheller (2004) verweist vor allem auf mobile Praxen des An- und Abkoppelns, des permanenten Wechsels zwischen öffentlich und privat, beides nicht mehr als getrennte Sphären gedacht. In diesen Praxen werden soziale Verhältnisse hervorgebracht, die nicht die Stabilität von Institutionen oder die Materialität gebauter öffentlicher und privater Räume erreichen, sondern eher als »Gel« [gel] oder »Schmiere« [goo] zu bezeichnen seien. Es sei, so Sheller, ein »constant flickering of conversation« (ebd.: 49) gekoppelt mit einer großen Variationsbreite in der Intensität der Kontakte.

Der *public screen* (als öffentliche Bildfläche) nimmt den »techno-epistemic break« (DeLuca/Peebles 2002: 131) ernst und umfasst vor allem Fernschirme, Computer (*smart phones*, *tablets* u.ä. müssten heute ergänzt werden), aber auch die Titelseiten von Zeitungen und Magazinen. Sichtbarkeit wird zum strukturierenden Prinzip. Die mit diesem »techno-epistemic break« verbundenen Technologien (Fotografie, Telegrafie, Telefon, Radio und Film) haben den Raum als Kommunikationsbarriere obsolet gemacht, ihn physisch schrumpfen lassen, mental aber vergrößert. *Public screen* ist die öffentliche Kommunikationsform, die es auch erleichtert, Rechenschaft von transnationalen Unternehmen einzufordern, denn mit ihnen wird der Bildmodus gegenüber dem Textmodus betont. Dieser berührt eine sensible Stelle für Unternehmen: Imagework als Kontrolle einer gezielten Außenwahrnehmung. *Public screens* agieren zudem global

und in enger Relation (*remediation*, Bolter/Grusin 2000)³ mit anderen Formen von Öffentlichkeit. Öffentlichkeiten werden als Produkte von Praxen der Veröffentlichung, des Sichtbar-Machens wahrnehmbar. Erfahrung wird selbst zu einer Art des Sehens.

Die aktuellste Entwicklung des *public screens* ist der zunehmende Gebrauch von lokativen Medien, der zudem die Verhältnisse zwischen kollektiven Bezügen, individueller Positionierung und geografischem Raum umschreibt. Dies geht jedoch nicht, wie oft behauptet, mit einer Entterritorialisierung bzw. einer Loslösung vom geografischen Raum einher. Im Gegenteil, im Zusammenwirken mit Geodaten und Verortungstechnologien machen lokative Medien den »ortlosen Datenraum zum Teil des geografischen Raums« (Hemment 2004 zit. nach Popplow/Scherffig 2013: 277). Relationale Raumbezüge werden umorganisiert, erlebte und errechnete, physische und soziale Räume neu miteinander verflochten.

Eine kulturwissenschaftliche Analyse, die sich dieser neuen Verflechtungen annehmen will, ist meines Erachtens gefordert, neben solchen weitreichenden Trends ganz konkrete lokale Situationen des Verflechtens zu untersuchen und z.B. danach zu fragen, wie sich die Landschaft von Öffentlichkeiten in europäischen Städten durch die zunehmende »Diversifikation der Diversität« (Vertovec 2007) verändert.

2. ÖFFENTLICHKEIT ALS KULTURWISSENSCHAFTLICHE KATEGORIE: LOSLÖSUNGEN UND WIEDER-VERANKERUNGEN

Die obengenannte Perspektive legt nahe, das Städtische, gedacht als Begegnungsraum potentiell Fremder, im Zusammenspiel mit Medien und Medientechnologien genauer zu betrachten. Wie im Folgenden am Beispiel meines gegenwärtigen Forschungsfeldes⁴ gezeigt werden soll, wer-

3 | *Remediation* bedeutet für die Autoren, dass neue visuelle Medien ihre kulturelle Bedeutung daraus beziehen, dass sie auf frühere Medien referrieren, sie herausfordern und sie umgestalten, wie dies gegenwärtig mit Perspektivenmalerei, Fotografie, Film und Fernsehen geschieht.

4 | Das Projekt mit dem Titel *Medienwelten und Alltagsurbanität* ist ein durch den Schweizerischen Nationalfonds gefördertes Forschungsprojekt am Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der Universität Basel (2013-

den Medien dabei als Instrumente der Skalierung (*scaling devices*) erkennbar, »through which divers actors could imagine, negotiate and perform different versions of the global, and of the local in the global.« (Slater/Ariztía 2010: 96) Diese *scaling devices* organisieren Öffentlichkeiten in ihrem Verhältnis zueinander, zu territorialen und sozialen Räumen sowie deren Grenzen. Sie binden sie aber nicht, wie zu sehen sein wird, an Subjektkategorien, die dem von Fraser vorgeschlagenen Prinzip der »all-affected« Personen entsprechen. Nach dessen Grundsätzen nämlich müsste sich die Skalierung über die Reichweite von Betroffenheit in politischen Prozessen organisieren.

Das hier vorgeschlagene Konzept von Öffentlichkeit ermöglicht außerdem einen Blick auf das städtische Neben- und Miteinander, in dem vor allem Sprachbarrieren und deren Überwindung von Bedeutung sind. Dies eröffnet den Blick auf Heterogenität innerhalb der Stadtbevölkerung, bei der Sprachübersetzung als vermittelndes Instrument an ihre Grenzen gerät und kommt doch zugleich ohne essentialisierende Kategorisierungen wie »ethnische Gruppe«, »Einheimische« oder »Ausländer« aus. Indem Öffentlichkeit(en) zum Gegenstand der Forschung gemacht werden, wird die Analyse der Mechanismen von kultureller, sozialer und politischer Beteiligung am Städtischen jenseits bekannter Formen wie Institutionen, Gemeinschaften und Nachbarschaften bzw. als Bewegungen zwischen ihnen möglich. Alle vermeintlich festen Größen gehen dabei in Beziehungen und Bewegungen auf, Orte werden zu Knotenpunkten und Lokalisierungen von Verbindungen und Repräsentationen zu demjenigen Mittel, das diese Verbindungen wahrnehmbar macht.

2016). Ausgehend von einem Basler Quartier untersucht das Projekt, welchen Einfluss eine immer weiter beschleunigte technische Entwicklung und die damit erzeugte Medienpluralität auf das Städtische hat. Medienwelten und alltägliches städtisches Leben werden in ihrem Zusammenwirken analysiert. Dabei werden sowohl Community-Medien als strategische Akteurinnen und Akteure in den Blick genommen, die das Quartier gezielt als Idee erzeugen, als auch die Quartierbewohnerinnen und -bewohner, die sich täglich in einer Vielfalt medialer Angebote bewegen. In einem kollaborativen Vorgehen mit verschiedenen Akteuren vor Ort arbeitet das Projekt zudem daran, experimentell auszuloten, wie Kommunikationsstrukturen im Quartier so verändert werden können, dass für alle Bewohnerinnen und Bewohner neue Formen der Mitsprache und Gestaltung entstehen.

Eine mehrsprachige Quartierszeitung als *scaling device*

Wie viele andere Städte auch versucht Basel, die »Ausländerkonzentration« als »urbane[s] Problem von nation-sozialen Staaten« (Balibar 2001: 9) unter Kontrolle zu behalten und wenn möglich in eine ökonomische Erfolgsgeschichte einzubauen. Die Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt hat 2010 eine Broschüre mit dem Titel *Der öffentliche Raum. Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum* erstellt. Darin präsentiert die Stadtverwaltung resp. -regierung ihre Idee von Stadtöffentlichkeit:

»Es halten sich Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in den öffentlichen Räumen auf. Das können Touristen aus nah und fern, Tagungsbesucher und Messebesucherinnen oder die vielfältige migrantische Wohnbevölkerung sein. Ortsfremde bringen ein anderes Wissen über die öffentlichen Räume mit, »lesen« sie mit anderen Augen, nutzen sie anders und haben andere Verhaltensweisen wie Einheimische. Für hier lebende Menschen kann »Fremdes«, wie gewisses Verhalten oder Gepflogenheiten in den öffentlichen Räumen, zu Verunsicherung beitragen. Der öffentliche Raum ist die Visitenkarte der Stadt, er ist Ort der Identität und gleichzeitig wichtiger Integrationsort.« (Konzept: 7)

An anderer Stelle steht:

»Sauberkeit, Gepflegtheit, Verkehrssicherheit, nötigenfalls gezielte Raumentwicklung und behördliche Präsenz sowie soziale Kontrolle wirken auf das Wohlbefinden und das Sicherheitsempfinden, ohne das Pulsierende, die Kreativität, die Spontaneität und die Vielfalt einer Stadt zu unterbinden. Eine gute soziale Durchmischung beim Wohnraumangebot für alle sozioökonomischen Schichten im ganzen Kantonsgebiet unterstützt die Sicherheit in den einzelnen öffentlichen Räumen. Die Übernahme von Verantwortung durch Nutzerinnen und Nutzer fördert die Identifikation mit den öffentlichen Räumen und wirkt integrationsfördernd.« (Ebd.: 18)

Dieses Leitbild für den öffentlichen städtischen Raum kann einerseits im neoliberalen Trend europäischer Städte (vgl. Rodatz 2012) als Aufruf an die Diversität gelesen werden, sich selbst über soziale Kontrolle zu organisieren und dabei an jedes Individuum, sich in Eigenverantwortung

angemessen im öffentlichen Raum zu verhalten. Andererseits ist dieses Leitbild auch Ausdruck eines politischen Bedürfnisses der Durchregulierung, indem man gezielt Räume »für das Pulsierende, die Kreativität, die Spontaneität und die Vielfalt einer Stadt« ermöglichen will. Mein Feldforschungsmaterial enthält Hinweise darauf, dass dies bis zum Erlauben bzw. Ermöglichen von zivilem Ungehorsam reicht. Während einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Nutzung öffentlicher Räume artikulierten unlängst Politikerinnen und Politiker auf dem Podium, man müsse Zwischenbereiche etablieren, in denen Verbote zwar haftungsrechtliche Relevanz haben, aber nicht strafrechtlich wirksam werden und damit einem Recht auf zivilen Ungehorsam nachkommen. (Tagebuchaufzeichnung, 17.10.2013)

In diesem Geflecht politischer Verhältnisse von Reguliertem und Unreguliertem bleiben zwei Probleme unberücksichtigt. Erstens: Ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung bleibt aus dem politischen Partizipationsprozess ausgeschlossen, bei dem grundsätzlich über die Gestaltung der öffentlichen Räume sowie über Eigentumsfragen verhandelt wird. Es ist der Teil der Bevölkerung, der nicht eingebürgert ist, damit nicht zum Stimmvolk gehört und das unter Umständen auch gar nicht beabsichtigt. Stadtentwicklungsinstitutionen sind aber formal nur dem Stimmvolk gegenüber rechenschaftspflichtig. Das wird sowohl von den politischen Verantwortlichen als auch von Betroffenen als Diskrepanz wahrgenommen und widerspricht dem »all-affected principle«, das Fraser (2007) in der politischen Theorie als übergreifendes integratives Prinzip einfordert hat. Zudem werden die Aushandlungen über die Nutzung des öffentlichen Raumes im Zusammenspiel mit Medien geführt, über die andere Normative eingebracht werden als die städtischen Behörden beabsichtigen. Dieser zweite Punkt soll am Beispiel eines spezifischen Quartiers ausgeführt werden.

Das Basler Quartier, um das es im Folgenden gehen wird, ist ein traditionelles Industriearbeiterquartier, das in den letzten Jahren verschiedene Aufwertungsmaßnahmen durchlaufen hat, aber immer noch als Problemquartier gilt. Es zeichnet sich durch einen hohen Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern aus (etwa 50%), die keinen Schweizer Pass besitzen. Etwa die Hälfte von ihnen spricht kein Deutsch. Ein Blick auf die diverse Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung ergibt das folgende Bild: Vorrangig Schweizer Pensionärinnen und Pensionäre mit Fabrikarbeiter-Biografien sowie zugezogene Mittelschichtsfamilien leben ebenso dort wie

etablierte und zum Teil schon pensionierte klein- und mittelständische Familien-Unternehmer aus der Türkei, Italien und Spanien sowie deren Familienangehörige der zweiten und zum Teil dritten Generation und sich als Kurden verstehende Jugendliche und Personen mittleren Alters, die in Deutschland oder Österreich aufgewachsen sind. Dazu kommen junge und allein ankommende Männer und Frauen aus Nigeria oder Familien aus Sri Lanka; nachgeholte brasilianische Urlaubsbekanntschäften; Flüchtlinge aus Eritrea und aus den verschiedenen Kriegsregionen des ehemaligen Jugoslawien, die derzeit wiederum ihre Familien nachholen. Im aktuellsten Trend wandert vor allem qualifiziertes Personal aus Indien und Deutschland in das Quartier ein. Weitere Ebenen der Diversität ergeben sich durch verschiedene formale Zugehörigkeiten und Bürgerstatus sowie die Unterscheidung derjenigen, die sich durch diese Trends bedroht fühlen, von denen, die die *Multikulturalität* als Lebensqualität schätzen.

Diese Diversität organisiert sich innerhalb von Quartiersöffentlichkeit über den moralischen Wert einer bestimmten Form von Sesshaftigkeit und verwurzelter Nachbarschaft, die davon ausgeht, dass die geteilte physische Lokalität Gemeinschaft erzeugt. Wenn es um die Belange des Quartierslebens und dessen Gestaltung geht, kann hier jede/r partizipieren, der/die diesen moralischen Kanon teilt. Quartiersanlässe und die Quartierszeitung geben ein lebendiges Zeugnis der Aushandlung um die Grenzen der Zugehörigkeit zum Quartier.

Ein wichtiges Medium ist dabei die seit 15 Jahren von Freiwilligen herausgegebene und seit 2000 vierteljährlich erscheinende mehrsprachige Quartierszeitung (in Deutsch, Türkisch, Serbisch/Kroatisch, teilweise Italienisch und Englisch) mit einer Auflage von 17.000 Exemplaren. Sie will die Bewohnerinnen und Bewohner über lokale Angelegenheiten informieren, zu einem friedlichen Zusammenleben einer heterogenen Bevölkerung beitragen und das Negativimage des Quartiers bekämpfen. Das erste Mal hörte ich von dieser Zeitung im Gespräch mit einem maßgeblich an der Produktion Beteiligten, der sich darüber beklagte, wie schwierig es sei, Autoren für nicht-deutsche Beiträge und migrantische Anzeigenkunden zu finden. Ich sprach mit verschiedenen Quartiersbewohnern über die Zeitung. Während Quartiersbewohnerinnen und -bewohner und schon lange Sesshafte eine Art Verpflichtung fühlten, die Zeitung immer noch zu lesen, fanden andere sie altmodisch oder gar irrelevant. Ein türkischsprachiger Künstler und Journalist sagte ärgerlich: »Sie hören einfach nicht zu und der Zeitung fehlt journalistische Tiefe. Man könnte auch etwas auf

Toilettenpapier drucken. Das hätte den gleichen Effekt.« (Interview vom 22.10.2010)

Was auf den ersten Blick aussieht wie die typischen Symptome der allgemeinen Zeitungskrise aufgrund technologischen Wandels und neuer Gewohnheiten der Informationsbeschaffung, erweist sich als eine deutlich differenziertere Situation. Es lohnt sich deshalb, die Probleme der Basler Quartierszeitung als ein komplexes Zusammenspiel um ein Community-Medium zu betrachten.

Community-Medium welcher Community?

Community-Medien lassen sich im Kontext eines weiteren Feldes von Medien verstehen, die auch als *citizen media*, alternative Medien, *participatory media*, *indigenous media* (Ginsburg et al. 2002: 8) oder Minderheiten-Medien (Silverstone/Georgiou 2005) verstanden werden. Das Verhältnis von Community-Medien und der entsprechenden Community ist dabei immer erst zu klären. Dieser Punkt ist entscheidend für die Rolle des Mediums als *scaling device*.

Nico Carpentier (2007: 8 et seq.) systematisiert auf sehr hilfreiche Weise, wie dieses Verhältnis bisher in der Literatur theoretisch gefasst worden ist. Erstens repräsentiert das Medium in traditionellen Zugängen die kommunikative Struktur einer schon vorhandenen und mehr oder weniger geografisch oder kulturell begrenzten Gemeinschaft (z.B. Migranten-Presse). In anderen Zugängen werden zweitens Community-Medien durch ihre Gegenposition zu einem Mainstream definiert. Eine dritte Art des Zugangs betrachtet das Medium vor allem in seinem Verhältnis zur Zivilgesellschaft, sei es als normaler Teil ihrer Infrastruktur oder als oppositionelles Störmedium. In beiden Fällen sind Community-Medien gekennzeichnet durch »their antagonistic relationship towards the state and the market« (ebd.: 9). Welcher Zugang jeweils gewählt wird, hat Einfluss auf das Verständnis, die Ebene und die Reichweite der Gemeinschaft, als deren Community-Medium sich das Medium versteht.

Im Falle der hier diskutierten Quartierszeitung gibt es einen physischen städtischen Raum, der in den 1990er Jahren von einigen als Ort sich auflösender moralischer Werte wahrgenommen wurde. Die Zeitung war in dieser Zeit Ausdruck einer Gegenöffentlichkeit im Sinne Warners und Frasers, wie oben dargestellt. Ihre Gründung war begleitet von einem auf die Zukunft gerichteten Ideal von Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft

war zunächst appellativ und musste immer wieder angerufen, ihre Mitglieder erst noch miteinander verbunden werden. Ihre moralischen Ideale werden treffend in einer Kolumne durch einen Autor der Zeitung zusammengefasst:

»Der Mensch hat seit jeher das Bedürfnis gehabt, sich mit andern zu treffen, zu diskutieren und sich auseinanderzusetzen. Aus dieser Notwendigkeit wurden die Treffpunkte geboren, wo man Waren und Ideen austauschen kann. [...] Die Technologie und die Wirtschaft, welche sie unterstützt, werden ihre Rechnung mit dem Bedürfnis derjenigen machen müssen, welche die Freude an der Begegnung nicht verloren haben und für die es von Bedeutung ist, sich beim Abschied die Hände zu schütteln, sich zu umarmen oder einen Kuss zu geben.« (Quartierzeitung für das untere Kleinbasel 26/1998)

Die Freude an der Begegnung, die Bereitschaft füreinander da zu sein, wenn man sich braucht und soziale Verbundenheit werden als zentrale Werte immer wieder ausgedrückt. 2008 schrieb ein langjähriger Aktivist der Zeitung über Hilfsbereitschaft im Quartier:

»In einer Familie ist es selbstverständlich, dass man einander spontan hilft und beisteht, da ist von Hilfsbereitschaft gar nicht die Rede. Auch wenn jemand beispielsweise in der Sahara mit dem Camion stecken bleibt, ist selbstverständlich Hilfsbereitschaft da. Die Frage ist nun, auf unseren Stadtteil bezogen, kann so etwas familienüberspringend funktionieren – nicht als karikativer Akt der organisierten Nothilfe, sondern als natürliche Regung, weil Menschen sich untereinander verbunden fühlen.« (Mozaik 3/2008: 11)

Diese Vorstellung von sozialer Nähe als positiver Wert im Zusammenhang mit Urbanität widerspricht all dem, was Stadtsoziologie und -anthropologie als typische Merkmale von Urbanität herausgearbeitet haben. Bereits Simmel (2006 [1903]) hat in der urbanen Anonymität ein Mittel zur Befreiung des Individuums gesehen. Städte sind historisch als Verhandlungsorte von Zivilität betrachtet worden (vgl. zusammenfassend Smith/Davidson 2008), denn trotz Heterogenität und der unbestrittenen Zunahme an offener Subversivität verfallen sie in der Regel nicht in Chaos und Anomie. Ihre Bewohnerinnen und Bewohner entwickeln urbane Kompetenzen, die ein fragloses Miteinander bzw. Aneinandervorbei in größeren Menschenansammlungen sichern. Solche Kompetenzen realisieren sich

in dem, was Simmel (2006 [1903]) »Reserviertheit« genannt hat. Goffman (1974 [1971]: 41) spricht später im Bezug auf *face-to-face*-Interaktionen von »höflicher Gleichgültigkeit« und gegenseitigem Vertrauen einander Unbekannter. Beides sind souveräne Umgangsweisen mit Heterogenität. Im Kontext von Alltagsurbanität wurde die Stadt aber auch als *third space* (Bhabha 1989, Schiffauer 2008) verstanden, in dem verschiedene Skalen von Zugehörigkeit (Nationalität, Sprachgruppe, Religion, Herkunftsregion, Generation) zusammenkommen – ein Aushandlungsort, an dem neue Autoritätsstrukturen und politische Initiativen entstehen. Dies gilt nicht nur für Menschen mit lokaler Präsenz, sondern wie Hengartner et al. (2000: 4) betonen, auch für physisch-räumlich zerstreute Gruppen und Netzwerke wie Diasporas, die ihre Knotenpunkte jedoch in urbanen Zusammenhängen ausbilden. Heterogenität muss somit als städtisches Grundprinzip (Kokot et al. 2000) anerkannt werden, als Prinzip der »Uneinheitlichkeit, der Übersetzungen, der einreisenden, zuziehenden, selbst erzeugten Unterschiede« (Faßler 2006: 9) und als Zusammenleben von »relativ mobilen und relativ immobilen Transnationals« (Yeoh 2005: 410).

In diesem Zusammenhang wird Lokalität ein »inherently fragile social achievement« (Appadurai 1996: 179) und das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen und vermittelnder Aktivitäten. Diese werden am Beispiel der Quartierszeitung besonders deutlich. In der Zeit des im betreffenden Quartier so wahrgenommenen Niedergangs hatten sich Paare, Familien und Freundesnetzwerke engagiert, die alte Bausubstanz aufgekauft und damit begonnen, sich »ihr Quartier« zu gestalten. Durch den Kauf der Häuser sowie die Gestaltung von Grünflächen und Vorgärten banden sie ihre Lebenskonzepte und Gemeinschaftsideale an den Boden und den physischen städtischen Raum. Aber auch die Kämpfe gegen Stadtentwicklungskonzepte verbanden Menschen der Community und verankerten sie physisch in einem bestimmten städtischen Raum. Später kamen *urban gardening* und Baumpatenschaften dazu. Auch Anleitungen zur richtigen Art und Weise des Kompostierens können zu diesen Praxen des Verwurzelns im Sinne eines Verbindens mit dem physischen städtischen Raum verstanden werden. Nachbarschaft selbst ist ebenfalls ein physisch lokalisierender Begriff, weil er das nahräumliche Zusammenwohnen beschreibt. Und doch ist dieser Begriff offen für verschiedene Auslegungen, je nachdem welche städtischen oder dörflichen Elemente hineinspielen.

Heinz Schilling hat 1997 die Idee von Nachbarschaft in der Stadt folgendermaßen beschrieben:

»Die Idealnachbarschaft besteht in unserer Gesellschaft offenbar aus Menschen, die füreinander da sind, wenn es die Situation erfordert, die sich aber ansonsten in Ruhe lassen. Das scheint die ideale Kombination aus ›dörflicher Nachbarschaft mit ihrer schicksalhaften Verbundwirkung aus wortloser Hilfe und gnadenloser Kontrolle‹ (Brüggemann und Riehle 1986) und einer als urban zu charakterisierenden Nachbarschaft, deren hervorstechendstes Merkmal die Optionalität ist. In dieser Wahlmöglichkeit vereinigen sich städtische Haupttugenden wie Freiheit, Heterogenität und Öffentlichkeit (Schilling 1993), wie sie von Richard Sennett als eigentlich gar nicht mehr real anzutreffen beschrieben wurden.« (Schilling 1997: 10)

Und weiter: »Die Verkehrsform der Nachbarschaft reduziert sich oft auf die Minimalformel eines auf gemeinsamen Interessen beruhenden Common sense, der auf dem beruht, was man gemeinsam hat – als Dispositiv für das, was man gemeinsam zu tun haben könnte.« (Ebd.: 12) So kann auch die beschriebene Sozialität im Quartier als eine *community of potentiality* verstanden werden, die verschiedene Elemente von dörflicher und städtischer Sozialität vereint: Durch regelmäßiges Grüßen wird ein latentes Gefühl der ›Mitgliedschaft‹ aufrechterhalten und der Eindruck, dass jeder jeden kennt, immer wieder aktualisiert. Im Notfall kann dann auf die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft zu(rück)gegriffen werden, wobei sie sich erst dann als Gemeinschaft aktualisiert. Diese Sozialität ist mit einer normativ kosmopolitanen Haltung gekoppelt, die von einem festen Wohnsitz ausgeht, von dem aus man die Welt bereist und dabei andere ›Kulturen‹ kennenlernt. (Beck/Sznaider 2006)

Was dabei wiederum unberücksichtigt bleibt, ist, dass während urbane Räume lange Zeit vor allem als Bühnen für die Darstellung sozialer Distinktion verstanden wurden, sie es genauso für transkulturelle Praxen wie ethnic border crossing (Taube 2010), Pidginisierung bzw. Übersetzung (Galison 1997: 831), Kreolisierung, cultural borrowing, bricolage oder sampling (Koch 2008/2009) sind.

Nicht nur das Zusammenwirken von ländlich oder urban geprägten Sozialitäten macht also die Situation der Quartierszeitung besonders komplex, sondern auch die Tatsache, dass Urbanität zunehmend durch das charakterisiert ist, was Stephen Vertovec (2007) Superdiversität nennt. Damit ist nicht einfach eine aufgrund kultureller Kategorien definierbare Vielfalt von Gruppenidentitäten gemeint. Superdiversität bezieht sich vielmehr auf das Zusammenwirken unterschiedlicher Klassifikationssysteme

und deren Pluralisierung, die sich aus komplexen Verstrickungen zunehmender Variationsmöglichkeiten von Migrationsformen, legalen Status- und Diskriminierungsformen ergeben.

Die unterschiedlichen Arten von sozialer Diversität und solcher, die über kulturelle Kategorien erzeugt wird, sowie die verschiedenen Konzepte von Sozialität und Vorstellungen von dem, was als Öffentlichkeit gilt oder nicht, fordern die Hegemonie vertrauter Formen von Öffentlichkeit heraus. Wo steht dabei die Quartierszeitung und welche Praxen hat sie im Umgang damit entwickelt?

2008 wurde zum ersten Mal eine ›Serbokroatische Seite‹ mit deutscher Übersetzung gedruckt. Ihr Thema: Nachbarschaft. Unter der Überschrift: »Wer von uns hat einen guten Nachbarn und darf behaupten, dass er selber ein guter Nachbar ist?« schrieb die Autorin:

»Diejenigen, die nach ihrer Ausbildung und sogar nach ein paar Jahren Arbeitserfahrung zugezogen sind, wissen genau, dass zu Hause der Nachbar zur nächsten Verwandtschaft zählt. [...] In unserer Heimat wird dies durch das Volk getragen, freigiebig geteilt und als Erbe weitergegeben. Wenn wir mitten in der Nacht Hilfe brauchen oder wenn uns am Sonntag Eier für eine Geburtstagstorte fehlen: In guten wie in schlechten Zeiten, der Nachbar ist immer da. [...] Meine Mutter ist eine von denjenigen Menschen hier, die keine Nachbarn haben. Sie hat uns, ihre Familie, aber keine Nachbarn und geht deswegen nach Serbien zurück, wo die Nachbarschaft sowie der selbstverständliche Kaffee ohne Voranmeldung lebt.« (Mozaik 3/2008, 22)

Diese Seite sowie der Inhalt des Artikels entsprechen ganz dem Konzept der Übersetzung zwischen Mehrheits- und Minderheitensprache und dem Nachbarschaftsideal der appellativen *community*. Die von Simmel 1903 als befreiend beschriebene städtische Anonymität wird dabei als ein Negativum definiert und schließt all jene Mobile aus, die sich dieser Norm für eine bestimmte Art von Nachbarschaft nicht fügen. Und: Die für deutsche Verhältnisse immer noch beeindruckende Selbstverständlichkeit, mit der in Basel mit Mehrsprachigkeit umgegangen wird, kommt mit ihren typischen Praxen durch die Bedingungen der Vielsprachigkeit auf unterschiedlich dramatische Weise an ihre Grenzen.

Die Quartierszeitung hat viele Jahre mit dem bewährten Modell einer Kombination aus paralleler Mehrsprachigkeit und Übersetzung gearbeitet. Artikel standen in Deutsch, Türkisch, Italienisch, Serbisch/Kroatisch ne-

beneinander und waren in vielen Fällen mit deutschen Zusammenfassungen versehen, ebenso wie umgekehrt deutsche Artikel oder Editorials in verschiedene Sprachen übersetzt bzw. zusammengefasst wurden. Seit einiger Zeit wird dieses Konzept versucht zu durchbrechen, indem die Sparten der Zeitung neu organisiert werden. Versucht werden ganze Seiten in den bekannten Sprachen, ergänzt durch so genannte Kulturseiten, die in einer Sprache erscheinen, die im üblichen Repertoire nicht repräsentiert ist. Daneben stehen Seiten, die verschiedene Religionen vorstellen. All diese Versuche bleiben jedoch einem Paradigma der Multikulturalität und der Idee einer nachbarschaftlichen Öffentlichkeit im Sinne einer *public sphere* verhaftet.

Im Sinne des obengenannten *public screen* verweist die Zeitschrift in einem engen, medienkonvergenten Geflecht von verschiedensten Medien, die im Quartier genutzt werden, auf ganz unterschiedliche Verflechtungen mit dem physischen Raum der Stadt. Inhalte und Netzwerke der Quartierszeitung interagieren mit Schaufenstern und Newslettern des Quartiersmanagements, gegenwärtig sogar mit der Idee einer Quartiersapp, die lokale Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer miteinander verbinden soll. Daneben liegen drei türkischsprachige, in der Schweiz produzierte regionale Zeitungen aus. Geschäfte für Mobiltelefone verweisen auf transnationale Waren- und Informationsflüsse. Telefonate in öffentlichen Verkehrsmitteln tragen zudem entscheidend zu einer Veränderung der Vorstellungen von städtischen Mitbürgerinnen und -bürgern als Nebenmenschen bei, weil die überall präsenten Telefonate Informationen über Individuen zugänglich machen, die bisher der Privatsphäre zugerechnet bzw. vor allem auf der Ebene von Mitmenschen verhandelt wurden. Erst auf einen zweiten Blick werden weitere Medien sichtbar, z.B. subkulturelle wie fanzines, oder jene, die auf die Grenzziehung von online-offline verweisen. Werbeplakate, Flyer und QR-Codes weisen auf Websites hin, in Bibliotheken oder Läden können Computer öffentlich genutzt werden. Hier und da nimmt man in der Nachbarschaft einen Lieferwagen wahr, dessen Beschriftung darauf hindeutet, dass es sich um den Lieferanten einer online-Bestellung handelt. Soziale Netzwerke wie Facebook und Festzeit dienen vor allem Jugendlichen dazu, sich im Alltag zu verabreden oder sich mit Freunden in der ganzen Welt zu vernetzen, wobei jedoch in der Regel mehr Nah- als Fernbekanntschaften unterhalten werden. Nur online wird das Quartier auf Weblogs sichtbar, in denen sich Bewohnerinnen und Bewohner austauschen und ihre Sicht auf die Dinge schärfen, die

in ihrer engeren Wohnumgebung geschehen. Neben Blogs der bekannten Printmedien, Radio- und Fernsehsender kann man über das Leben im Quartier regelmässig etwas auf offiziellen Informationsplattformen erfahren, auf Blogs professioneller Journalistinnen und Journalisten, auf Seiten von Vereinen oder in diversen anderen Blogs. In der hier beschriebenen Medienlandschaft entsteht das Quartier als eine Art *local frame* (Berking 1998), durch den global zirkulierende Prozesse wahrgenommen werden und ihnen Sinn verliehen wird. Die Perspektive von nationenübergreifenden Öffentlichkeiten oder solchen, die alle Betroffenen bestimmter politischer Entscheidungen zusammenbringen, wird hier ergänzt um die der Sichtbarkeit auf einem Markt, der kleine und große, transnationale und subnationale, *face-to-face* und medial vermittelte Angebote miteinander verbindet.

Kira Kosnick (2010) beschreibt eine Episode in Berlin, die sehr schön situativ einfängt, wie man sich diese Verbindungen vorstellen kann: Nach einem Fussballspiel, in dem der 1. FC Nürnberg gewinnt, ziehen Corsi von deutschen Fussballfans durch die Stadt. Zur gleichen Zeit feiern in Kreuzberg türkische Fußballfans den Sieg ihrer Mannschaft in einem Spiel in der Türkei. Kosnick argumentiert, dass die zeitgleiche Präsenz beider sozialer Formationen medienvermittelter Publika im öffentlichen Raum eine Wahrnehmung des Städtischen als gemeinsamen »space of belonging« ermöglichen. Dies verschiebt die Untersuchungsperspektive von ethnischen Minderheiten im städtischen Raum oder in mediatisierten Publika hin zu neuen räumlichen Figurationen gesellschaftlicher Teilhabe bzw. Ausgrenzung, bei der mediatisierte und *face-to-face*-Öffentlichkeiten untrennbar miteinander verflochten sind.

Unterschiedliche Verständnisse von Öffentlichkeit(en)

Im Folgenden möchte ich noch für eine weitere konzeptionelle Ausdehnung plädieren, die sich aus diesem Zusammentreffen im physischen Stadtraum ergibt und den Begriff der Öffentlichkeit selbst betrifft. Während in den vorherigen Beispielen im Vordergrund stand, wie die Grenzen einer Öffentlichkeit gezogen werden, die sich durch verschiedene Praxen im physischen Raum des Städtischen verankert, werden umgekehrt auch Aushandlungen über die Nutzung des öffentlichen Stadtraumes ausgetragen und finden sich in lokalen Informationsmedien wieder. Dabei wird deutlich, dass das oben beklagte Desinteresse eines Teils der Nicht-

Schweizerischen Bevölkerung an Quartiersangelegenheiten nicht nur eine Frage des Umgangs mit Vielsprachigkeit ist. Es ist auch ein Ausdruck von unterschiedlichen Verständnissen von Öffentlichkeit, die in »locations in an alternative social imaginary« (Goankar 2002: 12) erworben wurden. Nimmt man Migrantinnen und Migranten als Transporteure von Ideen ernst, dann muss davon ausgegangen werden, dass in einem städtischen Kontext, dessen Urbanität stark von Migrantinnen und Migranten geprägt ist, auch verschiedene Vorstellungen von Öffentlichkeit miteinander verhandelt werden. Diese Verhandlungen werden über die Nutzungen des öffentlichen Raumes ausgetragen.

Ein weiteres Beispiel aus dem Quartier meiner Feldforschung soll hier zur Schärfung des Argumentes dienen. In einer Ausgabe der Quartiersinformation von 2011 findet sich folgende Textpassage:

»Hammerplatz – Ringen um Verbesserungen. Im Frühling 2011 sollen alle Sitzgelegenheiten entfernt und Pflanzenkübel aufgestellt werden. Das sieht der Vorschlag des Planungsamtes vor. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf die zahlreichen Beschwerden wegen Nachtlärms. Die Anwohnenden geben jedoch in einer Stellungnahme zu bedenken, dass die Probleme kaum mit einem Gestaltungsvorschlag zu lösen seien. Der Hammerplatz bleibe wohl der Treffpunkt für manchmal bis zu 40 Männer; einige von ihnen halten sich schon seit Jahren hier auf. Es sei nachvollziehbar dass solche Gruppen bei PassantInnen und Kindern aus dem Quartier ungute Gefühle auslösten und darum umso wichtiger, dass man sich kennenlerne. Wenn sich die zwei angrenzenden Gastrobetriebe und ihre Nutzer für mehr Rücksicht auf die AnwohnerInnen einsetzten, könnten zumindest die Nachtruhestörungen verringert werden. Mobiles Mobiliar, eine bessere Beleuchtung, einen leicht zu säubernden Bodenbelag und mehr Abfallkübel wünschten sich die Anwohnenden von der Umgestaltung.« (Newsletter des Stadteilsekretariats, November 2010)

Was auf den ersten Blick als ein Konflikt über verschiedene Zeitregime und Lärmtoleranzen erscheint, kann – so meine These – auch als das Zusammentreffen unterschiedlicher Vorstellungen von dem interpretiert werden, was für wen als öffentlicher Raum gilt. Weiter muss dieser Konflikt in einem Zusammenhang mit gegenwärtigen urbanen Entwicklungen gesehen werden, die unter dem Begriff *Mediterranisierung* diskutiert werden (Welz 1986, Kaschuba 2011). *Mediterranisierung* thematisiert die Zunahme von Aktivitäten im urbanen Außenraum in nord- und zentral-

europäischen Städten und deren Interpretation als Zeichen und Vitalität multifunktionaler öffentlicher Räume (Kaschuba 2011). Der Nutzungskonflikt hier verweist dabei auf die Neuverhandlung von öffentlichem Raum durch verschiedene Generationen und Interessengruppen, bei der die Annahme eines gemeinsamen öffentlichen Interesses zu kurz greift.

Müll ist ein weiteres Thema, das in der Quartierskommunikation (im Gespräch ebenso wie in schriftlichen Veröffentlichungen) verhandelt wird. Aber auch beim Problem der Müllbeseitigung geht es nicht nur um unterschiedliche Vorstellungen von Sauberkeit, sondern auch um eine bestimmte Art, den öffentlichen Raum zu bewirtschaften. Ein aus Deutschland kommender Kleinstunternehmer klagt in einem Interview:

»Hier nebenan wohnt der Besitzer des Alban Markets, ein Kosovo-Flüchtling, ganz netter. Die arbeiten fleißig, führen einen saubere Laden und alles. Sie sorgen sich um ihr ganze Familie. Aber wenn hier mal eine Tüte mit Alban Market drauf nur ein paar Zentimeter weiter von ihrem Stück Gehweg liegen bleibt. Denken Sie, die heben das dann auf? Das kümmert die nicht.« (Gespräch, 18.10.2010)

Eine Frau, die sich in der Quartiersarbeit engagiert, erzählt mir im informellen Gespräch:

»Ich habe türkische Nachbarn. Manchmal helfe ich der Tochter mit den Hausaufgaben.« Auf die Frage, ob sie dafür etwas zurückbekomme, sagt sie: »Nein, der Müll bleibt trotzdem draussen stehen, auch wenn sie genau wissen, dass es mich ärgert. Sie fahren über Weihnachten nach Hause und bevor sie fahren, stellen sie den Müll vor die Tür. Dann kommen die Schweizer, meist ältere, in mein Büro und beschweren sich, wie es hier aussieht. Und sie haben recht.« (Gespräch, 19.10.2010)

Die Herausforderung ist dabei weniger der Terminkalender für die Müllabholung, als die Verantwortung für den Raum zwischen privaten Häusern, wo Nachbarschaft eigentlich stattfindet. Die für jeden Schweizer Staatsbürger und jede Schweizer Staatsbürgerin selbstverständliche Erwartung, dass dies ein von der Stadt verwalteter und bewirtschafteter Raum [*Allmende*] ist, für den alle Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, stehen Lebenserfahrungen im Kontext anderer Eigentumsverhältnisse, Raumbezüge sowie öffentlich-privat-Arrangements gegenüber. Dabei

wäre es sicher zu kurz gedacht, nur gegenwärtige islamische Städte mit ihrer stärker nuancierten Struktur von privaten, semi-öffentlichen und öffentlichen Räumen (Stolleis 2004) in den Blick zu nehmen. Auch Transmigrantinnen und Transmigranten, mobile Bewohnerinnen und Bewohner und sogenannte hochqualifizierte Expats aus der EU bzw. EFTA⁵ mit einer kosmopolitanen Haltung haben ein weniger verbindliches Verhältnis zur nachbarschaftlichen Gemeinschaft, ebenso wie die Erfahrung, in einem sozialistischen Land gelebt zu haben, ein besonderes »citizenly engagement with place« und Volkseigentum hervorgebracht hat (Weszkalnys 2010). Und schließlich kann auch das Misstrauen gegenüber staatlicher Autorität nicht vernachlässigt werden, das sowohl mit Migrantinnen und Migranten aus Ländern mit einem schwachen als auch aus solchen mit einem sehr starken Staat (bzw. Diktaturen) in die Schweiz »reist«.

Das Zusammenleben einer diversen Stadtbevölkerung erweitert somit das Deutungsrepertoire dessen, was Öffentlichkeit ist und wie öffentliche Räume und Situationen aussehen sollen. Unterschiedliche historische Erzählungen und Erfahrungen öffentlichen Lebens vermischen sich und einzelne Elemente, die ursprünglich aus verschiedenen Konzepten von Öffentlichkeit stammen, werden in einen neuen Zusammenhang gebracht. Sie werden dann in Verhandlungen um das Recht am öffentlichen Raum eingesetzt, in moralischen Konflikten und in der Frage nach Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit.

3. SCHLUSS

Arjun Appadurai und Carol Breckenridge haben 1988 im Editorial der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Public Culture* sehr zutreffend von *public culture* als Zonen kultureller Auseinandersetzungen gesprochen, »where other types, forms and domains of culture are encountering, interrogating and contesting each other in new unexpected ways.« (Appadurai/Breckenridge 1988: 6) Eine kulturanthrologische Perspektive auf Öffentlichkeiten stellt die Praxen der Herstellung von Öffentlichkeiten als eben solche »zones of cultural debate« auf unterschiedlichen Skalen und in unterschiedlicher Gestalt in den Vordergrund und betrachtet zudem die Aktivitäten der Skalisierung, die dabei tragend sind. Damit löst sie auf einer ekenntnis-

5 | European Free Trade Association.

theoretischen Ebene ein, was Born (2006) für nationale Medienpolitik als Strategie einfordert. Es wird der Blick dafür geschärft, wie an bestimmten Orten verschiedene Öffentlichkeiten zusammenkommen, welche Konstellation von medienvermittelten und *face-to-face* Öffentlichkeiten bzw. welches Zusammentreffen verschiedener Öffentlichkeitsverständnisse vorherrscht. Dabei wird eine Stadt wie Seattle zum Ort, an dem sich eine globale Bewegung gegen globalen »corporation colonialism« (DeLuca/Peeples 2002: 126) formierte. Das Basler Quartier wird als ein Ort beschreibbar, an dem die Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes verschiedene Öffentlichkeitsverständnisse in Relation zueinander bringt und wo Sesshaftigkeit als Rezept gegen kulturelle Konflikte gilt. Und schließlich stellen die Straßen von Berlin einen Ort dar, an dem sichtbar wird, wie deutsche und türkische Fussballfans ko-präsent und doch zugleich in verschiedenen Universen unterwegs sind. Statt einer großen, allumfassenden Öffentlichkeit kommen Praxen der Skalierung in den Blick, die immer stärker durch Menschen mit unterschiedlichen geografischen Herkünften bestimmt werden, unter Bedingungen dessen was Gertraud Koch (2012: 120) »nahe Diversitäten« nennt. Unter diesen Bedingungen wird »der spätmoderne Mensch [...] selbst, wenn er individuell gänzlich unmobilität lebt, nolens volens zum Weltenbürger gemacht«, weil Menschen aus aller Welt »immer häufiger auch zu Mitbürgern und Kollegen« geworden sind. Medien sind dabei scaling devices, in dem sie zur Emergenz und Strukturierung von in ihrer Reichweite begrenzten Öffentlichkeiten beitragen. Die Frage, wie sich dabei das Loslösen und Wiederverankern von Öffentlichkeiten als soziale Form und moralische Ordnung vollzieht, die das Zusammenleben unter Fremden unter ganz konkreten lokalen Bedingungen regelt, bleibt in Zukunft weiterhin ein interessantes Feld für kulturwissenschaftliche Forschung.

LITERATURVERZEICHNIS

- Anderson, Benedict (2006 [1983]): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London: Verso.
- Appadurai, Arjun (1996): *Modernity at Large Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Appadurai, Arjun/Breckenridge, Carol (1988): »Why Public Culture?«, in: *Public Culture* 1 (1), S. 5-10.

- Balibar, Étienne (2001): *Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik*, Online publiziert bei No Spoon, http://www.niatu.net/nospoon/texte/balibar_staatsbuergerschaft.pdf, eingesehen am 26.05.2011.
- Beck, Ulrich/Sznaider, Natan (2006): »Unpacking Cosmopolitanism for the Social Sciences«, in: *British Journal of Sociology* 57 (1), S. 1-23.
- Benhabib, Seyla (2002): *The Claims of Culture: Equality and Diversity in the Global Era*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Benhabib, Seyla (1998): »Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas«, in: Joan Landes (Hg.), *Feminism, the Public and the Private*, Oxford: Oxford University Press, S. 65-99.
- Berking, Helmut (1998): »Global Flows and Local Cultures. Über die Refigurationen sozialer Räume im Globalisierungsprozeß«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 8 (3), S. 381-392.
- Bhabha, Homi (1989): »The Commitment to Theory«, in: Jim Pines/Paul Willemen (Hg.), *Questions of Third Cinema*, London: British Film Institute, S. 111-132.
- Bolter, David J./Grusin, Richard (2000): *Remediation*, Cambridge: MIT.
- Born, Georgina (2006): »Digitising Democracy«, in: *The Political Quarterly*, S.102-123.
- Cammaerts, Bart (2007): »Jamming the Political: Beyond Counter-Hegemonic Practices«, in: *Journal of Media & Cultural Studies* 21 (1), S. 71-90.
- Carpentier, Nico (2007): *Translocalism, Community Media and the City*, Brüssel: Centre for Media Sociology.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (2008 [1980]): *A Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia*, London: Continuum.
- DeLuca, Kevin/Peeples, Jennifer (2002): »From Public Sphere to Public Screen: Democracy, Activism, and the ›Violence‹ of Seattle«, in: *Critical Studies in Media Communication* 19 (2), S. 125-151.
- Dietzsch, Ina (2011): »Öffentliche Wissenschaft – Positionssuche der Forschenden in der Stadt«, in: Heinz Bude/Andreass Willisch/Thomas Medicus (Hg.), *Überleben im Umbruch*, Hamburg: Verlag Hamburger Edition, S. 198-206
- (2013): *The Everyday Life of Publics*, (Habitationsmanuskript).
- Faßler, Manfred/Terkowsky, Claudius (Hg.) (2006): *Urban Fictions*, München: Fink.

- Franck, Georg (1998): *Ökonomie der Aufmerksamkeit*, München: Hanser.
- Fraser, Nancy (2007): *Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World*, <http://eicpc.net/transversal/0605/fraser/en/print>, eingesehen am 22.08.2013.
- (1992): »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: Craig Calhoun (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge: MIT, S.109-142.
- (1990): »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: *Social Text* 25/26, S. 56-80.
- Galison, Peter (1997): *Image and Logic: A Material Culture of Microphysics*, Chicago: University of Chicago Press.
- Ginsburg, Faye D./Abu-Lughod, Lila/Larkin, Brian (2002): *Media Worlds: Anthropology on New Terrain*, Berkeley: University of California Press.
- Goankar, Dilip Parameshwar (2002): »Toward New Imaginaries: An Introduction«, in: *Public Culture* 14 (1), S. 1-19.
- Goffman, Erving (1974 [1971]): *Relations in Public: Microstudies of the Public Order*, New York: Basic Books.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hauser, Gerard (1999): *Vernacular Voices. The Rhetoric of Publics and Public Spheres*, Columbia: University of South Carolina Press.
- Hengartner, Thomas/Kokot, Waltraud/Kathrin Wildner (2000): »Das Forschungsfeld Stadt in Ethnologie und Volkskunde«, in: Waltraud Kokot/Ders./Kathrin Wildner (Hg.), *Kulturwissenschaftliche Stadtforschung*, Berlin: Dietrich Reimer, S. 3-18.
- Igo, Sarah (2007) *The Averaged American: Surveys, Citizens, and the Making of a Mass Public*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Kaschuba, Wolfgang (2011): *Mediterranisierung der Innenstädte: Zwischen ›Kotti D'Azur‹, Palmen und Strandbar*. Konferenzpaper vom 15.06.2011. Stadtlabor, Berlin: Institut für Europäische Ethnologie.
- Knorr-Cetina/Bruegger, Urs (2002): »Global Microstructures: The Virtual of Financial Markets«, in: *The American Journal of Sociology* 107 (4), S. 905-950.
- Koch, Gertraud (2012): »Distanzieren als Schlüsselkompetenz – eine sozial-anthropologische Perspektive auf nahe Diversitäten«, in: Stephan A. Jansen/Nico Stehr/Eckhard Schröter (Hg.), *Positive Distanz? Multidisziplinäre Annäherungen an den wahren Abstand und das Abstand-*

- wahren in Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119-127.
- (2009): »Transkulturelle Interaction Scapes. Innovation in urbanen Räumen«, in: Ulf Matthiesen/Gerhard Mahnken (Hg.), *Das Wissen der Städte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-94.
- (Hg.) (2008): *Transkulturelle Praktiken: Empirische Studien zu Innovationsprozessen*, St.Ingbert: Röhrig.
- Kokot, Waltraut (2000): »Diaspora, Lokalität und Stadt. Zur ethnologischen Forschung in räumlich nicht begrenzten Gruppen«, in: Dies./Thomas Hengartner/Kathrin Wildner (Hg.), *Kulturwissenschaftliche Stadtforschung*, Berlin: Reimer, S. 191-204.
- Kosnick, Kira (2010): »Migrant Publics: Mass Media and Stranger-Relationality in Urban Space«, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales* 26 (1), S. 37-55.
- Popplow, Laura/Scherffig, Lasse (2013): »Locative Arts – neue Erzählung des Raumes«, in: Regine Buschauer/Katherine S. Willis (Hg.), *Locative Media. Medialität und Räumlichkeit – Multidisziplinäre Perspektiven zur Verortung der Medien*, Bielefeld: transcript, S. 277-295.
- Rodatz, Mathias (2012): »Produktive ›Parallelgesellschaften‹. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) ›Stadt der Vielfalt‹«, in: *Behemoth. A Journal of Civilization* 5 (1), S. 70-103.
- Schilling, Heinz (Hg.) (1997): *Nebenan und Gegenüber. Nachbarn und Nachbarschaften heute (=Kulturanthropologische Notizen 59)*, Frankfurt a.M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, S. 13-25.
- Schiffauer, Werner (2008): *Parallelgesellschaften: Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft?* Bielefeld: transcript.
- Sheller, Mimi (2004): »Mobil Publics: Beyond the Network Perspective«, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 22, S. 39-52.
- Silverstone, Roger/Georgiou, Myria (2005): Editorial Introduction: »Media and Minorities in Multicultural Europe«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31, S. 433-441.
- Simmel, Georg (2006 [1903]): *Die Großstädte und das Geistesleben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Slater, Don/Ariztía, Tomas (2010): »Assembling Asturias. Scaling Devices and Cultural Leverage«, in: Ignacio Farías/Thomas Bender (Hg.), *Urban Assemblages*, London/New York: Routledge, S. 91-108.

- Smith, Mick/Davidson, Joyce (2008): »Civility and Etiquette«, in Tim Hall/Phil Hubbard/John R. Short (Hg.). *The SAGE Companion to the City*, London: SAGE, S. 231-49.
- Stolleis, Friederike (2004): Öffentliches Leben in privaten Räumen: Muslimische Frauen in Damaskus, Würzburg: Ergon.
- Taube, Jana (2010): »Afro-Shops in Berlin-Neukölln: Überlebensökonomie in transnationalen sozialen Räumen«, in: *Berliner Blätter* 53, S. 34-49.
- Vertovec, Steven (2007): »Super-Diversity and its Implications«, in: *Ethnic and Racial Studies* 30 (6), S. 1024-1054.
- Warner, Michael (2002): *Publics and Counterpublics*, New York: Zone Books.
- Welz, Gisela (1986): *Räume lokaler Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie.
- Weszkalnys, Gisa (2010): *Berlin, Alexanderplatz: Transforming Place in a Unified Germany*, New York: Berghahn Books.
- Yeoh, Brenda S.A. (2005): »Observation on Transnational Urbanism: Possibilities, Politics and Costs of Simultaneity«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31 (2), S. 409-413.

Websites

- Metropol FM (2012): <http://www.metropolfm.de/programm/%C5%9Firin.html>, eingesehen am 19.05.2012, neu: <http://www.metropolfm.de>, eingesehen am 09.12.2013.

Die Bedeutung von Lokalität für die Teilhabe an multiplen Öffentlichkeiten in einer transnationalen Pfingstkirche

KRISTINE KRAUSE

In der traditionellen Lesart der Säkularisierungsthese hat das Entstehen der bürgerlichen Öffentlichkeit dazu geführt, dass Religion in die Sphäre des Privaten gedrängt wurde. Religiöse Kommunikation wurde damit als Gegensatz zu der Idee der öffentlichen rationalen Debatte konstruiert, die unabhängig von religiösen Institutionen, dem Staat und dem Markt funktioniere. (Meyer 2011: 151) Forschungen zu verschiedenen Formen des Säkularen (Asad 2003) und zur »De-Privatisierung« (Casanova 1994: 5) von Religion haben jedoch die enge Verzahnung von Religion, Medien und öffentlicher Sphäre aufgezeigt.¹ Eines der oft zitierten Beispiele für die De-Privatisierung von Religion und die Schaffung einer machtvollen religiösen Öffentlichkeit ist die globale Pfingstbewegung. Unter diesem Begriff werden historisch sehr unterschiedlich situierte, aber global stark anwachsende, konservative christliche Orientierungen subsumiert, die sich durch den Glauben auszeichnen, auch unter den widrigsten Umständen mit Gottes Hilfe seinem Leben eine radikale Wendung geben und an Erfolg, Reichtum und Gesundheit teilhaben zu können. Vor allem in Län-

1 | Insbesondere in Europa waren Kirchen schon immer Teil des Machtensembles, durch das sich Öffentlichkeit überhaupt erst artikuliert. (Asad 2003: 184) In dieser Sichtweise erscheint die Annahme einer neutralen öffentlichen Sphäre als unzureichend. Öffentlichkeit ist im Plural zu denken (Fraser 2005, Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 22f., Rucht 2002: 328) und entsteht im konkreten Zusammenspiel mit spezifischen Säkularitätsregimen (Asad 2003, Wohlrab-Sahr/Burchardt 2011).

dern des globalen Südens, wo ein starkes sozioökonomisches Gefälle und oft unsichere politische Verhältnisse vorherrschen, verzeichnen Pfingstkirchen vermehrten Zulauf. Manche Autoren sprechen aufgrund dessen von einer markanten Verschiebung sowohl der geografischen als auch der dogmatischen Ausrichtung des globalen Christentums. (Jenkins 2002: 63-66)

In der Forschung werden Pfingstkirchen häufig als Beispiel kultureller Globalisierungsprozesse diskutiert. (Robbins 2004, Coleman 2010/2013) Ihre rituellen Formate haben sich überall auf der Welt als enorm anschlussfähig erwiesen. (Robbins 2004) Durch ihr Angebot von Heilung und Schutz erscheinen sie als Antwort auf die Schwächung sozialer Sicherungssysteme im Zuge von Modernisierung und Neoliberalisierung (Gunter Brown 2011, Dilger 2014) und stellen Arenen dar, in denen Mitglieder neue Technologien des Selbst und politische Subjektivitäten ausbilden (Van Dijk 1997, Marshall 2009). Ein weiterer Grund für die Attraktivität der Pfingstkirchen ist die Zentralität moderner Medientechnologien und Unterhaltungselektronik in der Ausrichtung der Gottesdienste und in den Evangelisationsstrategien. Sie ermöglichen vielen Bevölkerungsgruppen zumindest den imaginären Kontakt mit global zirkulierenden Konsumgütern und versprechen die Teilhabe an einem mächtigen globalen Christentum. (Hackett 1998, Meyer 1998, Schüler 2008)

Um die globale Ausbreitung und Überlappungen und Verflechtungen innerhalb der Pfingstbewegung adäquat beschreiben zu können, spricht Michael Bergunder anstatt von Kirchen von »international diskursiven Netzwerken« (Bergunder 2006: 162f., vgl. auch Schüler 2008, Währisch-Oblau 2009: 59f.). Diese Netzwerke stützen sich auf internationale christliche Medienkooperationen, die ihre Programme weltweit durch Satellitenfernsehen übertragen, aber auch durch lokal operierende Radiostationen, durch die Produktion von Videofilmen, CDs mit Predigten und durch gedruckte Traktate und Büchlein. Das wirkmächtige Konglomerat von transnational zirkulierenden Medienerzeugnissen, transnational operierenden christlichen Colleges, internationalen Konferenzen, aber auch die persönlichen Netzwerke von Pastoren und Gläubigen lässt es deswegen sinnvoll erscheinen, von globalen pentekostalen Öffentlichkeiten im Sinne von diskursiven Arenen zu sprechen, die situativ und temporär gebunden entstehen (Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 22f., Rucht 2002: 328) und durch die Dynamik »globaler Machtgeometrien« (Massey 1996) geprägt sind.

In diesem Beitrag interessiert mich, wie in einer von Zuwanderern aus Ghana in Deutschland gegründeten transnationalen Pfingstkirche Zugehörigkeit durch die Teilhabe an verschiedenen Öffentlichkeiten produziert wird. Wie Kaelble, Kirsch und Schmidt-Gernig ausgeführt haben, sind »kollektive Identitäten grundlegend an ›Öffentlichkeiten‹ im weitesten Sinne gebunden, d.h. sie müssen in einem öffentlichen Raum artikuliert werden und medial vermittelt sein, um überhaupt auf kollektiver Ebene wirksam werden zu können« (2002: 21).

Anhand der Ergebnisse einer ethnografischen Feldforschung² innerhalb der Netzwerke der von ghanaischen Migranten in Hamburg gegründeten Christian Outreach Mission International (CCOMI) werde ich untersuchen, wie diese Kirche unterschiedlich positioniert und je nach Referenzrahmen als *deutsche*, *afrikanische*, *Migranten*, *internationale* oder *globale* Kirche verstanden wird. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Lokalitäten und Positionierungen in Deutschland und Ghana richte ich das Augenmerk auf die Grenzziehungs- und Inkorporierungspraktiken³ in den transnationalen Netzwerken der Kirche. Insbesondere gehe ich der Frage nach, wie sich Strategien, Zugehörigkeiten herzustellen und Grenzen zu ziehen, in einem transnationalen Referenzrahmen darstellen. Ich folge dabei der von Peggy Levitt und Nina Glick Schiller eingeführten Unterscheidung von »transnational ways of being and belonging« (2004: 1008/1010ff.). Transnationale Arten und Weisens des Seins beziehen sich

2 | Die diesem Beitrag zugrunde liegende Forschung fand innerhalb des DFG Projektes »Transnationale Netzwerke, neue Migration und Religion« (HU 1019/1-2 und HU 1019/1-3) statt. Sie umfasste das Durchführen von Interviews und teilnehmende Beobachtung in Berlin, Hamburg und in verschiedenen Zweigkirchen in Ghana und war nur durch die großzügige Unterstützung durch Pastor Nimo, Pastor Wayne Onyina, Pastor Joshua und Pastor Asiedu möglich. Für ihre Mitarbeit bei Forschungen in Berlin und Hamburg möchte ich mich bei Katrin Maier und für inspirierenden Austausch bei der Projektleiterin Gertrud Hüwelmeier bedanken. Teilaspekte der hier diskutierten Themen wurden in Krause (2011) auf Englisch publiziert, wenn auch unter einem anderen thematischen Fokus.

3 | Unter Inkorporierung verstehe ich die Herstellung von Partizipation und Anerkennung. Jeder Mensch ist als soziales Wesen in irgendeinen Zusammenhang inkorporiert. Der Begriff wird deswegen von vielen Migrationsforscher dem normativ und politisch aufgeladenen Begriff der Integration vorgezogen, vgl. z.B. Amelina (2008) und Glick Schiller et al. (2004).

auf die konkreten sozialen Beziehungen und Handlungen, in die ein Individuum involviert ist. Diese müssen jedoch nicht zwangsläufig zur Herausbildung einer bestimmten Zugehörigkeit führen. Umgekehrt wiederum kann sich ein Mensch einer transnationalen religiösen Gemeinschaft zugehörig verstehen durch Teilhabe an den diskursiven Arenen, die durch die Gruppe erzeugt werden, ohne selber zu reisen. Im Folgenden werde ich zunächst einen kurzen Überblick geben über neue von Migranten gegründete Missionskirchen, bevor ich die Teilhabe an multiplen Öffentlichkeiten durch die globale Pfingstbewegung erläutere und dann anhand eines Fallbeispiels diskutiere.

NEUE MISSIONSKIRCHEN IN DEUTSCHLAND

Als einer der am stärksten anwachsenden christlichen Orientierung weltweit werden Pfingstkirchen als ein Hauptmotor des globalen Wandels innerhalb des Christentums angesehen. Während in den traditionellen Zentren des Christentums die Mitgliederzahlen sinken, steigen sie in den urbanen Zentren des Südens. Diese Zentren sind auch die Ausgangsorte globaler Migration. (Hüwelmeier/Krause 2010a: 2) So bringen Migranten aus Afrika (Van Dijk 1997, Haar 1998, Harris 2006), Asien (Hüwelmeier 2013) und Lateinamerika (Sheringham 2010/2013) ihre Kirchen nach Europa oder machen sich erst durch ihre Zugehörigkeit zu religiösen Netzwerken auf die Reise. Insbesondere in den 1990ern kam es in Europa vermehrt zu pentekostalen Kirchengründungen durch Migranten und dadurch fast unbemerkt zu einer nachhaltigen Veränderung der christlichen Landschaft europäischer Metropolen. (Hüwelmeier/Krause 2010b) In Bezug auf Migration haben mehrere Autoren hervorgehoben, wie soziale und geografische Mobilität in der Pfingstbewegung ineinanderfließen. (Daswani 2010, Van Dijk 2010) Während frühere Forschungen von Akkulturationsparadigmen bestimmt waren und das Augenmerk mehr darauf richteten, inwieweit Kirchen der Aufrechterhaltung kultureller Identität dienen und Menschen Hilfestellungen geben (Haar 1998), weisen neuere Publikationen vor allem darauf hin, wie die Netzwerke der Kirchen es den Mitgliedern ermöglichen, Spannungen und Ambivalenzen zu bearbeiten, die den transnationalen Migrationsalltag durchziehen (Van Dijk 2002, Maier/Coleman 2011. Die Arten und Weisen, wie sich Kirchen ihr städtisches Umfeld aneignen und verändern ist ein weiteres Forschungsfeld (Krause

2008/2014, Knibbe/Meulen 2009, Hüwelmeier/Krause 2010b, Adogame 2010, Lanz 2010), das eng mit den Fragen nach Ausbildungen von und Teilhabe an Öffentlichkeiten zusammenhängt.

Ghanaer⁴ kamen kurz vor und nach der Unabhängigkeit des Landes zu Bildungszwecken (Martin 2005: 59-65) und in den 1980ern aufgrund ökonomischer Instabilität und politischen Unruhen nach Deutschland.⁵ In den 1990ern gründeten sie Familien und reagierten, wenn auch mit einiger Verspätung, auf die religiösen Entwicklungen im Herkunftsland (Nieswand 2011: 78f.), wo eine sehr einflussreiche und sich rasch ausbreitende christliche Erneuerungsbewegung zur Pentekostalisierung und Internationalisierung der religiösen Landschaft Ghanas führte (Van Dijk 1997, Hackett 1998, Gifford 2004, Asamoah Gyadu 2005, Meyer 2011).⁶ Die Gründung eigener Kirchen war jedoch auch oft von Erfahrungen des Ausschlusses in deutschen Landeskirchen geprägt. So berichteten ältere Ghanaer, wie sich weiße Deutsche weigerten, aus demselben Kommunionkelch wie sie zu trinken. Solche rassistischen Erfahrungen und der deutliche Hinweis, sie sollten doch in eine *schwarze* Kirche gehen, führte dazu, dass sie resignierten und anfangen, andere afrikanische Freunde zu Hausgebetsgruppen um sich zu sammeln. Aus diesen Hausgruppen entwickelten sich dann später Kirchen.

Formal sind die meisten Kirchen als gemeinnützige Vereine registriert und erhalten nur durch die Mitgliedschaft in größeren Verbänden wie dem deutschen Bund Freier Pfingstkirchen (BfP) den Status einer re-

4 | Zurzeit der Forschung stellten Ghanaer die zahlenmäßig größte Gruppe afrikanischer Migranten in Berlin dar, die als schwarz rassifiziert werden. Für einen Überblick über neue Missionskirchen in Deutschland siehe Währisch-Oblau (2009). Zu von Vietnamesen gegründeten Kirchen vgl. die Arbeiten von Gertrud Hüwelmeier (2011).

5 | 1978, 1979 und 1982 fanden Staatsstreiche statt. Außerdem wurden zahlreiche Ghanaer aus Nigeria ausgewiesen. (Van Hear 1998, Peil 1995) Zu einer ausführlichen Darstellung der Migrationsdynamiken vgl. Nieswand (2011: 51-67).

6 | Rein numerisch stellen die ehemaligen Missionskirchen immer noch die Mehrheit dar. (Mohr 2008) Die Intensität der Erneuerungsbewegung in den 1980ern bis 1990ern führte jedoch dazu, dass eine grundlegende Charismatisierung der etablierten Kirchen stattfand. (Omenyo 2006)

ligiösen Gemeinschaft.⁷ Insgesamt treten die von Migranten gegründeten pentekostalen Gruppen in vielfältigen Formen auf. Manche haben ihren Hauptsitz außerhalb Europas und gründen in Deutschland Zweigkirchen. Andere entstanden in Europa und missionieren von dort zurück in den Herkunftskontext. (Währisch-Oblau 2009: 53ff., Adogame 2010, Krause 2011, Nieswand 2011: 78) Landeskirchen in Deutschland und etablierte ehemalige Missionskirchen wie die Methodist Church in Großbritannien haben sogenannte »fremdsprachige Gemeinden« (Währisch-Oblau 2006) oder »ethnic chaplaincies« (Fumanti 2010) aufgebaut. Außerdem gibt es vielfache Interaktionsformen zwischen Gläubigen, die nicht an den Kontext einer Kirche gebunden sind wie Gebetsnetzwerke auf Stadtteilebene, in der sich Mitglieder aus verschiedenen Kirchen treffen. Sogenannte *Ministries* werden von Frauen und Männern aufgebaut, die sich berufen fühlen, eine bestimmte Gabe Gottes, wie Predigen oder Heilen, unter die Menschen zu bringen, ohne gleich eine Kirche zu gründen.⁸ Andere Gruppen nennen sich Kirchen, obwohl sie nicht viel mehr als sieben Mitglieder haben und sich im Wohnzimmer des Pastors treffen. Auch wenn sie in Größe und Organisationsform stark variieren, eint diese Gruppierungen jedoch der Anspruch, an einem globalen Kampf mitzuwirken, der der Herrschaft des christlichen Gottes den Weg ebnen soll.

Um dem Selbstverständnis der Kirchen Rechnung zu tragen, schlägt Claudia Währisch-Oblau vor, sie nicht als Migrantenkirchen oder afrikanische Kirchen, sondern als Neue Missionskirchen zu bezeichnen. (Währisch-Oblau 2006: 11/33f.) Denn auch wenn die Mehrzahl der Mitglieder vieler Kirchen oft nicht in Deutschland geboren wurden, verstehen sich die Kirchen nicht als Migrantenorganisationen, sondern in erster Linie als Teil global verflochtener pentekostaler Netzwerke, welche es zum Ziel haben, die Welt in einem Kampf gegen das Böse für das Gute zu gewinnen und an multiplen Öffentlichkeiten teilzuhaben.

7 | Dieser ist vor allem als *Körperschaft des öffentlichen Rechtes* interessant, da Kirchen so ein Bündel an Privilegien erhalten (s.u.). Aus historischen Gründen und entsprechend dem Grundsatz der Religionspflege, die laut Grundgesetz nicht als staatliche, aber als öffentliche Aufgabe betrachtet wird, sind die etablierten Kirchen und einige kleinere Religionsgemeinschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts. (Vgl. <http://www.berlin.de/sen/kultur/bkrw/koerperschaften.html>, eingesehen am 30.08.2013)

8 | Für eine hilfreiche Typologisierung siehe Währisch-Oblau (2006: 17-22).

Gleichzeitig stellen die Kirchen, Gruppen und Netzwerke eine der effektivsten Organisationsformen für Migranten aus einem gemeinsamen Herkunftskontext dar. (Nieswand 2008) Sie sind erste Anlaufpunkte für Neuankömmlinge und ein sozialer Ort, an dem Heiratspartner gefunden, Lebensabschnittsrituale praktiziert, aber auch Geschäftsbeziehungen geknüpft werden. Nach den Gottesdiensten werden nützliche Informationen zur Wohnungssuche, zu Arztbesuchen, aber z.B. auch darüber, wie man am günstigsten Autos nach Ghana verschiffen kann, ausgetauscht sowie Handel betrieben. In größeren Kirchen werden neben Büchern, CDs und Videos mit Aufnahmen von Predigten und Gottesdiensten auch oft Essen und Getränke verkauft. (Vgl. Adogame 2010: 179) Diese Aktivitäten sind ebenfalls in transnationale Austauschprozesse eingebunden: Die Druckezeugnisse werden oft in Ghana hergestellt, ebenso die CDs und Videos, da die Produktionskosten dort geringer sind⁹; Softdrinks wie Malz- und Gingerbeer und Nüsse sind ebenfalls aus Ghana importiert.

TEILHABE AN MULTIPLLEN ÖFFENTLICHKEITEN

Von Westafrikanerinnen und Westafrikanern gegründete Kirchen in Deutschland schaffen nicht nur diskursive Arenen innerhalb des Verbundes ihrer Gemeinden, sondern sind an mehreren anderen Öffentlichkeiten beteiligt oder beziehen sich auf diese.¹⁰ Im transnationalen Kontext fallen dabei zunächst die extremen Unterschiede der Art und Weise des »going public« (Meyer 2011) auf. So produzieren Pfingstkirchen in Ghana ganz andere Öffentlichkeiten als in Deutschland.

Seit den 1990ern ist die Anzahl der Pfingstkirchen in Ghana enorm angewachsen und durch ihre intensive audio- und visuelle Präsenz im Stadtraum und die Schaffung medialer Formate haben sie neue öffentliche Räume kreiert. (Hackett 1998, De Witte 2003, Asamoah Gyadu 2010: 88) Größere Kirchen besitzen ihre eigenen TV-Sender und Radiostationen; kleinere Gruppierungen investieren in Sendezeiten und TV-Auftritte. Straßen und Plätze sind übersät mit Postern, die zu Gebetstreffen und

9 | Kopien werden meistens in Deutschland hergestellt.

10 | Wie Nieswand argumentiert, schließen sich diese »multiple(n) sozial-räumlich(en) Referenzstrukturen« (2008: 45) nicht aus, sondern ergänzen sich (ebd.).

Gottesdiensten einladen. Überall finden sich Schilder, die auf die Arbeit eines Propheten, auf das Angebot eines Heilungsgottesdienstes oder die Existenz einer Kirche hinweisen. In Sammeltaxis und Bussen ist man nicht nur von Gospelmusik umschallt, sondern trifft oft Prediger an, die die Wartezeit der Reisenden vor der Abfahrt mit Gebeten und Predigten verkürzen. Pentekostale Praktiken schließen damit an etablierte ästhetische Formen des öffentlichen Auftritts und Ausdrucks an (Hackett 1998, Shipley 2009, Meyer 2011), in ihrer Nutzung von Kommunikationsmedien haben sie jedoch neue Standards gesetzt (De Witte 2010).

Verglichen mit Ghana, finden die Kirchen in Deutschland ganz andere Bedingungen der öffentlichen Kommunikation vor. Während Zweigkirchen der in Deutschland gegründeten Kirchen in Ghana Teil des Mainstreams sind und eher das Problem haben, in der Vielzahl von Pfingstkirchen unterzugehen, sind sie in Deutschland entweder ganz unsichtbar oder stechen als doppelt markiert hervor: Sie praktizieren ein Christentum, das von dem der protestantischen Landeskirchen und der katholischen Kirche abweicht und werden des Weiteren vorwiegend als Migrantenkirchen und als *afrikanische* Kirchen wahrgenommen. Die Abweichungen in Doktrin und Praxis werden dabei von der katholischen Kirche und den protestantischen Landeskirchen oft der angenommenen kulturellen Andersartigkeit der Mitglieder zugeschrieben. Diese Zuschreibungen werden nicht nur als paternalistisch, sondern auch als rassistisch verletzend erfahren, da sie die Pastoren und Pastorinnen nicht als gleichberechtigte theologische Gesprächspartner situieren, sondern als Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft nicht anders können, als z.B. an Geister zu glauben. Dementsprechend schwierig gestaltet sich die Teilhabe der neuen Missionskirchen an religiösen Öffentlichkeiten in Deutschland.

Ein Weg, anerkannt zu werden und »eine Stimme« zu bekommen, ist die Mitgliedschaft im Bund Freier Pfingstkirchen, wie oben bereits erwähnt. Sie ermöglicht Kirchen, an dem gesetzlichen Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit an bestimmten Privilegien teilzuhaben, wie zum Beispiel dem erleichterten Zugang zu Grundstücken und einer vorteilhafteren Besteuerung. Der BfP veranstaltet darüber hinaus Konferenzen, Fortbildungskurse und Trainings für die Mitgliedskirchen, handelt günstige Versicherungen aus, bezahlt die GEMA-Gebühr und kann für einen Kredit die Bürgschaft übernehmen, wenn Gemeinden z.B. ein Gebäude kaufen wollen. Der BfP springt auch ein, wenn Gemeinden aufgrund der Lautstärke der Gottesdienste zum Beispiel Probleme mit der

Polizei bekommen. So kann er bestätigen, dass es sich um religiöse Gemeinschaften handelt.¹¹

Man würde den meisten Kirchen aber nicht gerecht werden, wenn man sie nur im Hinblick auf ihre marginalisierte Position im nationalen Rahmen in Deutschland sehen würde. Es ist gerade die simultane Teilhabe (Levitt/Glick Schiller 2004) an mehreren Öffentlichkeiten in unterschiedlichen nationalen Kontexten, welche die Kirchen zu einem interessanten Gegenstand für die in diesem Sammelband diskutierten Fragen macht.

Auf nationaler wie internationaler Ebene finden sich verschieden stark institutionalisierte Netzwerke neuer Missionskirchen, die sich offensiv mit der Bedeutung des *Afrikanisch-Seins* in Europa und rassifizierenden Zuschreibungen auseinandersetzen. So fanden seit 1995 auf europäischer Ebene eine Reihe von Konferenzen statt, in denen sich Kirchenleitungen und Führungspersönlichkeiten schwarzer Christen in Europa zusammaten und schließlich das Council of Christian Churches of an African Approach in Europe (CCCAAEE) gründeten.¹² Teil dieses Councils ist auch der Rat Afrikanischer Christen in Berlin-Brandenburg, dessen Gründungsmitglied Dr. Alimamy Sesay, der Präsident des europäischen Rates, ist.¹³ In diesen Netzwerken positionieren sich die Mitglieder jenseits der Unterschiede in ihren Denominationen explizit als Schwarze Christen in Europa und wählten 2001 bewusst einen Ort in der Nähe Berlins als Tagungsort aus, um an die koloniale Aufteilung Afrikas auf der sogenannten Berliner Konferenz zu erinnern, auf der 1885 in der sogenannten Kongoakte die Aufteilung Afrikas unter den Kolonialmächten beschlossen wurde. (Adogame 2004)

Der Rat Afrikanischer Christen in Berlin versteht sich als eine Interessenvertretung von Afro-Deutschen und aus Afrika eingewanderten Berlinern und Brandenburgern und unterscheidet bei seinen Mitgliedern ebenfalls nicht nach deren religiöser Orientierung. So vertritt der Rat prophetische Kirchen aus dem Kongo, wie die Kimbaguisten, genauso wie klassische pentekostale Kirchen oder die Mennoniten. Dies ist einer der Gründe, warum manche pentekostale Kirchen bewusst nicht Mitglied des

11 | Interview mit Pastor Nimo, 30. November 2006, CCOMI Berlin.

12 | Für eine ausführlichere Darstellung dieser Entwicklung siehe Simon (2003: 42-51) und Adogame (2004).

13 | Interview mit Herrn Alimamy L. Sesay 23. Oktober 2006, Berlin.

Rates sind. Sie lehnen die Vernetzung mit bestimmten Kirchen, die zu *afrikanisch* sind, ab.

Diese erklärte Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Zusammenschlüssen in Berlin kann man durch die in der westafrikanischen pentekostalen Öffentlichkeit vorherrschende Abgrenzungspolitik verstehen: Ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Pfingstkirchen ist, dass sie nicht nur eine spirituelle, sondern auch eine physische Behebung von Missständen versprechen. Mit diesem Heilungsversprechen geht ein neoliberales Modernisierungsangebot einher, das in der spirituellen Wiedergeburt einen individuellen Ausweg aus sozialökonomischen Problemen verheißt. Dafür wird ein radikaler Bruch mit als *traditionell afrikanisch* angesehenen kulturellen und religiösen Praktiken gefordert, die als Ursache von Krankheit und Armut angesehen werden.¹⁴ Der Bruch mit der imaginierten kollektiven und individuellen Vergangenheit ist auch in den Predigten und Diskursen in den von afrikanischen Migranten gegründeten Kirchen in Berlin anzutreffen. Damit grenzen sie sich von anderen afrikanischen Berlinern ab, die gerade ihr *afrikanisches Erbe* als Ressource nutzen, wie z.B. Künstler, die beim Karneval der Kulturen mitwirken, Trommelkurse anbieten oder eben auch von dem Rat Afrikanischer Christen.

Während also auf der Ebene der Räte Offenheit in Bezug auf die verschiedenen christlichen Denominationen besteht, separieren sich viele Pfingstkirchen strategisch von anderen Formen des Christentums. In diesem Spektrum ist die CCOMI einzuordnen, um deren Teilhabe an unterschiedlichen Öffentlichkeiten es im Folgenden gehen soll.

CHRISTIAN OUTREACH MISSION INTERNATIONAL

Die *Christian Outreach Mission International* wurde Ende der 1980er durch eine Gruppe von Christen, die aus Ghana nach Hamburg gekommen waren, gegründet und umfasst inzwischen ungefähr fünfzehn Zweigkirchen in Deutschland.¹⁵ In Europa wurden Gemeinden in den Niederlanden Spanien und Großbritannien aufgebaut. In Afrika führt die Kirche Missionsarbeit in Ghana, Togo und Nigeria durch. Eine Zweigkirche in den USA ist im

14 | Zu diesem Punkt gibt es zahlreiche Forschungen. Vgl. exemplarisch Meyer (1999).

15 | Für eine detailliertere Geschichte vgl. Adogame (2010), Jach (2005).

Entstehen. (Jach 2005 263-271, Adogame 2010, Krause 2011) Der Hauptsitz befindet sich in Hamburg, wo die Kirche aus eigenen Mitteln eine alte Lagerhalle in Bergedorf erwarb und zu einer Kirche umgebaut hat.

Der Bishop der Kirche, Abraham Bediako sowie der Beauftragte für die Gemeinden im Ausland und Pastor der Berliner Zweigkirche, Pastor Nimo, sind beide innerhalb der evangelischen Landeskirchen intensiv vernetzt. So wird Pastor Nimo regelmäßig zu Vorträgen von der Missionsakademie Hamburg eingeladen, um über *afrikanisches* Christentum zu lehren. Die Kirche in Berlin hatte eine Zeit lang eine Sendung auf dem Offenen Kanal Berlin und versucht ansonsten durch Straßenevangelisation ein weiteres Publikum zu erreichen.

In ihrer Selbstdarstellung betont die Kirche ihre Internationalität. (Vgl. Krause 2011) Die Mitglieder kommen vor allem aus verschiedenen Ländern Afrikas, vereinzelt finden sich weiße Deutsche und vietnamesische Mitglieder. Innerhalb der religiösen Landschaft Berlins vermeidet es die Kirche jedoch, als *afrikanische Kirche* angesehen zu werden. So ist sie kritisch gegenüber dem sogenannten Rat Afrikanischer Christen in Berlin und Brandenburg, wie oben erläutert, da in diesem Rat auch Kirchenmitglieder sind, die nach Auffassung der Kirchenleitung fragwürdigen rituellen Praktiken nachgehen. Die Kirche benutzt jedoch die Bezeichnung *afrikanisch*, um sich in der pfingstkirchlichen Arena auszuweisen. APPA, *African Pentecostal Pastors Association*, bezeichnet einen Zusammenschluss von Pastoren, die aus Westafrika nach Berlin gekommen sind. Sie organisieren zusammen Veranstaltungen wie sogenannte crusades oder Konferenzen, zu denen sie auch weiße deutsche und andere internationale Gemeinden einladen.

Das Bemühen, auch weiße deutsche Christen anzusprechen, zeigt sich in der Berliner Gemeinde unter anderem daran, dass in den Gottesdiensten simultan aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt wird.¹⁶ Nichtafrikanische Mitglieder sind jedoch in der absoluten Minderheit und haben meistens durch ihre afrikanischen Ehepartner in die Kirche gefunden. Die Mehrzahl der Mitglieder ist außerdem aus Ghana. Im Alltagsleben der Kirche bemüht sich die Leitung bewusst, einer nationalen oder ethnischen Identifizierung der Kirche vorzubeugen. So befinden sich nicht nur Mit-

16 | Die Übersetzung wird jedoch auch von den in Deutschland geborenen Kindern der Kirchenmitglieder gewünscht, deren Alltagssprache außerhalb der Familie Deutsch ist.

glieder mit nigerianischer oder kamerunischer Herkunft in Leitungsfunktionen, sondern, wie Pastor Nimo erläuterte, die Gemeinde in Berlin hat auch beschlossen, bestimmte Praktiken, wie zum Beispiel das übermäßige Geldsammeln für Beerdigungen, das mit der Gruppe der Ashanti aus Ghana in Zusammenhang gebracht wird, abzuschaffen.¹⁷

Innerhalb der ghanaischen Berliner Öffentlichkeit wird die CCOMI trotz dieser Bemühungen, die Gemeinde als international zu etablieren, als eine der wichtigsten *ghanaischen*, also national eindeutig zuordnungsbaaren Kirchen in Berlin wahrgenommen. So hatte sie bei den Feierlichkeiten für das fünfzigjährige Jubiläum der ghanaischen Unabhängigkeit sogar ein eigenes Zelt auf dem Botschaftsgelände und der leitende Pastor Nimo hielt ein öffentliches Gebet. In Hamburg, wo sich der Hauptsitz der Kirche befindet, wurde Mitte der 1990er sogar eine twisprachige¹⁸ Gemeinde gegründet.

Im transnationalen Kontext stellt sich die Positionierung der Kirche jedoch wiederum anders dar. Um herauszufinden, ob die transnationale Organisationsform der Kirche auch zur Herausbildung transnationaler Zugehörigkeiten führt, habe ich Akteure in verschiedenen Zweigkirchen in Ghana nach ihrer Sicht auf die Kirche gefragt. Meine einfache Frage, wo sich denn der Hauptsitz der Kirche befände, führte dabei zu interessanten Diskussionen und zeigte auf, auf welcher unterschiedlichen Weise Zweigkirchen an transnationalen Öffentlichkeiten teilhaben.

17 | Einer der Gründe, in eine Kirche einzutreten, ist für viele im Ausland lebende Ghanaer, dass sie dort Unterstützung für transnationale familiäre Verpflichtungen erhalten. Beerdigungen gehören vor allem im Süden Ghanas zu den wichtigsten sozialen Bühnen, auf denen sozialer Status ausgehandelt wird (vgl. De Witte 2001) und von Familien, die im Ausland leben, wird erwartet, dass sie sich großzügig an den Beerdigungskosten beteiligen. In diesem Zusammenhang betrachtet wird deutlich, wie bedeutsam der Schritt der CCOMI Berlin anzusehen ist, das Sammeln für Beerdigungen nicht mehr öffentlich in der Kirche abzuhalten.

18 | Auch wenn die offizielle Landessprache Englisch ist, verstehen die meisten Ghanaer Varianten der Akansprachen, zu der Twi gehört, da diese die erste Sprache von über 40% der Bevölkerung darstellt. Twi hat sich deswegen zu einer lingua franca in Ghana und innerhalb der ghanaischen Diaspora entwickelt.

»BURGER CHURCH«

Der Hauptsitz der CCOMI in Westafrika befindet sich in Accra, der Hauptstadt Ghanas. Die Kirche nennt sich dort Christian Mission International (CMI), da es während der Zeit des Aufbaus der Kirche in Ghana (1987-1989) unter Präsident Rawlings verboten war, ausländische Kirchen zu gründen. (Adogame 2010: 174f.) Die Gründungsmitglieder bestanden hauptsächlich aus ghanaischen Rückkehrern aus Deutschland. Statt als *afrikanische* Kirche wurde ihre Kirche nun als *deutsch* wahrgenommen. Dieser Ruf hält sich hartnäckig. Die Händler des in der Nähe liegenden Marktes waren zur Zeit meiner Forschung in Ghana (2008) immer noch der Meinung, dass sich in der Kirche vor allem Rückkehrer aus Deutschland versammeln würden und beschrieben die Kirche als *Burger Church*. Abgeleitet vom Namen der Stadt Hamburg (Martin 2005), wo vor allem in den 1980ern und frühen 1990ern viele Menschen aus Ghana lebten, wird die Bezeichnung Burger im ghanaischen Englisch für Menschen verwendet, die aus Deutschland zurückgekehrt sind und durch mitgebrachte Konsumgüter und einen extravaganen Kleidungs- und Lebensstil einen Statusgewinn beanspruchen, den sie aufgrund ihrer Herkunft alleine nicht erreichen könnten. Die harten und oft erniedrigenden Lebens- und Arbeitsumstände, durch welche die Rückkehrer diesen Statusgewinn erreichen konnten, werden dabei verschleiert. Boris Nieswand (2013) setzt die Bezeichnung Burger deswegen in den Zusammenhang mit dem »Statusparadox« transnationaler Migration (Nieswand 2011): Menschen erreichen einen höheren Status im Herkunftsland aufgrund statusniedriger Tätigkeit im Migrationskontext.¹⁹ Zahlreiche Popsongs und Videofilme widmen sich der Figur des Burgers (vgl. Nieswand 2013) und es gibt sogar ein eigenes Musikgenre, den *Burgerhighlife*, das mit Migranten aus Ghana in Hamburg in Verbindung gebracht wird.

19 | Der Erfolg der Pfingstkirchen unter Migranten kann vielleicht u.a. damit erklärt werden, dass die Emphase auf die Möglichkeit mit Gottes Hilfe alles jederzeit erreichen zu können, gleichgültig wer man vorher war und wie sehr man gesündigt hat, ein sinnstiftendes Interpretationsangebot des Statusparadox darstellt. (Vgl. Nieswand 2013)

Auch wenn zur Zeit meiner Forschung Apostle Waye-Onyina, ein Rückkehrer aus Deutschland, noch der leitende Pastor war,²⁰ wird die Mehrheit der Gemeinde nicht mehr von zurückgekehrten Migranten gestellt. Die Kirche profitiert jedoch von dem Ruf, dass sie gute Kontakte ins Ausland vermitteln könne. Viele in Deutschland lebende Ghanaer suchen außerdem während ihrer Aufenthalte in Ghana den regionalen Hauptsitz in Accra für Gottesdienste auf und der Kontakt zur Mutterkirche in Hamburg ist eng. So wusste auch die Mehrheit der befragten Gemeindemitglieder über die transnationale Vernetzung der Kirche Bescheid und beschrieb die CMI als eine internationale Kirche.

Für viele Mitglieder, auch diejenigen, die Teil des Leitungsteams sind, führt die Transnationalität der Kirche jedoch nicht unbedingt zu eigener transnationaler Mobilität. Ein sehr respektierter Pastor im Hauptsitz in Accra hatte noch nie an einer der jährlichen Hauptversammlungen teilgenommen, da er entweder das Visum nicht bekommen oder das nötige Reisegeld nicht aufbringen konnte. Ein jüngerer Mann, der einen in der Kirchenhierarchie sehr viel niedrigeren Posten innehatte, war schon mehrmals als Vertreter aus Accra bei der großen Osterkonferenz in Hamburg gewesen. Er hatte Bishop Bediako und Pastor Nimo aus Berlin persönlich getroffen und war im Gegensatz zu dem in der lokalen Hierarchie höherstehenden älteren Pastor viel besser in die transnationalen Netzwerke involviert. Ausschlaggebend dafür war der Umstand, dass er aufgrund von Verwandten in Deutschland leichter an ein Einreisevisum und finanzielle Hilfe zur Finanzierung der Reise herankam. Diese beiden Beispiele zeigen, dass persönliche transnationale Netzwerke wichtig für den Status innerhalb der Kirche sind und dass die Kirche nicht unbedingt die Möglichkeiten hat, ihren Pastoren Visa zu verschaffen oder ihnen die Reisen zu bezahlen. Durch die Besuche des Hauptsitzes in Accra von Gemeindemitgliedern und Pastoren aus Deutschland war der ältere Pastor jedoch in die interne transnationale Öffentlichkeit der Kirche eingebunden.

20 | In den Jahren nach meiner Forschung kam es zu einem Bruch. Der Gründungspastor Apostle Stephen Waye-Onyina hat sich als Head Pastor der Kirche Christian Mission Dunamis selbständig gemacht und musste 2011 per Gerichtsbeschluss alle Besitztümer an die Mutterkirche Christian Mission übertragen. Vgl. <http://vibeghana.com/2011/12/13/court-orders-apostle-waye-onyina-to-surrender-properties/>, eingesehen am 01.10.2013.

DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG VON LOKALITÄT FÜR TEILHABE AN ÖFFENTLICHKEITEN

Der ältere Pastor konnte das Fehlen persönlicher Netzwerke durch die strategisch günstige Positionierung am Hauptsitz der Kirche in Ghana wettmachen. Bei der Befragung von Mitgliedern in anderen Zweigkirchen in Ghana wurde die Bedeutung der Lokalitäten für die Teilhabe an Öffentlichkeiten und den Zugang zu Ressourcen noch stärker deutlich.

Obwohl im ärmeren und konfliktgeschüttelten östlichen Norden des Landes gelegen, verfügt die Gemeinde in Bawku über einen aus Stein gebauten im Zentrum des Ortes gelegen Kirchenbau. Die Mitglieder sehen sich eindeutig innerhalb einer transnational organisierten Kirche verortet, obwohl kaum jemand von ihnen jemals im transkontinentalen Ausland gewesen ist. Durch Spenden und Besucher haben Mitglieder jedoch an einer transnationalen Öffentlichkeit teil. Als Hauptsitz gaben sie Hamburg, Europa, Amsterdam und Amerika an. Die willkürliche Nennung von Orten, die als westliche Zentren angesehen werden, verweist dabei auf die Zuordnung zu einer sich global erstreckenden Organisation.

Während die Beschreibung des regionalen Hauptsitzes als *Burger Church* aus populärkulturellen Diskursen zu Migration und Rückkehrern stammt, bezieht sich die Kirchenleitung im Norden des Landes in der Beschreibung ihrer Arbeit auf Diskurse der Entwicklungszusammenarbeit und der Missionierung. Historisch waren die Ökonomien des Nordens und Südens schon immer eng miteinander verknüpft, wobei der ärmere Norden Ghanas den reicheren Süden stets mit Arbeitskräften belieferte. Die Industrialisierung der Kakaoplantagen und Goldminen im Süden des Landes waren nur durch die Arbeit von Wanderarbeitern aus dem Norden möglich gewesen (Hart 1971). Die Upper East Region Ghanas, in der sich die meisten Zweigkirchen der CMI befinden, ist jedoch auch die einzige Region des Landes, in der es in jüngster Zeit zu gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen gekommen ist.²¹ Insbesondere Bawku ist bekannt für Ausschreitungen zwischen Kusasis and Mamprusis, die schon mehrmals zu Brandschatzungen und vielen Toten führte. (Vgl. Lund 2003) Die Stadt ist damit ein Name auf den Agenden von Friedensstiftern, NGOs und

21 | Verglichen mit anderen Ländern der Region gilt Ghana trotz erfolgter und immer wieder androhender Staatsstreiche als ein Musterbeispiel politischer Stabilität.

Partnern der Entwicklungszusammenarbeit. Die Kirchenleitung führt deswegen gerne internationale Gäste und Forschende zu dieser Zweigkirche.

Der Norden Ghanas ist jedoch nicht nur in der transnationalen Öffentlichkeit der Entwicklungshilfe markiert. Innerhalb der globalen evangelikalen Bewegung gibt es den Begriff des *10/40 Fensters*, welcher den Bereich zwischen dem 10. und 40. Breitengrad bezeichnet, der als Region angesehen wird, in der weltweit die wenigsten Christen leben. (Adogame 2010: 184) Die CCOMI Leitung begründet das Engagement der Kirche im Norden Ghanas damit, dass diese Region in dieses geografische Fenster fällt und wollen mit ihrem Engagement die Ausbreitung des Christentums befördern. Während die an der südlichen Küste gelegene Hauptstadt Accra schon seit Jahrhunderten mit verschiedenen Formen des Christentums im regen Austausch stand, sind die Pastoren der Zweigkirchen im Norden stolz darauf, Menschen zu *bekehren*, die vorher Muslime waren oder sogenannten traditionellen Religionen, hier vor allem der Ahnenverehrung, anhängen.

In Bezug auf die Teilhabe an transnationalen Öffentlichkeiten sind damit Bawku und kleinere Zweigkirchen in der Umgebung sehr viel besser gestellt als andere Zweigkirchen, wie zum Beispiel in den Vororten der Hauptstadt in Accra. Dies schlägt sich auch in dem Zugang zu Ressourcen nieder. So verfügte eine Gemeinde in einem eher ärmeren Vorort Accras während meiner Forschung nur über ein aus Holzlatten gefertigtes Gebäude, das direkt neben einer Kloake gelegen ist. Die Armut dieser Zweigkirche führt jedoch nicht zu einem privilegierten Zugang zu Ressourcen wie in Bawku.

Während der Norden Ghanas in transnationalen Öffentlichkeiten kommunizierbar ist als eine markierte Lokalität, bleibt der Vorort der Hauptstadt des Landes unmarkiert. Die meisten Mitglieder dort sind Ga sprechende Fischer oder Migrant*innen aus anderen Landesteilen Ghanas, die nach Accra gekommen sind, um Geld zu verdienen. Obwohl sie damit das Schicksal der Kirchen in Deutschland als *Migrant*innengemeinden* teilen, gab es so gut wie keinen Kontakt zwischen Deutschland und dieser Zweigkirche. Keiner der befragten Mitglieder wusste, dass sich der Hauptsitz der Kirche im Ausland, geschweige denn in Deutschland befindet. Für sie blieb der wichtigste Bezugspunkt Dynamis Temple, der Hauptsitz der CCOMI in Ghana. Obwohl sich die Zweigkirche theoretisch in der gleichen Stadt wie der regionale Hauptsitz befindet, hat sie jedoch in keiner Weise teil an der dort entstehenden transnationalen Öffentlichkeit durch

ein- und ausgehende Delegationen aus dem Ausland. Nur der Pastor der Vorortsgemeinde nimmt von Zeit zu Zeit den mühseligen und langwierigen Weg durch die verstopfte Stadt auf sich, um die anderen Pastoren und Gäste aus Deutschland zu treffen.

Ein weiteres Beispiel für den Einfluss der Spezifik des Ortes auf die Art und Weise, wie eine Gemeinde in Öffentlichkeiten eingebunden ist, stellt die Zweigkirche in Tamale dar, einer alten muslimischen Handelsmetropole. Hier erlangt die Arbeit des Pastors vor allem deswegen internationale Anerkennung, weil er eine Gemeinde innerhalb einer vom Islam geprägten Stadt errichten konnte. Ähnlich wie in der ärmlichen Vorortsgemeinde in Accra besteht die Kirche fast nur aus Migranten, die hier jedoch aus dem Süden in den Norden migriert sind. Durch die guten Beziehungen zu einem einflussreichen Imam gelang es dem leitenden Pastor, Teile eines relativ zentral gelegenen alten Kinos für die Gottesdienste in eine Kirche umzufunktionieren. Auch wenn diese Nutzung nur temporär ist, das Dach leckt und das benötigte Mobiliar und die Utensilien nach Beendigung des Gottesdienstes immer wieder weggeräumt werden müssen, bewirkt die symbolische Bedeutung des Standortes in einer muslimischen Stadt, dass der Gemeinde mehr Aufmerksamkeit in der kircheninternen transnationalen Öffentlichkeit, aber auch von ghanaischen Medien zuteil wird als der ähnlich kleinen und armen Gemeinde im Vorort von Accra.

SCHLUSS

Die Frage nach *Öffentlichkeit* wirft die Fragen auf, von wem eine Gruppe gesehen, von wem gehört wird und danach, wo Akteure mitreden dürfen sowie wo und wann sie eine Stimme haben. Es geht also nicht nur um die Anerkennung einer bestimmten christlichen Identität durch die deutsche Öffentlichkeit, die protestantischen Landeskirchen und die Katholische Kirche, durch Akteure, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind sowie ghanaische Kirchen, sondern vor allem auch um Teilhabe an Ressourcen. (Fraser 1992) Bei der Untersuchung von Kirchen wie der CCOMI verleitet die transnationale Organisationsform dazu anzunehmen, dass die transnationalen Arenen, an denen die Kirche teilhat und die sie kreiert, für alle Mitglieder der Kirche gleichwertig zugänglich wären. Wie die Beispiele aus den Zweigkirchen der CCOMI zeigen, ist dies nicht unbedingt der Fall.

Die Möglichkeit der Teilhabe scheint maßgeblich durch die Positionierung der jeweiligen Gemeinde und durch den Charakter der persönlichen Netzwerke der einzelnen Mitglieder bestimmt, wie ich am Beispiel des Deacons aus Accra und des in der kirchlichen Hierarchie höherstehenden Pastors veranschaulicht habe. Den strategischen Wert der Lokalisierung einer Gemeinde habe ich anhand der verarmten Zweigkirche im Vorort Accras und der Gemeinde in Bawku, dem Norden des Landes diskutiert. Man könnte annehmen, dass die Mitglieder einer Gemeinde, die in einer Metropole Westafrikas wie Accra situiert ist und sich in derselben Stadt befindet wie der regionale Hauptsitz, nicht nur ein stark ausgeprägtes transnationales Zugehörigkeitsgefühl haben müssten, sondern auch an den transnationalen Austauschprozessen innerhalb der Kirche teilhaben. Die Mitglieder scheinen jedoch keinen Bezug zu der Tatsache zu haben, dass sich der Hauptsitz ihrer Kirche im europäischen Ausland befindet. Im Gegensatz zu der Gemeinde im Norden des Landes haben sie auch nie Spenden zum Aufbau ihres Kirchengebäudes erhalten.

Gewichtige Stimmen aus der Transnationalismusdebatte, die sich vor allem mit Forschungen in Städten beschäftigen, haben gezeigt, dass *locality matters* in der Untersuchung transnationaler Verflechtungen. (Smith 2000, Caglar/Glick Schiller 2011) Die britische Geografin Doreen Massey (1996/2005) hat eine Konzeptualisierung von Raum geprägt, die hilft, die Bedeutung von Lokalität in Relation zu anderen Lokalitäten zu sehen. Die strategische Bedeutung eines Ortes ergibt sich demnach durch seine Lokalisierung in globalen Machthierarchien. Die Bedeutung eines Vorortes, einer Kleinstadt oder einer muslimischen Handelsmetropole erschließt sich nicht durch die Größe des Ortes an sich oder die Akkumulation globalen Kapitals, sondern durch die Beziehung des Ortes zu anderen Lokalitäten und dem symbolischen Kapital, den der Ort innerhalb spezifischer diskursiver Arenen erhält.

Ein weiterer Punkt, den ich anhand des Beispiels der CCOMI diskutiert habe, ist die Frage, als was die Kirche erscheint, je nachdem in welcher diskursiven Arena sie interagiert. In Bezugnahme auf Hartmut Kaelble, Martin Kirsch und Alexander Schmidt-Gernig (2002: 22f.), Dieter Rucht (2002: 328) und den einführenden Überlegungen der Herausgeberinnen, habe ich Öffentlichkeit nicht als neutrale Sphäre, sondern im Plural und als diskursive Arenen verstanden. Je nachdem, von wo aus die Kirche und ihre Mitglieder angesprochen werden, erscheinen sie als etwas anderes. Während es in bestimmten Foren in Deutschland wichtig ist, die *Migran-*

tenkarte zu ziehen, wird dies in der Interaktion auf europäischer Ebene unwichtig. Dort tritt in manchen Zusammenhängen die afrikanische Herkunft der Gründungspastoren in den Vordergrund und die Tatsache, dass viele Mitglieder schwarz sind. Der Hauptsitz der Kirche in Ghana wiederum wird in der lokalen Öffentlichkeit als deutsch bezeichnet.

Während die globale Pfingstbewegung und Migrationsbewegungen ohne Zweifel zur Herausbildung transnationaler Öffentlichkeiten beitragen, bleibt die Konzeptualisierung dieser Öffentlichkeiten ohne die Berücksichtigung der strategischen Bedeutung von Lokalitäten und den situativen Grenzziehungs- und Zuschreibungspraktiken ungenau. Öffentlichkeiten artikulieren sich stets durch Machtbeziehungen hindurch und nicht jenseits von ihnen, auch wenn sie sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg erstrecken.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adogame, Afe (2004): »Conference Report« The Berlin-Congo Conference 1884: The Partition of Africa and Implications for Christian Mission Today«, in: *Journal of Religion in Africa* 34 (1), S. 186-90.
- Adogame, Afe: (2010): »From House Cells to Ware House Churches? Christian Church Outreach Mission International in Translocal Contexts«, in: Gertrud Hüwelmeier/Kristine Krause (Hg.), *Traveling Spirits. Migrants, Markets and Mobilities*, London/New York: Routledge, S. 186-202.
- Asad, Talal (2003): *Formation of the Secular, Christianity, Islam and Modernity*, Stanford: Stanford University Press.
- Amelina, Anna (2008): *Transnationalisierung zwischen Akkulturation und Assimilation: Ein*
- Modell multipler Inklusion. Bielefeld: COMCAD, Working Papers – Centre on Migration, Citizenship and Development; 41.
- Asamoah-Gyadu, Kwabena J. (2010): »Mediating Spiritual Power: African Christianity, Transnationalism and the Media«, in: Afe Adogame/James V. Spickard (Hg.), *Religion Crossing Boundaries. Transnational Religious and Social Dynamics in Africa and the New African Diaspora*, Leiden/Boston: Brill, S. 87-103.

- Asamoah-Gyadu, Kwabena, J. (2005): *African Charismatics. Current Developments Within Independent Indigenous Pentecostalism in Ghana*, Leiden/Boston: Brill.
- Bergunder, Michael (2006): »Pfingstbewegung, Globalisierung und Migration«, in: Michael Bergunder/Jörg Haustein (Hg.), *Migration und Identität. Pfingstlich-Charismatische Migrationsgemeinden in Deutschland*. Beiheft der Zeitschrift für Mission 8, Frankfurt a.M.: Lembeck, S. 155-169.
- Caglar, Ayse/Glick Schiller, Nina (2011): »Introduction. Migrants and Cities«, in: Dies. (Hg.), *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*, Ithaca/London: Cornell University Press, S. 1-19.
- Casanova, Jose (1994): *Public Religions in the Modern World*, Chicago: University of Chicago Press.
- Coleman, Simon (2010): »Constructing the Globe. A Charismatic Sublime?«, in: Gertrud Hüwelmeier/Kristine Krause (Hg.), *Traveling Spirits. Migrants, Markets and Mobilities*, London/New York: Routledge, S. 186-202.
- Coleman, Simon (2013): »Only (Dis-)Connect: Pentecostal Global Networking as Revelation and Concealment«, in: *Religions* 4, S. 367-390.
- Daswani, Girish (2010): »Pentecostal Transformation and Migration Among Members of a Pentecostal Church in Ghana and London«, in: *Journal of Religion in Africa* 40 (4), S. 442-474.
- De Witte, Marleen (2001): *Long Live the Dead! Changing Funeral Celebrations in Asante, Ghana*, Amsterdam: Aksant Academic Publishers.
- De Witte, Marleen (2003): »Altar Media's ›Living World‹: Televised Charismatic Christianity in Ghana«, in: *Journal of Religion in Africa* 33 (2), S. 172-202.
- De Witte, Marleen (2010): »Religious Media, Mobile Spirits: Publicity and Secrecy in African Pentecostalism and Traditional Religion«, in: Gertrud Hüwelmeier/Kristine Krause (Hg.), *Traveling Spirits. Migrants, Markets and Mobilities*, London/New York: Routledge, S. 83-100.
- Dilger, Hansjörg (2014): »Claiming Territory: Medical Mission, Interreligious Revivalism, and the Spatialization of Health Interventions in Urban Tanzania«, in: *Medical Anthropology* 33 (1).
- Fraser, Nancy (1992): »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: Craig Calhoun (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge, Mass./London: The MIT Press, S. 109-142.

- Fraser, Nancy (2005): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit, http://www.republicart.net/disc/publicum/frasero1_de.htm
- Fumanti, Mattia (2010): »Virtuous Citizenship': Ethnicity and Encapsulation Among Akan-Speaking Ghanaian Methodists in London«, in: African Diaspora 3 (1), S. 12-41.
- Gifford, Paul (2004): Ghana's new Christianity. Pentecostalism in a Globalising African Economy, London: Hurst & Company.
- Glick Schiller, Nina, Boris Nieswand, Günther Schlee, Tsypylma Darieva, Lale Yalcin Heckman, Laszlo Foszto (2004): »Pathways of Migrant Incorporation in Germany«, in: TRANSIT, 1 (1) <http://escholarship.org/uc/item/9ob8wodh>.
- Gunther Brown, Candy (2011): » Introduction: Pentecostalism and the Globalization of Illness and Healing«, in: Dies. (Hg.), Global Pentecostal and Charismatic Healing, Oxford: Oxford University Press, S. 3-26.
- Haar, Gerrie ter (1998): Halfway to Paradise: African Christians in Europe, Cardiff: Cardiff Academic Press.
- Hackett, Rosalind (1998): »Charismatic/Pentecostal Appropriation of Media Technologies in Nigeria and Ghana«, in: Journal of Religion in Africa 28 (3), S. 258-277.
- Harris, Hermione (2006): Yoruba in Diaspora. An African Church in London, Houndmills, NY: Palgrave Macmillan.
- Hart, Keith (1971): »Migration and Tribal Identity Among the Fafra of Ghana«, in: Journal of Asian and African Studies 6 (1), S. 21-36.
- Hüwelmeier, Gertrud (2011): »Socialist Cosmopolitanism Meets Global Pentecostalism. Charismatic Christianity among Vietnamese Migrants in Germany«, in: Ethnic and Racial Studies 34 (3), S. 436-453.
- Hüwelmeier, Gertrud (2013): »Creating and Refining Boundaries – Church Splitting Among Pentecostal Vietnamese Migrants in Berlin«, in: Integrative Psychological and Behavioral Science 47, S. 20-230.
- Hüwelmeier, Gertrud/Krause, Kristine (2010a): »Introduction«, in: Dies. (Hg.), Traveling Spirits. Migrants, Markets, and Mobilities, Oxford/New York: Routledge, S. 1-16.
- Hüwelmeier, Gertrud/Kristine Krause (2010b): »Der Heilige Geist im Gewerbegebiet. Transformationen der religiösen Landschaft Berlins am Beispiel pentekostaler Netzwerke«, in: Alexa Färber (Hg.), Stoffwechsel Berlin. Urbane Präsenzen und Repräsentationen Berliner Blätter, Berlin: Panama Verlag, S. 83-95.

- Jach, Regina (2005): Migration, Religion und Raum. Ghanaische Kirchen in Accra, Kumasi und Hamburg in Prozessen von Kontinuität und Kulturwandel, Münster: Lit.
- Jenkins, Philip (2002): *The Next Christendom: The Coming of Global Christianity*, Oxford: Oxford University Press.
- Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (2002): »Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 7-33.
- Knibbe, Kim/Meulen, Marten van der (2009): »The Role of Spatial Practices and Locality in the Constituting of the Christian African Diaspora«, in: *African Diaspora* 2 (2), S. 125-130.
- Krause, Kristine (2008): »Spiritual Spaces in Post-Industrial Places: Transnational churches in North East London«, in: Michael Peter Smith and John Eade (Hg.), *Transnational Ties: Cities, Identities, and Migrations*, Piscataway, NJ: Transaction Publishers, S. 109-130.
- Krause, Kristine (2011): »Cosmopolitan Charismatics? Transnational Ways of Belonging and Cosmopolitan Moments in the Religious Practice of New Mission Churches«, in: *Ethnic and Racial Studies* 34 (3), S. 419-435.
- Krause, Kristine (2014): »Space in Pentecostal Healing Practices Among Ghanaian Migrants in London«, in: *Medical Anthropology* 33 (1), DOI: 10.1080/01459740.2013.846339.
- Lanz, Stephan (2010): »Neue Götter und Gläubige in der Stadt. Thesen und Fragen zum veränderten Verhältnis zwischen dem Städtischen und dem Religiösen«, in: *dérive Zeitschrift für Stadtforschung* 40/41, S. 33-37.
- Levitt, Peggy/Glick-Schiller, Nina (2004): »Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Field Perspective on Society«, in: *International Migration Review* 38, S. 1002-1039.
- Lund, Christian (2003): »Bawku is still Volatile': Ethno-Political Conflict and State Recognition in Northern Ghana«, in: *The Journal of Modern African Studies* 41 (4), S. 587-610.
- Maier, Kathrin/Coleman, Simon (2011): »Who will Tend the Vine? Pentecostalism, Parenting and the Role of the State in ›London-Lagos‹«, in: *Journal of Religion in Europe* 4, S. 450-470.

- Marshall, Ruth (2009): *Political Spiritualities. The Pentecostal Revolution in Nigeria*, Chicago: University of Chicago Press.
- Martin, Jeannett (2005): »Been-to«, »Burger«, »Transmigranten?«. Zur Bildungsmigration von Ghanaern und ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland, Münster: Lit.
- Massey, Doreen (1996): »Power-Geometry and a Progressive Sense of Place«, in: B. J. Bird et al. (Hg.), *Mapping the Futures: Local Cultures, Global Change*, London/New York: Routledge, S. 59-69.
- Massey, Doreen (2005): *For Space*, London: Sage.
- Meyer, Birgit (1998): »Waren und die Macht des Gebets. Zur Problematik des Konsums in ghanaischen Pfingstkirchen«, in: *Sociologus (N.F.)* 48, S. 42-72.
- Meyer, Birgit (1999): *Translating the Devil. Religion and Modernity Among the Ewe in Ghana*, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Meyer, Birgit (2011): »Going and Making Public. Some Reflections on Pentecostalism as Public Religion in Ghana«, in: Harry Englund (Hg.), *Christianity and Public Culture in Africa*, Columbus, OH: Ohio State University Press, S. 148-163.
- Mohr, Adam (2008): »Their Journeys were not without Demonic Confrontation«: Healing and Migration in the Presbyterian Church of Ghana. PhD Thesis, Anthropology, University of Pennsylvania.
- Nieswand, Boris (2008): »Wege aus dem Dilemma zwischen Transnationalismus- und Integrationsansatz. Simultane Inklusion von migranten-initiierten charismatischen Gemeinden in Berlin«, in: Andrea Lauser/Claudia Weißköppel (Hg.), *Migration und religiöse Dynamik: Ethnologische Religionsforschung im transnationalen Kontext*, Bielefeld: transcript, S. 35-52.
- Nieswand, Boris (2011): *Theorising Transnational Migration. The Status Paradox of Migration*, New York: Routledge.
- Nieswand, Boris (2013): »The Burger's Paradox. Migration and Transnationalization of Social Inequality in Southern Ghana«, in: *Ethnography* April 17, <http://eth.sagepub.com/content/early/2013/04/17/1466138113480575.full.pdf+html>
- Omenyo, Cephas N. (2006): *Pentecost Outside Pentecostalism. A Study of the Development of Charismatic Renewal in the Mainline Churches in Ghana*, Zoetermeer: Boekencentrum Publishing House.
- Peil, Margaret (1995): »Ghanaians Abroad«, in: *African Affairs* 94 (376), S. 345-367.

- Robbins, Joel (2004): »The Globalisation of Pentecostal and Charismatic Christianity«, in: *Annual Review of Anthropology* 33, S. 117-143.
- Rucht, Dieter (2002): »Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen«, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 372-351.
- Schüler, Sebastian (2008): »Unmapped Territories, Discursive Networks and the Making of Transnational Religious Landscapes in Global Pentecostalism«, in: *PentecoStudies* 7 (1), S. 46-62.
- Sheringham, Olivia (2010): »Creating Alternative Geographies: Religion, Transnationalism and Everyday Life«, in: *Geography Compass* 4 (11), S. 1678-1694.
- Sheringham, Olivia (2013): *Transnational Religious Spaces: Faith and the Brazilian Migration Experience*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Shiple, Jesse Weaver (2009): »Comedian, Pastors and the Miraculous Agency of Charisma in Ghana«, in: *Cultural Anthropology* 24 (3), S. 523-552.
- Smith, Michael Peter (2000): *Transnational Urbanism: Locating Globalization*, Wiley: Blackwells.
- Van Dijk, Rijk (1997): »From Camp to Encompassment: Discourse of Transsubjectivity in the Ghanaian Pentecostal Diaspora«, in: *Journal of Religion in Africa* 17 (2), S. 135-159.
- Van Dijk, Rijk (2002): »Religion: Reciprocity and Restructuring Family Responsibility in the Ghanaian Pentecostal Diaspora«, in: Deborah F. Bryceson/Ulla Vuorella (Hg.), *The Transnational Family*, Oxford/New York: Berg Publishers, S. 173-196.
- Van Dijk, Rijk (2010): »Social Catapulting and the Spirit of Entrepreneurialism: Migrants, Private Initiative, and the Pentecostal Ethic in Botswana«, in: Gertrud Hüwelmeier/Kristine Krause (Hg.), *Traveling Spirits. Migrants, Markets and Mobilities*, Oxford/New York: Routledge, S. 101-117.
- Van Hear, Nicholas (1998): *New Diasporas: The Mass Exodus, Dispersal and Regrouping of Migrant Communities*, London: University College of London Press.
- Währisch-Oblau, Claudia (2006): »Die Spezifik penetekostal-charismatischer Migrationsgemeinden in Deutschland und ihr Verhältnis zu den »etablierten« Kirchen«, in: Michael Bergunder/Jörg Haustein (Hg.), *Mi-*

gration und Identität. Pfingstlich-Charismatische Migrationsgemeinden in Deutschland. Beiheft der Zeitschrift für Mission 8, Frankfurt a.M.: Lembeck, S. 10-29.

Währisch-Oblau, Claudia (2009): *The Missionary Self-Perception of Pentecostal/Charismatic Church Leaders from the Global South in Europe: Bringing Back the Gospel*, Leiden: Brill.

Wohlrab-Sahr, Monika/Burchardt, Marian (2011): »Vielfältige Säkularitäten. Vorschlag zu einer vergleichenden Analyse religiös-säkularer Grenzziehungen«, in: *Denkströme* 7, S. 9-27.

Website-Verzeichnis

Berlin.de. Das offizielle Hauptstadtportal, <http://www.berlin.de/sen/kultur/bkrw/koerperschaften.html>, eingesehen am 30.08.2013.

VibeGhana, <http://vibeghana.com/2011/12/13/court-orders-apostle-waye-onyina-to-surrender-properties/>, eingesehen am 01.10.2013.

Marktplätze der Öffentlichkeit: Der Aufstand des Informellen gegen die globale Ökonomie

PETER MÖRTENBÖCK

Der vom Europäischen Parlament jährlich verliehene Sacharow-Preis für geistige Freiheit (*EU-Menschenrechtspreis*) ging im Dezember 2011 an fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings, darunter Mohamed Bouazizi, ein 26-jähriger Straßenhändler, der sich aus Protest gegen die Schikanen der Behörden in der tunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid am 17. Dezember 2010 selbst verbrannt hatte. Bouazizis Tat wird heute oft als auslösendes Moment der transnationalen Protestwelle gesehen, die 2011 von Tunesien ausgehend das Recht aller auf ein Leben in Freiheit und Würde einforderte und zum Sturz von politischen Regimen im gesamten arabischen Raum führte. Jahrelang war Bouazizi zuvor von den Behörden schikaniert worden: seine Lizenz zum Straßenverkauf wurde beharrlich verweigert, seine Waren regelmäßig konfisziert, seine Einkünfte von der Polizei oft als Schmiergeld einbehalten. Die Möglichkeit, am städtischen Leben durch privaten Einkommenserwerb teilzunehmen, fiel Tag für Tag der Willkür staatlicher Ordnungshüter zum Opfer. Der Verzweiflungsakt eines unlicenzierten Straßenverkäufers hat so den Zusammenhang zwischen informeller Ökonomie und öffentlichem Stadtraum, improvisiertem Handlungsraum und formaler Ordnung zu einem zentralen Knotenpunkt im Ringen um konstitutionelle Fairness werden lassen.¹

1 | Für eine weiterführende Analyse der symbolischen und physischen Räume neuer Protestbewegungen siehe Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge (2012): *Occupy. Räume des Protests*, Bielefeld: transcript.

Die *Agora* – ein zentral gelegener Stadtplatz – galt in der griechischen Antike als politischer, religiöser und juristischer Versammlungsort ebenso wie als Marktplatz und als Ort für Beratungen der Bürgergemeinde (*Polis*). Sie war der Ort, an dem öffentliches Zusammenkommen stattfand und die Beschaffenheit der Öffentlichkeit auf vielen Ebenen verhandelt wurde. Der multifunktionale Charakter der *Agora* blieb in abgewandelter Form viele Jahrhunderte erhalten. Er findet sich etwa im *Forum* des imperialen Rom wieder, oder auch im mittelalterlichen Marktplatz in Europa, für den oft besondere Rechtsordnungen erlassen wurden, um sowohl den *Marktfrieden* (ein Begriff, der sich auf das Herstellen einer geschützten Umgebung bezieht, in der Käufer und Verkäufer ihre Geschäfte effektiv und sicher abwickeln können) als auch die öffentliche Ordnung zu schützen. (Kejr 2010: 293) Gerade der Umstand, dass sich Straßen und Plätze unter städtischer Kontrolle befanden, erleichterte es, diese Räume dem Handel zu widmen. (Tangires 2008: 10) Doch die mit dem modernen Staatswesen und der heutigen Globalisierung erfolgte Trennung zwischen Räumen, in denen Politik gemacht wird, und jenen, die dem Marktwesen und der Regulierung von Geldströmen dienen, hat zu einer Unkenntlichkeit des geteilten öffentlichen Charakters von unterschiedlichen Foren des zivilen Zusammenkommens und der ökonomischen Mittelverteilung geführt. Diese räumliche Trennung trägt darüber hinaus auch zu einer zunehmenden Verschleierung des Wirkgefüges bei, in dem politische und ökonomische Kräfte, Staat und Markt immer mehr jenseits des jeweils eigenen Repertoires an Handlungsmöglichkeiten agieren, um Öffentlichkeiten für sich in Anspruch zu nehmen und spekulativ zu steuern. Nicht zuletzt deshalb ist die Auseinandersetzung mit der historischen Verbindung der *Agora* des Handelsplatzes mit der *Agora* des Gemeinwesens und der einseitigen Inanspruchnahme dieser Verbindung in der zunehmenden Vermarktlichung des postindustriellen Lebens ein zentraler Ansatzpunkt urbaner Protestbewegungen unserer Tage. Proteste, wie die 2011 begonnenen Aufstände im arabischen Raum oder die spanischen *Indignados* als Teil der in zahlreichen Mittelmeerländern entstandenen *Platzbewegungen*, aber auch die von den USA ausgehende Occupy-Bewegung haben diesen verdeckten Prozess der Regierungsgewalt wieder ins Bewusstsein gebracht, indem sich ihr politischer Protest gezielt gegen die zunehmende Ausrichtung von Öffentlichkeitsfragen am Finanzmarktgeschehen und die daraus resultierenden Konsequenzen für immer mehr Bevölkerungsschichten gerichtet hat.

Abbildung 1: Informeller Grenzmarkt in Europa



Vietnamesischer Markt an der tschechisch-österreichischen Grenze, 2010, Foto: Helge Mooshammer

Doch trotz der gemeinsamen ökonomischen Betroffenheit von vielen Teilen der Bevölkerung fällt es nach wie vor schwer, im Rahmen von raumpolitischen Überlegungen eine größere Perspektive aufzumachen, die dem von einer gut ausgebildeten jungen Generation in der westlichen Welt getragenen Protestgeschehen der jüngsten Zeit und den vielfältigen Protestformen informell organisierter Stadtbevölkerungen ein gemeinsames Interesse am Herstellen von Öffentlichkeit zuordnet. So wie der in Mohamed Bouazizi personifizierte Konflikt um nicht lizenzierten Straßenhandel – ein pars pro toto im Streit um die Grundlagen heutiger Zivilgesellschaft – zum Zündfunken des arabischen Frühlings wurde, bildet gerade auch in der Debatte um alternative Öffentlichkeitsmodelle die Frage, wie der historisch begründete Zusammenhang zwischen ökonomischer und stadträumlicher Ordnung in einer zeitgenössischen politischen Praxis aufgenommen werden kann, einen der markantesten Konflikttherde.

Das mag daran liegen, dass Raumdynamiken und Marktlogiken häufig ineinander greifen, ohne den gemeinsamen Bezug zum Öffentlichkeitscharakter des betreffenden Handlungsfeldes deutlich zu machen. Wenn sich Märkte ausbreiten und sowohl für sich selbst als auch für die Akkumulation von damit verbundenem Vermögen immer mehr öffentlichen Raum beanspruchen, dann geht mit diesem Wachstum oft auch eine unab-

gesprochene Umverteilung von Ansprüchen und Zugängen einher: Stadträume werden weiten Teilen der Öffentlichkeit entzogen, und umgekehrt werden immer mehr Bevölkerungsgruppen aus ökonomischen Prozessen ausgeklammert. Speziell im Fall von informellen Märkten, die ohne behördliche Legitimation in den von vielen Bevölkerungsgruppen geteilten Stadtraum eingreifen, zeigen sich deshalb von Fall zu Fall abweichende Einschätzungen, wie sehr eine solche Besetzung öffentlichen Raums etwas zum allgemeinen Wohl beitragen kann. Die Vielfalt informeller Märkte reicht von den transnationalen Netzwerken des informellen Straßenhandels und den unkontrollierten Strömen von Pendelunternehmen wie dem osteuropäischen Kofferhandel bis zu den wuchernden Agglomerationen von Grau- und Schwarzmärkten, die oft als Zwischennutzung von freierwerdendem Gelände Raum beziehen – vom illegalen Straßenverkauf in Bangkoks sogenannten roten Zonen und den Heuschrecken-Händlern in nordkoreanischen Untergrundmärkten bis zu vietnamesischen Märkten entlang der tschechischen Grenze und dem 7-Kilometer-Containermarkt in Odessa, von Tijuanas parasitären mercados sobreruedas und dem improvisierten Grenzhandel zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik bis zu Chinas Handel mit gefälschten Elektronikartikeln und informellem Mikro-Handel in Lima, Bogotá oder Buenos Aires. (Mörtenböck/Mooshammer 2013)

Oft wird geäußert, dass solche informellen Marktplätze öffentlichen Raum für private Zwecke beanspruchen, ohne dass der soziale Wert der Aktivitäten, die auf diesen Plätzen stattfinden, unmittelbar ersichtlich ist. Im Krisenfall, speziell aber im Ausüben von Druck gegenüber autoritären Regimen gelten informelle Märkte aus Sicht des »freien Westens« dagegen häufig als friedensichernde, unternehmerische Pionierleistung, um Hungersnöte abzuwenden, zivilgesellschaftliche Impulse zu geben und ökonomische Prosperität (wieder)herzustellen. Vor dem Hintergrund derart veränderlicher Wertmaßstäbe fordern informelle Märkte nicht nur unser eingespieltes Verständnis von ökonomischen Handlungsräumen in der Stadt heraus, sondern auch etablierte Wertmodelle, die davon ausgehen, dass die Kategorien, nach denen öffentliches Handeln zu beurteilen ist, frei von Eigeninteressen sind und für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zur Anwendung kommen können.

Wie sehr die Wertsysteme, die mit dem Informellen in Verbindung gebracht werden, abhängig sind von den jeweiligen Rahmungebungen, Perspektiven, Interessen und Zielsetzungen, lässt sich in den letzten Jahren

Abbildung 2: SEG Market, Shenzhen



SEG Electronics Market, ein zehngeschossiger Marktplatz für den weltweiten Handel von Elektronikkomponenten, Shenzhen, 2011, Foto: Peter Mörtenböck

entlang der Auseinandersetzung mit informellen Märkten deutlich ablesen. In ökonomischer Hinsicht richtet sich der Begriff der Informalität auf Einnahmen, deren Generierung nicht von gesellschaftlichen Institutionen geregelt wird und in einer rechtlichen und sozialen Umgebung stattfindet, in der ähnliche Aktivitäten einer genauen Regelung unterworfen sind. (Portes/Haller ²2005) Je nach politischer Motivation, unmittelbaren Profiterwartungen oder langfristigem ökonomischen Kalkül werden informelle Märkte als Bereicherung oder als Übel betrachtet. In manchen Fällen gilt ihre Informalität als nutzbringend für eine gewinnbringende Entwicklung, in anderen Fällen dagegen als dem allgemeinen Wohlstand abträglich, obwohl sich die gesetzlichen, räumlichen und materiellen Umstände nicht unterscheiden. Diese Elastizität von Wertmaßstäben ist ein zentraler Parameter in der Debatte über die politische Ökonomie urbaner Informalität, aber auch in der mit den neuen Protestbewegungen entflammten Diskussion über die Gestalt von politischer Öffentlichkeit. Gerade angesichts der offenkundig zunehmenden Privatisierung von öffentlichen Räumen und der schleichenden Privatisierung des komplexen Gefüges der Öffentlichkeit durch das neoliberale Wirtschaftsmodell sind die weltweiten Besetzungen von Stadträumen nicht nur als konzertierte

Aktionen zu verstehen, um gemeinsam öffentlich in Erscheinung zu treten, sondern als lose miteinander verbundene Aufbrüche, mit denen allorts ein Anspruch auf selbstbestimmte Öffentlichkeit markiert wurde. Auf die scheinbar alternativlosen Vorgaben der Finanzmärkte zur Struktur und Bedingung von Öffentlichkeit antwortete ein öffentliches Zusammenströmen von Millionen von Menschen, die in jeweils eigenen Zirkeln ebenso wie in sozialen Medien und digitalen Netzwerken darüber berieten, was ökonomische Organisation zu leisten hat und was in dieser Hinsicht als Öffentlichkeit zählt. Worum es den heutigen Platzbewegungen in ihren global verteilten Auseinandersetzungen im Stadtraum letzten Endes also geht, ist der Bruch mit der vorhandenen Definitionsmacht und deren Handhabe von marktbedingter Öffentlichkeit als Synonym einer scheinbar alternativlosen ökonomischen Entwicklung. Deshalb beschäftigt mich hier die Frage, inwiefern in diesem Zusammenfallen von ökonomischer Betroffenheit und politischem Protest Räume informeller Ökonomie nicht nur einen Ausdruck dieser Entwicklungen bilden, sondern auch eine Plattform für eine *Öffentlichkeit von unten*.

INFORMELLE ÖFFENTLICHKEITEN

Im Sog ökonomischer Deregulierung und der damit verbundenen Mobilisierung von Menschen und Gütern haben informelle Systeme heute einen weltumspannenden Handlungsradius erlangt – bei der Strukturierung sozialer Beziehungen, im Gestalten unserer Umwelten, in der Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ebenso wie im Schaffen von individuellem Einkommen oder in kultureller Produktion. Als Konsequenz dieser Entwicklung benennt Achille Mbembe eine zunehmende Partikularisierung von Konflikten in unserer Zeit: Die Ausweitung der Informalisierung vom ökonomischen Bereich auf das gesamte Spektrum unserer sozialen und kulturellen Vorstellungswelt habe die vormalige Dauerhaftigkeit politischer Prozesse zu einem wechselhaften Mosaik an Einzelkämpfen werden lassen. (Mbembe 2005: 153f.). Fragen der spontanen Allianzbildung und der improvisierten Koordination von Interessen treten dafür in den Vordergrund. Informelle Organisation in Form von kurzlebigen, unmittelbaren und schwankenden Abmachungen bildet so ein Gewebe, in dem sich Arbeit, Kultur, Bildung und Soziales derart an globalen ökonomischen Interessen und deren Institutionen (IWF, WTO,

Weltbank, etc.) zu orientieren beginnen, dass die von Karl Polanyi anhand der industriellen und bürgerlich-politischen Revolution konstatierte Marktorientierung gesellschaftlicher Verhältnisse (Polanyi 1947) zu einem allumfassenden Gedanken wird. Entscheidend für das Funktionieren solcherart Organisation sind spontan strukturierte und einfach zugängliche Räume, in denen materielles und soziales Kapital ausgetauscht wird und ein Transfer von Werten stattfinden kann.

Informelle Märkte, die sich oft in den Zwischenzonen von Metropolen oder entlang von Staatsgrenzen ansiedeln und weltweite Verbindungen unterhalten, stellen wichtige Knotenpunkte in diesem Geschehen dar. Die Bezeichnung *informeller Markt* bezieht sich dabei auf recht unterschiedliche Phänomene des Handels, denen aber gemeinsam ist, dass sie alle mit einer Form von politischer oder ökonomischer Transformation verbunden sind. Informelle Märkte sind heute Übergangsräume – ungefestigte Orte, die nicht in der bekannten Matrix von territorialen und ideologischen Zugehörigkeiten von Individuen und Kulturen aufscheinen, Bahnen in denen Kulturen außerhalb der ihnen zugeordneten Begegnungsstätten direkt mit den Kräften der Globalisierung interagieren und eine zweite Seite der liberalisierten globalen Kapitalmärkte ausbilden. Informelle Märkte sind die räumliche Voraussetzung der informellen Ökonomie: Sie passen sich unterschiedlichsten lokalen Situationen an und stellen dabei schwierige Verbindungen zwischen oft weit voneinander entfernten Orten her. Ohne an ein bestimmtes räumliches Konzept gebunden zu sein, bringen sie eine höchst vielgestaltige soziale Praxis zum Ausdruck. Sie schaffen so Zugang für viele an ihrer Öffentlichkeit Beteiligte, ohne aber die Prinzipien der Zugänglichkeit öffentlich darzulegen.

Inmitten der Ökonomisierung aller Lebensbereiche bilden diese Umschlagplätze wild wuchernde Prototypen einer neuartigen und extremen Raumkonfiguration. Angesichts des Mangels institutioneller Protokolle entstehen hier komplexe Systeme alternativer Beziehungen, in denen rechtlich-politische Parameter von temporärer Landnutzung, gestaffelter Mobilität und flexibler (Staats-)Bürgerschaft verhandelt werden. Um die Bedingungen für eine solche Art von Öffentlichkeit und ökonomischer Praxis besser zu verstehen, gilt es, den elastischen Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Aktionsbahnen, in denen sich ökonomische Akteure heute bewegen, ins Blickfeld zu rücken. Von besonderer Relevanz ist dabei

der von Michel Foucault im März 1967 gehaltene und posthum publizierte Vortrag *Andere Räume* (*Des espaces autres*), ein stark rezipierter Text, in dem Foucault darauf eingeht, wie die paradoxe Gestalt der Beziehungen zwischen verschiedenen Schauplätzen – Gleichzeitigkeiten, Verstrickungen und Überlagerungen – im 20. Jahrhundert begonnen hat, immer mehr unsere Erfahrungswelt zu definieren und letztlich darüber entscheidet, welche Formen von Zirkulation, Austausch, Lagerung und Klassifizierung als tauglich empfunden werden. Foucaults Raumbegriff geht hier von den Qualitäten des »Simultanen« aus, von denen des »Nahen und des Fernen, des Nebeneinander, des Auseinander« (Foucault 1999: 145). An die Stelle von Kontinuität und Dauer ist ein ständiges Verbindung-Schaffen in einem Netzwerk von Aktionsfeldern getreten, die sich je nach Stand ihrer Entwicklungs- und Verfallskurven als unterschiedlich wertvolle Gelegenheitsstrukturen anbieten. Wie getrieben von den Rhythmen und Impulsen dieser immer wieder neu gezeichneten Landschaft zielt die Aufmerksamkeit unseres politischen Systems auf immer neue Märkte, die nicht auf ein eindeutig lokalisiertes Anderswo verweisen, sondern den vorhandenen Märkten in verschiedener Form eingelagert sind, als Parallelsystem, Billigkostenvariante oder ökonomischer Untergrund. Rund um diese *anderen Märkte* haben sich mittlerweile auch unterschiedlich kompetente Schattenöffentlichkeiten gebildet, aus deren transnationalen Verbindungen neue Formationen der Zivilgesellschaft hervorgegangen sind. Auf diese Versuche, Institutionen für die informelle Ökonomie zu schaffen und auf die in sie investierten Hoffnungen werde ich an späterer Stelle noch zurückkommen.

Eine andere Ebene dieser Debatte wird von einer Zahl einflussreicher Texte aufgespannt, die den Wert von Informalität in ökonomischer, räumlicher und politischer Hinsicht erörtern. Allen voran der auf Rechtsreformen, Neuer Institutionenökonomik und Mikrounternehmertum aufbauende Ansatz von Hernando de Soto und dem Instituto de Libertad y Democracia (ILD) in Lima, der von einer »unsichtbaren Revolution« des informellen Kapitals ausgeht (DeSoto 1989). Diesem Ansatz wird nicht nur eine Zahl epistemologischer Trugschlüsse vorgeworfen, sondern auch eine neoliberale Blindheit gegenüber der Tatsache, dass Desorganisation selbst institutionelle Form haben kann, indem sie als Ausschluss- und Kontrollmechanismus verwendet wird. (Altwater/Mahnkopf 1999). Um diese strategische Gestalt der Ideologie informeller Organisation geht es

etwa in den Arbeiten von Mike Davis (2005), Saskia Sassen (2006) und Loïc Wacquant (2008), die Informalität als eine umfassende Regierungs- und Lebensweise charakterisieren. Am deutlichsten sichtbar wird diese Politik in der Form von zunehmend komplexer gestalteten Grenzen, die entlang von ökonomischer Spekulation zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Gegenden, Zukunftsregion und Krisengebiet, Arm und Reich heute gezogen werden. Was bei einem Blick jenseits der Grenzpolitiken des weltumspannenden ökonomischen Regimes aber auch zur Diskussion steht, ist die Manifestation der Grenze als politischer Raum, der nicht durch die Regeln der Ökonomie allein kontrolliert werden kann und daher ein Potenzial für alle Arten der Einmischung und Restrukturierung räumlicher Ordnung schafft.

Wenn wir in der Betrachtung dieses Raums von den strukturellen Vorgaben globaler Deregulierung ausgehen, ist ein erster Ansatzpunkt die Fülle an informellen Systemen, die immer mehr jenen Austausch zu regeln beginnen, der zuvor staatlichen Regierungen, Institutionen des Gemeinwesens, Marktämtern, politischen Parteien und juristischen Apparaten vorbehalten war. Die Arrangements dieser *anderen Märkte* – räumlich abge sonderte oder selbsterrichtete Nachbarschaften, wuchernde Knotenpunkte unregelter Produktion, flexibilisierte Staatsbürgerschaftsarrangements, migrantische Infrastrukturen, informeller Straßenhandel und andere mobile Arbeitsformen – umgehen und ersetzen in unterschiedlichsten Bereichen das Repertoire traditioneller Systeme, in denen sich zuvor Austausch und Zusammenhalt organisiert haben. Sie operieren sowohl innerhalb als auch jenseits der strikten Konventionen von Nationalstaatlichkeit, freier Marktwirtschaft und öffentlichen Behörden und schaffen damit eine Reihe von widersprüchlichen Situationen, in denen nicht nur neue ökonomische Prinzipien zur Anwendung kommen und neue Interaktionsmuster auftauchen, sondern auch neue Formen von sozialer und politischer Öffentlichkeit gelebt werden. Was in dieser Entwicklung immer mehr in Bruchstücke zerfällt, sind unsere Vorstellungen von Interiorität und Exteriorität, die der Repräsentation der Grenze zugrunde liegen, bis hin zur vollständigen Erosion der Möglichkeit, Grenzen und Territorien adäquat zu repräsentieren, wie dies etwa Étienne Balibar in Bezug auf den europäischen Raum moniert (Balibar 2004: 5). Balibar gibt deshalb zu bedenken, dass gerade im heutigen Europa die Komplexität realer Situationen davon abrät, die Repräsentation von Grenzen und Territorien als sinnvolles Anliegen zu sehen, welches uns im Nachdenken über aktuelle

Mechanismen des Ein- und Ausschlusses in den europäischen Raum als öffentlichen Raum weiterbringt. Je mehr sich demokratische Politik in Repräsentationen verfängt, die mit emanzipatorischen Projekten und staatsbürgerlichem Bemühen historisch verbunden sind, umso mehr steht sie sich selbst in der Erneuerung ihrer Anliegen im Weg. (Balibar 2004: 10).

Gerade die aus unterschiedlichen Mobilitäten zusammengesetzten Netzwerkökonomien der Gegenwart verdeutlichen, wie sehr die Kapazität menschlicher Handlungsfähigkeit mehr an ihr kreatives Zusammenspiel mit einem grenzüberschreitenden Milieu an Co-Agenten, Abläufen, Technologien und Wahrnehmungsregimen gebunden ist, als an ihre absolute Lage in einem stabilen räumlichen Umfeld. Um in Hinblick auf eine demokratische Theorie den Bewegungen von Wertschaffung und Wertverfall in solchen elastischen räumlichen Settings nachzuspüren, ist die geeignete analytische Einheit daher weder eine einzelne Person noch ein gesamtes Kollektiv, sondern die jeweilige Öffentlichkeit, die sich um ein Problem bildet. (Bennett 2010: 108) Umgekehrt kann sich auch das Entwickeln einer demokratischen Politik verschiedener Techniken dieser Öffentlichkeit bedienen, die sich ihre jeweilige Schaffenskraft Schritt für Schritt zueigen machen, sich also auch selbst primär an Bewegungen orientieren und erst sekundär an klaren Positionen. In dieser politischen Ökologie, die von einer Reihe belebter und unbelebter Substanzen, menschlicher und nicht-menschlicher Materialitäten gemeinsam gebildet wird, ist Öffentlichkeit nicht als eine ständig gleich rekonstruierbare Institution zu sehen, sondern als Projekt mit jeweils unterschiedlich daran geknüpften Interessen und Erwartungen. Als eine Proposition, die neben ihrer ideellen Gestalt immer auch ein bestimmtes Forum gebraucht, um in Erscheinung zu treten und in Form einer *Öffentlichkeitsmaschine* zu wirken, so wie eines von Bruno Latours Quasi-Objekten, die weder einfach nur Fakt oder Wert sind, sondern größere räumliche Wirkungsfelder um sich entstehen lassen, sodass die unterschiedlichsten sozialen Kräfte an ihnen angreifen und vertraute Kategorien und die damit verbundenen Garantien aufbrechen können. (Latour: 1993) Dieser *unternehmerische* Charakter von Quasi-Objekten vermag unterschiedliche Öffentlichkeiten mit dem umfassenden Repertoire von Instrumenten zu verbinden, die Teil eines Marktes sind oder diesen in einen größeren Zusammenhang von Interessen einverleiben.

Was in der Beschäftigung mit informellen Märkten also immer mehr Gewicht bekommt, ist die Frage, was informelle Märkte jenseits ihrer eigenen

Art von *Öffentlichkeit* ermöglichen – die Frage also, welche Art transnationalen Entwicklungsraum informelle Märkte jenseits der Parameter von Güterhandel und Dienstleistungsverkauf anbieten. Welche weltumspannenden öffentlichen Arenen werden hier produziert, um unterschiedliche Interessen, Spekulationen und Wertsysteme miteinander in Kontakt treten zu lassen? Um diese Frage zu diskutieren, möchte ich zunächst einzelne Strukturelemente informeller Märkte identifizieren. Im Anschluss daran werde ich auf zwei ökonomisch verankerte Strukturen eingehen, die von unterschiedlichen Enden in die Auseinandersetzung um transnationale Kommunikations- und Handlungsräume eingreifen, nämlich jene des Zusammenhalts von Regierungsmacht und Ökonomie sowie jene der Suche nach Selbstbestimmung ökonomischer Praxis.

MÄRKTE DES TRANSNATIONALEN GEMEINWESENS

Informelle Märkte sind Zwischenzonen, auf die verschiedene Interessensgruppen, lokale wie globale, kapitalstarke wie kapitalschwache, formelle wie informelle gleichermaßen zugreifen. Sie formulieren ein Modell der Verwicklung, das die Akteure dieser Märkte untrennbar mit den stattfindenden Transaktionen und mit der Selbstorganisation des Geschehens verbunden hält. Was Menschen in einer solchen Öffentlichkeit zusammenkommen lässt, um von anderen Welten zu profitieren, sind familiäre Verpflichtungen, Freundschaften, Abhängigkeiten, Schulden oder andere Verbindlichkeiten, die Hoffnung auf ein rasches Geschäft oder die Aussicht auf Gewinn durch den Weiterverkauf von Waren auf anderen Märkten. Um ein Beispiel dafür zu geben: Der plötzliche Aufschwung an informellen Märkten in Europa unmittelbar nach der Auflösung des Sowjetsystems ging Hand in Hand mit einem ebenso rasanten Erschließen externer Netzwerke, die einen verstärkten Austausch mit außereuropäischen Märkten, insbesondere mit China erlaubten. Ein Operieren in so weitreichenden informellen Marktstrukturen ist auf besondere Qualitäten von Netzwerkverbindungen angewiesen. Dazu gehören langfristig aufgebaute Vertrauensverhältnisse, Loyalitäten, Gefälligkeiten, Familienstrukturen und persönliche Abmachungen. Der nahtlose Übergang von sozialem Austausch in profitable Geschäfte fördert eine weiträumig expandierende Verschränkung von ökonomischen, ökonomisch herbeigeführten und außer-ökonomischen Phänomenen. Ein wichtiges Instrument dazu ist die zunehmende Verfeinerung der Kanäle, in

Abbildung 3: *Derb Ghallef, Casablanca*



Derb Ghallef, ein wichtiger Schauplatz der informellen Wirtschaft Marokkos, Casablanca, 2013, Foto: Helge Mooshammer

denen Güter und Waren transportiert werden. Produkte werden so in eine Vielzahl kleinerer Lokalitäten verstreut, wo sich feinmaschige Netzwerke an informellen Handelsstrukturen beteiligen können.

Obwohl informelle Märkte immer wieder von der Oberfläche verschwinden, hinterlassen ihre experimentellen Strukturen Spuren im Gewebe der Stadt. Sie transferieren Bilder, Gedanken und Werte zwischen unterschiedlichen Welten. Mit ihren improvisierten Technologien, Infrastrukturen und Raumpolitiken schaffen sie Möglichkeiten für neue urbane Situationen und neue Verbindungswege zwischen Lokalem und Globalem. Entscheidend dabei ist die Frage, wie informelle Märkte als Katalysatoren und als Umschlagplätze einer neuen räumlichen und geokulturellen Ordnung agieren, aus der wiederum neue Vorstellungen von Zivilgesellschaft hervorgehen können. In dieser Hinsicht auffällig ist der heute stattfindende Begriffswandel im Umgang mit Ökonomien, die außerhalb der dominanten Machtzentren ansetzen und eine komplementäre Art von Öffentlichkeit hervorbringen. Der mit vielen Vorannahmen belastete Begriff der *informellen Ökonomie* wird immer mehr zugunsten offener Rahmenwerke aufgegeben, mit denen sich die komplexen Prozesse, in denen informelle Marktaktivitäten stattfinden, besser beschreiben lassen. Konzepte wie *Globalisierung von unten* (Matthews/Ribeiro/Vega 2012) oder *urbane Infor-*

malität (Roy/AlSayyad 2004) etwa machen deutlich, dass es hier um das Schaffen von Zugängen zu jenem globalen Wohlstand geht, der Gesellschaftsgruppen außerhalb der kontrollierten Kanäle vorenthalten ist. Während sich der Begriff der *Graswurzel-Globalisierung* oder der *Globalisierung von unten* auf die Spannung zwischen ökonomisch-politischem Establishment und nicht-hegemonialen Zugängen zu ökonomischen, rechtlichen und politischen Weltsystemen bezieht, verweist *urbane Informalität* auf die spezielle Organisationslogik von Informalität, genauer gesagt auf die Art und Weise, wie Informalität nicht als ein separater Sektor, sondern als eine Reihe von Transaktionen, die unterschiedliche Räume und Ökonomien miteinander in Verbindung setzen, gesehen werden kann. In dieser wechselseitig geschaffenen Ordnung stellen informelle Marktplätze sowohl ein Instrument des Regierens als auch einen Mechanismus des unregulierten Herstellens neuer Zusammenhänge und Beteiligungen dar.

Vor diesem Hintergrund gilt es genau zu differenzieren, auf welche Weise informelle Märkte jeweils Teil von Prozessen sind, in denen ökonomische Beziehungen verhandelt und politische Bedeutungen festgelegt werden, sei es aus einer Top-Down-Perspektive, aus einer Bottom-Up-Perspektive oder aus einer der vielen flüchtigen, auf Überlebensfragen und soziale Mobilität ausgerichteten Perspektiven, die das Handlungsfeld informeller Marktplätze charakterisieren. Als Knotenpunkte im weltweiten Fluss von Menschen, Gütern, Informationen und Kapital markieren sie heute den Übergang von nationalstaatlicher Regierungsmacht zur global orientierten neoliberalen Kontrollgesellschaft, für die der Staat weniger Disziplinarorgan als zweckdienliches Regulierungsinstrument von *informellen Arrangements* ist. In diesem Zusammenhang verweist die Idee des Informellen auf eine komplexe Verwicklung von neoliberalen Regierungstechnologien und neuen Formen der Selbstorganisation, die gemeinsam eine durchgängige »Marktmentalität« (Polanyi 1947) in allen Bereichen der Produktion und Erfahrung von Öffentlichkeit ansteuern. Diese Tendenz drückt sich speziell im heutigen Wandel von urbanen Öffentlichkeiten aus, für die das Informelle immer mehr zum Inbegriff der eigenen Beteiligung an den ständigen Umbrüchen im Stadtgewebe wird.

REGIERUNGSMACHT UND ÖKONOMIE

Im Verlauf der letzten Jahre hat die Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit auf die Finanzen enorm an Einfluss auf die Gestalt informeller Urbanität gewonnen. Die Finanzökonomie ist zum wichtigsten Motor des Urbanen geworden, nicht nur in den gentrifizierten und sozial segregierten Gegenden von Großstädten, sondern ganz allgemein in den Kernzellen und Wachstumsmustern des gesamten metropolitanen Gewebes. Parallel zu dieser Entwicklung lautet ein immer wieder zitiertes Ziel heutiger Planungspolitik, Menschen aus dem informellen Sektor einen Zugang zum formellen Sektor und den damit verbundenen Umwelten zu ermöglichen. Informelle Urbanität wird hier als Herausforderung für die moderne Stadt an sich gesehen. Entsprechende Politiken operieren auf Basis der Annahme, dass Informalität immer nur provisorisch zu verstehen ist, als Hilfsmechanismus, dessen Kreativität in Anspruch genommen werden kann, um einen verbesserten Zustand herbeizuführen. Informalität stellt in dieser Perspektive einen Sonderraum dar, der nur mit der Absicht betreten werden darf, einen systemkonformen Wandel einzuleiten und daraus rückwirkend Legitimation für die bestehenden Normen und Regelungen zu erlangen.

Den Rahmen, in dem diese Handlungsperspektive zu verstehen ist, bildet der aus der Entwicklung der westlichen Moderne hervorgegangene Zusammenhang von Regierungsmacht und Ökonomie, den Giorgio Agamben (2010) im Buch *Herrschaft und Herrlichkeit (Homo Sacer II.2)* umfassend beleuchtet hat. Agamben leitet diesen Zusammenhang aus der Theologie, genauer gesagt aus der christlichen Trinitätslehre ab. Während Foucault, auf den Agamben hier zum Teil aufbaut, mit seinem Begriff der Gouvernementalität vor allem die Ergründung von charakteristischen Rationalitäten der Steuerung im Auge hat, geht es Agamben mit seinem Bezugsrahmen von Regierung und christlicher Trinitätslehre darum, zu zeigen, wie die ökonomische Ausrichtung der christlichen Dreifaltigkeit als ein Laboratorium für die Gliederung der modernen westlichen Regierungsmaschine zu sehen ist. Der Begriff der Ökonomie bezeichnet nach Agamben eine fortschreitende Erweiterung der (göttlichen) Geltungssphäre über die eigenen Grenzen der Macht hinaus – eine Kraft, die aus dem Inneren heraus das Ganze regiert und verwaltet. Ökonomie ist in diesem Sinn eine Praxis, die außerhalb der Politik ansetzt, eine Praxis, die anord-

net, einteilt, darstellt und umsetzt, und mit diesem Tun zugleich die herrschende Macht begründet.

In Zusammenhang mit der transnationalen Öffentlichkeit von Märkten sind daran vor allem zwei Dinge interessant: zum einen der Fortbestand des theologisch-ökonomischen Prinzips in der westlichen Politik, etwa im Prinzip der Gewaltenteilung oder in der marktwirtschaftlichen Doktrin der ›unsichtbaren Hand‹, also in dem auf Adam Smith beruhendem Wirtschaftsprinzip, wonach nicht die staatliche Führung, sondern das eigennützige Handeln aller Marktkräfte am besten dem Gesamtwohl diene; und zum anderen der Umstand, dass diese Säkularisierung nicht im Weberschen Sinne eine zunehmende Entzauberung und Enttheologisierung der modernen Welt darstellt, sondern – ähnlich wie bei Foucault – eine Signatur, die Zeichen und Begriffe von einem Bereich in einen anderen verschiebt. Dies erklärt, wie die moderne Welt nicht wirklich Abstand von theologischen Regierungsformen genommen, sondern, ganz im Gegenteil, die vorhandenen Signaturen in die heutige Zeit übertragen hat. (Agamben 2010: 17) Dieser Wirkmechanismus hilft auch zu erklären, wie einfach eine Verschiebung von Herrschaftsformen zwischen unterschiedlich klassifizierten ökonomischen Gefügen (formell/informell, erlaubt/unerlaubt, etc.) stattfinden kann, ohne die vorhandenen Bedeutungsmuster aufzuheben. Auf diese Weise hat gegenwärtig die Ökonomie den Sieg über jeden anderen Aspekt gesellschaftlichen Lebens davongetragen. (Agamben 2010: 14) Sie ist zur Herrschaftsform aller Aspekte unseres öffentlichen Daseins geworden. Die Struktur der Macht beruht diesem ökonomischen Prinzip nach auf Stellvertretung, die nicht nur eine Spaltung von Sein und Praxis bewirkt, in deren Zeichen verschiedene Formen transnationaler Öffentlichkeit entstehen, sondern auch die Verdrängung der klassischen Ontologie (also eines ursprünglichen, substanziellen Kerns der Macht) durch ein *ökonomisches* Paradigma, in dem nichts ursprünglich ist, außer die Beziehung zwischen Herrschaft und Regierung selbst.

Es gibt daher, wie Agamben schreibt, auch »kein Wesen, sondern nur eine ›Ökonomie‹ der Macht, nur Regierung« (Agamben 2010: 169). So wie sich die Regierung auf die Herrschaft beruft, deren Amt sie ausübt, so bezieht auch letztere ihre Geltung durch das Ausüben einer stellvertretenden Praxis. Um das möglich zu machen, braucht es einen komplexen Zusammenhalt: nämlich eine Koordination und einen gleichzeitigen Bruch von Sein und Handeln (Agamben 2010: 87), in der die Praxis in gewissem Sinn befreit und anarchistisch wird, weil sie nicht auf Anweisung han-

delt, sondern lediglich im Zeichen der Ökonomie. *Freies Handeln* – sowohl als Bezeichnung für das Ausüben einer selbstbestimmten Praxis als auch im Sinne eines uneingeschränkten Warenverkehrs – ist in dieser Weise nicht substantiell, aber doch ökonomisch kontrolliert. In dieser Kontrolle spielt der politische Raum der Grenze und dessen Konfrontation mit der ökonomisch strukturierten Öffentlichkeit des transnationalen Raums eine wichtige Rolle.

Einen besonders markanten Schauplatz dafür bilden informelle Märkte in Nordkorea. In den ersten beiden Jahrzehnten unseres Jahrhunderts sind speziell in Pjöngjang und in den nördlichen Provinzen nahe zu China, wo Waren über die Grenze geschmuggelt werden, Schwarzmärkte entstanden. Eine Reihe westlicher Think Tanks, wie jüngst etwa das Peterson Institute for International Economics in Washington, feiert diese Personengruppen, die in Nordkorea illegal informellen Straßenhandel betreiben, als »kleine Revolutionäre«, obwohl ähnliche Aktivitäten in Ländern wie Paraguay, Mexiko oder China als »kriminell« verurteilt werden. Diese unterschiedlichen Bewertungen von informellen Marktplätzen haben weniger mit der Zahl oder Schwere von Gesetzesübertretungen zu tun, als mit strategisch-politischem und ökonomischem Interesse an einer bestimmten Region. Im Fall Nordkoreas geht es, wie das Peterson Institute for International Economics schreibt, darum, das politisch-ökonomische System Nordkoreas durch den Einfluss externer Akteure zu transformieren, und in einer längeren Zeitperspektive betrachtet um Möglichkeiten für die Entwicklung auswärtiger Wirtschaftsbeziehungen mit den USA (Haggard/Noland 2011: 125). Daher braucht die Hoffnung, die in diese Entwicklung gesetzt wird, lokal agierende, risikobereite *Graswurzel-Kapitalisten*, die sich als treibende Kraft der aufkeimenden *Zweitökonomie* den laufenden politischen Veränderungen annehmen und diesen Entwicklungsmarkt informell (oder anders gesagt *anarchistisch*) managen.

Nachdem die nordkoreanische Regierung im November 2009 die staatliche Währung radikal abgewertet hatte, um gegen informelle Märkte samt der rund um sie entstandenen Infrastrukturen (private Imbissstände, Gastwirtschaften, Nähereien, Finanzdienste, usw.) vorzugehen, kam es zu einer Beschleunigung der vorhandenen Entwicklung. Trotz des intensiven Regierungsbemühens konnten diese Märkte nicht zerschlagen werden, vor allem deshalb, weil viele Leute mit ausländischer Währung zu handeln begonnen hatten, anstatt Waren und Dienstleistungen in nationaler Währung auszureisen. Auf ironische Weise zogen so ausgerechnet

die international gut vernetzten Händler den meisten Gewinn aus dieser Maßnahme, während gesetzestreue Bürger, die keinen Zugriff auf größere Summen ausländischer Währung hatten, den eigentlichen Schaden davontrugen. US-Militärberichten zufolge haben sich informelle Märkte in Nordkorea inzwischen bereits zu einem äußerst ausgereiften und komplexen Netzwerk entwickelt. Diese Untergrundstruktur spielt für das Alltagsleben der Menschen in Nordkorea eine derart große Rolle, dass aus diesem Netzwerk wichtige Informationen über die sich ändernde politische Situation des Landes gewonnen werden können. (Chack/Farr/Schreiber 2012: 14) Der Zugang zu diesem dichten Gewebe an politischen und sozioökonomischen Beziehungen wird deshalb von Entscheidungsträgern in den USA als zentraler Mechanismus im Erschließen wirtschaftlicher Außenbeziehungen gesehen.

Aus diesem Beispiel geht zum einen hervor, in welchen komplexen Bahnen die Verwicklung von informellen Marktplätzen mit dem Leben von Millionen Menschen stattfindet. Teil dieser Komplexität ist ein spezielles Wissen, das aus der Praxis informellen Handelns hervorgeht; zum anderen zeigt sich, wie das Sondieren und Erkunden informeller Marktplätze einen Mechanismus darstellt, um Möglichkeiten für die Umgestaltung globaler Beziehungen zu identifizieren. Zu diesem Unternehmen tragen im Fall Nordkoreas unterschiedliche Prozesse bei, wie etwa direkte Nachforschungen im Auftrag der Regierung, Berichte von Überläufern, Trink-Tank-Operationen oder auch wissenschaftliche Konferenzen, wie etwa eine 2011 vom amerikanischen Institute of Peace in Washington abgehaltene Konferenz (*Informal Markets and Peacebuilding in North Korea*, 19. Juli 2011), die sich der Frage widmete, wie informelle Märkte in Nordkorea expandieren und welche Rolle neue Technologien, insbesondere Mobiltelefone, spielen, um den Aktionsradius informeller Märkte in Nordkorea in Art und Maßstab zu erweitern.

All diese Unternehmungen bringen zum Ausdruck, dass es bei diesem auf informelle Märkte gerichteten Blick nicht um Legalität oder Illegalität geht. Es geht auch nicht darum, eine bestimmte Wirtschaftspraxis zu verbessern oder Unrecht zu beseitigen. Und auch nicht darum, die ökonomischen Anstrengungen zu würdigen, mit denen die lokale Bevölkerung in einer benachteiligten Region ihr Überleben sichert. Der strategische Zugriff auf informelle Märkte von außen ist mit dem Ausüben von Macht in Form einer Ökonomie verbunden. Dieser Zugriff wird, wenn wir Agambens Modell weiter folgen, erst durch die Unterscheidung zwischen einer

allgemeinen und einer *besonderen* Ökonomie möglich (Agamben 2010: 171), das heißt, durch die Trennung zwischen intellektueller Erkenntnis und Praxis, Ewigkeit und Zeitlichkeit, distanzierte Autorität und direkte Regierungsakte. Anders ausgedrückt orientieren sich staatliche Interventionen in informelle Märkte an einer doppelten Gestalt von Ökonomie: zum einen an einer ›allgemeinen‹ Ökonomie, für die das Handeln außerhalb der Konventionen als Rechtsbruch gilt, und zum anderen an einer ›besonderen‹ Ökonomie, für die das Außerhalb einen Erweiterungsraum darstellt, der von stellvertretenden Kräften annektiert werden kann. Wie bereits ausgeführt, gebraucht Agamben diese Unterscheidung, um das Regierungsmodell der Ökonomie und insbesondere die hegemoniale Logik der westlichen Welt zu analysieren. In einem Kommentar zum Weltsystem der westlichen Großmächte schreibt er:

»Gleich, ob dies dadurch erreicht werden soll, dass bereits bestehende Verfassungsformen zersetzt werden, oder dadurch, dass sogenannte demokratische Verfassungsmodelle Völkern, die diese Modelle nicht umsetzen können, mit militärischen Mitteln aufgezwungen werden, entscheidend ist, dass es darum geht, ein Land – und letzten Endes die Welt – so zu regieren, dass man ihm gegenüber absolut fremd bleiben kann.«² (Agamben 2010: 170)

Die Einführung dieser Ökonomie in die politische Praxis und die vom ökonomischen Paradigma produzierten *Nebeneffekte* lässt sich im Fall von Nordkoreas »zweiter Ökonomie« gut anhand eines Videoclips veranschaulichen, der 2011 auf *YouTube* gepostet wurde: Zu sehen ist ein Pizzarestaurant in Pjöngjang, in dem eine internationale Gästegruppe unter anderem eine Dose Coca Cola konsumiert. Dieses im Bild festgehaltene *Beweisstück* schien Gerüchte zu bestätigen, wonach der Soft-Drink-Konzern bereits Geschäfte mit Unternehmen in Nordkorea macht. Nachdem dieser Schritt

2 | Der hier in der deutschen Übersetzung gebrauchte Begriff »fremd« ist ein etwas verfänglicher Ausdruck, denn es geht in diesem Zusammenhang nicht um eine epistemologische Facette, also um eine Unkenntnis gegenüber der Welt, sondern um eine ontologische Distanz. Aus der englischen Übersetzung geht dies besser hervor: »the basic point is that a country – and even the entire world – is being governed by remaining completely extraneous to it«. Giorgio Agamben (2011): *The Kingdom and the Glory. For a Theological Genealogy of Economy and Government* (Homo Sacer II.2), Stanford, CA: Stanford University Press, S. 140.

aber den Gesetzen und Wirtschaftsvereinbarungen, die gegenwärtig die US-amerikanischen Beziehungen mit Nordkorea regeln, widersprechen würde, dementierte Coca Cola die von vielen Medien berichteten Gerüchte. Um die Existenz eines Marktes mit Softdrinks in Nordkorea aber nicht ganz in Abrede zu stellen, wurde die Schuld lokalen Schwarzmarkthändlern zugeschoben, die das Produkt illegal in das Land gebracht haben könnten.

TRANSNATIONALE RÄUME DES ÖFFENTLICHEN ERMITTLUNGS- UND BERICHTSWESENS

Nordkorea ist in Hinblick auf die Lenkung der öffentlichen Meinung zu ökonomischen *Übertretungen* kein Einzelfall. Einen Überblick über solche Rechtsverletzungen zu schaffen, gilt als Aufgabe des sogenannten *Special 301 Reports*, Berichte, die jährlich vom Büro des Handelsbeauftragten der USA auf Basis von Paragraph 301 des US-Handelsgesetzes von 1974 erstellt werden. Seit 1989 enthalten diese Jahresberichte genaue Aufzeichnungen über Länder, die US-Bürgern »adäquaten und effektiven Schutz der Rechte ihres geistigen Eigentums oder fairen Marktzugang verwehren«³. Im Kern sind diese Berichte Länderlisten, in denen Fälle von Piraterie und Fälschungsunternehmen aufgezeichnet sind und spezifische Empfehlungen abgegeben werden, wie die Einhaltung von Copyrights verbessert werden kann, wie Sanktionen implementiert und Barrieren für den freien Marktzugang beseitigt werden können. Diese Berichte sind oft Basis, um Empfehlungen für Gesetzesveränderungen auszuarbeiten, und sie machen auch die Konditionen deutlich, unter denen die USA bereit sind, jemandem die Aufnahme in internationale Zirkel wie der Welthandelsorganisation (WTO) zu ermöglichen. Diese Berichte spielen also eine wichtige Rolle in der Außenhandelspolitik, weil sie deutlich machen, welche Sanktionen die USA gegenüber bestimmten Ländern planen. Aus diesem Grund achten Regierungen auf der ganzen Welt genau auf ihren Status in

3 | United States Code, Ausgabe 2011, Titel 19 - Customs Duties, Kapitel 12 - Trade Act of 1974, Unterkapitel 1 - Negotiating and Other Authority, Teil 8 - Identification of Market Barriers and Certain Unfair Trade Actions, Sec. 2242 - Identification of countries that deny adequate protection, or market access, for intellectual property rights.

diesen Berichten, und speziell darauf, ob sie in der jährlichen »Watch List« oder »Priority Watch List« aufscheinen.⁴

Der umfangreiche Einfluss der Special-301-Berichte basiert auf dem sehr offenen Rahmen der Erstellung dieser Berichte: Im Prinzip kann jeder eine Eingabe für diesen Bericht machen. Neben Eingaben von Hunderten Interessensgruppen, NGOs und Einzelpersonen, die Rechtsverletzungen auf informellen Märkten weltweit gezielt erkunden, kommen die meisten Beiträge aber von großen Wirtschaftskonzernen wie Oxfam, Time Warner, Motion Picture Association und IAAC. Die Jahresberichte sind also zentral organisierte Tatsachenfeststellungen, aber die Erkundungen, die den Berichten zugrunde liegen, spielen sich in einem Netzwerk von informellen Kanälen ab, wo Informationen gesammelt oder Nachforschungen von Wirtschaftsunternehmen in Auftrag gegeben werden. Das Ergebnis dieser immer umfassenderen Ermittlungen ist eine zunehmende Zahl von Sachverhaltsfeststellungen und ein zunehmender Umfang der Berichte. Das hat aus dem ursprünglichen Prozess des Erhebens von Beweisdaten ein komplexes Verfahren gemacht, in dem weltweit unterschiedlichste Konsumentendaten gesammelt werden. Auch die Motivation hinter diesen Erhebungen hat sich verändert: Während ursprünglich die Idee des Berichts war, eine gesetzliche Basis für etwaige Wirtschaftssanktionen zu schaffen, geht es nun viel mehr um ein Instrument der Überwachung und Ermahnung. Speziell in den letzten Jahren ist der Special-301-Bericht so zu einem umstrittenen Apparat geworden. Der Bericht hat also nicht einfach nur immer mehr an Umfang gewonnen, sowohl was die Quantität an Information und die Zahl der Länder auf der »Watch List« anbelangt, sondern hat sich auch zu einem flexiblen Instrument entwickelt, das den Gesetzesvollzug mit der Handelspolitik vermischt. Der Bericht wird so zu einem Lenkungsinstrument, das Gerichtsgewalt und politische Strategie kombiniert. Die beiden Komponenten werden zwar nominell auseinandergehalten, aber gleichzeitig auch ökonomisch koordiniert: Den ins Visier genommenen Staaten wird mit diesen Berichten in jährlichen Abständen nämlich nahegelegt, das Geschäft zur *Bereinigung* der Situation stellvertretend zu erledigen.⁵

4 | Die vollständige Fassung des Special-301-Berichts von April 2013 findet sich online: <http://www.ustr.gov/about-us/press-office/reports-and-publications/2013/2013-special-301-report>

5 | Eine detaillierte Erklärung des Special 301-Verfahrens findet sich u.a. bei Kim Newby (1995). Die umfangreichste und aktuellste kritische Auseinandersetzung

Abbildung 4: Lo Wu



Lo Wu Shoppingcenter, Shenzhen, an der Grenze zu Hongkong, 2011, Foto: Peter Mörtenböck

In diesen Jahresberichten finden sich auch minutiöse Aufzeichnungen zu physischen Marktplätzen, die als »berüchtigt« (notorious) bezeichnet werden, weil sie Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums von US-Firmen oder Staatsbürgern verletzen. Seit 2005 sind diese Aufzeichnungen nicht mehr Teil der Länderberichte, sondern werden in einem eigenen Dokument mit dem Titel »Berüchtigte Märkte« (Notorious Markets) zusammenfasst. Mit diesem Wechsel wurden auch die Kriterien flexibilisiert, die einen Markt für den jährlichen Bericht qualifizieren. Als berüchtigt gelten Märkte nun schon, wenn verabsäumt wird, den eigenen Umgang mit dem Diebstahl geistigen Eigentums zu überdenken⁶ (Turkewitz 2010) Die einschneidendste Veränderung in der Entwicklung des Special-301-Berichts

mit der Verbindung von juristischen, politischen und ökonomischen Instrumenten durch den Special-301-Bericht ist: Karaganis, Joe (Hg.) (2011): »Media Piracy in Emerging Economies«, Social Science Research Council; im Speziellen Kapitel 2: »Networked Governance and the USTR«, S. 75-98, <http://piracy.ssrc.org>

6 | Neil Turkewitz, Vizepräsident der Recording Industry Association of America, in einem Brief an den US-Handelsbeauftragten Ron Kirk: »failing to address one's own conduct in facilitating the theft of intellectual property and therefore deserving to be identified as notorious«.

Abbildung 5: Saphan Lek, Bangkok



Informeller Markt Saphan Lek, eine von Bangkoks »roten Zonen«, 2012, Foto: Peter Mörttenböck

betrifft aber eine Maßnahme, die den von informellen Märkten verursachten Schaden mediengerecht präsentiert, indem nur ein paar ausgewählte Fälle in einem »außerplanmäßigen Bericht zu berüchtigten Märkten« (out-of-cycle review of notorious markets) öffentlich angeprangert werden. Der seit 2011 jährlich veröffentlichte Kurzbericht besteht aus wenigen Seiten und wird jeweils kurz vor dem Erscheinen des umfangreicheren Special 301-Berichts der Öffentlichkeit präsentiert. Diese *Hitparade* informeller Märkte listet so unterschiedliche Marktplätze wie La Salada in Buenos Aires, Tepito in Mexiko-Stadt, Pekings Seidenmarkt, die Urdu Bazare in Karatschi und Lahore, den Petrivka Markt in Kiew, das Shoppingcenter Harco Glodok in Jakarta oder das Einkaufszentrum Lo Wu in Shenzhen. Mit ihrer unkomplizierten Botschaft und ihrer Ignoranz gegenüber Details ist diese Auswahlliste mittlerweile zu einer weltweit rezipierten Quelle für Medienberichte über illegale ökonomische Aktivitäten geworden. Ohne die darin enthaltenen Behauptungen und Forderungen untermauern zu müssen, beinhaltet dieser kurze Bericht die passende Dosis an Information für Twitter-Feeds oder für Blitzmeldungen im Fernsehen – das ideale Regierungsinstrument für staatliche und gewerbliche Akteure, um der Öffentlichkeit zur richtigen Zeit das richtige Signal zu geben und eine Einmischung in Marktplätze außerhalb der USA vorzubereiten.

Die jedes Jahr neu zelebrierte Beurteilung informeller Marktplätze als »berüchtigte Märkte« erzeugt ein vorhersehbares Muster, das auf politischen und ökonomischen Interessen beruht und mit einem Schulterchluss von firmeneigener Nachforschung und der Macht des Staatsapparats umgesetzt wird. Während informelle Märkte in bestimmten Regionen wie dem Dreistaatengebiet Paraguay/Argentinien/Bolivien oder Bangkoks *rote Zonen* regelmäßig auf der Liste berüchtigter Märkte aufscheinen, gibt es in dieser Aufstellung keine Aufmerksamkeit für Nordkoreas ebenso *berüchtigte* Untergrundmärkte. Was aus der Praxis von politischen Instrumenten wie dem Special 301-Bericht hervorgeht, ist die Konstruktion von informellen Märkten als ein unter Beobachtung stehendes Territorium, dessen Öffentlichkeit vom jeweiligen Markt selbst in die Büroräume des US-Handelsbeauftragten in Washington verlagert wird, um jedes Jahr in einer öffentlichen Sitzung mittels des eingeholten Beweismaterials und umfangreicher Zeugeneinvernahme darüber zu beraten, welche Länder im Anklagebericht aufscheinen sollen. Dieser rechtspolitische Zugriff auf informelle Märkte eröffnet einen transnationalen Schauplatz für Aktivitäten, anhand derer informelle Geschäfte nahtlos mit politischen Spekulationen und Strategien verbunden werden können. Die Politik der größten Weltmacht kann auf diese Weise direkten Einfluss auf die Gestalt der vielen lokalen Öffentlichkeiten nehmen, die mit informellem Markthandel verbunden sind. Jeder in den Länderbeschreibungen des Special-301-Berichts notierte Vorfall wird zu einem individuellen Konflikt mit der ständig wachsenden *Weltbehörde*. Damit ist ein Bericht, der im Grunde genommen eigentlich nur Empfehlungscharakter hat, zugleich die einflussreichste Kraft in der Steuerung von Hunderten Knotenpunkten informellen Handels und im Modellieren der Abhängigkeit von vielen Tausenden Personen, deren Existenz mit diesen Märkten untrennbar verbunden ist.

GLOBALE GEGENÖFFENTLICHKEITEN

Welche Möglichkeiten bestehen angesichts dieser *Ökonomisierung* informeller Märkte für die Schaffung und Pflege von selbstbestimmten transnationalen Öffentlichkeiten? Entscheidend für diese Gegenöffentlichkeiten ist der überindividuelle Charakter der Anstrengungen, die unternommen werden, um Marktumgebungen zu gestalten, in denen Fairness, Sicherheit und Solidarität vorrangige Prinzipien sind. Diese Entwicklung beruht

häufig auf einer engen Verflechtung von ökonomischen und sozialen Interessen. Zahlreiche informelle Märkte sind aufgrund des gemeinsamen Überlebenskampfes und der gemeinsamen Geschichtserfahrung so sehr mit dem vorhandenen sozialen Gewebe eines Gebiets verbunden, dass sich der Handel nicht von anderen Aspekten des täglichen Lebens trennen lässt. Ein Beispiel dafür ist etwa Tepito in Mexiko-Stadt, ein zentral gelegenes Viertel, das nach der mexikanischen Revolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus den Strukturen selbstorganisierten Handels entstanden ist. Informelle Produktion, Handel und Verkauf stellen nach wie vor einen wichtigen Aspekt des Gemeinwesens und des Klassenbewusstseins dieses Viertels dar, wiewohl oder gerade weil es sich bei den gehandelten Waren oft um gefälschte Artikel, Raubkopien und wiederverwertete Produkte handelt. Im »außerplanmäßigen Bericht zu berüchtigten Märkten« des US-Handelsbeauftragten gilt Tepito deshalb als zentrales Lager und Verteilungsknoten für illegale Produkte, die für zahlreiche andere Märkte in ganz Mexiko bestimmt sind. Gerade auf diesen kollektiv praktizierten Umgang mit *Originalen* – die Aneignung von Formen kulturellen Kapitals, wie Musik-CDs und Spielfilm-DVDs – richtet sich aber auch der Stolz der Bewohner und Händler von Tepito. Sie sind Teil eines dichten sozialen Gewebes, das sich rund um die gemeinsam in die Hand genommene Arbeit und Kultur hier entwickelt hat, sowohl trotz als auch wegen der vielen Anfeindungen, die sie vom Normensystem der Erste-Welt-Wirtschaft erfahren. Tepito ist damit nicht nur ein Marktplatz, dessen Informalität Ausdruck von kollektiver Selbstbestimmung und politischem Widerstand ist, sondern auch ein Ort, in dessen öffentlichen Einrichtungen, Institutionen, Ritualen, Verhaltensformen und Beziehungsmustern sich all das strukturiert, was wir als Gegenöffentlichkeit beschreiben können. Personen, wie der Gründer und Leiter des lokal ansässigen Zentrums für Tepito-Studien, Alfonso Hernández, spielen eine wichtige Rolle im Gestalten dieser Gegenöffentlichkeit, indem sie institutionelle Unterstützung anbieten, politische und ökonomische Zusammenhänge erklären helfen und so für längerfristige Orientierung in der flüchtigen Welt des informellen Handels sorgen können. In ähnlicher Weise tragen Kunst und Literatur zu einer erweiterten Perspektive auf die lokale Informalität bei, denn Tepito ist auch bekannt für seine vielen selbstinitiierten Literaturzirkel, Zeitschriften und Galerien, die sich kreativ mit der Alltagskultur des Viertels auseinandersetzen und dabei eigene künstlerische Ausdrucksformen entwickelt haben. Dieses öffentlichkeitsbezogene und zugleich *außerökonomi-*

sche Engagement bildet nicht nur einen Fokus im Entstehen des komplex strukturierten Wirklichkeitsregimes informeller Märkte, sondern schafft auch eine Verhandlungsebene, die im Konfliktfall zwischen Händlern und Regierungsbehörden vermitteln kann.

Oft dienen solche außerökonomischen Einrichtungen auf direkte Weise der Kommunikation zwischen Marktleuten. Am häufigsten finden sich auf informellen Märkten Radiostationen, deren interaktive Programme Nachrichten über das Marktgeschehen senden, aber auch die unterschiedlichen am Markt beteiligten Akteure selbst zu Wort kommen lassen. So können Allianzen gebildet und die verschiedenen am Markt existenten Interessen öffentlich zum Ausdruck gebracht werden, ohne latent vorhandene Konflikte eskalieren zu lassen. Neben der Organisation öffentlicher Dienstleistungen gehört in der Regel auch die Errichtung von gemeinschaftlich genutzten Infrastrukturen, wie Sanitäranlagen, Wasserentnahmestellen, Stromanschlüssen oder Straßenbeleuchtungen zu den Unternehmungen, in denen die Kompetenz kollektiver Selbstorganisation auf informellen Märkten zum Ausdruck kommt. Nicht jeder informelle Markt ist in dieser Hinsicht gleich gut ausgestattet, aber Gemeinschaftseinrichtungen, in denen Informationen ausgetauscht, Glaubensformen praktiziert und Ratschläge eingeholt werden können, finden sich auf vielen Märkten, die über einen längeren Zeitraum bestehen. Gewerkschaftsräume und improvisierte religiöse Versammlungsstätten wie Kirchen, Synagogen, Tempel und Moscheen sind in Marktgebieten größerer Dimension ebenso oft Teil dieses Repertoires wie spezielle Räume, die der Zusammenkunft von Frauen, Jugendlichen oder anderen Personengruppen dienen.

Die ständige Bedrohung informeller Märkte durch wirtschaftspolitische Verbände, lokale Verwaltungsbehörden, private Investoren und Immobilienwirtschaft wird daher zugleich auch immer als Bedrohung der selbstgeschaffenen Nischen erfahren, in denen sich autonome Öffentlichkeiten bilden können. Um diese Gefahren abzuwehren, haben sich zahlreiche lokale Organisationen etabliert, die für Verbleib, Schutz und bessere Ausstattung informeller Märkte eintreten. Auf nationaler Ebene existieren darüber hinaus in vielen Ländern Organisationen, die nicht nur Dispute zwischen einzelnen Marktakteuren regeln und für die gesellschaftliche Anerkennung von informellen Märkten kämpfen, sondern auch den Regierungen konkrete Vorschläge unterbreiten, wie informeller Straßenhandel besser in die Nutzung öffentlichen Raums eingebettet werden und auf vielen Ebenen zum Gemeinwesen beitragen kann. Nationale Verbände,

wie die *Kenya National Alliance of Street Vendors and Informal Traders* (KENASVIT), die *National Alliance of Street Vendors of India* (NASVI) oder die *National Federation of Korean Street Vendors* (NFKSV) erarbeiten gemeinsam mit Behörden und Regierungsvertretern unter anderem Richtlinien, mit denen ein verbessertes Zusammenspiel von informellen Märkten, Straßenhändlern und anderen Stadtakteuren erzielt werden kann. Eine wirklich transnationale Öffentlichkeit, die nicht vom internationalen Engagement einzelner Individuen ausgeht, sondern auf der Ebene organisierter Verbände ansetzt, ist erst in jüngster Zeit durch die Gründung internationaler Organisationen entstanden, die als Dachverband auf andere Körperschaften wie die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) oder internationale Handelsgewerkschaften einwirken. Die 2002 in Südafrika ins Leben gerufene Allianz *StreetNet International* etwa umfasst Dutzende Mitgliedsorganisationen, die meisten davon aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern. (Skinner 2010: 210)

Ein wichtiges Anliegen von StreetNet International ist die Umsetzung der Pläne, die 1995 bei einem Treffen von Straßenhändler-Organisationen, Aktivisten, Juristen und Forschern aus 11 Ländern in der *Bellagio International Declaration of Street Vendors* in Italien beschlossen wurden. Im Mittelpunkt der Deklaration steht die Entwicklung nationaler Strategien, mit denen die Rechte von Straßenhändlern geschützt und gestärkt werden sollen. Beitragen dazu sollen eine verbesserte Rechtssituation, gesicherter Zugang zu städtischem Raum, stärkere Berücksichtigung von informellem Handel in der Stadtentwicklungsplanung und nicht zuletzt adäquate Mechanismen, mit denen der eigene Anspruch auf Öffentlichkeit gleichberechtigt in eine Diskussion mit anderen Öffentlichkeitsagenten (Regierungen, Verwaltungsbehörden, NGOs, Polizei, usw.) eingebracht werden kann. Die in Bellagio verfasste Erklärung der Straßenhändler war zwar dem Ton und Inhalt nach an staatliche und städtische Regierungskräfte gerichtet, ihr Publikum war aber auch eine transnationale Öffentlichkeit, die von den Anliegen der Straßenhändler informiert vermehrt Notiz von den entsprechenden Missständen der aktuellen Rechtspolitik nehmen kann. Während also staatliche Akteure und die an sie gekoppelte *internationale* Öffentlichkeit die direkten Adressaten der Deklaration sein mögen, wenden sich die darin enthaltenen Aussagen auch an gesellschaftliche Akteure, deren Einstellungen, Beziehungen und Handlungen für das Entstehen *transnationaler* Öffentlichkeiten ausschlaggebend sind: soziale Netzwerke und Bewegungen, NGOs und ähnliche Verbände, sowie zahlreiche andere

Plattformen zivilgesellschaftlichen Engagements, die den transnationalen Raum zunehmend strukturieren. Eine Erklärung dieser Art ist damit sowohl ein *Appell*, der sich an politische Entscheidungsträger (also an gewählte Repräsentanten der Öffentlichkeit) richtet, als auch eine *Konstituierung* von Öffentlichkeit, die durch die Erklärung selbst bewirkt wird. Ähnlich wie die oft von Protestbewegungen verfassten Erklärungen (in jüngster Zeit etwa die von der Occupy-Bewegung erstellte »Declaration of the Occupation of New York City«) hat daher auch die *Bellagio International Declaration of Street Vendors* nicht nur die Artikulation von politischen Forderungen im Auge, sondern auch die Bildung einer Öffentlichkeit, in der diese Forderungen unterstützt und umgesetzt werden. Zur Diskussion stehen dabei sowohl die Beziehungsstrukturen, Raumformationen und transnationalen Bahnen der unterschiedlichen Formen informellen Handels als auch ihr Verhältnis zu anderen ökonomischen Modellen, seien es solidarische Ökonomien, Schenkökonomien, ressourcenbasierte Ökonomien oder ökonomische Experimente im Zusammenhang mit künstlerischer und kultureller Produktion.

Alle diese Facetten des Ringens um politische Handlungsräume machen deutlich, dass die Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten im Schatten der globalen Ökonomie keine lineare Bewegung ist, sondern ein Prozess, der von vielen Akteuren, hegemonialen wie nicht-hegemonialen getragen ist. So wie das über weite geografische Distanzen ausgebreitete Zusammenspiel von ökonomischen Interessensgruppen mit lokalen Informanten, Regierungskräften, juristischen Behörden und Medienberichten Einfluss auf unsere Vorstellungen von gesellschaftlich nutzbringender Produktion, legitimem Warenverkehr und rechtschaffendem Handelsverhalten nimmt, lassen sich auch im transnationalen Zusammenwirken von Straßenhändlern mit Gewerkschaften, Aktivisten, Forschern und vielen weiteren Gruppen, die Teil eines globalen zivilgesellschaftlichen Engagements für soziale und ökonomische Gerechtigkeit sind, dissidente Vorstellungswelten und alternative transnationale Handlungsräume entwickeln. Internationale Konferenzen, Bildungszirkel, Demonstrationen, kulturelle und künstlerische Produktion⁷ zählen mit zu den vielen Formaten, in de-

7 | Neben internationalen Konferenzen, wie der im Frühjahr 2010 in Los Angeles abgehaltenen Veranstaltung *Contesting the Streets: Street Vending, Open-Air Markets, and Public Space* haben in den letzten Jahren auch zahlreiche künstlerische Projekte die Funktion informeller Märkte als Begegnungsraum unter-

nen diese Verflechtungen aktuell Gestalt annehmen. Dieser Wandel ist von entscheidenden Veränderungen der Paradigmen, Reichweiten und Bedingungen ökonomischer Macht begleitet. Was aus dieser Situation hervorgeht, sind neue Arrangements von gesellschaftlichem Austausch, deren Gestalt, Streuung und Verteilung auf die Beziehungen einwirkt, die wir bislang zwischen der *Agora* des Gemeinwesens und der *Agora* des Handelsplatzes erkennen konnten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Agamben, Giorgio (2010): Herrschaft und Herrlichkeit. Zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung (Homo Sacer II.2), Berlin: Suhrkamp.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (†1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Balibar, Étienne (2004): We, the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bennett, Jane (2010): Vibrant Matter. A Political Ecology of Things, Durham, NC: Duke University Press.
- Chack, Andrew/Farr, John V./Schreiner, James H. (2012): A Systems Perspective of Foreign Intervention with Regards to the Democratic Peoples Republic of Korea, White Paper 2012 (1), June 2012, West Point, NY: Center for Nation Reconstruction and Capacity Development, United States Military Academy.
- Davis, Mike (2006): Planet of Slums, London/New York: Verso.
- DeSoto, Hernando (1989): The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World, New York: HarperCollins.

schiedlicher gesellschaftlicher Interessen sichtbar gemacht, darunter Joanna Warszas umfangreiche Arbeiten zu *Jarmark Europa in Warszawa* (2006-2009), Tadej Pogacars *Street Economies Archive* (2001-2007), Oliver Resslerers Videoarbeit *Alternative Economics – Alternative Societies* (2003-2008) oder Kate Richs künstlerische Intervention in Lebensmittelkreisläufe durch den direkten Handel von Lebensmittelprodukten über soziale Netzwerke (*Feral Trade*, seit 2003).

- Foucault, Michel (1999): »Andere Räume«, in: Jan Engelmann (Hg.), *Bot-schaften der Macht: Der Foucault-Reader, Diskurs und Medien*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 145-157.
- Haggard, Stephan/Noland, Marcus (2011): *Witness to Transformation. Re-fugee Insights into North Korea*, Washington, DC: Peterson Institute for International Economics.
- Karaganis, Joe (Hg.) (2011): »Media Piracy in Emerging Economies«, So-cial Science Research Council, <http://piracy.ssrc.org>
- Kejr, Jiri (2010): *Die mittelalterlichen Städte in den böhmischen Ländern. Gründung – Verfassung – Entwicklung*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Latour, Bruno (1993): *We Have Never Been Modern*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Mathews, Gordon/Ribeiro, Gustavo Lins/Vega, Carlos Alba (Hg.) (2012): *Globalization From Below. The Worlds's Other Economy*, New York: Routledge.
- Mbembe, Achille (2005): »Sovereignty as a Form of Expenditure«, in: Tho-mas Blom Hansen/Finn Stepputat (Hg.), *Sovereign Bodies: Citizens, Migrants, and States in a Postcolonial World*, Princeton, NJ: Princeton University Press, S. 148-166.
- Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge (2013): *Informal Market Worlds*, Rotterdam: nai010 Publishers.
- Newby, Kim (1995): »The Effectiveness of Special 301 in Creating Long Term Copyright Protection for U.S. Companies Overseas«, in: *Syracus Journal of International Law* 21, S. 29-62.
- Polanyi, Karl (1947): »Our Obsolete Market Mentality. Civilization Must Find a New Thought Pattern«, in: *Commentary* 3 (Februar 1947), S. 109-117 [Nachdruck in: George Dalton (Hg.) (1968): *Primitive, Archaic and Modern Economies: Essays of Karl Polanyi*, Garden City, NY: Dou-bleday Anchor].
- Portes, Alejandro/Haller, William (²2005): »The Informal Economy«, in: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *Handbook of Economic So-ciology*, New York: Russell Sage Foundation, S. 403-425.
- Roy, Ananya/Alsayyad, Nezar (Hg.) (2004): *Urban Informality. Transnatio-nal Perspectives From the Middle East, Latin America, and South Asia*, Lanham, MD: Lexington Books.
- Sassen, Saskia (2006): *Territory, Authority, Rights*, Princeton, NJ: Prince-ton University Press.

- Skinner, Caroline (2010) »Street Trading Trends in Africa: A Critical Review«, in: Sharit Bhowmik (Hg.), *Street Vendors in the Global Urban Economy*, New Delhi: Routledge, S. 184-207.
- Tangires, Helen (2008): *Public Markets*, New York: W.W. Norton.
- Turkewitz, Neil (2010): Brief an den Handelsbeauftragten der USA, Ron Kirk, 4. November 2010.
- Wacquant, Loïc (2008): *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*, Cambridge/Malden, Mass.: Polity Press.

Situative Sichtbarkeiten

Exterritoriale Grenzpolitik als Moment transnationaler Öffentlichkeit

LENA LAUBE

1. EINLEITUNG

Territorial fixierte Nationalstaaten haben in den letzten Dekaden neue Praktiken entwickelt, um bereits jenseits ihrer eigenen Territorien steuernd in globale Personenmobilität einzugreifen. Dieser Vorgang der Exterritorialisierung von Grenzkontrollen (Laube 2013) schafft neue Kontrollorte, an denen mobile Individuen bereits vorab auf ihre Berechtigung zur Einreise hin überprüft werden.¹ Diese Orte liegen nicht mehr nur entlang der territorialen Grenzlinie, z.B. an den Grenzübergangsstellen, sondern vorgelagert, zum Teil weit entfernt des Landes, das den Zugang zu seinem

1 | Das empirische Material für diesen Beitrag wurde im Rahmen eines Projekts am Sonderforschungsbereich 597 *Staatlichkeit im Wandel* unter der Leitung von Steffen Mau erhoben. Seit 2007 werden drei Fallstudien zum Wandel liberaler Grenzregime bearbeitet. In Österreich, Finnland und den USA wurden 2007/2008 im Rahmen des Projektes über 40 Experteninterviews mit Beamten in nationalen Ministerien und Behörden sowie mit Vertretern von internationalen Organisationen und NGOs geführt. Besonderer Dank gilt Christof Roos, der die Gespräche mit den Experten in Washington, D.C., sowie in Helsinki führte. Die Autorin selbst war für die Interviews mit Behörden- und Organisationsvertretern in Wien verantwortlich. Weitere Ergebnisse dieser drei Länderstudien (USA, Österreich und Finnland) wurden unter anderem in dem Band *Liberal States and the Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility* (Mau et al. 2012) bei Palgrave veröffentlicht, sowie in dem Campus-Band *Grenzkontrollen jenseits nationaler Territorien. Die Steuerung globaler Mobilität durch liberale Staaten* (Laube 2013).

Territorium regelt. Ob in den Botschaften der Herkunftsländer², an Abflughäfen oder in den Transitländern, heute finden an vielen verschiedenen Orten Mobilitätskontrollen durch das Zielland statt, obwohl Reisende die staatliche Grenze des Ziellandes physisch noch gar nicht erreicht haben.

Mögen auch innerhalb Europas die Grenzen für die Personenmobilität gefallen sein, Reisefreiheit stellt global gesehen die Ausnahme dar. Grundsätzlich müssen sich Personen auf Kontrollen vor dem Beginn einer Reise einstellen, sofern diese einen internationalen Grenzübergang beinhaltet. So müssen heute deutsche Staatsbürger vor der Reise in 100 andere Länder der Welt zuvor ein Visum beantragen (für 93 Staaten dagegen wird kein Visum benötigt). Umgekehrt müssen Bürger aus 125 Ländern ein Visum beantragen, wenn sie nach Deutschland reisen wollen (68 Staaten sind für die gesamte EU befreit). Zudem werden auf hoher See, zum Beispiel durch die Europäische Grenzschutzagentur Frontex, mutmaßliche Flüchtlingsboote abgefangen und kontrolliert, bevor sie europäisches Festland erreichen. An Abflughäfen in Asien und Afrika werden deutsche Beamte als sogenannte Dokumentenberater eingesetzt, um die dortigen Behörden und Fluglinien bei der Kontrolle der Reisepapiere zu unterstützen. Die Zielländer erweitern damit ihren Handlungsspielraum für Personenkontrollen über ihr eigenes Hoheitsgebiet hinaus, was zum Teil jedoch nur durch die Kooperation mit anderen staatlichen Behörden oder privaten Transportunternehmen, wie zum Beispiel Fluglinien, möglich ist.

Es ist vor allem der Anstieg der globalen Mobilität, der neue Praktiken exterritorialer Kontrolle zu provozieren scheint. Durch die Verlagerung der Grenzkontrollen soll die Anzahl der Personen, die an der eigentlichen Grenzlinie ankommen und dort erst abgefertigt werden müssen, reduziert werden. Es besteht bei staatlichen Akteuren die Hoffnung, durch vorgelagerte Kontrollen frühzeitig zwischen willkommenen und nicht willkommenen Migranten bzw. Reisenden zu unterscheiden. Nicht willkommenen Grenzüberschreiter sollen dann schon jenseits der eigenen Grenzen zurückgewiesen werden. Insbesondere Nordamerika, Europa und Ozeanien empfangen viele Migranten aus anderen Weltregionen. (Boswell/Geddes 2010: 22) Daher empfiehlt sich die Analyse der westlich geprägten, libera-

2 | In diesem Beitrag wird im Folgenden vereinfachend von Herkunftsländern gesprochen. Es wird dabei jedoch mitgedacht, dass der Ort, an dem eine Reise beginnt, nicht notwendiger Weise auch das Herkunftsland im Sinne des Heimatlandes eines Reisenden sein muss.

len Staaten, um dem Phänomen der Exterritorialisierung von Grenzkontrollen auf die Spur zu kommen: Die Anreise der Migranten ist häufig sehr lang und die Zielländer besitzen somit räumlich gesehen einen großen Spielraum zur Intervention in die Bewegungen dieser Personen, bevor sie an den Grenzen der Zielländer ankommen. Auf diese Weise nutzen Zielländer globaler Mobilität einen transnationalen Raum für neue Möglichkeiten der flexiblen Grenzkontrolle. (Mau et al. 2012) Bereits in den 1990er Jahren entwickelten die damaligen EU-Staaten Kooperationsprogramme mit ihren Nachbarländern zur Mithilfe bei der Abwehr unerwünschter Migration. Zu dieser Zeit wurden Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn häufig als Transit für Migrations- und Flüchtlingsbewegungen auf dem Weg nach Nord- und Westeuropa genutzt. (Wallace 1996) Australien dagegen verlagerte seine Flüchtlingspolitik gleich an Orte jenseits des eigenen Territoriums (Hyndman/Mountz 2008, Kneebone 2010) und die USA waren das erste Land, das vorab eine Vielzahl von Passagierdaten verlangte, um diese schon während des Fluges einem Sicherheitscheck zu unterziehen (Flynn 2003).

Dass Zugangskontrollen zu einem Territorium bereits weit entfernt von diesem stattfinden können, machte Aristide Zolberg (2003, 2006) in seinen historischen Analysen des US-amerikanischen Migrationsregimes deutlich. Diese räumlich verlagerte Kontrolle bezeichnete er als »remote control« (Fernsteuerung). Die räumliche Verlagerung der globalen Mobilitätssteuerung bringt zwar Einschränkungen hinsichtlich der staatlichen Autorität in diesen Räumen mit sich, doch sie bedeutet auch, dass die Zielländer bei der Intervention weniger rechtliche Verpflichtungen gegenüber Migranten und Flüchtlingen haben. Die Exterritorialisierung von Kontrollen muss dabei auch als Antwort auf neu entstandene Handlungsspielräume mobiler Personen verstanden werden. Liberale Staaten reagieren auf gestiegene und immer diversere Grenzüberschreitungen mit der Verlagerung der Begegnung zwischen Kontrollinstanz und zu kontrollierender Person. Die Zielländer analysieren, woher besonders viele Migranten kommen, und erschaffen neue Kontrollorte an den Routen und Orten, die diese Personen passieren werden. Die Entscheidung, wo exterritoriale Kontrollen stattfinden sollen, orientiert sich somit an den räumlichen Bewegungen von Touristen, Migranten und Flüchtlingen.

Durch das frühzeitige Aufeinandertreffen von Reisenden und einer Kontrollinstanz, die im Auftrag des Ziellandes handelt, wird exterritorial ein Moment der transnationalen Kommunikation geschaffen. In dieser

Begegnung wird bereits über die territoriale Zulassung oder Abweisung verhandelt und entschieden. Dieser exterritoriale Kontakt des Reisenden mit dem Kontrollregime des Ziellandes wird im Folgenden als ein *Moment* transnationaler Öffentlichkeit begriffen, weil er immer temporär begrenzt ist und zunächst nur wenige Personen einschließt. Öffentlichkeit kann durch diese Begegnung jedoch in zweierlei Hinsicht entstehen: Erstens erzeugt der Kontakt zwischen der mobilen Person und dem Grenzregime selbst Öffentlichkeit im Sinne einer Kommunikation. Die Grenze offenbart ihre Regeln zur Zulassung und der Reisende wird dazu gezwungen, seine Reiseabsicht und -motivation offenzulegen. Anders als an der territorialen Grenzlinie, dem erwartbaren Ort der staatlichen Kontrolle (Torpey 1998), geschieht dies exterritorial unvorhersehbar und zugleich weniger sichtbar für die Bevölkerung der Zielländer. Die Kontrollen werden fernab der Zielländer der nationalen Wahrnehmung entzogen. Obwohl dies von nationalen Regierungen strategisch genutzt werden kann, birgt dieser Moment doch eine zweite Möglichkeit der Genese transnationaler Öffentlichkeit: Jenseits der Zielländer kann eine Aufmerksamkeit durch transnationale Akteure, wie internationale³ Organisationen, NGOs, Medienvertreter aus verschiedenen Ländern oder Menschengerichtshöfe, entstehen. Diese sind entsprechend ihrer in der Regel weniger den nationalen Interessen an der Kontrolle als vielmehr den internationalen Normen der Freizügigkeit und des Flüchtlingsschutzes verpflichtet. Diese transnationalen Akteure bilden eine Öffentlichkeit für Ereignisse, die sich auch jenseits der Territorien von Nationalstaaten ereignen.

Die liberalen Demokratien der westlichen Welt handeln unter der Kontextbedingung einer politischen Öffentlichkeit. (Merkel et al. 2003: 46) Die Regierungsorgane müssen sich zur Wahl stellen, sie unterliegen Kontrollmechanismen (Gerichte, Parlament) und es gibt eine freie Presse, die politische Entscheidungen beobachtet und kommentiert. Kollektive Akteure wie Parteien, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und Verbände äußern sich zu politischen Maßnahmen und Reformvorschlägen. Die Regierung muss Entscheidungen erklären und legitimiert so ihre Entscheidungsgewalt, die ihr vom Volk nur geliehen wird. (Diamond 1999) Auf diese Weise

3 | Der Terminus *international* wird in diesem Beitrag immer dann verwendet, wenn es um konkrete Institutionen oder Normen geht (Organisationen, Grenzen, Menschenrecht etc.), die von mehreren Staaten gegründet oder beschlossen wurden. Auch bei bilateralen Handlungen wird dieser Begriff verwendet.

können politische Entscheidungen im Sinne der Bürgerschaft beeinflusst werden. (Habermas 1992: 435) Öffentlichkeit bezeichnet dabei die Sphäre, die der staatlichen Tätigkeit gegenübersteht, diese beobachtet und kontrolliert. (Stichweh 2002: 58) Die genannten Akteure bilden gleichsam das Publikum, das die neuen, exterritorialen Praktiken der Staaten potenziell zur Kenntnis nimmt. Transnational ist ein solches Publikum dann, wenn z.B. nicht nur nationale Medien auf nationales Regierungshandeln reagieren, sondern auch auf das Handeln anderer Staaten. Für die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit sind somit immer kommunikative Grenzüberschreitungen notwendig (Wessler/Brüggemann 2012: 2), die sich im Falle der Grenzkontrollpolitiken dann zusätzlich noch auf den Gegenstand der physischen Überschreitung territorialer Staatsgrenzen durch Bürger anderer Staaten beziehen. Bis heute sind die nationalen Öffentlichkeiten stärker ausgebildet als eine transnationale bzw. Weltöffentlichkeit. Nur wenige politische Ereignisse wie Parlaments- oder Präsidentenwahlen, kriegsrische Konflikte oder schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen werden auch transnational wahrgenommen und diskutiert. Durch exterritoriale Zugangskontrollen entsteht nun jedoch potenziell eine politische und mediale Öffentlichkeit jenseits nationaler Territorien, die sich auf einen politischen Akt eines Staates bezieht, der Migrationssteuerung jenseits seines eigenen Territoriums betreibt.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie exterritoriale Momente transnationaler Öffentlichkeit durch die modernen Grenzkontrollpraktiken befördert werden. Wo kommt es zu direkten Begegnung im transnationalen Raum? Kommt es zu einer Beobachtung dieser Begegnung durch ein transnationales Publikum? Ein Beispiel zeigt diese Möglichkeit auf: Auf den internationalen Gewässern rund um Europa kontrollieren Patrouillenboote der nationalen Grenzschutzbehörden das Meer. Boote, auf denen sich Flüchtlinge befinden könnten, werden aufgegriffen oder auch zurückgedrängt. Dadurch kommen Reisende und Migranten frühzeitig, nämlich noch auf hoher See, in Kontakt mit den europäischen Grenzschutzorganen. Beobachter dieser Begegnungen haben diese Kontrollmaßnahmen als menschenrechtswidrige Zurückweisung von Flüchtlingen beklagt. Daraus ist eine europaweite und über Europa hinausgehende öffentliche Diskussion entstanden.⁴

4 | OHCHR Report 2012: 58ff., http://www2.ohchr.org/english/ohchrreport2012/web_en/index.html; Human Rights World Report 2012 von Human Rights Watch, <http://www.hrw.org/world-report-2012>.

Selbst Papst Franziskus hat bei seinem Besuch auf der italienischen Insel Lampedusa auf das Schicksal der Flüchtlinge hingewiesen und Europa in die Verantwortung genommen.⁵ Diese Aufmerksamkeit schafft für die Staaten die Notwendigkeit, ihr Handeln nicht nur gegenüber dem eigenen Volk und den kontrollierten Personen, sondern auch gegenüber einer größeren transnationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Wolfgang Merkel et al. (2003: 52) gehen davon aus, dass Öffentlichkeit responsives Regieren fördert. Die Rechtskonformität sowie mögliche außenpolitische Signale grenzpolitischer Maßnahmen werden transnational diskutiert und beurteilt. Durch diese Aufmerksamkeit werden die Zielländer von Migration unter anderem dazu angehalten, ihr Verhalten internationalen Rechtsnormen anzupassen. Die Praktiken des Grenzregimes manifestieren sich zunächst gegenüber (vielen) Einzelpersonen. In der Folge können diese Begegnungen im transnationalen Raum von Massenmedien oder einer transnationalen Zivilgesellschaft thematisiert werden. Es besteht aber genauso die Möglichkeit, dass diese Praktiken nicht in den Fokus einer größeren Öffentlichkeit rücken und zunächst individuelle Erfahrungen mit dem Grenzregime bleiben.

2. DIE GRENZE ALS BEGEGNUNG ZWISCHEN STAAT UND MOBILER PERSON

Die staatlich-territoriale Grenze gilt völkerrechtlich als der legitime Ort der Kontrolle, an dem jede Person ohne besonderen Verdacht von der Staatsgewalt kontrolliert werden kann. (Torpey 1998) In der Regel wird an dieser überprüft, ob ein Reisender über gültige Ein- und Ausreisedokumente verfügt, mitgeführte Gegenstände verzollen muss und ob Sicherheitsbedenken gegenüber bestimmten Personen ausgeräumt werden können. Trotz der großen Bedeutung von Grenzen für den Staat wurde die Frage, wo die Funktionen der Grenze erfüllt werden, in der sozialwissenschaftlichen Analyse lange Zeit übergangen. Ihr Ort wurde lediglich als Begleiterscheinung anderer räumlicher Zustände interpretiert, so etwa als Folge der nationalen Staatsbildung. Das Ende des nationalen Territoriums gebe vor, wo

5 | Siehe »Papst Franziskus erinnert Europa an Verantwortung für tote Flüchtlinge«, vom 08.07.2013, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-07/papst-franziskus-lampedusa>.

sich die staatliche Grenze befindet, bei deren Übertretung sich Personen ausweisen müssen, so die Annahme. (Taylor 1994, Sassen 2006) Dem Staat obliegt dabei die souveräne Entscheidung darüber, ob eine Person mit fremder Staatsbürgerschaft einreisen darf oder nicht. (Vgl. Bauböck 1997)

Doch eine solch positivistische Lesart von Grenzen übersieht leicht die aktive Formung und Aufrechterhaltung von Grenzen sowie ihre strukturierende Wirkung. (Löw 2001, Eigmüller 2007) Neuere Ansätze der Grenzsoziologie weisen deshalb darauf hin, dass Grenzen sowohl Resultate als auch Produzenten sozialen Handelns sind. (Eigmüller 2006: 55) Zum einen schaffen staatliche Grenzen Fakten, in Form von Regeln, Normen und Kontrollpraktiken, an denen sich das Handeln der Grenzüberschreiter orientiert. (Transit Migration Forschungsgruppe 2007, Hess/Kasperek 2010, Mau et al. 2012) Grenzen als Institution bestimmen so maßgeblich die Handlungsmöglichkeiten mobiler Individuen. (Vobruba 2006: 217) Sofern die abgeleiteten Chancen auf grenzüberschreitende Mobilität ungleich auf unterschiedliche Personengruppen verteilt sind, zieht dies in einer globalisierten Welt eine ungleiche Verteilung von Lebenschancen nach sich. (Mau et al. 2012: 191 ff.) Zum anderen sind es wiederum Akteure, die Grenzen gestalten und reproduzieren, ihre Regeln durchsetzen oder brechen. Grenzen haben als reine Grenzziehung keinen sozial relevanten Sinn, wenn sie nicht überschritten werden oder grenzüberschreitende Prozesse behindern. (Vobruba 2010: 450) Es sind damit die sozialen Interaktionen, die berücksichtigt werden müssen, um Grenzpraktiken differenziert zu analysieren.

Unter den soziologischen Klassikern wartet Georg Simmel mit einer Analyse der Grenze auf, die auch für das Phänomen der *Grenzbegegnung* erhellend ist: »Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt«. (Simmel 1992 [1908]: 697) Nach diesem Verständnis ist die Grenze in der gesellschaftlichen Interaktion präsent und niemals natürlich vorgegeben. »Nicht die Länder, nicht die Grundstücke, nicht der Stadtbezirk und der Landbezirk begrenzen einander; sondern die Einwohner oder Eigentümer üben die gegenseitige Wirkung aus«. (Ebd.) Simmel macht deutlich, dass die Grenze nur ein Symbol dessen ist, was als Wechselwirkung zwischen Menschen passiert. Nicht die Grenzlinie ist von Bedeutung, sondern die Begegnung, in der über Einlass oder Abgrenzung entschieden wird. Dieser Perspektive folgend muss die Begegnung nicht notwendigerweise an einem bestimmten geografischen Ort stattfinden. Überall dort,

wo die Kämpfe um die Fragen von Inklusion und Exklusion entschieden werden, erfüllt die Grenze ihre Funktion. Geografisch ist dies überall dort möglich, wo sich eine Instanz, die die Grenze vertritt, und ein *Grenzsubjekt*, als potenzieller Grenzüberschreiter, begegnen. Aus dieser Begegnung kann ein Ort der Grenze entstehen, wenn eine Struktur zwischen Innen und Außen offenbar wird. Diese konstruktivistische Lesart der Grenze schließt die Annahme ein, dass sich der Ort der Grenze verändern kann, wenn sich die Maßnahmen des Einschlusses, Ausschlusses oder der Regulation verändern.

Ein solches Grenzverständnis kann der Gefahr begegnen, bei der Analyse moderner Grenzregime im nationalen Kontext und an den Praktiken an der Außengrenze eines Territoriums verhaftet zu bleiben. Es besteht eine analytische Offenheit gegenüber neuen Formen der Territorialität und transnationalen Praktiken der Zulassungskontrolle. Auch Étienne Balibar (2002) lenkte bereits den Blick darauf, dass Grenzen immer dort ihren Ausdruck finden, wo selektive Kontrollen zwischen innen und außen durchgesetzt werden. Auch jenseits des nationalen Territoriums werden grenzrelevante Ereignisse sichtbar, wenn davon ausgegangen wird, dass die Regeln einer Grenze auch andernorts zur Durchsetzung gebracht werden können und geografisch nicht an den Container-Staat (vgl. Taylor 1994) gebunden sind. Neue Arrangements, die als funktionale Äquivalente »für das, was Staatsgrenzen leisten« (Schimank 2005: 410) entstanden sind, werden mit dieser Perspektive als Grenzphänomene beobachtbar. Die Orte, an welchen Kontrollen und somit eine Grenzbegegnung stattfinden, bleiben bedeutsam, weil die sozialen Interaktionen, in denen sich die Grenze zeigt, die Eigenschaft haben, sich räumlich zu lokalisieren, das heißt zu verorten. Bei exterritorialen Kontrollen werden Entscheidungen, die die Bürger eines anderen Staates betreffen, im transnationalen Raum getroffen, kundgetan und durchgesetzt. Öffentlichkeit entsteht hier durch den Kontakt zwischen einer Person beliebiger nationaler Herkunft und ihrem Zielland.

3. DIE INSTRUMENTE EXTERRITORIALER GRENZREGIME

In der folgenden Übersicht werden die Instrumente und Orte exterritorialer Kontrolle vorgestellt, die den Zielländern neue Praktiken der Grenzkontrolle ermöglichen. Dabei ist die Frage zentral, wo diese Orte liegen

und wo damit eine kommunikative Situation zwischen Reisenden und dem Grenzregime entsteht. Zudem wird untersucht, ob dort durch diese Kontrollpraktiken eine breitere transnationale Öffentlichkeit hergestellt wird, indem Akteure wie Menschenrechtsorganisationen und Medien diese Kontrollen beobachten und kommentieren. In einer solchen Öffentlichkeit kommuniziert einerseits das Zielland bestimmte Aussagen, die dann in einem transnationalen Raum wahrgenommen werden, andererseits kann Kritik an eben diesem Kontrollregime ansetzen und ausgeübt werden. Basis für die Identifikation und Beschreibung der einzelnen vorgelagerten Kontrollinstrumente war die in der oben genannten Studie erhobene Empirie zum Grenzregimewandel in drei ausgewählten OECD-Staaten. Für die semi-strukturierten Interviews wurden Ministerialbeamte ausgewählt, die sich in leitender Position in Österreich, Finnland und den Vereinigten Staaten mit Fragen der Grenz- und Zulassungspolitik befassen. Die Interviewpartner stammen vielfach aus den Innen-, Außen-, sowie den Wirtschaftsministerien. Ergänzend wurden in allen drei Ländern qualitative Interviews mit nationalen NGOs und internationalen Organisationen (UNHCR, IOM) geführt, um die Bandbreite der Akteure und ihre Perspektiven gegenüber der staatlichen Grenzkontrollpolitik zu erfassen. Bevorzugt wurden Personen befragt, die über eine längere Arbeitserfahrung in dem Feld verfügen, weil sie nach den Entwicklungen des Politikfeldes über die vergangenen Jahrzehnte befragt wurden. In Bezug auf weniger bekannte Kontrollpraktiken half auch ihr Detailwissen und das Wissen um praktische Probleme der einzelnen Maßnahmen weiter, um eine Übersicht über das Spektrum der Steuerungsmechanismen zu bekommen. Die Mischung aus staatlichen und privaten Akteuren garantierte dabei, sowohl auf Probleme der Steuerung als auch auf Folgen für mobile Personen aufmerksam gemacht zu werden.

Ein exterritoriales Instrument ist definiert als eine Maßnahme der Zielländer von Mobilität, bei der eigene Ressourcen (personeller, logistischer oder finanzieller Art) an einem Ort außerhalb des eigenen, nationalen Territoriums eingesetzt werden, um in Personenmobilität, die sich tatsächlich oder potenziell auf das Territorium zu bewegt, regulierend einzugreifen. (Vgl. Laube 2013) Eine Vielzahl von Maßnahmen zur Exterritorialisierung von Grenzkontrollen wurde identifiziert. Einige Maßnahmen setzen bereits in den Herkunftsländern von Reisenden und Migranten an: Die Visavergabe in den Auslandsvertretungen, die Entsendung von Dokumentenberatern, die Sanktionen gegen private Transportunternehmen und zuletzt

die Übermittlung von Passagierdaten noch vor Abflug an das Zielland. Darauf folgen Instrumente, die im Transit in die Mobilität intervenieren: Die Sichere Drittstaatenregelung, Rücknahmeabkommen, Kontrollen an der EU-Außengrenze, die Internierung von Flüchtlingen bzw. Asylprozedere in exterritorialen Zonen und die Aufgriffe von Flüchtlingsbooten auf hoher See. Am Ankunftsort, doch immer noch per definitionem exterritorial, finden zwei weitere Kontrollpraktiken im Flughafenbereich statt: Kontrollen im *Vorfeld* sowie Asylantragsstellen im sogenannten Flughafenverfahren.

3.1 In den Herkunftsländern

Für einen Reisenden, der ein Visum für sein Zielland benötigt und beantragt, beginnt die Konfrontation mit dem Grenzregime dieses Landes in einer Botschaft oder einem Konsulat. In der Regel werden Touristenvisa sowie längerfristige Aufenthaltstitel in einer Auslandsvertretung im Herkunftsland beantragt, es sei denn eine Person lebt jenseits ihres Herkunftslandes oder in dem betreffenden Herkunftsland ist keine konsularische Vertretung eingerichtet. Im Zuge eines Visaantragsverfahrens müssen Antragsteller eine Vielzahl von Dokumenten vorlegen und zumeist persönlich in der Botschaft erscheinen. (Meloni 2006) Die Begegnung zwischen der einreisewilligen Person und dem Grenzregime findet konkret in dem Aufeinandertreffen mit dem Botschaftspersonal statt. Die beigebrachten Dokumente werden gesichtet und Fragen zur Motivation der Reise gestellt. Vor dem Hintergrund weltweiter Migrationsbewegungen dient diese Überprüfung der Einschätzung, ob der Antragsteller über ausreichende finanzielle Mittel für seinen Aufenthalt verfügt, ob er in friedlicher Absicht reist und bereit ist, das Land nach Ablauf des Visums wieder zu verlassen. Zudem können sicherheitsrelevante Fragen geklärt werden, bevor ein Visum bewilligt und damit dem Antragsteller die Möglichkeit zur An- und Einreise gegeben wird. (Mau/Brabandt 2011) In dieser ersten Begegnung machen beide Seiten eine Erfahrung miteinander, die einerseits die Entscheidung des Staates über die Zulassung beeinflusst, aber auch dem Antragsteller einen (ersten) Eindruck des Ziellandes vermittelt. Die Auslandsvertretung kann ihrer Autorität Ausdruck verleihen, wenn Antragsteller warten müssen, peinlich befragt werden oder bereits eine Gebühr begleichen müssen, ohne zu wissen, ob ihr Antrag positiv beschieden wird. Gleichzeitig kann sie aber auch das Signal setzen, dass der

Antrag willkommen ist. Die Begegnung ist dadurch von Entgegenkommen gekennzeichnet, dass beispielsweise Formulare in allen Sprachen des Herkunftslandes vorhanden sind und das Botschaftspersonal für die Antragsteller Informationen über das Zielland bereithält. Grundsätzlich müssen sich alle Bürger eines Herkunftslandes dem gleichen Verfahren unterziehen (gleiche Formulare, Kosten, Nachweispflicht). Nur in Bezug auf den persönlichen Umgang während eines Gesprächs in der Botschaft kann diese Begegnung unterschiedlich ausfallen, wenn ein Beamter Misstrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit oder der Rückkehrbereitschaft eines bestimmten Antragstellers entwickelt. Unterschiede bestehen darüber hinaus hinsichtlich der Regeln für unterschiedliche Herkunftsländer: Besteht eine Visumpflicht und ist ein Visum teuer, so kann dies aus Sicht des Herkunftslandes als Zurückweisung der eigenen Bürger interpretiert werden. Zumal wenn möglicherweise Nachbarländer deutlich leichter Zugang erhalten. Ein solcher Fall hatte sich zwischen der Behandlung Serbiens und Bosniens in der EU-Visapolitik gezeigt: Während Serbien, Montenegro und Mazedonien eine Befreiung von der Visumpflicht für eine Einreise in die EU-Mitgliedsstaaten erhielten, mussten Bosnier und Kosovaren bis 2011 weiterhin ein Visum beantragen. Dies wurde in den betreffenden Ländern sowie von transnationalen Medien als unzulässige Ungleichbehandlung diskutiert und schließlich wurden auch Bosnien und der Kosovo von der Visumpflicht befreit.⁶ In diesem Fall hat die exterritoriale Politik der Zielländer in einer transnationalen Öffentlichkeit Aufsehen erregt und wurde als ungerecht empfunden. Diese Diskussionen haben zu einer Nachbesserung der Visapolitik geführt. Gerade die Visapolitik wird mit Interesse in den Zielländern, den Herkunftsländern und von transnationalen Akteuren beobachtet, weil immer die gesamte Bevölkerung eines Herkunftslandes betroffen ist.

Ein weiterer Ort exterritorialer Grenzkontrollen sind die Abflughäfen der Reisenden und Migrant*innen. Als Filter für grenzüberschreitende Mobilität fügen sich dort gleich drei Instrumente ineinander, um mobile Personen noch vor dem eigentlichen Beginn ihrer Reise zu überprüfen. Erstens wird die dort stattfindende Begegnung zwischen dem Reisen-

6 | <http://www.dw.de/eu-visafreiheit-f%C3%BCr-bosnien-und-albanien/a6203265>. Inzwischen wird jedoch für alle Balkanstaaten erneut die Einführung der Visumpflicht gefordert, weil die Asylbewerberzahlen nach der Befreiung von der Antragspflicht erheblich gestiegen sind.

den und dem Personal eines privaten Transportunternehmens genutzt, um erneut im Sinne des Ziellandes Kontrollen auszuüben. Das Personal der Fluglinie überprüft neben dem gültigen Flugticket beim Check-in auch, ob gültige Einreisedokumente für das Zielland vorliegen. Wenn dies nicht der Fall ist, wird dem Reisenden das Boarden des Flugzeugs oder Schiffs verwehrt. Obwohl kommerzielle Transportunternehmen ein Interesse am Transport möglichst vieler Person haben, schrecken sie doch vor Sanktionen zurück, die das Zielland gegen sie verhängen könnte, falls sie Personen ohne gültige Dokumente einreisen lassen. Die sogenannten *Carrier Sanctions* sind Zwangsmaßnahmen gegen Transportunternehmen. Kann einem Unternehmen nachgewiesen werden, dass es einer Person die Einreise ohne gültige Dokumente ermöglicht hat, so kann das Zielland eine Geldbuße verhängen.⁷ Zudem muss das Unternehmen die Kosten für den Rücktransport tragen. Die Zielländer sichern sich so die Kooperation der Fluglinien, um die eigenen grenzpolitischen Regeln bereits an den Abflughäfen durchsetzen zu lassen. Dieses Kontrollinstrument hat in der sozialwissenschaftlichen Debatte sowie bei NGOs⁸ einige Aufmerksamkeit erhalten, weil befürchtet wird, dass auf diesem Wege vor allem Flüchtlinge davon abgehalten werden, seriöse Reiseunternehmen zu nutzen und auf Schleuser und Menschenschmuggler angewiesen bleiben, die keine Einreisepapiere sehen wollen. (Guiraudon 2006: 84) Die Begegnung zwischen Grenzregime und Reisenden schließt hier noch einen dritten Akteur mit ein, der in Haftung genommen wird und so Teil des kommunikativen Moments der exterritorialen Kontrollausübung wird. Von Interesse ist diese staatliche Maßnahme auch für transnationale Organisationen wie z.B. die International Air Transport Association (IATA), die Fluglinien Hinweise auf solche Sanktionen liefert. In einer breiteren transnationalen Öffentlichkeit, die auch die Presse und internationale Organisationen einschließt, findet diese Kooperation zwischen Grenzregime und privaten Akteuren dennoch wenig Beachtung.

An den Flughäfen stellen zweitens einige Zielländer den Fluglinien eine Hilfe zur Seite, um spätere Sanktionen zu vermeiden: Als Doku-

7 | Die EU fordert ihre Mitgliedstaaten dazu auf, solche Sanktionen bis zu einer Höhe von 5000 € pro irregulärer Einreise zu verhängen (Richtlinie 2001/51/EG).

8 | <http://www.amnesty.de/umleitung/1999/deu05/156>. Der Bericht beschreibt, inwiefern Flüchtlinge wegen der Sanktionsandrohung gegenüber Transportunternehmen keinen direkten Fluchtweg nach Europa nehmen konnten.

mentenberater (engl.: Airline Liaison Officers) sind nationale Beamte bekannt, die entsandt werden, um dem Flugpersonal bei der Identifizierung falscher Tickets oder Visa zu helfen. (Scholten/Minderhout 2008) Die Standorte solcher Dokumentenberater zeigen an, welche Flughäfen in den Herkunftsländern aus Sicht der Behörden als *Einfallstor* für irreguläre Migrationen gelten. An solchen Flughäfen im Ausland, von denen aus zudem Direktverbindungen in das Inland bestehen, wird für diese Art der frühzeitigen Begegnung zwischen Reisenden und nationalen Beamten gesorgt. So stationieren Länder wie Deutschland oder Österreich zum Beispiel in Thailand, der Türkei, Serbien oder Indien Dokumentenberater, sofern diese Länder eine Kooperation an ihren Flughäfen gestatten. (Jandl 2008, Mau et al. 2012) Die Dokumentenberater besitzen an diesen Orten nicht die Autorität, Personen zurückzuweisen. Ihre Aufgabe besteht darin, den Fluglinien Hinweise auf potenziell ungültige und gefälschte Papiere zu liefern und damit indirekt einen Abflug zu verhindern.

Der letzte exterritoriale Zugriff auf die Mobilität von Personen an den Abflughäfen bezieht sich auf die Daten der Passagiere. Bei der Begegnung mit den Behörden des Herkunftslandes, die die Ausreise regeln, sowie mit den Transportunternehmen werden von den Reisenden persönliche Daten wie Passangaben, Kreditkartennummern und Adressdaten erhoben. Fluglinien geben diese Fluggastdaten zum Teil an das angestrebte Zielland weiter, sofern Landungsgenehmigungen davon abhängen. Das Zielland hat damit die Möglichkeit, diese Informationen einem Sicherheitscheck zu unterziehen, noch während ein Passagier auf dem Weg zur eigentlichen Grenze ist. So haben etwa die Vereinigten Staaten seit 2004 die Übermittlung von Passagierdaten an die US-Bundesbehörden durch die Fluglinien mindestens 15 Minuten vor Abflug verpflichtend gemacht (Enhanced Border Security and Visa Entry Act, 2002). Bei Auffälligkeiten können die Behörden Personen nach der Landung aufgreifen und erneut befragen, bevor diese die Grenze offiziell überschritten haben. Dabei werden immer mehr sensible Daten über Privatpersonen übermittelt, was Bedenken bei Datenschützern weckt. (Guiraudon 2006, Koslowski 2006) Zudem externalisieren Staaten den Kontrollaufwand, indem private Akteure eingebunden werden. (Lahav/Guiraudon 2000) Dieses Instrument der Zulassungskontrolle ist im Falle der USA über die Landesgrenzen hinweg

wahrgenommen und auch kritisiert worden.⁹ Schlussendlich hat die EU jedoch in ein Abkommen zur Weitergabe von *Fluggastdaten* eingewilligt. Im Juni 2013 wurde auch von Russland ein solches Abkommen gefordert. Russland möchte ebenfalls zu Zwecken der Terrorbekämpfung Fluggastdaten von den europäischen Fluglinien erhalten und speichern.¹⁰ Die Debatten um die Passagierdaten werden in der Regel in den Ländern geführt, die in eine Datenweitergabe einwilligen sollen, in diesem Falle also in den EU-Mitgliedstaaten. Da die EU-Kommission mittlerweile solche Abkommen stellvertretend für alle Mitgliedstaaten verhandelt und abschließt, findet die Diskussion nicht nur auf nationaler Ebene statt, sondern involviert auch eine europäische Öffentlichkeit, das heißt das EU-Parlament, die in Brüssel ansässigen NGOs und Verbände sowie die zwar noch kleine, aber erstarkende europäische Presselandschaft. (Peters et al. 2005)

3.2 Im Transit

Auch nachdem eine Person das Land verlassen hat, das Ausgangspunkt seiner Reise war, muss sie damit rechnen, erneut Instanzen zu begegnen, die versuchen, die Zugangsregeln des Ziellandes durchzusetzen. So intervenieren zum Beispiel in Transitländern die dortigen Behörden stellvertretend für die Behörden des Ziellandes, um eine ggf. irreguläre Weiterreise zu verhindern. Die Bereitschaft der Transitländer, sich an der Migrationskontrolle der Zielländer zu beteiligen, erreichen zum Beispiel die EU-Mitgliedstaaten mit einem umfassenden System von Verträgen und Sanktionsandrohungen gegenüber den Nachbarländern, wie der Ukraine, der Türkei, Serbien oder auch den nordafrikanischen Staaten. Eingebunden werden die Länder, die von Migranten für den Transit genutzt werden, über Sichere Drittstaatenregelungen und Rücknahmeabkommen. Die Sichere Drittstaatenregelung ist Teil der Asylgesetzgebung in den

9 | <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2012-04/fluggastdaten-usa-eu-parlament>. Die Weitergabe von Fluggastdaten an die USA war besonders in Deutschland aus Datenschutzgründen sehr umstritten.

10 | <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-ueber-weitergabe-von-informationen-russland-fordert-fluggastdaten-aus-eu-laendern-1.1686639>. Die EU hat mit der Einwilligung in die Datenweitergabe an die USA weiteren Ländern wie Russland ein Argument geliefert, gleiches auch für die Flüge auf ihr Hoheitsgebiet zu fordern.

europäischen Zielländern und legt fest, dass Asylsuchende, die sich auf ihrer Flucht in bestimmten anderen Ländern aufgehalten haben, dort hätten um Asyl ansuchen müssen (Achermann/Gattiker 1995) Die Möglichkeit der Antragstellung andernorts wird als Grund für eine Zurückweisung des Asylantrages angeführt. Um diese Asylsuchenden in die Transitstaaten zurückzuschicken, ergänzen oft Rücknahmeabkommen diese Praxis. In solchen Abkommen willigen die Transitländer ein, Personen zurückzunehmen, die irregulär aus ihrem Land weitergereist sind. Werden also etwa ukrainische Bürger ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufgegriffen oder aber Drittstaatsangehörige, die nachweislich über die Ukraine illegal eingereist sind, so nimmt die Ukraine diese Personen ohne besondere bilaterale Verhandlungen wieder auf (siehe Beschluss 2007/826/EG des Rates). Für dieses Entgegenkommen fordern Länder wie die Ukraine, aber auch Marokko oder der Senegal finanzielle Hilfen oder Reiseerleichterungen für die eigenen Bürger. (Cuttitta 2010) Es handelt sich dabei um einen Tauschhandel, der die Transitländer in das Interesse des Ziellandes an einer Mobilitätssteuerung einbindet.

Eine ähnliche Interessenlage liegt bei direkten Hilfen von EU-Mitgliedstaaten an die Randstaaten der EU oder die Anrainer vor. Die eigentlichen Zielländer versuchen Migrationskontrollen bereits andernorts zu etablieren, damit unerwünschte Migranten und Flüchtlinge gar nicht erst bis an die eigenen Grenzen vordringen können. Auch die EU-Außengrenze dient diesem Interesse. Aus Sicht der Zielländer wie Deutschland oder Österreich kann dort exterritorial interveniert werden. Denn bei der Interaktion zwischen Behörden und mobilen Personen an der EU-Außengrenze wird auch über die spätere Einreise in Länder wie Deutschland oder Österreich verhandelt. Für den Ablauf und den Erfolg der Grenzbegegnungen an der EU-Außengrenze werden in der öffentlichen Wahrnehmung die dortigen Behörden verantwortlich gemacht, wie zum Beispiel Italien oder Griechenland und nicht etwa Deutschland, für das jedoch stellvertretend kontrolliert wird. (Walters 2010) Die Bedenken der anderen EU-Mitgliedstaaten, dass Länder wie Griechenland nicht auf Dauer in der Lage sein werden, die EU-Außengrenze gegen eine als illegal deklarierte Einwanderung zu sichern, wird voraussichtlich noch 2013 dazu führen, dass eine sogenannte *Notfallklausel* in das Schengener Abkommen aufgenommen wird, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, in Rücksprache mit der Kommission für einen

Zeitraum von bis zu zwei Jahren wieder Kontrollen an den Binnengrenzen einzuführen, sofern ein erhöhter Migrationsdruck festgestellt wird.¹¹

Die EU-Kernstaaten profitieren davon, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Grenzkontrollen in erster Linie den staatlichen Akteuren an der EU-Außengrenze zugeordnet werden, weil ihren eigenen Bürgern und Wählern unter Umständen weniger bewusst ist, dass bei Vorfällen an der EU-Außengrenze auch ihre Regierung eine Mitverantwortung trägt. Die Kontrollen an den EU-Außengrenzen resultieren neben der direkten Kommunikation zwischen Reisendem und Kontrollinstanz häufiger als andere Instrumente in einem Moment transnationaler Öffentlichkeit. Sämtliche Medien mit ihren Auslandskorrespondenten, Regierungsvertreter und Opposition, Kirchen, Verbände und NGOs beobachten und kommentieren das Geschehen. Die Attribution von Verantwortung erfolgt auf das jeweils kontrollierende Land oder auf die EU als Gemeinschaft. Rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden bei Menschenrechtsverletzungen jedoch nur die jeweiligen Beamten des Landes, das für die Kontrolle eines bestimmten Außengrenzabschnitts (z.B. Griechenland-Türkei) zuständig ist, also die EU-Randstaaten.

Weitere Orte der Grenzkontrolle, an denen Reisende dem Grenzregime des Ziellandes begegnen, finden sich in räumlichen Zonen, die durch eine andersartige Rechtsgeltung charakterisiert sind. Zwei prominente Beispiele stammen aus der Flüchtlingspolitik: Auffanglager für Flüchtlinge, in denen exterritorial Asylverfahren für das eigentliche Zielland durchgeführt werden sowie Aufgriffe von Flüchtlingsbooten auf internationalen Gewässern. Die Praxis, Flüchtlinge vor der Ankunft an den eigenen Küsten abzufangen und an einen Ort zu bringen, an dem ihre Asylberechtigungen exterritorial überprüft werden können, wurde sowohl von den USA als auch Australien genutzt, wenn besonders viele Flüchtlinge die Einreise in diese Länder anstrebten. Die USA verbrachten bereits in den 1980er und 1990er Jahren haitianische Flüchtlinge in Camps, z.B. in Guantanamo Bay, wo diese interniert wurden und einige von ihnen Asylanerkennungsverfahren durchlaufen konnten. (Zolberg 1995, Frenzen 2010) Australien tat sich 2001 mit der Einführung seiner *Pacific Solution* hervor.¹² Als

11 | Siehe <http://www.dw.de/eu-regelt-einf%C3%BChrung-von-grenzkontrollen-neu/a-16852118>.

12 | Neben der Ortsangabe gibt dieser Namen auch einen Hinweis auf eine *stille Lösung* des Flüchtlingsproblems im pazifischen Raum.

Zielland von Flüchtlingen aus Afghanistan, Indien und Pakistan kam die australische Regierung um John Howard mit der Regierung von Nauru, einem Inselstaat im Pazifischen Ozean, überein, dort ein Flüchtlingslager (detention centre) zur Ayslantragsstellung zu errichten. Eine umfangreiche Entwicklungshilfe in Nauru war die Gegenleistung dafür. Seit etwa zehn Jahren wird die Möglichkeit, den Moment der Begegnung zwischen Antragsteller und Grenzregime an exterritoriale Orte zu verlegen, auch für die Europäische Union diskutiert, bisher aber aus rechtlichen Bedenken nicht ergriffen.¹³ Grund dafür, diese europäische Initiative wieder fallen zu lassen, war unter anderem die massive öffentliche Kritik an der australischen Asylpraxis. (Hyndman/Mountz 2008)¹⁴ Das Beispiel zeigt, dass exterritoriale Momente der Grenzkontrolle zum Teil besonders stark in den Fokus der transnationalen Öffentlichkeit geraten sind. Obwohl die Zugänglichkeit zu dem Geschehen in exterritorialen Zonen oft eingeschränkt ist, regt doch eine Abschottungspolitik, die jenseits der eigenen Grenzen durchgeführt wird, den Verdacht, dass sich das betreffende Zielland nicht selbst die Finger schmutzig machen will und »die Drecksarbeit woanders erledigt« werden soll (Interview 2008, Finnischer Grenzschutz, #6).

Neben der Einrichtung von Flüchtlingslagern in Nachbarstaaten nutzen viele liberale Staaten, wie die USA oder die europäischen Mittelmeerränder, auch internationale Gewässer, um Kontrollen jenseits ihrer eigenen Hoheitsgebiete und -gewässer durchzuführen. In diesen Zonen besteht für staatliche Akteure eine eingeschränkte Verpflichtung zum Schutz vor politischer Verfolgung. Sie sind aber dazu verpflichtet, Leib und Leben aufgegriffener Personen zu schützen. Ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof hat 2012 zudem festgestellt, dass das Gebot der Nicht-Zurückweisung von Flüchtlingen (GFK) auch für nationa-

13 | Es existieren zwar eine Vielzahl von Auffanglagern rund um die Europäische Union, in denen jedoch keine Asylverfahren abgehalten werden. (Le Monde Diplomatique 2006)

14 | Doch nach der Schließung des Flüchtlingslagers auf Nauru plant die australische Regierung im Sommer 2013 erneut das Asylverfahren für Bootsflüchtlinge zu externalisieren. Alle auf Booten ankommenden Asylantragsteller sollen nach Papua Neuguinea verbracht werden. Dieses Nachbarland hat seinerseits die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes anerkannt (Genfer Flüchtlingskonvention mit ihren Protokollen), siehe <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=45506&Cr=australia&Cr1=#.UgJ5u6ws6So>.

le Beamten gilt, die in Grenzschutzpatrouillenbooten auf hoher See Boote operieren. (Markard/Lehnert 2012) Bei diesen Begegnungen auf hoher See, die auf Zurückweisung zielen, kommt es immer wieder zu tödlichen Vorfällen, wenn Boote auf dem Weg durchs Mittelmeer abgedrängt werden und die Passagiere in Seenot geraten. (Klepp 2011) Auch das Zurückbringen von Personen an ihren Ausgangsort, an welchem ihnen erneut Verfolgung drohen könnte, kann einen Fall von Zurückweisung bedeuten, der gegen Menschenrechtsnormen verstößt (siehe Urteil im Fall Hirsi Jamaa und andere gegen Italien (27765/09)).

Der Umgang mit Flüchtlingen in exterritorialen Lagern oder auf hoher See ist in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Stein des Anstoßes in einer transnationalen Öffentlichkeit gewesen. Tausende Flüchtlinge aus Tunesien, Libyen und Ägypten versuchten zum Beispiel in Booten die italienische Insel Lampedusa zu erreichen, nachdem in ihren Herkunftsländern die politischen Regime gestürzt waren. Doch sie wurden auf hoher See abgefangen oder aber in überfüllte Auffanglager gesteckt, in denen ihren Bedürfnissen und Rechten nicht nachgekommen werden konnte. Viele starben schon bei der Überfahrt. Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaft und Medien haben sich den exterritorialen Praktiken der Grenzregime gewidmet. (Vgl. Lahav/Guiraudon 2000, Baldaccini 2010, Kneebone 2010) Die Auflösung des australischen Flüchtlingslagers auf der Insel Nauru wie auch die Intervention des Europäischen Menschenrechtshofs in die Aufgriffe von Flüchtlingsbooten auf hoher See zeigen, dass Regierungen durch transnationale Kritik und Aufmerksamkeit dazu angehalten werden, ihre Praktiken der Grenzkontrolle zu überdenken und zu ändern. Dies sind bislang Einzelfälle. Sie offenbaren aber, dass sich die ursprünglich geschickte Möglichkeit einer räumlich weit abgelegenen Kontrolle jenseits der nationalen Aufmerksamkeit gegen die Regierungen wenden kann, weil es das Grenzregime besonderer Kritik aussetzt. Diese Kritik war in den beiden beschriebenen Fällen transnational verankert. Internationale Organisationen wie der UNHCR, Human Rights Watch oder das Rote Kreuz, aber auch die Medien von ARD über BBC, New York Times bis Neue Züricher Zeitung berichteten kritisch über die Konflikte, die aus der verlagerten Flüchtlingspolitik resultieren.¹⁵

15 | Siehe *Flüchtlingsboot im Mittelmeer gekentert. Dramatische Rettungsaktion vor Lampedusa*, vom 07.09.2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa404.html>, oder *Syrian accusing Greece of 'pushing back' migrants' boats*, vom

3.3 Am Ankunftsort

Die vorgelagerten Kontrollen sind für Reisende selbst nach der Landung auf einem internationalen Flughafen ihres Ziellandes noch nicht abgeschlossen. Erneut können ihnen im Transitbereich des Flughafens, und damit noch vor dem Passieren der Einreisebehörden, Beamte begegnen, die ihre Berechtigung vorab prüfen. Erstens gibt es Kontrollen im Vorfeld, das heißt noch auf dem Rollfeld. Sofern den Behörden des Ziellandes Informationen vorliegen, dass Passagiere eines Fluges ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen oder ohne gültige Einreisedokumente gekommen sind, schicken sie der gelandeten Maschine einen Streifenwagen auf dem Rollfeld entgegen. Noch im Flugzeug werden verdächtige Personen erneut kontrolliert. Bestätigt sich ein Verdacht, sollen diese Personen möglichst im Flieger bleiben und direkt zum Ausgangspunkt der Reise zurückgeschickt werden. Nach dem Öffnen der Flugzeugtüren wird auch das Innere der Maschine als Kontrollort etabliert. Ein Moment der Öffentlichkeit entsteht im Flieger sowohl für die kontrollierte Person als auch ggf. für Mitreisende und die Crew.

Zweitens werden Asylsuchende, die nach der Landung einen Antrag stellen, an einigen besonders hochfrequentierten Flughäfen Europas, wie Frankfurt am Main, Amsterdam oder Paris in gesonderte Transitzonen verbracht, wo ihr Antrag in einem beschleunigten Verfahren überprüft wird. In dieser Transitzone kann ein verkürztes *Flughafenverfahren* durchgeführt werden, solange die Antragsteller noch nicht die Einreisekontrolle passiert haben und so rechtlich die Konstruktion der Nicht-Einreise besteht. (Noll 2000) Das physische Eintreffen in der internationalen Transitzone des Flughafens wird nicht als Betreten des nationalen Territoriums gewertet, weshalb Freudenberger (2004: 121) in diesem Zusammenhang von »uncrossable borders« spricht. Dieses Grenzkonstrukt bedeutet, dass in der Transitzone am Flughafen auch nicht alle individuellen Schutzrechte gegenüber dem Gastland in Kraft treten. Dies machen sich einige Zielländer

05.06.2013, <http://www.bbc.co.uk/news/magazine-22757485>. Zudem *Canberra lagert Asylproblem aus* vom 19.07.2013, <http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/canberra-lagert-asylproblem-aus-1.18119803> und *Australia defends new refugee policy, despite riot* vom 21.07.2013, http://www.nytimes.com/2013/07/22/world/asia/australia-defends-new-refugee-policy-despite-riot.html?_r=0.

zunutze, um Personen, deren Anträge abgelehnt werden, leichter zurück in ihre Heimatländer abschieben zu können. Gerade die Bearbeitung beschleunigter Asylverfahren in den Transitzonen an Flughäfen hat zu einer erhöhten Wahrnehmung der Kontrollpraktiken gegenüber Flüchtlingen geführt. (Tóth 2006, Salter 2008) Ein Zusammenschluss europäischer Asylorganisationen hat einen Bericht über die verschiedenen Praktiken an europäischen Flughäfen herausgegeben (Hungarian Helsinki Committee 2008) und Medien berichten über Fälle, in denen Personen über Monate im Transit festgehalten werden.¹⁶ Der Fall des ehemaligen US-Geheimdienstlers Edward Snowden hat 2013 das Augenmerk der transnationalen Öffentlichkeit auf die Praktiken der Asylbeantragung aus dem Flughafenbereich heraus gelenkt. Auch wenn die Entscheidung über seinen Asylantrag in Russland und anderen Ländern politischer Art ist und jenseits der üblichen Verfahren läuft, wurde der Öffentlichkeit verdeutlicht, welche rechtliche Konstruktion im Flughafentransit herrscht. Die eigentliche Einreise nach Russland ist nicht erfolgt, obwohl sich Snowden in der Nähe von Moskau befand. Auch wenn diese Zonen in der Regel für Politiker, Journalisten oder Wissenschaftler schwer zugänglich sind, stellen sie doch einen identifizierbaren Raum der Abschottung gegenüber staatlich *unerwünschten* Migranten dar. So demonstrieren zum Beispiel beim Bau des Berliner Großflughafens bereits vor der Inbetriebnahme Asylorganisationen und Parteien gegen die Einrichtung eines beschleunigten Asylverfahrens am Flughafen.¹⁷ Diese Räume erinnern leicht an Gefängnisse und Lager. Ihnen haftet der Ausnahmezustand an, in dem sich staatliche Organe möglicherweise jenseits des Rechts bewegen. (Agamben 2002) Gerade das nicht Einsehbare weckt dabei Verdacht. Räumlich flexiblere Kontrollen, z.B. an Abflughäfen, dagegen sind weniger fassbar und werden von den Medien, NGOs oder Parteien seltener beobachtet und kritisch hinterfragt.

16 | Siehe *Leben im Transit*, vom 10.07.2013, <http://www.zeit.de/reisen/2013-07/menschen-im-transit-flughafen>, und *Here's what happens to asylum seekers who stay in airport limbo*, vom 26.06.2013. <http://www.washingtonpost.com/blogs/worldviews/wp/2013/06/26/heres-what-happens-to-asylum-seekers-who-stay-in-airport-limbo-indefinitely/>.

17 | Siehe *Berlins Unterkunft zur Turbo Abschiebung*, vom 22.08.2012, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-08/Asylunterkunft-Flughafen-Berlin>.

4. DAS POTENZIAL FÜR EINE TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Bei exterritorialen Migrationskontrollen geht es den Zielländern um die Steuerung räumlicher Bewegungen von Individuen, die sich auf ihr Territorium zubewegen könnten. An vielen verschiedenen Orten intervenieren Agenten der Grenzregime in Personenmobilität. Dabei werden unterschiedliche mobile Personengruppen mit ganz unterschiedlichen Kontrollpraktiken konfrontiert. Einzelne Kontrollinstrumente beziehen sich nur auf Asylsuchende, andere speziell auf irreguläre Grenzüberschreiter. Diese beiden Gruppen werden mit besonders vielen punktuellen Kontrollen bedacht, während Touristen oder Geschäftsreisende ausschließlich den systematischen Kontrollen wie der Visabeantragung unterzogen werden. (Laube 2010) Diese Ungleichbehandlung führt zu unterschiedlich vielen Vorab-Begegnungen mit dem Grenzregime des Ziellandes. Es entstehen weniger Momente der öffentlichen Kommunikation zwischen den willkommenen Reisenden im Vergleich zu denjenigen, die von der Einreise abgehalten werden sollen. Sofern in der Folge aus diesen Einzelergebnissen auch eine Aufmerksamkeit in der transnationalen Öffentlichkeit entsteht, ist diese bereits vorstrukturiert: Grenzbegegnungen, die auf Zurückweisung zielen, werden eher bekannt als solche, in denen Reisende ohne Zwischenfälle die Grenzpassage nehmen dürfen. Die Beispiele der transnationalen Medienberichterstattung haben gezeigt, dass Exklusion häufiger zu einem Thema in der transnationalen Öffentlichkeit wird als die Zulassung und Inklusion ins Zielland. Zeitungen berichten eher über abgedrängte Boote im Mittelmeer als über den neuen Rekord vergebener Touristenvisa an Bürger aus Russland. Die Störung globaler Mobilität erregt Aufmerksamkeit in der transnationalen Öffentlichkeit. Die angeführten Debatten in Medien oder von Vertretern kollektiver Akteure wie NGOs und Parteien haben daher oft einen kritischen Grundton.

Es hat sich gezeigt, dass über die Begegnung und Kommunikation des einzelnen Reisenden mit der Grenzkontrollinstanz (oder mit einem Agenten) ein Moment der transnationalen Öffentlichkeit entsteht. Im Bereich der Migrationssteuerung werden zudem internationale Normen als Maßstab an die liberalen Staaten Europas Nordamerikas und Ozeaniens angelegt. (Pécoud/Guchterneire 2006, Mau et al. 2012) Dieses gemeinsame Kriterium bündelt kritische Stimmen von Betroffenen, nationalen und transnationalen Medien, internationalen Organisationen und NGOs sowie

den Gerichten. Die Orientierung der transnationalen Öffentlichkeit an diesen allgemein gültigen Maßstäben verweist auf die Wirksamkeit internationaler Menschenrechtsnormen. (Risse/Ropp/Sikkink 2013) Liberale Staaten müssen sich auch einer transnationalen Kritik stellen, die in einzelnen Fällen geeignet war, Änderungen im Verhalten der Staaten hervorzurufen.

Aufmerksamkeit entsteht jedoch auch von politischer Seite her. Wenn Staaten jenseits ihrer Hoheitsgebiete intervenieren, werden bei anderen Staaten Bedenken wach, dass diese exterritorialen Praktiken ihre eigenen territorialen Hoheitsansprüche verletzen könnten. Bei der Stationierung nationaler Beamte im Ausland oder bei gemeinsamen Grenzpatrouillen geht es um Fragen der nationalen Souveränität aller beteiligten Staaten. Diesen Bedenken soll begegnet werden, indem eindeutige Regeln für die Gewaltausübung verhandelt und diese strikt befolgt werden. Gegebenenfalls müssen auch politische oder finanzielle Zugeständnisse gemacht werden, um einen zwischenstaatlichen Konflikt zu vermeiden, der wiederum eine erhöhte transnationale Aufmerksamkeit auf die Migrationskontrollpraktiken lenken würde. Aus dem gleichen Grund der Souveränitätsbedrohung sind auch militärische Interventionen im Ausland, die Unterstützung regierungskritischer Organisationen in anderen Ländern oder die grenzüberschreitende Datenausspähung fremder Bürger durch Geheimdienste vergleichbare transnationale Streitthemen.

Zuletzt entsteht eine erhöhte Aufmerksamkeit auf exterritoriale Praktiken der Grenzregime, wenn viele Reisende betroffen sind und ihr gefühlter Anspruch auf Reisefreiheit beeinträchtigt wird. Ein solcher Fall war die Diskussionen um die Visabefreiungen von Bosniern und Kosovaren in der Europäischen Union. Ähnlich ist auch der öffentliche Widerstand zu verstehen, den die Forderungen der USA nach einem Abkommen mit der EU zu weiteren Erhebungen von *Fluggastdaten* ausgelöst haben. Kritiker berufen sich auf das Ideal der Reisefreiheit zwischen liberalen und wirtschaftlich verbundenen Staaten. Auch der Aspekt der transnationalen Reziprozität spielt in der Argumentation eine Rolle. (Vgl. Roos/Laube 2013) Wenn US-Bürger ohne Auflagen in die EU einreisen dürfen, glauben EU-Bürger gleiches für ihre eigene Einreise in die USA beanspruchen zu können. Hier zeigt sich eine globale Vorstellung der Angemessenheit von Mobilitätskontrollen für bestimmte Personengruppen, die sich in der transnationalen Öffentlichkeit entwickelt hat. Diese Vorstellung kann empfindlich verletzt werden, wenn die Bürger des anderen Landes den

Eindruck gewinnen, dass bei Kontrollen ein unzulässiges Misstrauen gegen sie gehegt wird.

Die Analyse exterritorialer Kontrollinstrumente hat die verschiedenen Orte der Grenzkontrolle aufgezeigt. Die dort etablierten Kontrollen produzieren immer einen Moment transnationaler Öffentlichkeit durch die Begegnung von Kontrollinstanz und potenziellem Grenzüberschreiter. Diese neuen Orte entstehen als Repertoire der Zielländer und antworten auf die Erweiterung der Handlungs- und Kommunikationsspielräume der Migranten. Die Kommunikation zwischen Reisenden und dem Grenzregime wird an Orten platziert, die von Reisenden passiert werden (müssen). Ändern sich die Routen der Migranten, so reagieren darauf die flexiblen, exterritorialen Kontrollinstrumente. Die transnationale Öffentlichkeit wird bestimmten Momenten der Grenzbegegnung gewahr und fordert eine Rechtfertigung, sofern diese Kontrollpraktiken die Rechte und Erwartungen mobiler Personen einzuschränken drohen. Die exterritorialen Praktiken der Staaten produzieren damit einen Gegenstand, der prädestiniert ist, transnationale Öffentlichkeit zu provozieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Achermann, Alberto/Gattiker, Mario (1995): »Safe Third Countries: European Developments«, in: *International Journal of Refugee Law* 7, S. 19-38.
- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Baldaccini, Anneliese (2010): »International Border Controls in the EU: The Role of Frontex in Operations at Sea«, in: Bernard Ryan/Valsamis Mitsilegas (Hg.), *Extraterritorial Immigration Control. Legal Challenges*, Leiden: Martin Nijhoff, S. 229-255.
- Balibar, Étienne (2002): *Politics and the Other Scene*, London: Verso.
- Bauböck, Rainer (1997): »Notwendige Öffnung und legitime Schließung liberaler Demokratien«, in: *European Journal of Sociology/Archives Européennes de Sociologie* 38, S. 71-103.
- Boswell, Christina/Geddes, Andrew (2010): *Migration and Mobility in the European Union*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Cuttitta, Paolo (2010): »Readmission in the Relations between Italy and North African Mediterranean Countries«, in: Jean-Pierre Cassarino

- (Hg.), *Unbalanced Reciprocities: Cooperation on Readmission in the Euro-Mediterranean Area*, Washington: Middle East Institute, S. 30-53.
- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy. Towards Consolidation*, Baltimore: The John Hopkins University Press.
- Eigmüller, Monika (2006): »Der duale Charakter der Grenze. Bedingungen einer aktuellen Grenztheorie«, in: Monika Eigmüller/Georg Vobruba (Hg.), *Grenzsoziologie. Die Politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55-74.
- (2007): *Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flynn, Stephen E. (2003): »The False Conundrum. Continental Integration versus Homeland Security«, in: Peter Andreas/Thomas S. Biersteker (Hg.), *The Rebordering of North America. Integration and Exclusion in a New Security Context*, London: Routledge, S. 110-127.
- Frenzen, Nils (2010): »US Migrant Interdiction Practices in International and Territorial Waters«, in: Bernard Ryan/Valsamis Mitsilegas (Hg.), *Extraterritorial Immigration Control. Legal Challenges*, Leiden: Martin Nijhoff, S. 375-396.
- Freudenberger, Silja (2004): »Changing Concepts: Uncrossable Borders«, in: Hans Jörg Sandkühler/Fathi Triki (Hg.), *Gewalt und Recht in transkultureller Perspektive*, Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 121-130.
- Guiraudon, Virginie (2006): »Enlisting Third Parties in Border Control: A Comparative Study of Its Causes and Consequences«, in: Marina Caparini/Otwin Marenin (Hg.), *Border and Security Governance. Managing Borders in a Globalised World*, Wien: LIT Verlag, S. 79-96.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin: Assoziation A.
- Hungarian Helsinki Committee (2008): *Access to Protection at Airports in Europe. Report on the Monitoring Experience at Airports in Amsterdam, Budapest, Madrid, Prague, Vienna and Warsaw*, Budapest: Hungarian Helsinki Committee.
- Hyndman, Jennifer/Mountz, Alison (2008): »Another Brick in the Wall? Neo-Refolement and the Externalization of Asylum by Australia and Europe«, in: *Government and Opposition* 43, S. 249-269.

- Jandl, Michael (2008): »Report from Austria«, in: Jeroen Doomernik/Michael Jandl (Hg.), *Modes of Migration Regulation and Control in Europe*, IMISCOE, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 27-43.
- Klepp, Silja (2011): *Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingsschutz. Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer*, Bielefeld: transcript.
- Kneebone, Susan (2010): »Controlling Migration by Sea: The Australian Case«, in: Bernard Ryan/Valsamis Mitsilegas (Hg.), *Extraterritorial Immigration Control. Legal Challenges*, Leiden: Martin Nijhoff, S. 347-374.
- Koslowski, Rey (2006): »Information Technology and Integrated Border Management«, in: Marina Caparini/Otwin Marenin (Hg.), *Borders and Security Governance. Managing Borders in a Globalised World*, Wien: LIT Verlag, S. 48-67.
- Lahav, Gallya/Guiraudon, Virginie (2000): »Comparative Perspectives on Border Control: Away from the Border and Outside the State«, in: Peter Andreas/Timothy Snyder (Hg.), *The Wall Around the West. State Borders and Immigration Controls in North America and Europe*, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 55-77.
- Laube, Lena (2010): »Systematische und punktuelle Grenzkontrollen in und um Österreich«, in: *WeltTrends. Zeitschrift für Internationale Politik* 71, S. 35-46.
- (2013): *Grenzkontrollen jenseits nationaler Territorien. Die Steuerung globaler Mobilität durch liberale Staaten*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Le Monde Diplomatique (2006): *Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt*, Berlin: TAZ-Verlag.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Markard, Nora/Lehnert, Matthias (2012): »Mittelmeerroulette – Das Hirs-Urteil des EGMR und die europäische Grenzschutzpolitik auf See«, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik*, S. 194-200.
- Mau, Steffen/Brabandt, Heike (2011): »Visumpolitik und die Regulierung globaler Mobilität«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 40, S. 3-23.
- Mau, Steffen/Brabandt, Heike/Laube, Lena/Roos, Christof (2012): *Liberal States and Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Meloni, Annalisa (2006): *Visa Policy within the European Union Structure*, Berlin: Springer.

- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Oplanden: Leske + Budrich.
- Noll, Gregor (2000): Negotiating Asylum. The EU Acquis, Extraterritorial Protection and the Common Market of Deflection, The Hague: Martin Nijhoff.
- Pécoud, Antoine/Guchterneire, Paul de (2006): »International Migration, Border Controls and Human Rights: Assessing the Relevance of a Right to Mobility«, in: Journal of Borderland Studies 21, S. 69-86.
- Peters, Bernhard/Sifft, Stefanie/Wimmel, Andreas/Brüggemann, Michael/Kleinen-von Königlöw, Katharina (2005): »National and Transnational Public Spheres: The Case of the EU«, in: Stephan Leibfried/Michael Zürn (Hg.), Transformations of the State?, Cambridge: Cambridge University Press, S. 139-160.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Hg.) (2013): The Persistent Power of Human Rights. From Commitment to Compliance, Cambridge: Cambridge University Press.
- Roos, Christof/Laube, Lena (2013): »Collective Actors and their Position on Liberalism in Migration Policies. The Role of Human Rights and Cosmopolitanism«, in: European Sociological Association, 11th Conference »Crisis, Critique and Change«, 28.-31.08.2013, Turin, Italien.
- Salter, Mark B. (Hg.) (2008): Politics at the Airport, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Sassen, Saskia (2006): Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages, Princeton: Princeton University Press.
- Schimank, Uwe (2005): »Weltgesellschaft und Nationalgesellschaften: Funktionen von Staatsgrenzen«, in: Bettina Heintz/Richard Münch/Hartmann Tyrell (Hg.), Weltgesellschaft – Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen, Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 394-414.
- Scholten, Sophie/Minderhout, Paul (2008): »Regulating Immigration Control: Carrier Sanctions in the Netherlands«, in: European Journal of Migration and Law 10, S. 123-147.
- Simmel, Georg (1992 [1908]): »Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft«, in: Ders. (Hg.), Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 687-790.
- Stichweh, Rudolf (2002): »Die Entstehung einer Weltöffentlichkeit«, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hg.),

- Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus, S. 57-66.
- Taylor, Peter J. (1994): »The State as Container: Territoriality in the Modern World-System«, in: *Progress in Human Geography* 18, S. 151-162.
- Torpey, John (1998): »Coming and Going: On the State Monopolization of the Legitimate »Means of Movement««, in: *Sociological Theory* 16, S. 239-259.
- Tóth, Judit (2006): *A Typology of »Transit Zones«*, Brüssel: Directorate-General for Internal Policies, European Parliament.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript.
- Vobruba, Georg (2006): »Grenzsoziologie als Beobachtung zweiter Ordnung«, in: Monika Eigmüller/Georg Vobruba (Hg.), *Grenzsoziologie. Die Politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 217-225.
- (2010): »Die postnationale Grenzkonstellation«, in: *Zeitschrift für Politik. Organ der Hochschule für Politik München* 57, S. 434-452.
- Wallace, Claire (1996): »The Eastern Frontier of Western Europe: Mobility in the Buffer Zone«, in: *New Community* 22, S. 259-286.
- Walters, William (2010): »Mapping Schengenland. Die Grenze denaturalisieren«, in: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.), *Biopolitik – in der Debatte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 305-337.
- Wessler, Hartmut/Brüggemann, Michael (2012): *Transnationale Kommunikation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zolberg, Aristide R. (1995): »From Invitation to Interdiction: U.S. Foreign Policy and Immigration Since 1945«, in: Michael S. Teitelbaum/Myron Weiner (Hg.), *Threatened Peoples, Threatened Borders*, New York: W.W. Norton & Company, S. 117-159.
- (2003): »The Archaeology of »Remote Control««, in: Andreas Fahrmeir/Oliver Faroun/Patrick Weil (Hg.), *Migration Control in the North Atlantic World. The Evolution of State Practices in Europe and the United States from the French Revolution to the Inter-War Period*, New York: Berghahn, S. 195-221.
- (2006): *A Nation by Design: Immigration Policy in the Fashioning of America*, New York: Russell Sage Foundation.

Websites

- Cáceres, Javier (2013): Russland fordert Fluggastdaten aus EU-Ländern: <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-ueber-weitergabe-von-informationen-russland-fordert-fluggastdaten-aus-eu-laendern-1.1686639> (letzter Zugriff: 03.06.2013)
- Gmür, Heidi (2013): Canberra lagert Asylproblem aus: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/canberra-lagert-asylproblem-aus-1.18119803> (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Human Rights World Report (2012): <http://www.hrw.org/world-report-2012> (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Jacobsen, Lenz (2012): Berlins Unterkunft zur Turbo-Abschiebung: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-08/Asylunterkunft-Flughafen-Berlin> (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- o. A.: »Flüchtlingsboot im Mittelmeer gekentert. Dramatische Rettungsaktion vor Lampedusa«: <http://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa404.html> (letzter Zugriff: 07.09.2012)
- OHCHR Report (2012): http://www2.ohchr.org/english/ohchrreport2012/web_en/index.html (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Pabst, Sabrina (2013): EU regelt Einführung von Grenzkontrollen neu: <http://www.dw.de/eu-regelt-einf%C3%BChrung-von-grenzkontrollen-neu/a-16852118> (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Schmidt, Fabian (2010): EU-Visafreiheit für Bosnien und Albanien: <http://www.dw.de/eu-visafreiheit-f%C3%BCr-bosnien-und-albanien/a-6203265> (letzter Zugriff: 10.05.2013)
- Siegel, Matt (2013): Australia Defends New Refugee Policy, Despite Riot: http://www.nytimes.com/2013/07/22/world/asia/australia-defends-new-refugee-policy-despite-riot.html?_r=0 (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Tausch, Christian (1999): Flüchtlinge - Europäische Union: Politik der Abwehr: <http://www.amnesty.de/umleitung/1999/deu05/156> (letzter Zugriff: 15.05.2013)
- UN News Centre: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=45506&Cr=australia&CrI=#.UgJ5u6ws6So> (letzter Zugriff: 01.08.2013)
- Zeit Online (2012): USA bekommen Zugriff auf europäische Passagierdaten: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2012-04/fluggastdaten-usa-eu-parlament> (letzter Zugriff: 01.08.2013)

Zeit Online (2013): Papst Franziskus erinnert Europa an Verantwortung für tote Flüchtlinge: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-07/papst-franziskus-lampedusa> (letzter Zugriff: 01.08.2013)

Geografien der Öffentlichkeit: Transnationale vietnamesische Initiativen und ihre kommunale Steuerung in Berlin

ANTONIE SCHMIZ

Migrantengemeinschaften sind in den meisten Fällen nicht nur lokal, sondern auch transnational organisiert. Für die Handlungsfähigkeit solcher Gemeinschaften ist die Vernetzung und Sichtbarkeit von besonderer Bedeutung. Dafür bedürfen institutionalisierte migrantische Organisationen und spontane oder temporäre Zusammenschlüsse, die sich lediglich im Hinblick auf die Durchsetzung eines gemeinsamen Interesses formieren, einer Öffentlichkeit. Aus geografischer Perspektive stellt sich die Frage, in welchen Räumen sich Migranten äußern, handeln und als aktive Akteure für andere sichtbar werden. Dabei kann es sich sowohl um territoriale Räume wie Städte oder konkrete Orte als auch um virtuelle Räume, z. B. Online-Portale handeln. Es wird weiterhin gefragt, wie sich Migranten organisieren, um eine Öffentlichkeit für die Durchsetzung ihrer Interessen zu erlangen. Ferner wird analysiert, warum die beteiligten Akteure den Herkunfts- und den Aufnahmekontext miteinander verbinden und zwischen diesen Kontexten vermitteln. Entstehen dabei Kommunikationsräume, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinausgehen? Wie formieren sich diese ggf. und sind sie empirisch greifbar?

Im vorliegenden Beitrag wird gezeigt, dass sich städtische Kommunen aktuell zu Akteuren entwickeln, die von einem reaktiven zu einem zunehmend proaktiven Umgang mit Migranten und ihren Initiativen übergehen und sich diese verstärkt zunutze machen. (Vgl. Aytaç/Rath 2012, Rodatz 2012, Shaw 2011) In diesem Sinne gewinnt auch Berlin durch kulturelle Repräsentationen wie dem Karneval der Kulturen, ein Großevent, das – im Sinne einer proaktiven Stadtpolitik gefördert – der *multikulturellen* Met-

ropole als Aushängeschild dient. Gleichzeitig bestehen Ansätze der kommunalen Vernetzung mit migrantischen Selbstorganisationen, um somit einen besseren Zugang zu Migrantencommunities zu erhalten. Eine solche *Multi-Level-Governance*, unter der das Zusammenwirken der Landes-, Bezirks- und Ortsteilebene mit Migrantenorganisationen und anderen relevanten Akteuren in Steuerungs- und Regelungsaufgaben zu verstehen ist, wird vielerorts gefordert, bisher jedoch nur punktuell umgesetzt. (Vgl. Hillmann 2010) Davon ausgehend, dass migrantische Initiativen und Aktivitäten immer einem lokalräumlichen Einfluss unterliegen, werden im vorliegenden Beitrag am Fall Berlins vietnamesische zivilgesellschaftliche Initiativen, anhand von Demonstrationen und Vereinsaktivitäten sowie ökonomische Initiativen am Beispiel der Entwicklung eines Großhandelszentrums im Hinblick auf ihre jeweilige Öffentlichkeit analysiert.¹ Anhand dieser Beispiele wird Berlins kommunaler Umgang mit transnationalen Kommunikations- und Handlungsräumen nachgezeichnet.

1. TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Mit dem Ziel der Schärfung des Begriffs der *Transnationalen Öffentlichkeit* wird das Konzept der Öffentlichkeit aus transnationaler Perspektive aufgegriffen. Es wird davon ausgegangen, dass der Nationalstaat als Bezugsrahmen migrantischer Communities weiterhin existiert (z.B. zur Konstruktion von nationalen Identitäten), jedoch an Bedeutung verliert. Damit entwickeln sich transnationale Öffentlichkeiten unabhängig, d.h. parallel

1 | Im vorliegenden Beitrag stelle ich Fallbeispiele aus Berlin vor, deren empirische Basis in Form von leitfadengestützten Experten- und Unternehmerinterviews als multi-sited ethnography (Marcus 1995) in Berlin und Vietnam im Rahmen meiner Dissertation (Schmiz 2011a) gewonnen wurde. Ergänzend wurden vier problemzentrierte Experteninterviews (E#1-5) geführt, die das Dong Xuan Center sowie die Demonstrationskultur und Öffentlichkeitsarbeit der vietnamesischen Communities zum Thema hatten. Sofern es sich um aktuelle Themen handelt, zu denen bisher keine wissenschaftlichen Publikationen vorliegen, konnte auf Zeitungsartikel und Nachrichtenseiten im Internet zurückgegriffen werden. In dem Teil der Analyse, der sich explizit mit transnationalen Kommunikationsplattformen beschäftigt, wurden unterschiedliche Online-Diskussionsforen und Blogs zur Analyse herangezogen.

oder aber im Zuge einer ineinandergreifenden Dynamik von nationalen Öffentlichkeiten. Dies wird deutlich bei Betrachtung der Themen, die von migrantischen Communities aufgegriffen werden und häufig eine transnationale, jedoch nicht per se eine nationale Öffentlichkeit erfahren (Bsp. Inselstreit, s.u.). Damit erweitere ich den Blick von Wessler und Brüggemann (2012: 64), die transnationale Öffentlichkeiten als Produkt einer Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten verstehen. Sie gehen davon aus, dass Debatten und Themen zunächst auf der nationalen Ebene diskutiert werden und im Anschluss mehrere Formen der Entgrenzung bezüglich der medialen Infrastrukturen, der Sprecher bzw. Autoren, der Inhalte und des Publikums erfahren. (Ebd.) Die zugrunde liegende Containerraum-Perspektive, in der nationale und transnationale Öffentlichkeiten als »ineinander ›verschachtelte‹ Verdichtungen von translokalen Flüssen politischer Kommunikation« (Brüggemann et al. 2009: 395) verstanden werden, kann sich in das Verständnis von transnationaler Öffentlichkeit im vorliegenden Beitrag nicht einfügen. Nach diesem können nationale und transnationale Öffentlichkeiten zwar ineinandergreifen, stehen jedoch nicht notwendigerweise in einer Abhängigkeit zueinander.

Der Beitrag orientiert sich vielmehr an einer transnationalen Perspektive, der die Vorstellung von einer Entkoppelung von Flächenraum und sozialem Raum zugrunde liegt. (Pries 1997: 36) Ein transnationaler sozialer Raum kann nicht *a priori* vorausgesetzt werden, sondern wird im Zusammenhang mit den Aktivitäten, die Transmigranten, transnationale Organisationen und Unternehmen in diesem vorgestellten Raum ausführen, *a posteriori* erdacht. (Anderson 1996) Aus geografischer Sicht bietet das Konzept der transnationalen sozialen Räume Anknüpfungspunkte, da es räumliche Bezugssysteme von Individuen, Netzwerken und Organisationen, die nationalstaatliche Grenzen überschreiten, in den Vordergrund stellt. Die neben bzw. unterhalb der Regierungsebene bestehenden Beziehungen, wie z.B. Migrantenorganisationen oder soziale Netzwerke, sind oftmals gekennzeichnet durch eine hohe Dichte und Frequenz sowie eine gewisse Stabilität und Langlebigkeit. (Faist 2000: 10, Pries 2001a: 23, 2001b: 14) Es wird davon ausgegangen, dass es für eine Migrantengemeinschaft nicht einen transnationalen sozialen Raum gibt, sondern dass transnationale soziale Räume nach Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Religion, sozialer, politischer und ökonomischer Vernetzung unterschiedlich ausgeprägt sind. Das Ausmaß und die Form transnationaler Aktivitäten von Migranten hängen von der geografischen Distanz zwischen Herkunfts- und

Zielland, deren bi- oder multinationalen Beziehungen sowie Migrationsmustern und der räumlichen Ansiedlung von Migranten ab. (Vgl. Vertovec 2009: 19) Parallel zur Transnationalisierung erleichtern und beschleunigen Globalisierungsprozesse das Migrations- und Kommunikationsverhalten und damit die wachsende Vernetzung zwischen Menschen weltweit durch neue Technologien im Transportsektor und in der Telekommunikationsbranche. (Vgl. ebd.: 14f.)

Öffentlichkeit wird demnach im empirischen Sinne »als System der Beobachtung bzw. als Spiegel gesellschaftlicher Kommunikation« (Kaelble et al. 2002: 22) verstanden. Angelehnt an Luhmann (1996) setzt diese Definition eine Repräsentation dieses Systems durch Massenmedien voraus und grenzt sich damit vom normativen Öffentlichkeitsbegriff nach Jürgen Habermas (1990) ab, dem die Vorstellung einer Kongruenz von Öffentlichkeit und einem souveränen Nationalstaat innerhalb eines begrenzten (nationalstaatlichen) Territoriums unterliegt. Öffentlichkeit wird vielmehr als Kommunikationssystem verstanden, über das sich Bürger und Akteure des politischen Systems wechselseitig beobachten und miteinander kommunizieren, indem sie öffentliche Meinungen produzieren und reflektieren. In Luhmanns Sinne stellt die Entstehung der Massenmedien die Möglichkeit einer Institutionalisierung von Öffentlichkeit dar, die über eine räumliche Zusammenkunft der Kommunikationspartner hinausgeht. Die technische Weiterentwicklung der Massenmedien ermöglicht eine weitere Ausdehnung des Publikums und eine zunehmende Kommunikationsgeschwindigkeit, sodass grenzüberschreitende bzw. weltweite Kommunikation möglich ist. Öffentlichkeit ist dann keine direkte, sondern eine medial vermittelte, in modernen Gesellschaften in erster Linie massenmedial geführte Kommunikation. (Vgl. Luhmann 1992)

Innerhalb der Medien-, Kommunikations- und Kulturwissenschaften sind Kommunikationsräume, die die Grenzen von Nationalstaaten überschreiten, bereits breit rezipiert worden. (Vgl. auch Fraser 2008: 28) Davon ausgehend, dass das Konzept der Öffentlichkeit entwickelt wurde, um zu einer normativen, politischen Demokratietheorie beizutragen, postuliert Fraser ein Überdenken des Konzeptes in der Ära der Globalisierung, des Postkolonialismus und des Multikulturalismus und dessen Einbindung in einen transnationalen Rahmen. (Vgl. Fraser 2008: 19) Dies wird insbesondere deutlich, wenn man berücksichtigt, dass Migration und sich dadurch heterogenisierende Gesellschaften gängige Konzepte einer national abgrenzbaren Bürgerschaft infrage stellen. Zudem verliert die Verankerung

einer Bürgerschaft in einem nationalen Territorium vor dem Hintergrund zunehmender Mobilität – vor allem hochqualifizierter Bevölkerungsschichten – an Legitimität. (Vgl. Fraser 2008: 24) Dies greifen Kaelble et al. (2002: 13) auf, indem sie den Luhmannschen Öffentlichkeitsbegriff für die Weiterentwicklung des Begriffes der transnationalen Öffentlichkeiten nutzen und diesen konzeptionell mit dem Identitätsbegriff verknüpfen. Demnach stellt die Einbindung in transnationale Zusammenhänge traditionelle nationale Zugehörigkeiten und Deutungsmuster infrage. Es entsteht ein kollektives Selbstverständnis, das aus gemeinsamen Migrationserfahrungen hervorgeht und auf den verschiedenen Ebenen (*scales*) der lokalen, nationalen und transnationalen Öffentlichkeit gefestigt wird.

2. VIETNAMESISCHE INITIATIVEN IN BERLIN

Die Entstehung eines kollektiven Selbstverständnisses wird im Folgenden anhand lokaler Aktivitäten aufgezeigt, die nationalstaatliche Interessen artikulieren, in einem transnationalen Rahmen rezipiert werden und das kollektive Selbstverständnis der vietnamesischen Community in Berlin stärken. Wichtig ist aus geografischer Perspektive der räumliche Bezug kollektiver Identitäten, denn die Verortung von Gemeinschaften geht aus der kollektiven Identitätsbestimmung hervor. Dies drückt sich bei transnationalen Migrantengemeinschaften in der Bezugnahme auf einen Raum aus, der Orte oder Regionen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern umfasst, jedoch territoriale Bezüge transzendiert, die wiederkehrend neu ausgehandelt werden. (Vgl. Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 17f.)

2.1 Zivilgesellschaftliche Initiativen

Die politische Mobilisierung von migrantischen Interessengemeinschaften erfolgt häufig grenzüberschreitend in zunehmend komplexen und häufig temporären Organisationsformen. Dies ist anhand des starken Interesses der unterschiedlichen vietnamesischen Communities in Berlin am sogenannten Inselstreit nachzuvollziehen, in dem mehrere Nationalstaaten territoriale Ansprüche auf die beiden im südchinesischen Meer gelegenen Archipele der Paracel- und Spratly-Inseln erheben. Den Kern des Konfliktes bilden Vermutungen über dortige Erdöl- und Gasvorkommen. Während die Paracel-Inseln in erster Linie von Vietnam und China bean-

sprucht werden, verfolgen darüber hinaus Brunei, Malaysia, die Philippinen und Taiwan ein strategisches Interesse an Teilen der Spratly-Inseln. (Vgl. N24 2011, Richter 2012) Ungeachtet internationaler Interventionen² in den Konflikt im südchinesischen Meer erregen die beschriebenen Vorgänge in Europa bislang nur geringe Aufmerksamkeit. (Vgl. Fährnders 2012)

Eine mediale Aufmerksamkeit erfährt der Inselstreit jedoch im transnationalen Kontext. Unterschiedliche Gruppierungen vietnamesischer Akteure in Berlin demonstrierten in den letzten Jahren einerseits gegen die chinesischen Territorialansprüche und andererseits gegen die Positionierung der vietnamesischen Regierung im Konflikt mit China. Diese lokalen, durch vietnamesische Migranten initiierten Aktivitäten von unten als Reaktion auf den Inselstreit können als *transnationalism from below* verstanden werden (vgl. Guarnizo/Smith 1998).

An den verschiedenen Demonstrationen lässt sich die Formierung unterschiedlicher transnationaler Öffentlichkeiten aufzeigen, die aus den Interessen zweier vietnamesischer Communities in Berlin evolvierten. (Vgl. Tobler 2001: 4) Trotz der zwei Dekaden, die seit der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen sind, ist die vietnamesische Gemeinschaft Berlins in mehrere Subsysteme unterteilt, von denen für das hiesige Fallbeispiel die Community der Boatpeople und der ehemaligen Vertragsarbeiter relevant sind, zwischen denen es – nicht zuletzt begründet durch politische Differenzen in Bezug auf die vietnamesische Regierung – wenig Austausch gibt. Die einstige Teilung Vietnams in einen demokratischen Süden und einen kommunistischen Norden spiegelt sich in der residentiellen Ansiedlung der südvietnamesischen Community im Westteil Berlins und der nordvietnamesischen Community im Ostteil wider, sodass überspitzt formuliert wird, die Mauer existiere weiterhin in den Köpfen der Vietnamesen; d.h. die Strukturen der vietnamesischen Communities in Berlin scheinen weiterhin stark durch politische Differenzen im Herkunftskontext geprägt zu sein. (Schmiz 2011a: 100) Eine räumliche Analyse der vietnamesischen Demonstrationen im Jahr 2011 in Berlin verdeutlicht, dass vietnamesische Interessengruppen zentrale Orte nutzen, um sichtbar zu

2 | Die vietnamesische Regierung greift auf die Unterstützung amerikanischer Streitkräfte zurück, mit denen sie bereits militärische Manöver probt. Demgegenüber nutzt die Marine der chinesischen Volksbefreiungsarmee russische Unterstützung.

werden. Neu ist im Rahmen des Inselstreits, dass die tendenziell regierungsnahe Community der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter und die überwiegend regierungskritische Boatpeople-Community unterschiedliche Demonstrationen organisierten. Doch welche Migrantengruppen nutzen transnationale Medien und welchen Migrantengruppen gelingt es, eine Öffentlichkeit bzw. einen repräsentativen Raum für die eigenen Belange herzustellen?

Die Demonstrationen in der transnational agierenden vietnamesischen Diaspora verdeutlichen einen weitgehenden Konsens über die territorialen Ansprüche des Herkunftslandes Vietnam und stellen an mehreren Orten gleichzeitig Öffentlichkeiten her. Trotz des transnationalen Charakters in der Organisation und Öffentlichkeit der dargestellten Aktivitäten finden diese in einem nationalen Bezugsrahmen statt, denn vietnamesische Interessengruppen positionieren sich im Inselstreit zu nationalstaatlichen Themen, bedienen sich der vietnamesischen Sprache, nationalstaatlicher Symbole, wie der vietnamesischen Flagge und begehen den Protest ausschließlich in ihrer eigenen Community. Durch diese Konstruktion nationaler Kategorien der Identifikation und Zugehörigkeit wird eine Gleichzeitigkeit und Überlappung transnationaler Handlungsräume und Öffentlichkeiten mit nationalstaatlichen Bezügen sichtbar. Hier wird deutlich, dass transnationale Öffentlichkeiten nicht völlig unabhängig von nationalen Öffentlichkeiten entstehen müssen.

Beispielsweise kam es im Zuge des Inselstreits zu einer Demonstration bundesweit angereicherter vietnamesischer Studenten in Berlin, die am 05. Januar 2008 vor der chinesischen Botschaft an der Jannowitzbrücke stattfand. Zu dieser Demonstration wurde über die bundesweiten Netzwerke vietnamesischer Studenten mobilisiert. »Die Inseln gehören seit Jahrtausenden zu Vietnam«, zitierte die Initiatorin der Demonstration völkerrechtlich umstrittene vietnamesische Staatspropaganda. (Vgl. Mai 2008) Von einem anderen Studenten wurde die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung der Inseln erklärt, wofür er begeisterten Applaus erntete. Im Anschluss sangen die jungen Demonstranten die vietnamesische Nationalhymne, die in Vietnam zum schulischen Alltag gehört, und reckten die Fäuste. (Vgl. ebd.) Zeitgleich zur Demonstration in Berlin demonstrierten in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt Schüler und Studenten phasenweise im wöchentlichen Rhythmus. Auch in zahlreichen anderen europäischen und nordamerikanischen Städten wurde im gleichen Interesse gegen China demonstriert (Vgl. Karras 2008, Mai 2008) Auslöser für die Demonstrati-

onen war die administrative Okkupation der zwei o.g. Inselgruppen durch China Anfang Dezember 2007. Es verwundert nicht, dass die erste Demonstration des Inselstreits von einer Gruppe vietnamesischer Studenten initiiert wurde, denn transnationale politische Aktivitäten werden weder überwiegend von marginalisierten oder niedrig qualifizierten Migranten ausgeführt (vgl. Guarnizo et al. 2003: 1238), noch schließen eine Inklusion in Strukturen des Aufnahmelandes, wie hier in das universitäre System, und in transnationale Strukturen einander aus. (Brubaker 2001: 541, Levitt/Schiller 2004: 1002/1011, Nieswand 2005: 50/54, 2008)

Neben den offiziell organisierten Demonstrationen sind auch die Berliner Asia-Großmärkte öffentliche Räume, in denen die Inseln zur Zeit der ersten Demonstration »das wichtigste Gesprächsthema« (Mai 2008) darstellten. Dies hing nicht zuletzt mit der Solidarität der vietnamesischen Community für die demonstrierenden Studenten zusammen, die sich im Dong Xuan Center räumlich manifestierte:

»Und die Demonstranten sind alle anschließend in den Großmarkt gegangen und sind in den Restaurants kostenlos verköstigt worden mit heißem Tee und so. Weil die Großmarktleute konnten ja nicht selber ihren Laden zumachen, um zu demonstrieren. Aber sie waren stolz auf ihre jungen Studenten, die das für sie machen und als Dank durften die sich bei ihnen aufwärmen und haben heiße Getränke gekriegt und was Schönes zu Essen«. (E#1)³

Hier wird deutlich, wie sich an konkreten Orten diskursiv kollektive Räume herausbilden können. Der konkrete Raum des asiatischen Großhandelszentrums dient der Formierung und Organisation gemeinsamer Interessen. So haben Zusammentreffen an solchen vietnamesisch geprägten Orten eine starke identifikatorische Wirkung. Gleichzeitig sind sie als konkrete Orte permanent in vietnamesischen Medien (wie z.B. VTV4) präsent und gewinnen darüber eine transnationale Öffentlichkeit.

Am 09. Juli 2011 kam es zu einer Demonstration der Community der ehemaligen Vertragsarbeiter am Potsdamer Platz in Berlin. Marschmusik aus der Zeit des Vietnamkrieges und vietnamesische Staatsflaggen unterstützten die kollektive Identifikation mit dem Herkunftsland (vgl. Karras 2011). Mit der Demonstration wurde aktiv gegen die chinesische Expansionspolitik im südchinesischen Meer eingetreten, (Vgl. Vietnam Forum

2011) Die Veranstaltung adressierte Berliner und Touristen und erzielte durch deren Anteilnahme eine Öffentlichkeit, die über die lokalen und nationalen Grenzen hinausging. (Vgl. Mai 2011) Die Kundgebung erfolgte überwiegend in vietnamesischer Sprache und wurde lediglich durch partielle Übersetzungen ins Deutsche oder Englische sowie durch Flugblätter in deutscher und englischer Sprache ergänzt. (Karras 2011) Dies verdeutlicht die Funktion politischer Demonstrationen als Formen einer willkürlich-mündlichen Öffentlichkeit, die nicht unbedingt massenmedial hergestellt sein muss. (Gerhards/Neidhardt 1991: 52f.) Demonstrationen sind sozial voraussetzungsvoller als zufällige Begegnungen im öffentlichen Raum, die sogenannten »Encounters« (Goffman 1961) bzw. Kommunikationen »au Trottoir« (Luhmann 1986: 75). Gleichzeitig sind sogenannte »Versammlungsöffentlichkeiten« (Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 23) eng an die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gebunden (Gerhards/Neidhardt 1991: 53f.), die innerhalb transnationaler Räume gleichermaßen gegeben sein muss, da sie nationalstaatlichen Gesetzen unterliegt. Durch die Notwendigkeit der polizeilichen Bewilligung unterliegen die abgehaltenen Demonstrationen einer kommunalen Steuerung.

Es erscheint zunächst widersprüchlich, dass die Forderungen der Demonstranten in vietnamesischer Sprache geäußert werden, da so keine breite Öffentlichkeit angesprochen wird. Es kann jedoch vermutet werden, dass die Kundgebung und die Sprechchöre in vietnamesischer Sprache eine starke identifikatorische Wirkung für die Community besitzen, denn sprachliche und begriffliche Einheiten sind in vielsprachigen Räumen ein zentrales Merkmal kollektiver Identitäten, da sich darin geteilte Werte und Normen widerspiegeln. (Vgl. Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 18) Gleichzeitig dient Sprache als wichtiger Zugangsschlüssel zu transnationalen Öffentlichkeiten. (Vgl. Brüggemann et al. 2009: 406) Durch die Demonstration und die Ländergrenzen überschreitende mediale Präsenz formiert sich demnach eine transnationale Öffentlichkeit, die auf einer kollektiven Identifikation mit Vietnam beruht und damit ebenfalls nationalstaatliche Bezüge aufweist. Das folgende Beispiel macht eine nuancierte Nutzung nationalstaatlicher Bezüge zur Durchsetzung kollektiver Interessen deutlich, aus der abgegrenzte Formen transnationaler Öffentlichkeiten emergieren.

Es ist naheliegend, dass Transmigranten sich bemühen, ihre soziokulturelle Identität auch im Rahmen eines transnationalen Lebens zu reproduzieren. Gleichzeitig können sie in ihre Aufnahmegesellschaft in ei-

nem Maße integriert sein, das zur Veränderung ihrer kulturellen Identität führt. Im Prozess der Identitätsbildung sind Personen nicht nur passive Rezeptoren, sondern spielen eine aktive Rolle, u.a. indem sie in sozialen Netzwerken agieren, die zur Aufrechterhaltung der vorgestellten Gemeinschaft beitragen. (Vgl. Madsen/Naerssen 2003: 62, 68) Identitäten können – so legt die Transnationalismusforschung nahe – von Mehrdeutigkeit und vielfältigen Bezugsrahmen bestimmt sein und oftmals als *hybrid* bezeichnet werden. (Vgl. Laaser 2008: 24, Pries 2005: 18f.)

Der Demonstrationszyklus wurde ergänzt durch eine Demonstration der südvietnamesischen Boatpeople-Community in Berlin im Oktober 2011, die nicht primär die chinesische Regierung und deren Expansionspolitik, sondern die vietnamesische Regierung und deren Umgang mit der chinesischen Expansionspolitik adressierte. Daraus wird deutlich, dass die beiden vietnamesischen Communities abweichende Interessen verfolgen, die sie über unterschiedliche Kommunikationskanäle kundtun. Zu diesen zählen Online-Foren und Blogs, deren Urheber- und Leserschaft jeweils von einer der beiden Communities dominiert wird, sowie die Vereine der jeweiligen Community. Zudem zeigt sich, dass die Communities für ihre Demonstrationen unterschiedliche öffentliche Räume nutzen. Der zentral gelegene Potsdamer Platz wird von den ehemaligen Vertragsarbeitern genutzt, um Berliner und Touristen auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Die Demonstrationsroute vom Alexanderplatz über die chinesische Botschaft zur vietnamesischen Botschaft verbindet die drei Adressaten der vietnamesischen Boatpeople-Community, d.h. ihre politischen Forderungen werden gezielt in räumlicher Nähe der Adressaten kundgetan. Gleiches gilt auch für die Demonstration der Studenten vor der chinesischen Botschaft. Gleichzeitig wird in Kauf genommen, dass lediglich am Ausgangspunkt der Versammlung – dem Alexanderplatz als Ort mit großem Publikumsverkehr – eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann, während die Örtlichkeiten der adressierten Botschaften weder Raum für repräsentative Versammlungen bieten, noch über ein nennenswertes Aufkommen von Passanten verfügen.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Verständnis von Öffentlichkeit kann durch die dreifache Bedeutung des Begriffes als Kommunikationsraum (*public sphere*), der durch die Interaktion einer Personengruppe (*publics*) hergestellt wird und in der allgemeinen Aufmerksamkeit für ein Thema mündet (*publicity/publicness*) (vgl. Wessler/Brüggemann 2012: 56), analytisch geschärft werden. Während am Alexanderplatz bzw. Potsdamer

Platz eine hohe *publicity* hergestellt werden kann, da dort ein großes Bürgerpublikum (*publics*) Anteil an den Forderungen der vietnamesischen Communities nehmen kann, können alle Orte, an denen die vietnamesischen Communities ihre Interessen kommunizieren, als *public spheres* bezeichnet werden.

Interessant ist an diesem Fallbeispiel die mediale Kommunikation über die Demonstrationen zum Inselstreit. Während lediglich wenige Zeitungsartikel (vgl. z.B. Mai 2008, 2011) über die Demonstrationen berichteten, wurde das Thema von mehreren deutschsprachigen Blogs bzw. Onlineforen aufgegriffen (vgl. www.forum-vietnam.de, www.cathrinkablog.de, www.vietnam-freunde-forum.com).⁴ Hier wird deutlich, dass das Internet als neues Massenmedium gegenüber den thematisch breiter aufgestellten Tageszeitungen – vor allem für transnationale Aktivitäten – massiv an Relevanz gewonnen hat, denn diese virtuellen sozialen Kommunikationsräume erhalten durch regulären, vielfach täglichen Kontakt transnationale Lebensentwürfe aufrecht. (Vgl. Vertovec 2009: 61) Darüber hinaus bilden sich über Kommunikationskanäle im Internet öffentliche (mediale) Räume heraus, die einer Topografie entbehren und sich damit von geografischen Räumen unterscheiden. (Vgl. Wessler/Brüggemann 2012: 56) Denn während medial vermittelte Kommunikationsräume durch die Sendebereiche des Rundfunks und die Verbreitungsgebiete von Zeitungen insbesondere national-territorial verankert waren, ist die Medienkommunikation durch Globalisierungsprozesse wesentlich komplexer geworden. (Vgl. Hepp 2008: 11) Die Veränderung basiert vor allem darauf, dass Raum und Zeit im Internet theoretisch an Relevanz verlieren, obwohl sich die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung räumlich unterscheiden. (Vgl. Stegbauer 2008: 6)

Sowohl die in diesem Fallbeispiel dargestellte kommunale Steuerung der Demonstrationen als auch die Teilung der vietnamesischen Migranten in unterschiedliche Communities wird im Folgenden durch eine Analyse der nichtstaatlichen Interessenvertretung der vietnamesischen Communities in Berlin verdeutlicht, die Erkenntnisse über deren potentiellen öffentlichen Einfluss liefert. Die unterschiedlichen vietnamesischen Vereine sind überwiegend der Gemeinschaft der ehemaligen Vertragsarbeiter

4 | Die Kommunikation findet zu einem erheblichen Teil in vietnamesisch-sprachigen Blogs statt, die für den vorliegenden Beitrag aufgrund sprachlicher Hürden nicht ausgewertet werden konnten.

in Ostberlin zuzuordnen. Wichtigste Kommunikatoren sind die beiden kommunal geförderten Vereine *Reistrommel e.V.* und *Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e.V.*, die in der Zeit der unsicheren aufenthaltsrechtlichen Lage und als Reaktion auf ausländerfeindliche Übergriffe nach der Wiedervereinigung gegründet wurden. (Vgl. Weiss 2008: 153) Konkurrierende Interessen und die Nähe zur vietnamesischen Botschaft bilden strukturierende Elemente in der Vereinslandschaft (vgl. Schmiz 2011a: 109, E#1), die eine Expertin (E#1) z.B. in der Aushändigung von Spendengeldern an die vietnamesische Botschaft sieht, die in zivilgesellschaftlichem Engagement für Überschwemmungsoffer in Vietnam gesammelt wurden.⁵

Der Verein *Reistrommel e.V.* gilt als unabhängiger Verein (vgl. E#1), der v.a. irreguläre Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber unterstützt und Sprach- und Integrationskurse auch für andere migrantische Communities im Bezirk Marzahn-Hellersdorf anbietet. Der Verein vertritt unter den Schlagwörtern »Integrationsförderung, interkulturelle Arbeit« ein assimilationistisches Integrationsverständnis und berät in familiären Problemlagen. (Reistrommel e.V. 2013) Seine Arbeit ist v.a. auf die *anderthalbte*⁶ bzw. zweite Generation ausgerichtet. Als wichtigster Ansprech- und Kooperationspartner für Politik und Verwaltung in vietnamesischen Belangen in Berlin wird er häufig von Medien kontaktiert. (Vgl. Roth et al. 2012) Daher wird dem Verein »eine Art öffentliche Deutungshoheit in Bezug auf Angelegenheiten der Community« (ebd.: 264) mit der Vereinsleiterin Tamara Hentschel als Sprachrohr zugeschrieben. Der Verein gewinnt öffentliche Sichtbarkeit durch politische Bildungsangebote und Debattenbeiträge z.B. im Disput um die Ausstellung »Bruderland ist abgebrannt« über das Leben von Vertragsarbeitern in der DDR. (Bratanovic 2012, Hentschel/Harmsen 2012, Mai 2012b, Otto 2012) Über die damit verbundene hohe Medienpräsenz konnte ein Thema der (vietnamesischen) Vertragsarbeitercommunity eine breite lokale Öffentlichkeit gewinnen. Die zukünftige Förderung des Vereins wird an die Weiterentwicklung der Webseite zur besseren Sicht-

5 | Schriftliche Auskunft vom 26.06.2012.

6 | Als *anderthalbte* Generation bezeichnen sich Vietnamesen, die in Vietnam geboren wurden und nach 1990 im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland kamen. Diese im Kindesalter nachgeholt Vietnamesen haben überwiegend den größten Teil der schulischen Bildung in Deutschland durchlaufen und sind als Gruppe eng vernetzt.

barkeit des Vereins sowie an die Wanderung der o.g. Ausstellung geknüpft. Neben der Webseite und seiner Präsenz in der Presse erreicht der Verein durch Informationsmaterialien und Selbstpräsentationen an schulischen Elternabenden eine öffentliche Sichtbarkeit.

Einen stärkeren Fokus auf die Gemeinschaft der ehemaligen Vertragsarbeiter und ihre Familien sowie auf Neuzuwanderer richtet die *Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e.V.* Diese arbeitete in den 1990er Jahren zu aufenthaltsrechtlichen Fragen der vietnamesischen Vertragsarbeiter. Heute ist das Beratungsangebot des Vereins zur beruflichen Selbständigkeit – ergänzt durch ein Sport- und Kulturprogramm – der starken Verankerung seiner Klientel in transnationalen sozialen Netzwerken zuzuschreiben. Der Verein veranstaltet traditionelle Feste und vietnamesische Sprachkurse mit dem Ziel der Stärkung des sozialen Zusammenhalts der vietnamesischen Community. Als einziger ausschließlich von Vietnamesen geführter Verein in Berlin verfolgt er eine Strategie der öffentlichen Präsenz im Bezirk Lichtenberg. Anhand seiner überwiegend vietnamesisch-sprachigen Webseite wird einerseits die starke Ausrichtung auf die – zu großen Teilen monolinguale – erste vietnamesische Migrantengeneration sichtbar. Andererseits ist die identifikatorische Wirkung durch eine gemeinsame Sprache als zentrales Merkmal kollektiver Identitäten zu interpretieren. (Vgl. Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 18, Peters/Weßler 2006: 130) Die Arbeitsschwerpunkte sowie die Zielgruppe des Vereins stellen wie bereits oben aufgezeigt die Gleichzeitigkeit und Überlapung transnationaler und nationalstaatlicher Bezüge heraus. Diese äußern sich im starken Rückbezug der ersten Migrantengeneration auf Vietnam und ihrem Festhalten an einer nationalen Kultur und Sprache. Hinter der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen der Zielgruppe des Vereins nach Vietnam steht nicht zuletzt das Interesse der vietnamesischen Botschaft an einer regen Transaktion von Rücküberweisungen.

Aus der Evaluation der Integrationsprojekte aus Landesmitteln Berlins geht die Empfehlung hervor, dass ein Konzept zur Betreuung und Ansprache alternder Vietnamesen dringend benötigt werde. Auch der Ausbau der Webseite und die Informierung der Öffentlichkeit zu Aktivitäten, Angeboten und Leistungen sind Auflagen zur Weiterförderung des Vereins. (Vgl. Gesemann et al. 2011: 318ff.) Die Öffentlichkeitsarbeit wird – wie im Fall des Dong Xuan Center – von der vietnamesischen Botschaft in Berlin politisch beeinflusst:

»Aber es gibt auch einen großen inhaltlichen Konflikt. Der Ansatz der ›Vereinigung der Vietnamesen‹ ist es, wir vertreten die DDR-Vertragsarbeiter und wir sind für ihre Integration zuständig. Und wir bringen in die Öffentlichkeit, wir sind ganz stolz auf alles usw. und wir berichten nur über das Schöne und Gute.«.
(E#1)

Die vorgestellten unterschiedlichen Vereinsstrukturen führen nicht nur zu einer räumlichen, sondern auch zu einer thematischen Aufteilung der Arbeitsschwerpunkte, wodurch die Konkurrenzsituation etwas entschärft wird. Die Abhängigkeit der Weiterförderung der beiden Vereine von der Erfüllung kommunal erhobener Auflagen spiegelt die starke kommunale Steuerung des vietnamesischen Vereinswesens wider, denn die Stadt Berlin kann auf der Basis regelmäßiger Evaluationen der geförderten NGOs deren Handlungsfähigkeit vergrößern oder beschränken.

Aus der vorangegangenen Analyse wird deutlich, dass unterschiedliche Vorstellungen von Öffentlichkeitsarbeit zwischen der Stadt Berlin und der *Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e.V.* bestehen. Während erste eine Weiterförderung des Vereins an eine integrative, breitenwirksame Öffentlichkeitsarbeit (deutschsprachige Webseite) sowie eine stärkere Problemzentrierung (Konzept zur Altersvorsorge) knüpft, besteht das Anliegen des Vereins primär darin, der eigenen Community über Erfolge zu berichten. Dieses Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit wird durch die vietnamesische Botschaft unterstützt, die ein Interesse daran hat, über erfolgreiche Vereinsaktivitäten, wie die benannte Spendensammelaktion, öffentlich zu berichten.

2.2 Das Dong Xuan Center als ökonomische Initiative

Ein weiteres Fallbeispiel zur Beantwortung der Frage, in welchen Räumen sich Migranten äußern, handeln und als aktive Akteure für andere sichtbar werden, liefert das bereits erwähnte vietnamesische Großhandelszentrum Dong Xuan Center in Berlin-Lichtenberg. Als Raum transnationalen öffentlichen Lebens steht das Dong Xuan Center nicht nur im Kontrast zum privaten Raum, sondern kann darüber hinaus als Knotenpunkt von Kommunikationsströmen zwischen Deutschland und Vietnam einerseits und zwischen unterschiedlichen vietnamesischen Auslandscommunities in Europa andererseits angesehen werden. Das Handelszentrum mit der informellen Bezeichnung *Klein Hanoi*, in dem ca. 300 Unternehmer, davon

65-70 Prozent Vietnamesen, in sechs Hallen Serviceleistungen anbieten und Handel betreiben, wurde 2005 eröffnet. Es ist deutschlandweit das vietnamesische Großhandelszentrum mit dem größten Kundenstamm und verzeichnet eine stetige Expansion. Derzeit bietet es 1000 Arbeitsplätze mit der Perspektive auf 1000 weitere. (Dong Xuan GmbH 2013) Der Geschäftsführer des Centers ist ein Vietnameser, der auf langjährig gewachsene Netzwerke innerhalb der vietnamesischen Community in Berlin zurückgreifen kann und einen großen Bedarf für ein solches Center identifizierte.

Vielseitige Dienstleistungen, die in dem Zentrum von vietnamesischer Seite angeboten werden, wie Steuer- und Unternehmensberatung, Nagelstudios, Reisebüros, Fahrschulen, Friseure, Gastronomie und gemeinsam genutzte Mittelgänge in den Verkaufs- und Lagerhallen bieten der vietnamesischen Gemeinschaft Raum für einen sozialen Austausch. Die ansässigen vietnamesischen Großhändler haben dadurch die Möglichkeit, in ihrer Muttersprache auf arbeitsplatznahe und unternehmensrelevante Dienstleistungen zuzugreifen. Eine wichtige Austauschplattform sind die in den Eingangsbereichen der Verkaufshallen platzierten Pinnwände, über die z.B. Lieferwagen, Instrumentalunterricht oder Übersetzungsdienstleistungen angeboten werden. Auch der für die Versendung von Rücküberweisungen bekannte Finanzdienstleister *Western Union*, der sinnbildlich für die Transnationalität von Migrantengemeinschaften steht, hat sich hier angesiedelt. Die Nutzer des Dong Xuan Centers kaufen also nicht nur ein, sondern transferieren Geld an Verwandte in Vietnam, gehen zum Friseur, feiern die Jugendweihen ihrer Kinder, singen Karaoke und besuchen die zahlreichen Restaurants.

Das in Berlin peripher gelegene Center hat sich überregional zu einem relevanten Handelsplatz für Vietnamesen aus verschiedensten europäischen Ländern entwickelt. Die hier angebotenen Waren stammen aus Ländern wie China, Vietnam, der Türkei und Polen. (Vgl. Schmitz 2011a: 19ff.) Die Kundschaft überwindet an den Hauptgeschäftstagen am Wochenende Distanzen von Frankreich oder Skandinavien nach Berlin für einen Einkauf und ein soziales Zusammenkommen im Center. Trotz seiner transnationalen Verflechtungen wird das Center überwiegend von der in Berlin ansässigen vietnamesischen Community genutzt und dient dieser als sozialer Mikrokosmos, denn mit dem Dong Xuan Center hat die Community der vietnamesischen Vertragsarbeiter in den vergangenen Jahren einen Ort geschaffen, der eine zentrale Rolle für die soziale Kohäsion der Mi-

grantencommunity spielt. Die Herstellung eines solchen repräsentativen Raumes erfolgt durch Symboliken, wie asiatischen Ornamenten, die sich in baulichen Details am Eingangstor und der Inneneinrichtung der Restaurants wiederfinden. Die kleinen Altäre in den Läden und Restaurants sind eng verbunden mit religiösen Handlungspraktiken und tragen neben kulturellen Events wie Konzerten und Theaterstücken, die in Zukunft vermehrt in dem zum Umbau vorgesehenen Kulturhaus stattfinden sollen, zur Konstitution eines identitätsstiftenden Raumes der vietnamesischen Community bei. Diese Handlungen und Symboliken führen zu Zugehörigkeitsvorstellungen, die als kollektive Identitäten bezeichnet werden können und als Gemeinschaftsvorstellungen und die Zugehörigkeit zu Gruppen, Familien, Nationen etc. definiert werden. (Vgl. Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 15) Sie sind stark durch Gemeinschaftserfahrungen wie kollektive Migrationserfahrungen und Interaktionen innerhalb von Gruppen geprägt. (Vgl. ebd., Peters/Weßler 2006: 130) Wie Kaelble, Kirsch und Schmidt-Gernig (2002: 17) ferner darlegen, bilden räumliche Bezugspunkte ein zentrales Element kollektiver Identitäten. Insofern entsteht eine kollektive Identität nicht nur über die Gruppe der Vietnamesen in Berlin, sondern auch über ihre geteilte Migrationserfahrung und ihre Interaktion an einem gemeinsam genutzten Ort, der durch kollektive Handlungen und Symboliken eine Bedeutung erfährt. Denn ohne transnationale Öffentlichkeiten können sich transnationale Identitäten kaum entwickeln. (Vgl. Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 24) Im Fall von transnationalen Migrantengemeinschaften müssen gemeinsame räumliche Bezugspunkte immer wieder neu ausgehandelt und entwickelt werden und treten häufig zugunsten spezifischer Ausprägungen des Zugehörigkeitsgefühls, wie der beruflichen Selbständigkeit unter vietnamesischen Migranten, in den Hintergrund. (Vgl. ebd.: 18) Wie im Vorfeld bereits angedeutet, gehören vietnamesische Migranten in Berlin nicht einer homogenen Community an; vielmehr gibt es vielschichtige und konvergierende, sich teilweise ausschließende Zugehörigkeiten, die sich räumlich manifestieren.

Das Center hat seinerseits in den letzten Jahren einen neuen Fokus auf Öffentlichkeitsarbeit und Selbstvermarktung gelegt sowie eine PR-Agentin ernannt. Es inszeniert sich medial über eine Internetpräsenz, auf der aktuelle Entwicklungen und Zukunftsvisionen dargestellt werden. Auf seiner Webseite wird ein fernöstlicher Ort in scheinbar zentraler Lage inszeniert, wodurch sowohl die tatsächliche periphere Lage und die ungünstige Er-

reichbarkeit über öffentliche Verkehrsmittel als auch die funktionale Ästhetik der Hallen und des umgebenden Gewerbegebiets in den Hintergrund gestellt werden:

»Die Tramline 8 hält direkt davor: vor dem Dong Xuan Center in der Lichtenberger Herzbergstraße. Wer durch die großen Hallen des Centers schlendert, fühlt sich plötzlich nach Fernost versetzt«. (Dong Xuan GmbH 2013)

Eine Zielgruppe der Inszenierung des »fernöstlichen« Ortes, der sich nach eigener Einschätzung »zu einer der beliebtesten Berliner Adressen für asiatisches Leben, Kultur und Handel entwickelt« hat, sind Touristen. (Dong Xuan GmbH 2013) Für die Weiterentwicklung des Centers bedient sich die Betreibergesellschaft daher des globalen Labels *Chinatown*:

»Sie gehören zu den Hauptstädten der Welt – die wirtschaftlich prosperierenden Chinatowns. Daher sind sie auch Vorbild für den Ausbau des Dong Xuan Center, das asiatische Zentrum für Handel, Kultur und Tourismus in Berlin.« (Dong Xuan GmbH 2013) Damit greift die Dong Xuan GmbH die Ziele der Stadt Berlin bzgl. der Entwicklung einer Chinatown auf, obwohl der geplante Ausbau die rechtlichen Rahmenbedingungen der administrativen Stadtplanung nicht erfüllt. Dennoch wird bei einer Analyse der bezirkspolitischen Planungsziele sichtbar, dass das Center weiterhin Hoffnungsträger für die Übernahme dieses Labels bleibt. (E#5)

Die Dong Xuan GmbH ist jedoch nicht alleinige Akteurin in der Herstellung von Öffentlichkeit im Hinblick auf das Center. Auch nationale Medien berichten über das Center und thematisieren z.B. Razzien aufgrund von Glücksspiel, Steuerhinterziehung, irregulärer Beschäftigung sowie mangelhaften hygienischen Zuständen. (Vgl. z.B. Diederichs 2009, Mai 2012a) Eine Darstellung des Centers als *Parallelwelt* oder *geschlossene Gesellschaft* ist ein typisches Narrativ in der Berichterstattung. (Z.B. Mai 2012a, Müller 2010) Eine wichtige Veranstaltungsreihe, die zu einer positiven öffentlichen Wirkung des Centers beigetragen hat, ist das vom Theater Heibel am Ufer konzipierte und durch den Kulturwissenschaftler Kien Nghi Ha kuratierte Dong-Xuan-Festival. Durch kleine theatralische Performances auf dem Gelände und in den Verkaufshallen des Dong Xuan Centers konnten Besucher angezogen und das Center somit einer lokalen Öffentlichkeit präsentiert werden. Zum Festival gehörten ebenfalls wissenschaft-

liche Vorträge und Diskussionsrunden, die in einer Publikation (Ha 2012) und zahlreichen Artikeln in lokalen (vgl. Oberländer 2010) und überregionalen Medien (vgl. Draeger 2010, Heinevetter 2010, Müller 2010, Rütter 2012) mündeten und sowohl der vietnamesischen Community als auch dem Center dazu verhalfen überregional sichtbar zu werden. Die öffentliche Sichtbarkeit des Dong Xuan Centers ist insgesamt weitgehend lokalräumlich beschränkt und lediglich temporär gegeben. Die Temporalität der öffentlichen Sichtbarkeit der vietnamesischen Community in Berlin ist sowohl in dem Beispiel der Demonstrationen als auch dem Dong Xuan Festival der Kurzlebigkeit von Medien im Allgemeinen und der kurzfristigen Aufmerksamkeit für kulturelle Events in Berlin geschuldet. Durch die geringere geografische Reichweite von Veranstaltungen im Vergleich zu digitalen Medien kann hier zunächst von einer urbanen Öffentlichkeit gesprochen werden, die sich jedoch durch die Rezeption dieser Veranstaltungen durch in Berlin und Vietnam konsumierte vietnamesische Medien mit einer transnationalen Öffentlichkeit überlappt.

Darüber hinaus wird durch einen staatlichen vietnamesischen Fernsehsender und seine grenzüberschreitende Medienberichterstattung eine Öffentlichkeit erzeugt, die als *transnationalism from above* bezeichnet werden kann. (Vgl. Guarnizo/Smith 1998: 3)

»VTV4 übernimmt eine ganze Menge von Sendungen, die auch im Inland ausgestrahlt werden [...] – Reportagen aus den Auslandscommunities [...] und der Bezirksbürgermeister von Lichtenberg hat das Dong Xuan Center besucht und so was in dem Dreh. Das sind in der Regel Hobbyjournalisten, die das machen, hier aus den Auslandscommunities, die auch in der ethnischen Ökonomie zuhause sind, also nicht wirklich unabhängig sind. Also natürlich wird da die ethnische Ökonomie immer hochgejubelt, weil das sind ihre Kunden. [...] und immer Erfolgsgeschichten [...]. Das sind hervorragende Auslandsvietnamesen, die wirtschaftlich ganz toll sind. Und meiner Meinung nach ist das auch einer der Gründe, warum immer noch so viele Leute illegal hierher kommen, weil sie in vietnamesischen Zeitungen nur vom Erfolg lesen von ihren Landsleuten im Ausland«. (E#1)

Im Bezirk Lichtenberg ist es in den letzten Jahren zu einem Konflikt zwischen der administrativen Stadtplanung und der Dong Xuan GmbH bezüglich der Weiterentwicklung des Geländes gekommen. Dieser Konflikt ist zwar bisher lediglich in einigen wissenschaftlichen Publikationen

thematisiert worden (vgl. Kasten/Pätzold/Roskamm 2011, Schmitz 2011b), birgt aber das Potential, zukünftig zu einer größeren Medienresonanz zu führen. Im Wesentlichen sind in diesem Konflikt drei Positionen zu nennen – die des Dong Xuan Centers, des Bezirks Lichtenberg und der Stadt Berlin. Letztere verfolgt bereits seit über zehn Jahren das Ziel, einen repräsentativen Ort für das asiatische Berlin zu schaffen, der die kulturelle Vielfalt Berlins hervorheben soll. Hintergrund des Interesses ist primär, sich in der Liga der Weltstädte durch die globale Marke *Chinatown* behaupten zu können. Diese Form des *City Branding* kann als ein zentrales Instrument aktueller Stadtplanung bezeichnet werden. (Donald/Kofmann/ Kevin 2008, Hospers 2008, Rodatz 2012) Des Weiteren sieht die Stadt das ökonomische Potential des Dong Xuan Centers und duldet daher den aktuellen Zustand der Kombination von Großhandel und Dienstleistungen, die teilweise außerhalb des rechtlichen Rahmens stattfinden.

Die zweite Position ist die der Dong Xuan GmbH, die das Center durch eine Pagode, Wohnungen, ein Hotel und eine Pension zu einem Ort kulturellen Lebens und Handels ausbauen möchte. Durch die Ansiedlung von Freizeit-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und der von Seiten des Bezirks jüngst genehmigten Renovierung des Kulturhauses soll eine Art Asiatown entstehen:

»Wir haben, das ist unser Konzept, das Kulturhaus als einheitliches Ensemble [...]. Wir werden das auch wieder so machen, mit einem großen Restaurant, was man in Abschnitte teilen kann. Es ist auch vorgesehen, eine Bühne, Kinoveranstaltungen und so was zu machen. Bühne für Theatervorführungen oder Konzerte mit den entsprechenden Sitzreihen, aber auch kleiner zu machen für ein reines Erlebnisrestaurant, mit Tischen oder für Versammlungen oder Seminare oder ähnliches«. (E#3)⁷

Für den Bezirk Lichtenberg als dritte Konfliktpartei ist ein zentrales Argument, dass das Areal des Dong Xuan Centers im Bereichsentwicklungsplan des Bezirks von 2005 als »eingeschränktes Gewerbegebiet« ausgewiesen ist und daher nur Großhandel und darauf zugeschnittene Dienstleistungen vorsieht. Hier greift der Zentrenschutz, der als stadtplanerisches Instrument das Ziel hat, den traditionellen kleinteiligen Einzelhandel in ausgewiesenen Quartierszentren gegenüber der Ausbreitung

7 | Mitarbeiter des DXC.

anonymer Handelsketten zu schützen. Es ist jedoch fragwürdig, ob dieses Instrument hier noch eine sinnvolle Anwendung finden sollte, da die im Bezirk Lichtenberg in den 1990er Jahren errichteten Einkaufszentren und Passagen mit ihren flexibel reagierenden Einzelhandelsketten bereits den kleinteiligen Einzelhandel weiträumig vertrieben haben. (Vgl. Kasten/Pätzold/Roskamm 2011: 23) Durch den Zentrumschutz ist der auf dem Gelände des Dong Xuan Centers großflächig stattfindende Einzelhandel nur bis zu einem Anteil von fünf Prozent der gesamten Handelsaktivitäten erlaubt, sodass die Kunden mit einem Einkauf oder Restaurantbesuch auf dem Gelände und damit auch die Anbieter eine Ordnungswidrigkeit begehen. Damit dient der Zentrumschutz als rechtliche Grundlage für die kommunale Lenkung vietnamesischer Handelsaktivitäten. Das stadtplanerische Dilemma bringt der Bezirksbürgermeister und ehemalige Bezirksstadtrat von Lichtenberg auf den Punkt:

»Berlin befindet sich da in der Zwickmühle. In der offiziellen Werbung auf illegale Nutzungen hinzuweisen und dafür auch noch zu werben, ist ein bisschen schwierig – und dann hinterher zu sagen, das ist aber illegal, was ihr dort macht. Das ist so das Dilemma, in dem wir uns befinden.« (Andreas Geisel, SPD, Interview vom 15.06.2011)

Momentan wird das Center durch den Bezirk lediglich geduldet, jedoch nicht proaktiv gefördert, denn in Touristenführern und offiziellen Internetportalen taucht es nicht auf. Durch die Neubesetzung des Postens des Bezirksstadtrates für Stadtentwicklung in Berlin-Lichtenberg von SPD zu CDU in der 2011 gewählten Bezirksverordnetenversammlung kam es zu einer Neuausrichtung der kommunalen Lenkung der Weiterentwicklung des Dong Xuan Centers, die durch einen top-down-Ansatz charakterisiert ist:

»Was für uns wichtig ist, und dieser Anspruch steht gegenüber dem Eigentümer und Betreiber, wenn die Gestaltung des Gesamtkonzeptes die planungsrechtlichen Belange berücksichtigt, dann kriegen wir den Rest auch geregelt. Aber was nicht geht: in einem Industrie- und Gewerbegebiet Einzelhandel und Wohnen etablieren, das funktioniert nicht. Da ist die Palette der Nutzungskonflikte zu groß. Mag es sein, dass die Beeinträchtigung von Wohnquartieren aus Sicht eines vietnamesischen Betreibers andere Qualitäten hat, als es nach dem deutschen Baurecht gilt. An der Stelle können wir keine Abstriche dulden, das wird nicht machbar sein. An den Stellen müssen Kompromisse gefunden wer-

den, die mit dem hiesigen Recht vereinbar sind. Anders kriegen wir den ganzen Sachverhalt nicht gelöst«. (Wilfried Nünthel, CDU, Interview vom 28.11.2011)

Der aktuelle Konflikt hat bisher weder in Berlin noch innerhalb der vietnamesischen Community eine breite Öffentlichkeit erfahren. Zum einen ist die stadtplanerische Auseinandersetzung in deutschsprachigen Medien lediglich marginal thematisiert worden. (Z.B. Mai 2012a) Zum anderen haben weder vietnamesische Vereine in Berlin noch Medien der vietnamesischen Vertragsarbeitercommunity in Berlin, wie VTV4, neutral bzw. kritisch-reflektierend über den Konflikt berichtet. Die Programmatik des staatlichen vietnamesischen Senders sieht eine rein positive Berichterstattung aus den Auslandscommunities vor. Durch die weite Verbreitung des Senders VTV 4 als Medium für Auslandsvietnamesen sowie als Informationsmedium für die Herkunftsgesellschaft in Vietnam ist die hier gestaltete transnationale Öffentlichkeit der vietnamesischen Regierung unterstellt. Damit wird deutlich, dass transnationale Öffentlichkeiten immer von konkreten Situationen, Akteuren und deren politischen Interessen und räumlichen Handlungsreichweiten abhängen und nicht völlig frei gestaltbar sind.

3. GEOGRAFIEN TRANSNATIONALER ÖFFENTLICHKEITEN

Im vorliegenden Beitrag wurde aus geografischer Perspektive die Steuerung unterschiedlicher vietnamesischer Initiativen durch die Wirtschaft und Politik analysiert, die auf verschiedenen administrativen Ebenen agieren (Bezirk, Stadt, Bundesland, Staat) und unterschiedliche räumliche Handlungsreichweiten besitzen (lokal, national, global). Aus den drei diskutierten Fallbeispielen geht hervor, dass die Herstellung und Aufrechterhaltung von transnationalen Öffentlichkeiten durch nichtstaatliche migrantische Initiativen getragen und von kommunalen Akteuren und Kontrollmechanismen gesteuert wird, dabei gleichzeitig unter dem nationalstaatlichen Einfluss Vietnams steht, der durch die vietnamesische Botschaft in Berlin vertreten wird.

Es wurde *erstens* aufgezeigt, wie nationalstaatliche Interessen durch mehrere vietnamesische Communities in Berlin öffentlich vertreten werden. Sowohl temporäre, spontane Zusammenschlüsse in Form von Demonstrationen als auch längerfristige Initiativen, wie Vereine oder das Dong Xuan Center bedürfen einer öffentlichen Sichtbarkeit, die sie durch

die Artikulation ihrer Interessen im städtischen öffentlichen Raum erzielen und über Internetportale und Printmedien geografisch ausdehnen. Es wurde ferner gezeigt, dass die öffentliche Sichtbarkeit der vietnamesischen Community bisher weitgehend durch nicht-migrantische Medien erzeugt wurde, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass es bisher keine vietnamesischen Journalisten gibt, die aus der vietnamesischen Community in Berlin heraus berichten, sodass ausschließlich *über sie* berichtet wird. Aus der vietnamesischen Community selbst werden vereinzelt Themen an die deutsche Öffentlichkeit getragen, denn es besteht lediglich punktuell ein Interesse daran, die Anliegen und Probleme der Community öffentlich zu debattieren. (Vgl. Taubert 2011) Die vietnamesischen Communities schaffen es jedoch temporär, zur eigenen öffentlichen Sichtbarkeit beizutragen. In den letzten Jahren wurden diesem Zweck vermehrt Initiativen innerhalb der vietnamesischen Community gewidmet. Hierzu zählen die Demonstrationen im Zuge des Inselstreits sowie die Erhöhung der Sichtbarkeit des Dong Xuan Centers. Es wird dabei jedoch deutlich, dass die Demonstrationen auf Berliner und bundesdeutscher Ebene eine geringe *publicity* haben, da sie ein Thema adressieren, das jenseits der betroffenen (süd-)ostasiatischen Staaten und ihrer Diasporagemeinschaften eine geringe Aufmerksamkeit erfährt. Die Umsetzung der Demonstrationen war auf unterschiedliche Publika ausgerichtet. Während die Demonstration der vietnamesischen Studierenden und der Boatpeople-Community eine transnationale Öffentlichkeit sowie spezifische Konfliktakteure adressierte, zielte die Demonstration der Vertragsarbeiter-Community durch den Einsatz von Symboliken und Traditionen vornehmlich auf die Schaffung einer kollektiven Identität ab. Hier wurde gezeigt, dass die Demonstrationen im Zuge des Inselstreits, aber auch das Dong Xuan Center vor allem auf lokaler Ebene und innerhalb der unterschiedlichen transnationalen sozialen Räume der vietnamesischen Communities in Berlin wahrgenommen wurden. Dies unterlegt die These, dass transnationale Öffentlichkeiten nicht unbedingt einer nationalen Öffentlichkeit bedürfen, auch wenn es regelmäßig zu diskursiven Überschneidungen dieser unterschiedlichen Sphären der Öffentlichkeit kommt. Die Ergebnisse zeigen, dass transnationale Öffentlichkeiten temporär sind und von konkreten Situationen und Akteuren und deren politischen Interessen abhängen. Sie manifestieren sich räumlich über Kommunikationsorgane und -räume wie Online-Foren und Fernsehsender und finden in Form von urbanen Öffentlichkeiten eine Topografie.

Zweitens wurde aufgezeigt, dass vietnamesische Initiativen in Berlin einer kommunalen Regulierung unterliegen. Demonstrationen werden insofern kommunal gelenkt, als dass sie im Vorfeld genehmigt werden müssen. Die Stadt fungiert hier als Steuerungsakteur und kann die Nutzung repräsentativer Orte regulieren. Gleichzeitig bietet sie die Topografie für eine lokale und internationale Öffentlichkeit, die im Fall der vietnamesischen Demonstration am Potsdamer Platz durch das aus internationalen Touristen bestehende Publikum erlangt wurde. Im Fall des Dong Xuan Centers wird deutlich, dass ein Ausbau des Geländes nach den Vorstellungen des Betreibers kein Einverständnis des Bezirks Lichtenberg erlangt, denn durch die Vorgaben des Bezirksentwicklungsplans sind die Betreiber in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Das stadtplanerische Dilemma der angestrebten Förderung des Centers bei gleichzeitigem Protegieren des örtlichen Einzelhandels erzeugt einen Zustand der »Toleranz« und »Duldung« (vgl. E#4), durch den die vietnamesischen Betreiber des Centers einen gewissen Handlungsspielraum gewinnen, denn der Bezirk Lichtenberg und die Stadt Berlin sind in der Unterbindung als illegal deklarierter Aktivitäten im Dong Xuan Center in ihrer Handlungsfähigkeit begrenzt. Eine Souveränität behält die Stadt Berlin durch ihre Steuerungsfähigkeit in Bezug auf Aktivitäten der vietnamesischen Vereine. Durch die weitgehende finanzielle Abhängigkeit der Vereine von kommunalen Fördergeldern müssen sie den Auflagen ihrer Geldgeber nachkommen. Damit werden die enormen Auswirkungen der kommunalen Steuerung vietnamesischer Aktivitäten auf die Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten deutlich, denn eine öffentliche Sichtbarkeit vietnamesischer Aktivitäten kann nur dann erreicht werden, wenn diese in die kommunalen und nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen eingebettet sind.

Wie mehrfach dargelegt, können transnationale Öffentlichkeiten als Grundlage für kollektive Identitäten innerhalb von Migrantengemeinschaften interpretiert werden. Am Beispiel des Dong Xuan Centers wird deutlich, dass Sprache, Symboliken und gemeinsame Interessen kollektive Identitäten hervorrufen können, die sich räumlich manifestieren. Dies geschieht über Medien, kulturelle Veranstaltungen, über den Konsum herkunftsspezifischer Waren und den Austausch von Informationen während eines Besuchs des Dong Xuan Centers. Auf diese Weise entsteht ein Ort, der eine kollektive Identifikation für die unterschiedlichen vietnamesischen Communities in Berlin ermöglicht und gleichzeitig die Grenzen

zwischen Händlern, Kunden und Besuchern unterschiedlicher Herkunftsstaaten und sozialer Milieus und Berufsgruppen überwindet.

Die Identifikation migrantischer Communities mit spezifischen Orten ist eng mit der öffentlichen Sichtbarkeit dieser Orte verbunden. Dennoch gestalten sich Räume, in denen sich Migranten äußern und als aktive Akteure für andere sichtbar werden, sehr unterschiedlich aus. Konkrete Handlungen werden in öffentlichen Räumen auf der lokalen Ebene vollzogen. Die bundesdeutsche Ebene gewinnt durch gesetzliche Regelungen in der Stadtplanung, im Demonstrations- und Vereinsrecht an Relevanz, während die nationale Ebene Vietnam bei der Durchsetzung ihrer Interessen durch die vietnamesische Botschaft relevant wird. Des Weiteren äußern sich vietnamesische Migranten neben vereinzelt Aktionen im öffentlichen Raum, v.a. in virtuellen Räumen wie Online-Foren und Blogs, in denen sie ihre community-relevanten Themen diskutieren. Diese Art der Kommunikation überschreitet nationalstaatliche Grenzen und schafft damit einen gemeinsamen Kommunikationsraum, der vietnamesische Diasporagemeinschaften weltweit mit ihrer Herkunftsgesellschaft verbindet und dem die vietnamesische Sprache als Zugangsschlüssel und Grundlage für eine kollektive Identität dient. Durch die geringere geografische Reichweite von Veranstaltungen im Vergleich zu digitalen Medien kann ersteren zunächst eine *urbane Öffentlichkeit* zugesprochen werden, die sich jedoch als Rezeptionen von Veranstaltungen durch in Berlin und Vietnam konsumierte vietnamesische Medien mit einer transnationalen Öffentlichkeit überlappt. Eine Analyse dieser vietnamesisch-sprachigen Internet- und TV-Beiträge könnte die Formierung und Dynamik (innerhalb) transnationaler vietnamesischer Öffentlichkeiten weiterführend bereichern, insbesondere im Hinblick auf generationenabhängige und community-bezogene Öffentlichkeiten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M.: Campus.
- Aytar, Volkan/Rath, Jan (2012): »Introduction: Ethnic Neighbourhoods as Places of Leisure and Consumption«, in: Dies. (Hg.), Selling Ethnic Neighborhoods: The Rise of Neighborhoods as Places of Leisure and Consumption, London/New York: Routledge, S. 1-15.

- Bratanovic, Daniel (2012): »Fragwürdiges Erinnern«, in: *junge Welt*, 05.09.2012, S. 3.
- Brubaker, Rogers (2001): »The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and Its Sequels in France, Germany, and the United States«, in: *Ethnic and Racial Studies* 24 (4), S. 531-548.
- Brüggemann, Michael/Hepp, Andreas/Kleinen-von Königslöw, Katharina/Wessler, Hartmut (2009): »Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven«, in: *Publizistik* 54 (3), S. 391-414.
- Diederichs, Otto (2009): »Razzia im Dong Xuan Center in Lichtenberg: Schlagringe gesucht, Plunder entdeckt«, in: *die tageszeitung*, 16.11.2009, <http://www.taz.de/!43986/>
- Donald, Stephanie Hemelryk/Kofman, Eleonore/Kevin, Catherine (2008): »Introduction: Processes of Cosmopolitanism and Parochialism«, in: Dies. (Hg.), *Branding Cities: Cosmopolitanism, Parochialism, and Social Change*, Routledge, S. 1-13.
- Dong Xuan GmbH (2013): Dong-Xuan-Center Berlin Lichtenberg – Offizielle Website, <http://www.dongxuan-berlin.de>, eingesehen am 03.07.2013.
- Draeger, Volkmar (2010): »Marginalisierte Musterminderheit«, in: *Neues Deutschland*, 22.11.2010, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/184665.marginalisierte-musterminderheit.html>
- Fähnders, Till (2012): »Südchinesische (sic!) Meer: Unfallgefahr in der Badewanne«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.04.2012, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/suedchinesische-meer-unfallgefahr-in-der-badewanne-11730360.html>
- Faist, Thomas (2000): *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*, Oxford: Oxford University Press.
- Fraser, Nancy (2008): »Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt«, in: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hg.), *Medien – Politik – Geschlecht: Feministische Befunde zur Politischen Kommunikationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 18-34.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1991): »Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze«, in: Stefan Müller-Doohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation – Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*, Oldenburg: Bibliotheks-Universität Oldenburg, S. 31-89.

- Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta/Roth, Roland (2011): Abschlussbericht zur Evaluation der Berliner Förderung von Integrationsprojekten. Auswertung und Evaluation der Vergabe von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/Haupt/vorgang/h16-1044.B-v.pdf>, eingesehen am 26.04.2011.
- Goffman, Erving (1961): *Encounters: Two Studies in the Sociology of Interaction*, Indianapolis: Bobbs Merrill.
- Guarnizo, Luis E./Portes, Alejandro/Haller, William (2003): »Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action Among Contemporary Migrants«, in: *American Journal of Sociology* 106 (6), S. 1211-1248.
- Guarnizo, Luis E./Smith, Michael P. (1998): »The Locations of Transnationalism«, in: Dies. (Hg.), *Transnationalism From Below. Comparative Urban & Community Research*, New Brunswick: Transaction Publishers, S. 3-34.
- Ha, Kien Nghi (2012): *Asiatische Deutsche: Vietnamesische Diaspora and Beyond*, Berlin: Assoziation A.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heinevetter, Nele (2010): »Vietnam in Berlin«, in: *Zeit Online*, 24.11.2010, <http://blog.zeit.de/filter/2010/11/24/berlin-feiert-seine-liebsten-migranten>
- Hentschel, Tamara/Harmsen, Susanne (2012): »Fakten geschildert«, in: *junge Welt*, 13.09.2012.
- Hepp, Andreas (2008): »Globalisierung der Medien und transkulturelle Kommunikation«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 9-16.
- Hillmann, Felicitas (2010): »Internationalisierung von unten«, in: Sabrina Lampe/Johannes N. Müller (Hg.), *Architektur und Baukultur: Reflexionen aus Wissenschaft und Praxis*, Berlin: DOM, S. 98-111.
- Hospers, Gert-Jan (2008): »Governance in Innovative Cities and the Importance of Branding«, in: *Innovation: Management, Policy & Practice* 10 (2-3), S. 224-234.
- Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (2002): »Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 7-33.

- Karras, Cathrin, (2008): Protest gegen China in Berlin, 06.01.2008, http://cathrinka.blog.de/2008/01/06/protest_gegen_china_in_berlin~3536043
- Karras, Cathrin (2011): Berlin - Potsdamer Platz - 9. Juli 2011, 10.07.2011, <http://cathrinka.blog.de/2011/07/10/berlin-potsdamer-platz-9-juli-11456593>
- Kasten, Benjamin/Pätzold, Ricarda/Roskamm, Nicolai (2011): »Das Dong Xuan Center in Berlin Lichtenberg. Die räumliche Repräsentation einer ethnischen Ökonomie im Konflikt mit der administrativen Stadtplanung«, in: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 43, S. 19-25.
- Laaser, Mirjam (2008): Rückkehr und Entwicklung – Folgen von Rückkehr im Herkunftsland (Arbeitspapiere 36, S. 1-35), Bielefeld: COMCAD.
- Levitt, Peggy/Schiller, Nina Glick (2004): »Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Field Perspective on Society«, in: *International Migration Review* 38 (145), S. 595-629.
- Luhmann, Niklas (1986): *Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1992): »Die Beobachtung der Beobachter im politischen System. Zur Theorie der Öffentlichen Meinung«, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Öffentliche Meinung – Theorie, Methoden, Befunde: Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann*, Freiburg/München: Alber, S. 77-86.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Madsen, Kenneth D./Naerssen, Ton van (2003): »Migration, Identity, and Belonging«, in: *Journal of Borderlands Studies* 18 (1), S. 61-75.
- Mai, Marina (2008): »Was machen eigentlich... die vietnamesischen Demonstranten? Protestieren wie 1968«, in: *die tageszeitung*, 07.01.2008, <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ba&dig=2008%2F01%2F07%2Fa0172&cHash=d6f68ar7212f5f8104a7c3f12d8b068f>
- Mai, Marina (2011): »Ortstermin. Frieden, Peace, Hoa Binh!«, in: *die tageszeitung*, 11.07.2011, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=tz&dig=2011%2F07%2F11%2Fa0144&cHash=5fb2fbc0cf7349264e5b34589f5doeff>
- Mai, Marina (2012a): »Klein-Vietnam in Lichtenberg«, in: *Neues Deutschland*, 31.07.2012, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/234060.klein-vietnam-in-lichtenberg.html>

- Mai, Marina (2012b): »Linke Geschichtsbilder: »Wühlen im Müllhaufen DDR«, in: die tageszeitung, 27.09.2012, <http://www.taz.de/!102461/>
- Marcus, George (1995): »Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography«, in: Annual Review of Anthropology 24, S. 95-117.
- Müller, Dominikus (2010): »Schmecken, hören, spielen«, in: die tageszeitung, 24.11.2010, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2010%2F11%2F24%2Fa0152&cHash=ae27bfbo89a075f97c76d1a2a8eb56e0>
- N24 (2011): China und Vietnam wollen offenbar Insel-Streit beilegen, 26.06.2011, http://www.n24.de/news/newsitem_7004802.html
- Nieswand, Boris (2005): »Die Stabilisierung transnationaler Felder. Grenzüberschreitende Beziehungen ghanaischer Migranten in Deutschland«, in: Nord-Süd Aktuell 1, S. 45-56.
- Nieswand, Boris (2008): »Wege aus dem Dilemma zwischen Transnationalismus- und Inklusionsansatz. Simultane Inklusion von Migranteninitiierten charismatischen Gemeinden in Berlin«, in: Andrea Lauser/Cordula Weißköppel (Hg.), Migration und religiöse Dynamik. Ethnologische Religionsforschung im transnationalen Kontext, Bielefeld: transcript, S. 35-52.
- Oberländer, Jan (2010): »Vietnam in Berlin«, in: Der Tagesspiegel, 23.11.2010, <http://www.tagesspiegel.de/kultur/hebbel-am-ufer-vietnam-in-berlin/3156910.html>
- Otto, Stefan (2012): »Von der DDR ausgenutzt?«, in: Neues Deutschland, 12.09.2012, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/238267.von-der-ddr-ausgenutzt.html>
- Peters, Bernhard/Weßler, Hartmut (2006): »Transnationale Öffentlichkeiten – analytische Dimensionen, normative Standards, sozialkulturelle Produktionsstrukturen«, in: Kurt Imhof/ Roger Blum/Heinz Bonfadelli/Otfried Jarren (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 125-144.
- Pries, Ludger (1997): »Neue Migration im transnationalen Raum«, in: Ders. (Hg.), Transnationale Migration. Soziale Welt. Sonderband 12, Baden-Baden: Nomos, S. 15-44.
- Pries, Ludger (2001a): »The Approach of Transnational Social Spaces. Responding to New Configurations of the Social and the Spatial«, in: Ders. (Hg.), New Transnational Social Spaces. International Migration and

- Transnational Companies in the Early Twenty-First Century, London: Routledge, S. 3-33.
- Pries, Ludger (2001b): »Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung oder: Warum braucht Deutschland eine ›Kulturrevolution‹?«, in: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit 1, S. 14-19.
- Pries, Ludger (2005): »Arbeitsmigration und Inkorporationsmuster in Europa«, in: Ders. (Hg.), Zwischen den Welten und amtlichen Zuschreibungen. Neue Formen und Herausforderungen der Arbeitsmigration im 21. Jahrhundert, Essen: Klartext, S. 15-41.
- Reistrommel e.V. (2013): <http://www.reistrommel-ev.de>, eingesehen am 04.07.2013.
- Richter, Stefan (2012): »Südchinesisches Meer: China demonstriert seine Macht mit einem Fischerdorf«, in: Zeit Online, 24.07.2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-07/china-paracel-spratly>
- Rodatz, Mathias (2012): »Produktive ›Parallelgesellschaften‹. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) ›Stadt der Vielfalt‹. Productive ›Parallel Societies‹. Migration and Order in the (neoliberal) ›City of Diversity‹«, in: Behemoth 5 (1), S. 1866-2447.
- Roth, Roland/Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-05-04-kommunalstudie.pdf?__blob=publicationFile, eingesehen am 08.01.2013.
- Rüther, Tobias (2012): »Wie würdest Du Deine Herkunft beschreiben?«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.08.2012, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/kien-nghi-ha-asiatische-deutsche-wie-wuerdest-du-deine-herkunft-beschreiben-11868782.html>
- Schmiz, Antonie (2011a): Transnationalität als Ressource?: Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam, Bielefeld: transcript.
- Schmiz, Antonie (2011b): »Marginale Ökonomie. Handlungsstrategien vietnamesischer GroßhändlerInnen in Berlin«, in: Felicitas Hillmann (Hg.), Marginale Urbanität: migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung, Bielefeld: transcript, S. 155-179.

- Shaw, Stephen J. (2011): »Marketing Ethnoscapes as Spaces of Consumption: »Banglatown – London's Curry Capital««, in: *Journal of Town & City Management* 1 (4), S. 381-395.
- Stegbauer, Christian (2008): »Raumzeitliche Struktur im Internet«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, S. 3-8.
- Taubert, Greta (2011): »Vietnamesen in Deutschland – Reportage über Vietnamesen in Deutschland: Die unsichtbaren Lieblinge«, in: *Cicero Online*, 14.10.2011, <http://www.cicero.de/berliner-republik/die-unsichtbaren-liebliche/46135>
- Tobler, Stefan (2001): *Kommunikationsverdichtungen und transnationale Öffentlichkeit*, Zürich: Katholischer Mediendienst und Reformierte Medien, 18.05.2001, http://www.medienheft.ch/uploads/media/p16_ToblerStefan.pdf
- Vertovec, Steven (2009): *Transnationalism*, New York: Routledge.
- Vietnam Forum (2011): »Säbelrasseln im südchinesischen Meer«, in: *Vietnam Forum*, 06.07.2011, <http://web37.srv1.sysproserver.de/f/showthread.php?t=6610&page=43>
- Weiss, Karin (2008): »Transnationale Migrationsnetzwerke zwischen Vietnam und Deutschland – eine Entwicklungschance für beide Seiten«, in: Dietrich Thräenhard (Hg.), *Entwicklung und Migration. Jahrbuch Migration 2006/2007*, 14, Berlin: LIT Verlag, S. 142-160.
- Wessler, Hartmut/Brüggemann, Michael (2012): »Diskursive Kommunikation«, in: Dies.: *Transnationale Kommunikation. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-71.

Wissensvermittler und multiple Engagements

No Public?

Class Dynamics, the Politics of Extraversion, and the Non-Formation of Political Publics and (Religious) AIDS Activism in Urban Tanzania

HANSJÖRG DILGER

1. INTRODUCTION

In 1992, Paul Slack (1992: 8) wrote that epidemic diseases – and the micro-organisms underlying them – are never »neutral«. From the moment they enter society – or rather, from the moment they are perceived and categorized *as* diseases, pathogens or epidemics – they become carriers of meaning and »intellectual constructs«. These constructs form the basis for the way in which humans, institutions and societies think and act in relation to epidemics and become inseparably intertwined with the larger social and political context in which epidemics thrive.

How closely individual and collective ways of dealing with a new disease are entangled with social and political webs of meaning and action has been demonstrated by HIV/AIDS. Identified for the first time in the United States in the early 1980s, initial reactions showed striking similarities to »classical« epidemics such as cholera, the Black Death and syphilis. Not only was HIV/AIDS associated with a range of stigmatizing meanings that defined infection with the disease as the result of socially and morally deviant behaviors. HIV/AIDS also became implicated in the multiple dynamics of blame and counter-blame (Farmer 1992), through which specific social groups were identified as the origin and carrier of the disease and for

whom sometimes drastic measures of containment were proposed (South Germany), and in some cases implemented (Cuba).¹

HIV/AIDS has, however, also shown significant differences from previous epidemics. Not only have the worldwide spread of HIV and the public responses to it become deeply entrenched in globalized systems of transport, communication and human interaction, but AIDS can also be called a *modern* disease with regard to the sheer number and diversity of actors who have become involved in the public struggle against it. The resulting »public cacophony« has, from the start, influenced the experience of HIV/AIDS as much as the medical realities and the high degree of physical and emotional suffering associated with the illness (Cameron 2001: 3). As Shula Marks has remarked with regard to HIV/AIDS in South Africa, and with reference to the work of historian Charles Rosenberg: »Local and national authorities, governments and NGOs, national and international agencies, political parties, patients and their advocates and above all the pharmaceutical industry have all had their own and often conflicting perceptions and agendas in addressing the challenges.« (Marks 2002: 2)

In this chapter, I want to explore how the involvement of multiple actors and voices – and particularly the role of activism and collective action »from below« – has shaped the public response(s) to HIV/AIDS in the United States and urban Tanzania over the last decades. I will argue that activism – loosely defined as a specific form of collective action with a socially and politically transformative agenda – has become part of the public response to HIV/AIDS in one case (the United States) but only marginally so in the other (Tanzania). By looking at secular as well as religious responses to HIV/AIDS in Dar es Salaam, Tanzania's largest city and cultural and economic center, I will demonstrate that while there may be individual *activists* in the East African country, there is no collective *activism* around

1 | Thus, while in Cuba people infected with HIV were put into quarantine by the national government (Scheper-Hughes 1993); a Christian-conservative politician in Germany called for the collective internment of people with HIV in 1987. According to a later interview with him in 2008, this call »had been misunderstood« by the media and AIDS organizations. Early designations for HIV/AIDS like »Gay related immune deficiency (GRID)« or »4 H disease« – a label suggested by the US Center for Disease Control in analogy to the four *risk groups* identified at the time: *Homosexuals*, *Haitians*, *Hemophiliacs* and *Heroin users* – mirrored and legitimated such reactions (Farmer 1992).

the epidemic in the sense of a sustainable, politically oriented movement with a unifying goal and purpose. I will argue that the overall absence of a broader activist-political response to HIV/AIDS has had a significant impact on the way in which the emerging epidemic has (not) been constituted as a *public-political phenomenon* in urban Tanzania.

The chapter builds on anthropological writings that have criticized the normative Habermasian model of the *public sphere* and *civil society*, which he traced back to the formation of the European bourgeois society of the eighteenth century. Contrary to the notions of Habermas, these anthropologists have highlighted the formation of public spheres as identity- and culture-constituting projects (Probst 1999), and have emphasized the importance of exploring ethnographically the dynamics of »going« and »making« public through various actors in transnational and globalizing settings (Meyer 2011). Contrary to these authors' approaches, however, in this chapter I try to understand why certain actors have *not* challenged (or been able to challenge) public perceptions of the emerging HIV/AIDS epidemic and how the (non-)formation of a political sphere has been shaped by transnational forces and the politics of extraversion in urban settings in Tanzania.

In the first section of the paper I present some examples of AIDS activism in the United States, which have shaped the ways in which social scientists (and also many AIDS activists) have come to think about activism – and its potential impact on the public sphere – in various parts of the world. In the early years of the epidemic, AIDS activism in the United States was prompted by the indifference of the government towards HIV/AIDS, as well as by the activists' general ambiguity towards organized religion. More recently, activist agendas have been shaped by the internationalization of the HIV/AIDS movement in the global context, and especially by policy debates on treatment and the building of ties with activists from abroad. (Smith/Siplon 2006)

The two subsequent sections focus on Tanzania, where early responses to HIV/AIDS were also shaped by a reluctant government response and a lack of resources. However, this widely experienced lack of resources – combined with fear of the spreading disease – seldom led to activist involvement of people living with HIV/AIDS (as it did in the United States). In urban and rural Tanzania where I conducted most of my fieldwork, collective action in the context of HIV/AIDS has occurred primarily within the framework of transnationally funded non-governmental organizations

(NGOs) that focused on programs of prevention and positive living; however, due to the political climate in Tanzania throughout the 1990s and early 2000s, combined with class dynamics and the lack of social and cultural capital among NGO clients, these organizations have rarely become spaces for activism and public protest.

The final section of this paper turns to the field of religious mobilization in urban Tanzania and explores the factors that are important for understanding the limited presence of activist involvement in religious responses to HIV/AIDS in the country. While religion has become mostly a source of (individualizing) comfort and hope in the context of secular NGOs, mobilization among Christian and Muslim groups is driven strongly by the goal of proselytizing and a rather broad agenda of improving the well-being of other (partly newly converted) Muslims and Christians.

The empirical data presented in this article were collected during multiple field stays in rural and urban Tanzania between 1995 and 2010. My research focused initially on various aspects of HIV/AIDS and social relations (sexuality and gender, care and kinship, NGOs for people with HIV/AIDS and Pentecostal churches). More recently, I have become involved in a research project on the introduction of antiretroviral treatment which has shaped health policy in Tanzania since the end of 2004 (Mattes 2011). The aspect of political collective action did not constitute a major topic of my fieldwork: most of the five NGOs for people living with HIV/AIDS that existed at the turn of the twenty-first century in Dar es Salaam were active in the area of service provision and depended strongly on external funding; only one of them – an NGO founded by people living with HIV – had a mobilizing and partly activist agenda. Since 2008, my research in Dar es Salaam has focused on »Subject formation in Christian and Muslim schools in a historical perspective« and has also included the (informal) health-related activities of Christian and Muslim groups. My fieldwork over the years comprised participant observation (e.g. at burials, counseling and support group meetings in NGOs, church services and instances of medical mission), the conduction of semi-structured interviews with often biographic and/or narrative elements, extended case studies and other ethnographic methods (including the screening of media representations and governmental and non-governmental health reports).

2. LANGUAGE AND THE POWER OF (SELF-)REPRESENTATION: AIDS ACTIVISM AND THE FORMATION OF A POLITICAL PUBLIC IN THE UNITED STATES

Paula Treichler (1992) has argued that language is essential for making sense of the disruptive and often violent experience associated with epidemic illness. Language is not only an essential condition for formulating appropriate ways of articulating experiences of loss and suffering, but also for positioning epidemic disease in relation to other domains of social and cultural experience: »When problematic sectors of experience threaten to disrupt the totality [of our life world], we work to integrate them, often by marking them as »finite provinces of meaning«... through explicit linguistic transitions.« (ibid.: 71)

Linguistic definitions of an epidemic disease – and the ways in which one should behave towards it in order to stay healthy – were »traditionally« established by the medical elite of a society and subsequently adopted by political leaders and populations as guidelines for individual and collective action. That such a model of a public health response may be simplistic has been demonstrated by HIV/AIDS. Not only was the pathogenic cause of the AIDS syndrome identified only several years after the first cases were reported in the United States (and remained for a long time challenged by the so called AIDS dissidents). It was also primarily AIDS activists and people with HIV/AIDS themselves who played a key role in defining strategies for public action in the response to the unknown disease; a disease that was initially reported mainly among the (already marginalized) gay community. AIDS activists not only established their own guidelines for the prevention of new infections, but they were also concerned with the mobilization of resources for prevention and care programs and with establishing access to medications that were still being tested in clinical trials. As Steven Epstein (1996) has argued, AIDS activists' interventions subverted publicly established hierarchies of authority and knowledge in the United States and replaced them – in some cases – with new understandings of patient rights and initiative.

While the 1970s had been perceived as a decade of sexual liberation in the United States, especially in the urban centers, the AIDS crisis brought conservative – and often repressive – voices to the fore. Thus, beyond gaining access to new medications, one of the most pressing concerns of AIDS activists was to establish a public discourse on the new disease and to gain

control over the social and cultural representation of HIV/AIDS in the wider society. Furthermore, by publicly breaking the »silence about the oppression and annihilation of gay people«, activists challenged the continued indifference of the US government as well as denialist tendencies within the gay and lesbian community itself (Crimp/Rolston 1990: 14).

During the early years of the epidemic, many of the images and activities designed by AIDS organizations attempted to create a positive image of the illness. Such images functioned as role models for different aspects of living with HIV/AIDS, not only for the urban middle class gay men who were most vocal with regard to the new threat – and some of whom became implicated strongly in the activist response – but also for members of the Afro-American and Latin American communities. This approach is best highlighted by the poster campaigns of the San Francisco AIDS Foundation, which displayed real-life pictures of community members living with HIV/AIDS and were partly shot by prominent photographers such as Annie Leibovitz. For instance, at the centre of the »Be here for Cure II campaign« (1993) were HIV-positive men and women who signaled hope to other people living with the disease. Beyond such early campaigns on »Positive Living«, the Foundation also became engaged in HIV prevention and the promotion of »safer sex«, which was, from the onset, closely related to the issue of gay rights and the Foundation's efforts to establish a positive image of same-sex relations in the media and the wider public.

On another level, an important role in the struggle over public meaning was played by the production of images and activities that became intimately intertwined with AIDS activists' efforts to establish an explicitly political – and often subversive – language around the disease (e.g. through public »kiss-ins«). The close entanglement between illness experience and the (societal-political) power of linguistic and visual representation is best demonstrated by the appropriation of the pink triangle into the HIV/AIDS context. The pink triangle had been the sign marking homosexual men in German concentration camps during the Second World War, but the symbol was adopted by gay activists during the 1970s in an effort to remember (and invert) »a suppressed history of [gay men's] oppression« (Crimp/Rolston 1990: 14). According to the activists, silence and indifference – among government authorities, but also within the gay and lesbian community – implied physical as well as social death.

For most activist organizations, the relationship with religion was a conflicted one, as many Christian churches had reacted to HIV/AIDS with

a discourse on sin and a negative stance towards the use of condoms. However, while much of the work of activist organizations like ACT UP New York was developed in response to conservative-religious voices (Crimp/Rolston 1990: 131, 138), religion was not perceived solely negatively by AIDS activists but also became a source of inspiration and creativity.² The Sisters of Perpetual Indulgence, a »leading-edge Order of queer nuns«³, founded in San Francisco on Easter Sunday in 1979, responded to the outbreak of HIV/AIDS by channeling its activities towards HIV prevention and care work. Today, the sisters have developed into a »full-fledged pastoral and charitable organization«⁴, which has established branches and mother houses worldwide. In their efforts, the order has targeted not only the US government and »the medical establishment« for their problematic response to HIV/AIDS, but has also highlighted the diversity of gendered constructions within gay and lesbian communities and emphasized the need to mobilize against *internal* moralization and exclusion, as for instance against people identifying as queer or drag.

The example of the Sisters of Perpetual Indulgence shows that activism and religion in »the West« have not always been mutually exclusive in the wake of the evolving HIV/AIDS epidemic, but that religious symbols and meanings have in some cases been appropriated and (subversively) transformed by activists for their own purposes. Furthermore, it makes clear that AIDS activism in the United States has been shaped by often differing societal and political agendas and interests, and that there has been considerable disagreement with regard to the forms and goals of protest. However, while it is crucial to take into account this diversity of voices,⁵

2 | The strained relationship between the organized AIDS response and the churches does not imply that people with HIV/AIDS did not ascribe a spiritual dimension to their illness; on the contrary, spirituality contributed strongly to the self-perceptions and experiences of many HIV infected gay men in the United States. (Hardy 1998)

3 | See the Sisters of Perpetual Indulgence (<http://www.thesisters.org/>) and their affiliated orders (last accessed: August 24, 2011).

4 | <http://www.eurekasisters.org/News.htm>.

5 | Elizabeth Clark (2004) has argued that definitions of AIDS activism should not be limited to the activities of ACT UP New York and the Gay Men's Health Crisis, or to the activist participation in the construction of medical knowledge as described by Steve Epstein (1996). According to Clark, we should also take

it is important to note that AIDS activism in the United States – in whatever shape – has ultimately had a political – and explicitly public-oriented – component. Thus, while US activists have had diverging understandings of what was right and wrong with regard to the epidemic (e.g. relating to gender and sexuality constructions) and who the actual targets of their actions should be (the government, the medical establishment, the Church, or the gay and lesbian community itself), communities and groups were built around the belief that activism engages the world for socio-political change and opens up new forms of participation, collective action and changing forms of citizenship.

To summarize this section, AIDS activism in the United States was shaped essentially by the following eight factors, which also serve as a comparative basis for understanding the (non-)formation of activist responses in the Tanzanian context: 1) Most activist agendas were opposed to, or at least highly critical of, the state and/or government; 2) Activists had a clear identity and a clear goal (though there were differences between individual activist groups); 3) Activists had the resources and the social and cultural capital (especially political experience) for their activities; 4) Activists were often self-declared people living with HIV/AIDS (or were affected by the disease); 5) Activists often self-identified as activists; 7) Activists often organized against religion; 8) Activists acted mostly in a national – and not a transnational/globalized – context (i.e., even though there were many international collaborations and agendas, external actors were not shaping their mobilization).

The following two sections will explore how the societal and political circumstances of the HIV/AIDS response differed in urban Tanzania and how the explicitly political spirit of collective involvement in US society was (not) translated into the Tanzanian public responses to the epidemic.

into account the experiences of activists in rural areas, whose commitment to caretaking and advocacy on behalf of patients challenge community perceptions and practices on an everyday basis (Clark 2004: 313).

3. BETWEEN COMMUNITY SUPPORT AND TRANSNATIONAL FUNDING STRUCTURES: NGO RESPONSES TO HIV/AIDS IN TANZANIA

While AIDS activism in the United States developed in relation to a specific epidemiological and socio-political situation (and was from the beginning connected to a discourse on rights, sexuality, gender and identity), the situation in Tanzania differed greatly from the context outlined above and was shaped essentially by four different factors. In combination, these factors limited activism among religious and secular organizations.

First, there existed no broadly established public discourse on sexual identities and sexual relations *before* the arrival of HIV/AIDS. While there had been public discussions on the sexual behaviors of young women and the »decent« dressing of women in public places in the 1960s and 1970s (Ivaska 2007), and reproductive health programs had focused on the risks and outcomes of sexual intercourse (but less on sexual relations or sexual identity as such; Allen 2002), knowledge on intimacy, sexuality and gender relations was generated and transferred mostly within the extended family and on the community level (e.g. in the context of initiation rites, bride-price negotiations and marriage rituals; Beidelman 1997, Heald 1999).⁶ Against this background, it would have been difficult for any kind of (imagined) social collective to initiate a public discourse on a topic that had been so explicitly absent from the wider society.

Second, the response of the Tanzanian government to HIV/AIDS was shaped by the way in which the African continent had been identified as the origin of the disease, both by the international media as well as by international researchers and politicians. Given the transnational dynamics of blame and counter-blame surrounding the African continent as the perceived source of the pandemic – and the corresponding Western discourse on African sexuality and exotic practices – many African government rep-

6 | A (limited) discourse on sexuality and gender relations was also established in the context of cinema attendance in Zanzibar, where films from the UK and India became an important part of urban popular culture from the 1920s onwards. However, access to the cinema was restricted largely to the middle and upper strata of the urban population; furthermore, in the 1950s a »sex factor« was probably an important criterion for censorship of the incoming films (Reinwald 2006: 85f., 101).

representatives, intellectuals and members of the media were reminded of a colonial-evolutionist discourse that associated the »dark continent« with an alleged lack of morality and civilization (Sabatier 1988). Consequently, many African governments and societies initially responded with reluctance to the requests of international health organizations to introduce HIV prevention programs, and they responded only after mounting pressure from the World Health Organization (WHO) Global Program on AIDS.⁷

Third, the epidemiological situation in Tanzania differed greatly from that of the United States or Western Europe. While there was a strong public health discourse on risk groups (e.g. prostitutes, truck drivers) in Tanzania, the boundaries between these at-risk groups and the larger society was rather porous. Individuals and family members from all social strata became infected with, or were affected by, HIV. In the context of a generalized epidemic, the risk group labels were largely problematic and meaningless as they did not match the identity constructions of the individuals to whom they referred, especially when all forms of material exchange in sexual relations were highlighted as prostitution or transactional sex. Anthropological research has shown that meanings and practices around sexuality and gender relations were much more nuanced and context-dependent than such static labels suggested. (Haram 2004, Dilger 2003)

Fourth, and maybe most crucial with regard to the issue of a public response, there were no strong civil society and community-based organizations in Tanzania before the outbreak of HIV/AIDS, and before »liberalization«, »empowerment« and »community participation« became the buzzwords of transnationally-induced reform programs during the late 1980s and early 1990s. Throughout the 1960s and 1970s, community involvement in Tanzania was defined largely in line with the national project of *Ujamaa*⁸, and there was little space for activist understandings that deviated from the social and political order as understood by the na-

7 | There were strong differences between different East African governments' responses to HIV/AIDS. For information on how Uganda's response to the epidemic became a role model to other governments in the region, see John Kinsman (2010). For the Kenya and Tanzania cases, see Karen Booth (2004) and Dilger (2005: 19ff.).

8 | Tanzania's socialist *Ujamaa* period lasted from the late 1960s to the mid-1980s and implied, among others, the introduction of a one-party system, the nationalization of the educational system, and the restructuring of economic

tional government. (Marsland 2006) However, even *after* economic and political liberalization, the establishment of civil society actors in Tanzania was still hampered by a situation whereby the formerly socialist government had difficulties in coming to terms with the political engagement of NGOs. (Mercer 1999) It was the HIV/AIDS epidemic itself that became one of the main triggers for the formation of a flourishing sector of NGOs and community-based organizations (CBOs) during the 1990s. Especially since the launch of *The Global Fund for the Fight against AIDS, Tuberculosis and Malaria* in 2001 and the *US President's Emergency Plan for AIDS Relief* (PEPFAR) in 2003, the HIV/AIDS field has been shaped by a diverse, transnationally sustained NGO and CBO scene that covers a wide range of activities in prevention, care and treatment. Contrary to countries like the United States, however – and also South Africa, which has a long history of organized unions and collective political struggle – people living with HIV/AIDS in Tanzania had little previous experience in social protest and collective action. (Beckmann/Bujra 2010: 1045)

What did such a situation mean for the public HIV/AIDS response in Tanzania? Under the conditions of a reluctant government response to the epidemic – and given the absence of a prepared and strong civil society, as had existed in the United States or South Africa – it took several years until a public discourse on the various aspects of living with HIV/AIDS was established in Tanzania. It was only from the mid-to late 1990s onwards that transnationally sustained NGO campaigns became increasingly present in urban centers such as Dar es Salaam, and began using media formats such as TV shows, radio call-in programs and colorful print magazines in order to engage the public in a differentiated discourse on sexuality, gender relations and the body. (Dilger 2012) On another level, NGOs and public health programs also became concerned with issues of stigmatization and human rights, and began to establish publicly visible programs and activities to enable a »positive life with HIV/AIDS« (ibid.).

Especially after the mid-1990s, the model of »Living Positively« came to increasingly shape the everyday work of AIDS NGOs in urban Tanzania, exemplified by the fact that many organizations started to establish counseling services and support groups for people living with HIV/AIDS. (Dilger 2001, 2005) People with HIV came together on the grounds of the

relations based on the ideology of *communal African values* (*ujamaa* = Kiswahili for »familyhood«).

NGOs and received individual counseling through peer-educators and experts as well as collective counseling in the context of support group meetings. Furthermore, the NGOs supported their clients through programs of material and social assistance, including legal assistance, home-based care, and in some cases school fee programs and small loans projects for the development of small-scale businesses. (Bujra/Mokake 2000)

4. BETWEEN EXTRAVERSION AND CLASS DYNAMICS: THE ROLE OF ACTIVISM IN THE AIDS RESPONSE IN TANZANIA

What was the role of activists in this wider AIDS response? Considering the hesitant response of the Tanzanian government to HIV/AIDS and the lack of resources for people living with HIV/AIDS throughout the 1990s, the AIDS NGOs in urban Tanzania could have become the ideal breeding ground for activism and the push for broader, publicly-driven social and political change. In South Africa, Burkina Faso and the Ivory Coast, a comparable situation did indeed create the basis for socially and politically transformative action that has been described by Steve Robins (2004) and Vinh-Kim Nguyen (2005) as forms of »health citizenship« and »therapeutic citizenship« respectively. The shared experience of being HIV-positive in these settings became the ground for the establishment of a broader discourse on AIDS and global injustice, which also included elements of social activism and protest and was driven primarily by the lack of access to antiretroviral medications at the turn of the twenty-first century. In Tanzania, however, explicitly activist dynamics remained limited. While the privatization and NGO-ization⁹ of Tanzania's healthcare system also led to shifting understandings of rights and citizenship, this seldom translated into explicitly political action and rarely resulted in publicly articulated challenges to the state or the international community in relation to their alleged responsibility for people with HIV/AIDS.

As Stephen Ellis and Ineke van Kessel (2009: 4) have argued, social movements and action in Africa have become highly dependent on inter-

9 | This refers to the growing presence of NGOs in the health sector over the last decades, which have often circumvented the public health sector with regard to agenda setting and funding mechanisms.

national contexts over the last decades, not only with regard to the content, inspiration and ideas of social protest, but also in relation to the financial and personal resources needed to sustain it. Furthermore, social movement theory often assumes that social movements and public protest evolve in relation to a state that is functional and coherent with regard to fields such as »policing, justice or other functions that would normally be regarded as essential to any state« (Ellis/Kessel 2009: 9). In a country like Tanzania, where state functions have been curbed by transnationally-induced reforms over the last decades, the conditions for social protest and activism appear very different. Not only is there often a striking disconnect between the goals and work content of externally funded NGOs – whose activities are shaped by international agendas and language on the one hand, and the NGO clients who depend on their services on the other (cf. Pommerolle 2010: 264) – but it is also the international funding community that has co-created the conditions in which locally experienced marginalization and inequalities materialize. At the same time, the international community provides the financial, personnel and linguistic resources to articulate protest »locally« and to mobilize for action in an effective way (ibid.: 266).

In the AIDS NGOs in urban Tanzania where I conducted my fieldwork at the turn of this century, the dynamics of extraversion – here defined as the (strategic as well as enforced) dependency of local action on external space (Bayart 2000) – led to the (non-)formation of activist engagement for four reasons.

a) The Lack of a Unifying Identity and Common Goal:

At the turn of this century, most of the NGO support groups I attended in urban Tanzania were struggling hard to establish a common identity among people living with HIV/AIDS that would have unified them beyond the improvement of their individual life situations. The NGOs in Dar es Salaam were attended mostly by young to middle-aged women who came from rural areas and had relatively little education and social and economic capital. Many were widows who lived alone or with their children and earned their living on a piecemeal basis. Most became involved in the NGO group discussions only when they addressed issues with an immediate relevance for their lives, such as the topic of disclosure and discrimination, or the provision of small loans for group members. (Dilger 2001)

This latter topic was heatedly discussed at one of the support group meetings of the NGO WAMATA in December 1999, where a smoldering

conflict became apparent between NGO officials and their clients. On the one hand, the NGO workers had difficulties in convincing donors of the necessity to give individual loans to »dying people«; on the other hand, the NGO's clients were in dire need of capital for small-scale trade and businesses and were strictly opposed to the idea of group credits and loans (as generally preferred by NGOs and donors). At the end of the meeting, the NGO's founder – Teresia Kaijage, a woman in her early fifties who had studied social work and was just preparing for an extended stay in the United States – joined the group and remarked (critically) that she had been struck by the way in which the discussion had centered on the opposition between »We« (clients) versus »Them« (NGO workers): »This is not correct«, she said. »WAMATA as a whole is the group. *We* are WAMATA and the group needs to keep together and be on the same side« (emphasis by the author). Her intervention, however, was noticed by only a few support group members as most were already heading for the lunch that WAMATA had organized for the final meeting before Christmas.

b) Dependency and the Lack of Social and Cultural Capital:

Most of the AIDS support group members with whom I talked in Dar es Salaam lacked the symbolic and social capital – as well as the necessary motivation – to become involved in activism and public action. While many of the guiding figures in AIDS activism in the United States had been middle class, well educated men and women who knew how to articulate a political statement and how to draw public attention to their cause, few of the NGO members in Dar es Salaam whom I talked to had the knowledge, political experience or educational background to establish an activist agenda or to organize publicly visible events such as the Treatment Action Campaign in South Africa. Many of the women and men I talked to had become the »beneficiaries of global AIDS activism« (Beckmann/Bujra 2010: 1044) and were concerned with getting by on a day to day basis. They relied heavily on the resources that were raised through the NGOs, and the request for help (*msaada*) had become central to the interactions between clients and NGO workers. Furthermore, the NGOs were held accountable by international donors for the provision of services to their clients and depended on the satisfaction of their members as articulated in their end of year reports (among other things). This situation created relationships that were based on (mutual) dependence and benevolence and thwarted the ideal of sameness as articulated by the WAMATA leader above.

c) Maintaining the Political Status Quo:

As mentioned above, many of the NGOs I encountered focused on the social, economic and cultural aspects of living with HIV/AIDS and were rather apolitical in their visions and activities. This was quite typical for many NGOs in Tanzania during the 1990s, particularly because the NGOs' existence depended ultimately on government permission and they were only allowed to engage in political activities if they were registered as political parties. (Mercer 1999) Consequently, it was almost exclusively on the premises of the NGOs (and rarely in public) that members of HIV/AIDS support groups expressed their critique of governmental authorities that, according to them, had failed to take care of their HIV-positive and AIDS-sick citizens. This critique was directed primarily at the state level, without taking into account the wider international political and economic forces that from the mid-1980s onwards had forced the Tanzanian government to reduce its expenditures for social welfare. (Dilger 2005: 154)

However, even when such a critique was articulated *beyond* the spatial and social boundaries of the NGOs, this was done so in a way that did not explicitly challenge the state or the political status quo. One example from 2003 illustrates this point. On the occasion of the tenth anniversary of the NGO Service Health and Development for People Living Positively with HIV/AIDS (SHDEPHA+), a crowd of around eighty to one hundred men and women marched peacefully through the streets of downtown Dar es Salaam and assembled on the central grounds of the *Mnazi Mmoja*¹⁰ for the concluding festivities. While listening to the speeches of their leaders and applauding the cultural program, some of the HIV-positive members of the group also held up banners which »asked [kuomba]« the government of Tanzania to provide free AIDS medicines. While the message articulated on these banners reflected a widely shared demand among activists in various parts of the world in the early 2000s, its »mild« form did not have a socially or politically transformative agenda and occurred largely in »compliance with [evolving] state and donor agendas« in the year 2003 (Beckmann/Bujra 2010: 1052).

10 | Central meeting ground in Dar es Salaam for political rallies and social and cultural events.

Members of SHDEPHA+ asking the government of Tanzania to provide free AIDS medicines.



Photo: Dilger 2003

d) Religion as a Source of Individual-Level Comfort and Hope:

While »the Church's« moral stance had been one of the driving forces of AIDS activism in the United States, the relationship to organized religion within the support groups in Dar es Salaam was different. Most NGO clients I talked to regularly attended one of the many mosques or churches in the city. Furthermore, within the support groups themselves, references to God, belief and a moral life as defined by Islam or Christianity were crucial for the ways in which people with HIV/AIDS perceived themselves in relation to their illness. One example is a support group member named Mama Frank, a woman in her late fifties whose husband had died of AIDS a few years earlier. According to her, both she and her partly grown-up children depended heavily on her employment at one of the NGOs, on the NGO's medical and social services, as well as on God's benevolence for »a life with hope«. At one of the support group meetings she attended, she recounted in front of the group: »[After my husband died], the counselors of these NGOs came and brought me to one of these organizations... They taught us to live with hope. Today I live by praying to God... I don't know if it is because of these medications or because of God.« (Mama Frank, January 22, 2000)

While I do not want to imply that religion and belief cannot become mobilizing foundations of protest and activism (see Ellis/Kessel 2009: 11),

in the NGOs in Dar es Salaam faith and belief have instead become primarily a source of individual level comfort and hope for people with HIV/AIDS.

5. RESOURCE MOBILIZATION AND SERVICE PROVISION AMONG CHRISTIAN AND MUSLIM GROUPS: ARE THERE RELIGIOUS AIDS ACTIVISTS IN TANZANIA?

If religion was not a force that people with HIV/AIDS in Tanzanian NGOs felt threatened by – or in relation to which *divergent* activist agendas were established – the question may be asked of whether there has been anything like religious AIDS activism in urban Tanzania and what its potential impact on the formation of a political public has been?

As in many other Sub-Saharan African countries, religious actors in Tanzania were slow to respond to HIV/AIDS, and their responses were subject to the wider social and political context as outlined above. In particular, many Christian and Muslim leaders took a rather negative stance towards the epidemic throughout the 1990s, contributing to the rejection of condoms in prevention campaigns and often also to the stigmatization of people with HIV/AIDS. (Dilger 2001)

However, there were also notable exceptions to this larger discourse on sin and moral exclusion. Some Christian NGOs were established early on in the epidemic as service providers for people with HIV/AIDS, thereby playing a significant role in establishing a public response to the HIV/AIDS-related challenges. Some have existed for a long time now and have become widely renowned for their charitable achievements (e.g. PASADA, which was founded as a »social service agency« under the wings of the Archdiocese of Dar es Salaam in 1992), though they have had no explicitly activist agenda. Other organizations have become involved in HIV/AIDS related activities more recently, a fact that highlights the diversification of funding structures and opportunities opened up by PEPFAR and other international development efforts since the early 2000s. (Dilger 2009) Among these new organizations are some recently established faith-based organization (FBO) branches of the Protestant and Catholic Churches (e.g. the Seventh-Day Adventists Church), though not so much the Pentecostal churches. Furthermore, the national Muslim organization BAKWATA has received support from the German Technical Cooperation (GTZ) in the

development of an HIV/AIDS related policy. Similar to the »older« organizations, this recent generation of FBOs focuses mostly on service delivery.

In addition, there have been numerous congregations, churches and organizations that have mobilized resources for people with HIV/AIDS *outside* of the larger NGO/FBO context and have made active efforts to change the course of the epidemic on an informal level, such as through healing prayers and neighborhood services (see Dilger 2007). Some of these efforts – which represent instances of community involvement from below and which are often still in the early stages of becoming established as formal structures – also have important implications for the wider public response to HIV/AIDS and will be presented through three brief case studies in the following paragraphs. All three cases are characterized by their status of relative marginality in urban Tanzania. »Marginality« here does not imply that these organizations and individuals did (or do) not have access to international or local resources in their efforts for mobilization. Rather, marginality refers to the specific position of these actors in relation to contemporary and historical religious, political and social structures within Tanzania – and thus to their respective ability to shape (and respond to) public discourses and responses in the context of HIV/AIDS.

The first case study presents the Catholic Orders of Brothers and Sisters, which have often been at the margins of officially approved church positions, and have challenged mainstream thinking in the former mission churches. The second case is about Pentecostal churches, which are currently still not assembled under a national umbrella organization and represent a heterogeneous and internally divided field. They are also not included in the Christian Social Service Commission, which was established in 1992 and implies a close cooperation between international donors, the Tanzanian government and the former mission churches in the areas of health and education. Finally, the third case, the Tanzanian Muslim Professionals' Organization (TAMPRO), is marginal in the double sense in that it forms part of a counter-structure that was established in an effort to challenge the government approved Muslim organization BAKWATA (founded in 1968) and also to counteract the historically embedded marginalization of Muslims in Tanzania. (Heilman/Kaiser 2002) In this sense, the marginality of these three actors does not refer to a fixed social position but represents a vantage point from which the dynamics of social and political involvement, and the specific abilities and needs required to mobilize resources for this involvement, can be explored. Furthermore, it

represents a parallel to the situation in the United States, where activist involvement was, amongst other things, a result of marginalization, though less with regard to class and capital and more in relation to constructions of sexuality and gender.

The first case study is about Dr. Bernard Joinet, a White Fathers priest in Dar es Salaam, who had a vision in the late 1980s of how HIV/AIDS could be countered by involving both religious and secular organizations. In 1995, Joinet described this vision in retrospect:

»The symbol of the Fleet of Hope imposed itself to my mind when I was attending a seminar on AIDS... I suddenly felt: ›This epidemic is not a small stream which we can dam, it is a real flood‹. And then I saw as in a dream Noah's Ark as described in the Bible and thought: ›Of course we can be saved by getting into a boat‹. Looking at this Ark, I remembered that people are different and that they need different kinds of boats, to suit them all. Then I saw, as in a dream three boats named ›Abstinence‹, ›Fidelity‹ and ›Condom‹, a real fleet, ›the Fleet of Hope‹. (Joinet/Mugolola 1995)

In the following years, the Fleet of Hope was adopted by organizations in Uganda, Burkina Faso, Angola and the Congo, and established itself as an early proponent of the ABC approach (Abstinence, Be Faithful, Use Condoms) that was appealing to both religious and secular organizations and has shaped the public responses to HIV/AIDS in wide parts of Sub-Saharan Africa until today. The campaign emphasized the need to take into account people's different needs and to incorporate religious and moral diversity as an important principle in the formulation of public health campaigns. That it was conceived by a Catholic priest made the campaign rather unique in that it presented an unconventional approach to the wider church response to HIV/AIDS at the time. However, while it can be said that the challenging of official church positions is not unusual for the sisters and brothers of religious orders in Tanzania, it is still questionable whether Bernard Joinet can be called an activist. On the back cover of his autobiography, *Un prêtre face au sida*, Father Joinet is called many things – an educator, a trusted person, a social worker – but not an activist. (Joinet/Petit 2009) Thus, if we ascribe the label »activist« to specific actors, we should be careful to ask whether they would agree with this label and whether it is part of their self-

ascribed identity. Furthermore, we need to ask what kind of public(s) they hope to establish through specific discourses and activities.

If one moves from the individual to the organizational level there are more examples that might fall under the category of religious AIDS activism in Tanzania. One of them is the Dar es Salaam Pentecostal Church (DPC), which was established under the guidance of the Pentecostal Church of Canada in the early 1990s and became concerned with the conditions of health provision in the late 2000s. When I visited the church for the first time in 2008, the congregation was just about to hold its first Charity Day, a public event organized for the immediate church neighborhood that, according to the leaders in charge of organizing the Charity Day, was heavily disadvantaged with regard to its lack of access to health services. At the Charity Day, the DPC distributed food and clothes to its neediest members and the surrounding community, and also organized legal counseling and medical examinations and treatment for attendees. This included free testing and counseling for HIV as well as the distribution of free drug donations for selected illnesses. The activities were funded largely through donations of (the partly well educated, middle class) church members, but also through the contributions of hospitals and other religious and secular health and community organizations. In the long run, the Charity Day organizing committee hoped to establish a community health center on the church compound that would offer health services to the surrounding community and would also include an HIV testing and treatment center.

However, while one might classify the DPC event as the outcome of religious health activism aimed not only at satisfying clients' immediate needs but also improving health conditions in broader social and political terms, I would be hesitant to do. The more I attended the preparatory meetings for the charity events, the more obvious it became that the church was divided internally with regard to the idea of the event itself. While a small group within the DPC was in favor of the Charity Days, the church leadership and larger parts of the more well-off, English-speaking congregation became increasingly reluctant to back the events and rather expanded their support for a competing project, the building of a church-owned university. Furthermore, even the core organizing team had no clear consensus about the long-term goal of the Charity Days. While some of the organizers presented them largely in terms of »doing good« for »the poor« and the surrounding community, others kept reminding their co-believers that

The Dar es Salaam Pentecostal Church providing free medical examinations at one of its Charity Days



Photo: Dilger 2008

the ultimate purpose of the event was proselytization. At the preparatory meetings, this larger goal was seldom discussed; however, it became clear during several of the counseling sessions I attended at the Charity Days that church leaders and members were interested in more than simply improving the health of the surrounding community. Counseling sessions started with questions concerning the social and economic situation of beneficiaries, but soon turned into a sort of spiritual-religious counseling which often ended with the on-the-spot salvation of the respective man or woman. For example, at one of the counseling sessions a Muslim woman in her late twenties stated that she »prayed at BAKWATA« but had been drawn to the Christian faith more recently. When she claimed that she was afraid of her parents' reaction if they heard about her potential conversion (*nikibadhilisha* – »if I change«), the counselor replied: »If you act right towards your father but offend God, your last days will be bad. God comes always first«. (Fieldnotes by author, October 3, 2009) The woman finally asked to be prayed for and one of the pastors was called to save her by prayer and the laying on of hands.

The third case study is of TAMPRO, the Tanzania Muslim Professionals Organization, which was established in 1997 in an effort to unite Muslim

professionals in their struggle to overcome the social and economic marginalization of Muslims in the country. Marginalization refers here to the (publicly not widely acknowledged) exclusion of the majority of Muslims from political participation and social service provision (especially education) and is framed within a larger discourse on mission history and the alleged government and donor driven establishment of a Christian state in Tanzania. Furthermore, the many revivalist Muslim groups in Tanzania that were established over the last two decades, often with the support of funds from Kuwait and Saudi Arabia, act largely in opposition to – or at least in distinction from – BAKWATA, the supreme body of Muslims in the country. BAKWATA was founded in 1968 as a successor of the East Africa Muslim Welfare Society and is perceived by many revivalist Muslims as an ally of the government, and thus an integral part of a colonial and post-colonial history of social and economic exclusion. Many of these groups have an activist agenda in the sense that they push for political and social transformation, though they would not necessarily identify themselves as activists (see below).

Apart from its involvement in education and the introduction of secular elements of Qu'ranic education in state schools, TAMPRO has also become involved in health projects that include conducting mobile clinics in rural areas around Dar es Salaam. Resources are mobilized for these clinics through the personal contributions of TAMPRO members, and doctors and other relevant experts and professionals are then sent on the medical trips. Financial and personal contributions are made by other Muslim organizations in Dar es Salaam that share TAMPRO's larger goal of improving the health and educational status of Muslims in Tanzania. Those who work in these events are, however, often not professionals in the sense that they have long-term experience in their profession or in the conducting of voluntary clinics; many of them are medical students who are eager to contribute to the well-being of the Muslim community and want to apply the knowledge they have acquired during their studies.

During one of the medical trips I attended, the members of TAMPRO and other collaborating Muslim organizations examined and in some cases treated between two hundred to two hundred and fifty men and women in the larger coastal area of Dar es Salaam for medical conditions such as worms or scabies. They also conducted health education sessions in which they taught villagers about personal hygiene, the importance of taking seriously ill patients to the hospital, and the necessity of undertaking regular

Members of TAMPRO and other Islamic organizations setting up a mobile clinic in the rural hinterland of Dar es Salaam



Photo: Dilger 2009

medical checkups for diseases such as diabetes. However, while HIV/AIDS had also been an important element of TAMPRO's self-declared agenda when I first interviewed their General Secretary in 2009,¹¹ this issue remained rather absent from the activities during the medical trip. Furthermore, it became obvious that *da'wa* (spreading the word of Allah) was an important part of the medical trip for most of the team members, too. Thus, even though the majority of the villagers who attended the mobile clinic were obviously Muslims, the TAMPRO members still distributed small booklets, gave advice about how to pray properly, and encouraged attendees to visit the mosque regularly in order to avoid illness and suffering.

These three case studies highlight the fact that experiences of relative marginality have been important triggers for collective action and the articulation of alternative visions of the social and moral order in the era of HIV/AIDS among religious groups in Tanzania. They also shed light on the way in which religious actors have been able to position themselves in relation to the wider public response to the epidemic in the country. Particularly among revivalist Muslim organizations, the shared sense of (double) mar-

11 | Semili, Pazi (General Secretary of TAMPRO), Interview by author, Dar es Salaam, August 26, 2009.

ginalization has prepared the ground for collective action with a publicly visible, societal and politically transformative agenda. As the General Secretary of TAMPRO claimed in an interview, most of the funds (i.e., ninety percent) for HIV/AIDS in Tanzania are channeled through Christian organizations, despite the fact that Christians and Muslims each represent forty percent of the total population.¹² However, while resource mobilization and social service provision among Muslim as well as Christian revivalist groups display traits of activist involvement, they are also driven strongly by the goals of mission and *da'wa*. Furthermore, both in the examples of the DPC and TAMPRO, collective action was not directed specifically at HIV/AIDS, but rather broadly at the improvement of social and health conditions.

6. CONCLUSION: HOW TO UNDERSTAND A »POLITICAL PUBLIC« IN THE ERA OF HIV/AIDS

This chapter started out with the question of which factors were important for the emergence of activism and the formation of a political public in the era of HIV/AIDS in the United States, and about whether there have been instances of AIDS activism in Tanzania, either in secularized or in religious contexts. While the case studies that I have provided may not be exhaustive, they provide a sense of the various analytical categories that are – in combination – relevant for understanding the (non-)emergence of activist involvement and political publics in the context of an epidemic such as HIV/AIDS. In summarizing the various factors that may trigger activist involvement in a particular setting, it is helpful to make reference to instances of AIDS activism in »the West«, where activists were able to represent their goals and aspirations with public effect. The comparative perspective is essential for understanding the factors conducive to activism – and the formation of political publics – in certain specific local settings but not in others.

Political-social and epidemiological situation: While activist groups in the United States had previous experience with community involvement and social protest, the people infected with or affected by HIV/AIDS in Tanzania had little previous experience with collective (political) action. The

NGOs in Dar es Salaam in particular, where people with HIV/AIDS came together and shared their experiences and needs, could have become a fertile ground for socially and politically transformative action. However, in the absence of a strong civil society and a largely restrictive framework on NGO involvement, the activities of non-governmental actors – and of the people attached to them as clients and group members – remained largely confined to the premises of the NGOs themselves. Collective action is entangled closely with the specific epidemiological situation. In a generalized epidemic such as Tanzania's, where HIV affects (potentially) everyone, it is not easy to establish HIV as a mobilizing theme among the wider public; people's concerns are often broadly aimed at a general improvement of their (rather personal) living situations in terms of kinship, gender, work and religion. (Dilger 2012)

Institutional configurations: The civil society response to HIV/AIDS in Tanzania has been determined by a high degree of extraversion in terms of funding and agenda setting. Within the NGOs themselves, activist engagements were constrained by the mutual dependence between NGO workers and clients. Not only did the NGO clients depend on the NGO workers in terms of service provision; the NGOs also needed satisfied clients in order to attract further resources in an increasingly competitive funding market. With this, I do not mean to imply that activism is always inhibited by the availability of external funding; Greenpeace, for example, depends heavily on funding from mostly private foundations. However, in Tanzania the influence of external funding has created a space for the domination as well as empowerment of those on the receiving end. (See Pommerolle 2010) Furthermore, most of these transnationalized spaces of community action are becoming increasingly fragmented and fragile. What happens if financial resources are withdrawn? Who will have the capacity, resources and knowledge to remain involved as a mobilizer or activist? And what kind of political public can be created under these conditions at all?

Capital, charisma, class and gender: The example of the United States has shown that activism and public action require not only financial but also cultural and symbolic capital in order to lobby effectively for a specific cause. In particular, the ability to speak the »right« language and to articulate one's goals with the proper emotional and political impetus in the relevant forums is crucial for creating a sense of urgency and for being publicly heard. In Tanzania there were few individuals with a middle class background and access to influential individuals and networks who could

have driven and sustained an effective movement of activists. The potential activists in Tanzania who came together at the NGOs were mostly women with limited access to resources and capital. They were ill prepared (and also often not interested) to engage in collective action directed at the larger transformation of society. Furthermore, given the vulnerable position of women in their kinship groups and communities (Dilger 2005), becoming publicly involved in a stigmatized cause such as HIV/AIDS would have come at a high cost.

Intensity and directionality of public action: The Oxford Advanced Learner's Dictionary (1989) defines an activist as a »person who takes or supports vigorous action, especially for a political cause«. The qualifying adjective »vigorous« is defined as »strong, active, energetic« and »using forceful language«. While »vigorousness« and »strength« are difficult to measure, I maintain that a strong emotional involvement (mostly in the form of anger and fear, but also the hope for social and political change) were often intrinsic for the emergence of AIDS activism in »the West«. While the life worlds and biographies of people infected with and affected by HIV/AIDS in urban Tanzania were certainly shaped by comparable emotional experiences, their ability to translate anger and hope into mobilization for social and political change was limited. Furthermore, the mobilization of resources and ideas among religious groups was rarely channeled in relation to a specific topic such as HIV/AIDS. As the case studies of the Christian and Muslim organizations have shown, mobilization was motivated by a wide range of goals and aspirations, not only societal transformation but also proselytization and the service of God.

To conclude: While I would agree that there have been individuals in Tanzania who could be called AIDS activists, there has been no *AIDS activism* in the sense that individual efforts and aspirations have translated into publicly visible and effective modes of collective and sustainable action directed specifically at HIV/AIDS and social and political transformation. As experiences of AIDS activism in the United States and South Africa have shown, politically motivated collective action has been crucial in changing the course of the HIV/AIDS epidemic and for the constitution of a politically transformative public sphere around the common cause of HIV/AIDS. Furthermore, activist involvement has been important in challenging views and experiences at the community level and getting civil society actors involved in the responses to the epidemic.

In doing future research on political publics and activism *beyond* the era of HIV/AIDS in Africa – especially by religious actors who often subscribe to broader social and faith-oriented agendas and are frequently strongly involved in the formation of political publics (Osella/Soares 2010) – it will be important to ask whether the people we might consider to be activists, according to our analytical assumptions and definitions, identify themselves by this label. This will be crucial for understanding the kind of publics that can be – and are being – formed as the result of collective action by various religious actors and groups. The following quotation by Sheik Issa Othman – chairman of the development-oriented Mwinyi Baraka Foundation in Dar es Salaam – is illuminating:

Author: »Would you say that you are an activist?«

IO: (Laughs) »I remember one of my teachers was telling me ›Don't be part of the activists‹. Then I said ›Why?‹ ›Most of them they are talking, they are very active, but in terms of actions they are zero‹... So I don't think I would like to be part of those people who are called activists. But I think I am doing a very good job in terms of, you know, helping my community understanding the dangers of HIV/AIDS... To make them see the world the way the world is, you know, moving and going forward. Instead of closing their eyes and saying ›Ok, I am content with my mosque. I am content with what I have. I don't want anything else‹.¹³

Acknowledgments:

First versions of this chapter were presented at an International Summer School on »Religion, AIDS, and Social Activism in Africa« (July 2010, Kampala University, Uganda) and the lecture series on »Transnational Publics« (November 2011, Universität Mainz) on which this edited volume is based. I would like to thank the organizers of both events for their constructive comments which have been immensely helpful in preparing the final version of this text.

13 | Othman, Sheik Issa, Interview by author, Dar es Salaam, October 12, 2010.

BIBLIOGRAPHY

- Allen, Denise R. (2002): *Managing Motherhood, Managing Risk: Fertility and Danger in West Central Tanzania*, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bayart, Jean-François (2000): »Africa in the World: A History of Extraversion«, in: *African Affairs* 99, S. 217-267.
- Beckmann, Nadine/Bujra, Janet (2010): »The ›Politics of the Queue‹: The Politicization of People Living with HIV/AIDS in Tanzania«, in: *Development and Change* 41, S. 1041-1064.
- Beidelman, Thomas O. (1997): *The Cool Knife: Imagery of Gender, Sexuality, and Moral Education in Kaguru Initiation Ritual*, Washington DC: Smithsonian Institution Press.
- Booth, Karen M. (2004): *Local Women, Global Science. Fighting AIDS in Kenya*, Bloomington: Indiana University Press.
- Bujra, Janet/Mokake, Scholastica N. (2000): »AIDS Activism in Dar es Salaam: Many Struggles; a Single Goal«, in: Carolyn Baylies/Janet Bujra (Hg.), *AIDS, Sexuality, and Gender. Collective Strategies and Struggles in Tanzania and Zambia*, London: Routledge, S. 154-174.
- Cameron, Justice E. (2001): »Opening Address for the ›AIDS in Context‹ Conference«, University of the Witwatersrand, 04.-07. April.
- Clark, Elizabeth J. (2004): »(In/Out)side AIDS Activism: Searching for a Critically Engaged Politics«, in: *Journal of Medical Humanities* 25, S. 309-325.
- Crimp, Douglas/Rolston, Adam (1990): *AIDS Demo Graphics*, Seattle, WA: Bay Press.
- Dilger, Hansjörg (2001): »›Living PositHIVely in Tanzania‹. The Global Dynamics of AIDS and the Meaning of Religion for International and Local AIDS Work«, in: *afrika spectrum* 36(1), Special Issue »AIDS in Africa. Broadening the Perspectives«, S. 73-90.
- Ders. (2003): »Sexuality, AIDS and the Lures of Modernity: Reflexivity and Morality among Young People in Rural Tanzania«, in: *Medical Anthropology* 22(1), S. 23-52.
- Ders. (2005): *Leben mit Aids. Krankheit, Tod und soziale Beziehungen in Afrika. Eine Ethnographie*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Ders. (2007): »Healing the Wounds of Modernity: Community, Salvation and Care in a Neo-Pentecostal Church in Dar es Salaam, Tanzania«, in: *Journal of Religion in Africa* 37(1), S. 59-83.

- Ders. (2009): »Doing Better? Religion, the Virtue-Ethics of Development and the Fragmentation of Health Politics in Tanzania«, in: *Africa Today* 56(1), S. 89-110.
- Ders. (2012): »Targeting the Empowered Individual: Transnational Policy Making, the Global Economy of Aid, and the Limitations of Biopower in Tanzania«, in: Hansjörg Dilger/Abdoulaye Kane/Stacey Langwick (Hg.), *Medicine, Mobility, and Power in Global Africa: Transnational Health and Healing*, Bloomington: Indiana University Press, S. 60-91.
- Ellis, Stephen/Kessel, Ineke van (2009): »Introduction: African Social Movements or Social Movements in Africa?«, in: Dies. (Hg.), *Movers and Shakers: Social Movements in Africa*, Leiden: Brill, S. 1-21.
- Epstein, Steven (1996): *Impure Science: AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*, Berkeley: University of California Press.
- Farmer, Paul (1992): *AIDS and Accusation: Haiti and the Geography of Blame*, Berkeley: University of California Press.
- Haram, Liv (2004): »»Prostitutes« or Modern Women? Negotiating Sexuality in Northern Tanzania«, in: Signe Arnfred (Hg.), *Re-thinking Sexualities in Africa*, Uppsala: The Nordic Africa Institute, S. 211-229.
- Hardy, Richard P. (1998): *Loving Men: Gay Partners, Spirituality, and AIDS*, New York: Continuum International Publishing Group Ltd.
- Heald, Suzette (1999): *Manhood und Morality. Sex, Violence and Ritual in Gisu Society*, London: Routledge.
- Heilman, Bruce/Kaiser, Paul J. (2002): »Religion, Identity and Politics in Tanzania«, in: *Third World Quarterly* 23(4), S. 691-709.
- Ivaska, Andrew M. (2007): »In the »Age of Minis«: Women, Work and Masculinity Downtown«, in: James R. Brennan/Andrew Burton/Yusuf Lawi (Hg.), *Dar es Salaam: Histories from an Emerging African Metropolis*, Dar es Salaam: Mkuki na Nyota Publishers, S. 213-231.
- Joinet, Bernard/ Mugolola, Theodore (1995): *The Fleet of Hope – Towards an Adapted and Personalized AIDS Prevention Programme: Teacher's Book*, Dar es Salaam.
- Joinet, Bernard/Petit, Jean-Claude (2009): *Un Prêtre Face au Sida*, Paris: Editions du Jubilé.
- Kinsman, John (2010): *AIDS Policy in Uganda. Evidence, Ideology, and the Making of an African Success Story*, Houndmills: Palgrave McMillan.
- Marks, Shula (2002): »An Epidemic Waiting to Happen? The Spread of HIV/AIDS in South Africa in Social and Historical Perspective«, in: *African Studies* 61(1), S. 13-26.

- Marsland, Rebecca (2006): »Community Participation the Tanzanian Way: Conceptual Contiguity or Power Struggle?«, in: *Oxford Development Studies* 34(1), S. 65-79.
- Mattes, Dominik (2011): »We Are Just Supposed to Be Quiet: The Production of Adherence to Antiretroviral Treatment in Urban Tanzania«, in: *Medical Anthropology* 30(2), S. 158-182.
- Mercer, Claire (1999): »Reconceptualizing State-Society Relations in Tanzania: Are NGOs »Making a Difference«?«, in: *Area* 31(3), S. 247-258.
- Meyer, Birgit (2011): »Going and Making Public. Some Reflections on Pentecostalism as Public Religion in Ghana«, in: Harry Englund (Hg.), *Christianity and Public Culture in Africa*, Athens/Ohio: Ohio University Press, S. 148-163.
- Nguyen, Vinh-Kim (2005): »Antiretrovirals, Globalism, Biopolitics, and Therapeutic Citizenship«, in: Aihwa Ong/Stephen J. Collier (Hg.), *Global Assemblages: Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*, Oxford: Blackwell Publishing, S. 124-145.
- Osella, Filippo/Soares, Benjamin (Hg.) (2010): *Islam, Politics, Anthropology*, Oxford: Wiley-Blackwell.
- The Oxford Advanced Learner's Dictionary, 4th edition (1989). Oxford: Oxford University Press.
- Pommerolle, Marie-Emmanuelle (2010): »The Extraversion of Protest: Conditions, History and Use of the »International« in Africa«, in: *Review of African Political Economy* 37(125), S. 263-279.
- Probst, Peter (1999): »Mchape '95, or, The Sudden Fame of Billy Goodson Chisupe: Healing, Social Memory and the Enigma of the Public Sphere in Post-Banda Malawi«, in: *Africa* 69(1), S. 108-138.
- Reinwald, Brigitte (2006): »»Tonight at the Empire«: Cinema and Urbanity in Zanzibar, 1920s to 1960s«, in: *Afrique et Histoire* 5, S. 81-109.
- Robins, Steve (2004): »»Long Live Zackie, Long Live«: AIDS Activism, Science and Citizenship after Apartheid«, in: *Journal of Southern African Studies* 30(3), S. 651-672.
- Sabatier, Renée (1988): *Blaming Others. Prejudice, Race and Worldwide AIDS*, London: Panos Inst.
- Scheper-Hughes, Nancy (1993): »AIDS, Public Health, and Human Rights in Cuba«, in: *Lancet* 16, 342 (8877), S. 965-967.
- Slack, Paul (1992): »Introduction«, in: Terence Ranger/Paul Slack (Hg.), *Epidemics and Ideas: Essays on the Historical Perception of Pestilence*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-20.

-
- Smith, Raymond A./Siplon, Patricia D. (2006): *Drugs into Bodies: Global AIDS Treatment Activism*, Westport, CT: Praeger.
- Treichler, Paula (1992): »Aids, HIV and the Cultural Construction of Reality«, in: Gilbert Herdt/Shirley Lindenbaum (Hg.), *The Time of Aids. Social Analysis, Theory and Method*, Newbury Park: Sage, S. 65-98.

Websites

- The Eureka Sisters of Perpetual Indulgence: <http://www.eurekasisters.org/News.htm/> (last accessed: July 2, 2013)
- The Sisters of Perpetual Indulgence and their affiliated orders: <http://www.thesisters.org/> (last accessed: August 24, 2011).

»Für die Ausübung ihrer zukünftigen Freiheit« – Zur Deutung und Herstellung von Öffentlichkeit in einem Migrantinnenverein

ANNEMARIE DUSCHA

1. TRANSNATIONALE SOZIALE ARBEIT UND ÖFFENTLICHKEIT. EIN THEMENAUFRISS

Der vorliegende Artikel diskutiert aus Sicht der Sozialen Arbeit Prozesse der Herstellung von Öffentlichkeit in selbstorganisierten Unterstützungsaktivitäten am Beispiel einer brasilianischen Migrantinnenorganisation. Unter Rückbezug auf Nancy Frasers Reflexion zu einer »transnationalen Öffentlichkeit« (Fraser 2008) wird dabei rekonstruiert, wie grenzüberschreitende Öffentlichkeit von der Organisation entworfen und unterstützungsstrategisch gedeutet wird. Der Beitrag fragt nach der räumlichen Verortung von Öffentlichkeit im Hinblick auf ihre Generierung, ihr Bestehen sowie die ihr zugeschriebenen Wirkungen. Einleitend erfolgt ein Themenaufriß zum Zusammenhang von Transnationalisierung, Sozialer Arbeit und Öffentlichkeit.

Im Zuge der wachsenden Beschäftigung unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Disziplinen mit transnationalen Prozessen wird immer häufiger die Frage aufgeworfen, ob eine Perspektive, welche wie selbstverständlich Nationalstaaten als Bezugsrahmen ihrer Analysen wählt, Alltagsrealitäten von Menschen tatsächlich gerecht werden kann. In der Vielzahl der seit Beginn der 1990er Jahre veröffentlichten Literatur der *Transnational Studies* gilt als gemeinsamer Nenner, dass – insbesondere vor dem Hintergrund stetig wachsender globaler Vernetzungsprozesse auf nahezu allen gesellschaftlichen Ebenen – soziale Phänomene nicht länger als innerhalb der Grenzen eines nationalstaatlichen »Containers« verortbar aufgefasst

werden können. (Vgl. u.a. Pries 2010, Levitt/Jaworsky 2007) Vielmehr wird angenommen, dass »transnationale soziale Räume« (vgl. u.a. Faist 2000) jenseits des nationalstaatlichen Sozialraums entstehen. Sie werden verstanden als »combinations of ties, positions in networks and organizations, and networks of organizations that reach across the borders of multiple states. These spaces denote dynamic social processes, not static notions of ties and positions« (Faist 2000: 191). In der Konsequenz erfolgt die Einsicht, dass Menschen ihr Alltagsleben und ihre Identitäten nicht zwingend allein unter Bezugnahme auf einen nationalstaatlich gerahmten Sozialraum entwickeln und leben. (Vgl. Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1995)

An diese – vor allem migrationswissenschaftlich geprägten – Überlegungen anknüpfend, wird auch in der sozialpädagogischen Forschung die Bedeutung von Prozessen der Transnationalisierung diskutiert. (Vgl. u.a. Friesenhahn/Kniephoff-Knebel/Rickert 2009, Homfeldt/Schröer/Schwepe 2008a, Mecheril 2004, Reutlinger 2009, Reutlinger/Baghdadi/Kniffki 2010, Salustowicz 2009) Negi und Furman (2010) sehen die Kernaufgabe der Sozialen Arbeit darin, auf gesellschaftliche Veränderungen und somit auch auf Prozesse der Transnationalisierung zu reagieren und Menschen bei der Anpassung an Veränderungen zu unterstützen. Aus dieser Perspektive kann die Frage aufgeworfen werden, welche Problemlagen, Bedarfe und Strategien der Hilfe sich für die Soziale Arbeit in einer Welt ergeben, die durch wachsende Mobilität und expandierende Kommunikationsmöglichkeiten geprägt ist und zugleich Territorien nationalstaatlich ordnet und begrenzt. Ins Blickfeld rücken dabei sowohl mikro- als auch makrostrukturell angelegte Handlungsbedarfe. Einerseits werden individuelle Problemlagen und Hilfeansätze diskutiert, etwa die Möglichkeit, Transmigranten durch Aktivieren und Installieren grenzüberspannender privater und professioneller Netzwerke zu unterstützen. (Vgl. u.a. Furman/Negi/Schatz/Jones 2008) Andererseits wird aber auch gefragt, welches (sozial-)politische Mandat der Sozialen Arbeit im Sinne von Advocacy, Mobilisierung und Aktivismus für soziale Interessen zukommt. Nach Mohan/Clark Prickett (2010: 202) erfordern derlei Aktivitäten Makro-Sozialarbeiter (»Macro social workers«) mit einem Bewusstsein für »global forces influencing transmigrants, recognizing that social problems are international rather than just local«. Makro-Sozialarbeiter sollen demnach bei Unternehmen, internationalen Organisationen und lokalen Agenturen für soziale Gerechtigkeit werben und sich auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen weltweit gegen repressive Politiken einsetzen. (Ebd.: 199)

Die anwaltschaftlich ausgerichtete Makro-Sozialarbeit adressiert folglich solche Gegenüber, die mitnichten nur innerhalb der territorialen Grenzen eines Nationalstaates zu finden sind.

Betrachtet man die hier angerissenen Ideen einer solchen transnational informierten Sozialen Arbeit, so ergeben sich damit – insbesondere mit Blick auf die zuletzt beschriebene Handlungsstrategie der grenzüberspannenden »advocacy« (ebd.: 199) – fruchtbare Verknüpfungen zur Frage nach dem Bestehen, der Beschaffenheit und den Funktionen einer *transnationalen Öffentlichkeit*, wie sie z.B. in politikwissenschaftlichen und soziologischen Diskussionen aufgeworfen wurden. (Vgl. Fraser 2008, Castells 2008)

Mit der Konzeptualisierung einer »Transnationalisierung der Öffentlichkeit«, wie sie Fraser (2008) vornimmt, wird versucht, die Theorie der Öffentlichkeit im Anschluss an Habermas (1962) aus ihrem »westfälisch« geprägten Denkraum zu lösen und zentrale Ideen des Öffentlichkeitsbegriffs auf Prozesse der Transnationalisierung zu beziehen. Laut Fraser werde in der klassischen Theorie der Öffentlichkeit »stillschweigend eine örtlich begrenzte politische Gemeinschaft mit eigenem Territorialstaat vorausgesetzt« (ebd.: 19). In der Konsequenz seien Öffentlichkeit und der moderne Staatsapparat stets als miteinander korreliert beschrieben worden, Teilnehmer öffentlicher Debatten seien mit Staatsbürgern gleichgesetzt und mediale Öffentlichkeit territorialisiert worden, indem etwa nationale Printmedien oder der nationale Rundfunk zu zentralen Elementen von Öffentlichkeit erklärt wurden. Diese Selbstverständlichkeiten kritisierend, wirft Fraser die Frage auf, wie öffentliche Meinung jenseits des westfälischen Rahmens ihre »kritische Funktion ausüben« könne, sprich »die Kontrolle der Herrschenden und die Demokratisierung des Regierens« (ebd.: 24).

Unter Öffentlichkeit wird nach Fraser in der Demokratietheorie zunächst ein sozialer Raum, eine »kommunikative Arena« verstanden, »in dem die öffentliche Meinung durch einen kommunikativen Prozess gebildet wird« (ebd.: 18). Sie konstituiere sich im Wesentlichen durch ihre »normative Legitimität« sowie über die »politische Effektivität«, welche die öffentliche Meinung aufweise (ebd.: 18f.). Wenn nun für das Zustandekommen von Öffentlichkeit zentral sei, dass »in der öffentlichen Debatte [...] die reflektierte Vernunft der Zivilgesellschaft mobilisiert [wird], um die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen und sicherzustellen, dass sich im Handeln des Staates der Wille der Bürgerinnen und Bürger ausdrückt« (ebd.: 18), so setze dies zweierlei Tatbestände voraus,

die vor dem Hintergrund von Prozessen der Globalisierung und Transnationalisierung nicht zwangsläufig gegeben seien: Weder könne in globalen Arenen ohne Weiteres ausgemacht werden, welcher Adressat an die Stelle des Staates trete, d.h. inwiefern die öffentliche Meinung effektiv sei, noch könne von legitimen inklusiven politischen Prozessen ausgegangen werden, da zunächst zu definieren sei, wer die kommunikative Arena bilde, in der öffentliche Meinung entstehen soll (Inklusivität). Auch bestünden nicht für alle Menschen überall – also z.B. in jedem Nationalstaat – und in Bezug auf alles – etwa im Hinblick auf Erwerbsarbeit oder Wahlen – dieselben politischen Teilhaberechte, wie dies zunächst für die Bürgerschaft eines Nationalstaates angenommen wurde (Parität). Fraser schlägt an dieser Stelle vor, das Problem der normativen Legitimität im Hinblick auf die Frage der Inklusivität durch die Orientierung an dem »Prinzip der Betroffenheit« (ebd.: 31) aufzulösen. Dieses besage, »dass Menschen nicht durch geteilte Staatsbürgerschaft zu Mitgliedern einer Öffentlichkeit werden, sondern durch die wechselseitige Verstrickung in Strukturen und/oder Institutionen, die ihr Leben beeinflussen« (ebd.: 31). Bilden sie in einem paritätischen kommunikativen Prozess eine Meinung, so könne diese als legitim erachtet werden. Als Kontrollinstanz zur Sicherstellung paritätischer Teilhabe sieht sie zivilgesellschaftliche Organisationen und deren mediale Beiträge zur öffentlichen Meinung. Schwieriger als die Frage nach der *Legitimität* der öffentlichen Meinung gestaltet sich nach Fraser die Frage nach ihren *Adressaten* in einem transnationalen Raum. Diese zu bestimmen stelle bislang ein Desiderat dar, weil offengeblieben sei, in welcher Weise neue »transnationale öffentliche Gewalten« – als Organe zur Implementierung der öffentlichen Interessen – entstünden, die gegenüber einer transnationalen Öffentlichkeit verantwortlich gemacht werden könnten. (Vgl. ebd.: 32) Entsprechend wirft Fraser die Frage auf, inwiefern eine solche öffentliche Meinung als effektiv erachtet werden kann: An welchen Stellen wird sie in Recht oder administrative Macht übersetzt und inwiefern sind die adressierten Gewalten überhaupt »leistungsfähig«, also in der Lage, den öffentlich gebildeten Willen zu »implementieren«? (Vgl. ebd.: 31) Sie verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Öffentlichkeit und öffentlicher Wille erstens nicht mehr zwangsläufig auf einzelne nationalstaatliche Territorien und Gewalten entfallen und zweitens neben den »starken Öffentlichkeiten« von Staaten, deren »Deliberationsprozesse in souveräne Entscheidungen münden« (ebd.: 23), auch »die schwachen Öffentlichkeiten« der »Zivilgesellschaft, die

zwar eine öffentliche Meinung, aber keine bindenden Gesetze generieren« (ebd.: 23), existierten. Daran schließt die Frage an, welches demokratische Potenzial damit *transnationaler Öffentlichkeit* zukommen kann.

Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Der vorliegende Aufsatz greift die weiter oben angerissene Idee einer Öffentlichkeit erzeugenden transnationalen Sozialen Arbeit auf und legt die These zugrunde, dass transnationale Lebenswelten mitunter sozialpädagogische Bedürfnislagen konstituieren, die – fasst man ihre Akteure im Sinne Frasers als »betroffen« auf – mit der Notwendigkeit *transnationaler Öffentlichkeit* als zentralem Element sozialer Unterstützung einhergehen. Aus der Perspektive einer transnational aufgeschlossenen sozialpädagogischen Forschung werden daher die Gestalt und der Stellenwert einer transnationalen Öffentlichkeit in Prozessen sozialer Unterstützung explorativ beleuchtet. Am Beispiel der brasilianischen Migrantinnenorganisation *Mulher e.V.* wird nachvollzogen, wie in deren Unterstützungsverständnis eine (u.a. transnationale) Öffentlichkeit konstruiert und in Bezug zu Unterstützungsprozessen gesetzt wird. Dabei soll gezeigt werden, welche Akteure vom Verein als *Adressaten* von Öffentlichkeit entworfen werden. Auch wird reflektiert, inwiefern *Mulher* eine Öffentlichkeit mit *kritischer und demokratisierender Rolle* im Zusammenhang mit seinen Unterstützungsaktivitäten konstruiert.

2. SELBSTORGANISATION IM MIGRATIONSPROZESS: DAS BEISPIEL MULHER E.V.

Um die Auswirkungen von Transnationalisierung für die Soziale Arbeit zu analysieren, schlagen Homfeldt/Schröer/Schwepe (2006) vor, Prozesse »transnationaler sozialer Unterstützung« zum Gegenstand sozialpädagogischer Forschung zu machen.

Das Forschungskonzept der transnationalen Sozialen Unterstützung orientiert sich an den Prämissen einer adressatenorientierten Sozialen Arbeit, welche die Lebenswelt und somit die Wahrnehmungen und Deutungen sowie Fähigkeiten von Menschen in den Mittelpunkt rückt. (Vgl. Homfeldt/Schröer/Schwepe 2008b, Graßhoff 2013, Thiersch/Grunwald/Köngeter 2012) Zugleich setzt sie diese adressatenorientierte Perspektive in Bezug zu den gesellschaftlichen Strukturen, innerhalb derer Menschen leben, und analysiert mit dem Konzept der Agency Möglichkeiten und

Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit in diesen Strukturen. (Vgl. Homfeldt/Schröer/Schweppe 2008b) Von besonderer Bedeutung ist dabei, *transnationale soziale Räume als Lebenswelten* anzuerkennen und einzubeziehen. Indem der Fokus weniger auf Professionelle der Sozialarbeit gelegt wird, rücken die Adressaten insofern in den Mittelpunkt, als auch informelle Unterstützungsprozesse – als persönliche Unterstützungsressourcen jenseits sozialarbeiterischer Institutionen – Beachtung finden.

Selbsthilfeinitiativen von Migranten, so zeigt die sozialwissenschaftliche und insbesondere auch die sozialpädagogische Forschung, stellen Kontexte dar, in denen Menschen Wege beschreiten, um migrationsbezogene Belastungen zu mildern oder zu vermeiden. (Vgl. u.a. Latorre/Zitzelsberger 2011) Sie sind Orte, an denen Unterstützungsprozesse initiiert werden, und es liegt angesichts verschiedener Befunde über die transnationalen Aktivitäten von Migrantenorganisationen (vgl. u.a. Pries/Sezgin 2010) nahe, dabei auch die Frage aufzuwerfen, welche Rolle *Transnationalität* in den Hilfeprozessen der Organisationen spielt. Hinzu kommt, dass die Aktivitäten von Migrantenorganisationen auch im Hinblick auf die Frage nach der Herstellung transnationaler Öffentlichkeit vielversprechend erscheinen, wie Schwenken (2000) in ihrem Beitrag über die Rolle transnationaler Aktivitäten migrantischer Frauenorganisationen für die internationale Frauenbewegung zeigt. Sie vollzieht darin anschaulich nach, dass Migrantinnenorganisationen über eine starke transnationale Verankerung verfügen, der sie das Potenzial zuschreibt, den Organisationen angesichts der Internationalisierung politischer Prozesse politische und gesellschaftliche Stärke zu verleihen. Die in der bewegungssoziologischen Literatur »verbreitete Trennung in Selbsthilfeorganisationen und politische Organisationen« treffe »für die Selbstorganisation von Migrantinnen nicht zu« (ebd.: 137). Es sei vielmehr »charakteristisch, dass Selbsthilfeorganisationen auch durch eindeutige Stellungnahmen politisch und gesellschaftlich intervenieren« (ebd.: 138). Migrantenorganisationen können in diesem Sinne als Akteure in einer globalen Zivilgesellschaft gefasst werden. (Vgl. Castells 2008) Aus den angeführten Gründen erscheint die Betrachtung einer Migrantinnenorganisation fruchtbar, um die Beziehung von Transnationalisierung, sozialer Unterstützung zu explorieren und so herauszufinden, welchen Stellenwert eine *transnationale Öffentlichkeit* in Unterstützungsprozessen haben kann.

Der Verein *Mulher*, welcher in den folgenden Ausführungen betrachtet wird, verfügt über etwa 60 Mitglieder, besteht seit ca. 12 Jahren und

hat seinen Sitz sowie sein zentrales Wirkungsfeld in einer Großstadt in Deutschland. Ziel seiner Arbeit ist es, migrationsbedingte Belastungen brasilianischer Frauen, die in Deutschland leben, zu reduzieren bzw. diesen vorzubeugen. Besonders betont wird dabei die Arbeit des Vereins gegen Diskriminierung und Gewalt. Er finanziert seine Aktivitäten über Spenden, Mitgliedsbeiträge, den Verkauf brasilianischer Speisen auf Volksfesten sowie projektbezogene öffentliche Fördergelder.

Seine Aktivitäten umfassen telefonische und persönliche Beratung, Informationsveranstaltungen, Betreuungsarbeit im Strafvollzug, einen Kinderspielkreis sowie eine Kinderkrippe, die Repräsentation des Vereins auf öffentlichen Festen, einen Schönheitssalon und kleinere Publikationen über das Leben als Brasilianerin in Deutschland. Zu einer zentralen Arbeitsstrategie, die all diese Arbeitsbereiche durchzieht, erklärt der Verein *Netzwerkarbeit*, womit sowohl die Vernetzung betroffener brasilianischer Frauen untereinander und mit (Hilfe-)Akteuren als auch die Vernetzung des Vereins mit anderen Akteuren zum Zwecke der Umsetzung der Vereinsziele gemeint ist. (Vgl. Duscha 2013a) Die Herstellung von Öffentlichkeiten spielt im Zusammenhang dieser Netzwerkarbeit eine tragende Rolle, die im Folgenden nachvollzogen werden soll.

3. ZUM KONZEPT DER ÖFFENTLICHKEIT IM UNTERSTÜTZUNGSVERSTÄNDNIS DES MULHER E.V.

Öffentlichkeit wird in den Unterstützungsentwürfen des Vereins auf verschiedene Arten thematisiert: einerseits durch begriffliche Bezugnahme auf ein Konzept von Öffentlichkeit, andererseits durch die Beschreibung kommunikativer Prozesse, die – auf den ersten Blick – an das demokratietheoretische (transnationale) Öffentlichkeitskonzept Frasers erinnern. Es scheint also lohnenswert, beide Aspekte zu betrachten, ihren Zusammenhang zu hinterfragen und zu klären, ob hier Phänomene einer transnationalen Öffentlichkeit beschrieben werden und was diese zur Fundierung des Konzepts einer transnationalen Öffentlichkeit beizutragen haben. So lässt sich aus der Perspektive Frasers fragen:

- Welche ursächlichen Bedingungen, z.B. Belastungen, konstituieren die Gruppe der Betroffenen und die Motivation des Vereins, zu helfen?

- Inwiefern wird hier ein inklusiver und paritätischer Prozess der öffentlichen Meinungsbildung entworfen?
- Welche konkreten kommunikativen Prozesse sollen die öffentliche Meinung generieren und welche Bedingungen werden als Einflussgrößen auf diese Prozesse ausgemacht?
- Wer soll Adressat der öffentlichen Meinung sein, d.h. wer wird in der Verantwortung gesehen, Effekte dieser Öffentlichkeit zu initiieren?
- Schließlich: Welche Effekte werden antizipiert und angestrebt?

Doch was veranlasst den Verein überhaupt, Unterstützung leisten zu wollen? Und wie kommt es dazu, dass er Unterstützungsstrategien entwirft, die das Thema Öffentlichkeit explizit oder implizit enthalten? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen. Die diesbezüglichen Ausführungen stützen sich auf die Analyse des Gründungsdokumentes des Vereins.

3.1 Migrationsbedingte Belastungen als Ausgangspunkt der Vereinsaktivitäten

Als Ausgangspunkt seiner Unterstützungsaktivitäten schildert der Verein die komplexen Probleme und Belastungssituationen brasilianischer Frauen in Deutschland, die er als Prozesse des »Leidens« beschreibt. Sie finden ihren Anfang in Marginalisierungserfahrungen im Herkunftsland sowie im Prozess der Migration nach Deutschland, was mikrostrukturell gedeutet wird, etwa wenn im untersuchten Dokument enttäuschende oder gefährdende Ehekonstellationen angesprochen werden, aber auch makrostrukturell, wenn internationale politische und wirtschaftliche Beziehungen als Ursache armutsgeprägter Lebensbedingungen in Brasilien ins Spiel gebracht werden. D.h. von Belastungen betroffene Akteurinnen werden in der Deutung des Vereins als eingebunden in eine globale soziale Umwelt erachtet. Die Belastungen, welche der Verein seitens der Frauen konstatiert, reichen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung einerseits, bis hin zu Einsamkeit und Ehekonflikten in binationalen Partnerschaften andererseits. Als Gemeinsamkeit der Frauen können, bei aller Verschiedenheit ihrer Lebenssituationen, das weibliche Geschlecht sowie die brasilianische Herkunft ausgemacht werden, die durch den Verein zu zentralen Merkmalen einer Gruppe der »Brasilianerinnen in Deutschland« homogenisiert werden.

Schon in der Darlegung der Problemlagen der Frauen spiegelt sich wider, dass der Verein sich bei der Deutung und Kontextualisierung der Probleme seiner Zielgruppe nicht allein an nationalstaatlichen Kategorien orientiert. Während mit der »politischen und ökonomischen Entwicklung sowohl innerhalb der armen Länder, als auch zwischen den armen und reichen Ländern« (Gründungsdokument) nationalstaatliche Akteure eingeführt werden, beschreiben die Belastungen zusammengenommen eine Gemengelage aus Unwägbarkeiten, die irgendwo im *Dazwischen* des Migrationsprozesses angesiedelt sind: zwischen kulturellen Zugehörigkeiten und Gewohnheiten, gesetzlichen Regelungen zur Wanderung – etwa dem Aufenthaltsrecht – und diffusen informellen (oft kriminellen) Strukturen, wie dem »internationalen Frauenhandel« oder »dubiosen Ehevermittlern« (Gründungsdokument).

3.2 Bildung als Grundlage öffentlichkeitsbasierter Unterstützung

Weiter oben wurde bereits darauf verwiesen, dass der vom Verein selbst eingebrachte Begriff der »Netzwerkarbeit« (Gründungsdokument) eine wesentliche Handlungsidee umreißt, um die in 3.1 dargestellten Problemlagen der brasilianischen Frauen in Deutschland anzugehen. Sie folgt der Vorstellung, dass die Ausbildung von Kontakten zwischen Akteuren grundlegend für deren Bewältigungsprozesse ist. Diese Idee basiert auf drei miteinander verwobenen Bedarfen, die seitens brasilianischer Frauen in Deutschland konstatiert werden:

1. einem »enormen Informations-[bedarf],
2. Kommunikations-[bedarf] und
3. Diskussionsbedarf« (Gründungsdokument).

Jene Bedarfe seien es, die den Lebenssituationen der Frauen zugrunde liegen, ganz gleich, in welcher konkreten Lebenssituation sich diese befänden: »ob Opfer von Frauenhandel, ob im Prostituiertenmilieu oder in bürgerlichen Familienstrukturen beheimatet« (Gründungsdokument).

In dieser Vorstellung des Vereins sind es aktive Bildungsprozesse, die zur Bewältigung beitragen: »Denn Information ermöglicht die ständige Erweiterung unserer Bildung, verstärkt unsere kommunikativen und affektiven Fähigkeiten, beeinflusst unsere Lebens- und Denkweisen und

schaftt zudem eine neue Perspektive für das Leben als Ganzes« (Vereinshandbuch). Erst indem sich die betroffenen Frauen in soziale Zusammenhänge begeben und mit ihrer Lebenssituation diskursiv auseinandersetzen, wird Veränderung denkbar, werden diese zu Akteurinnen, die nicht länger »apathisch im Kreis sitzen«, sondern sich für »aktives Handeln als Reaktion auf ihre desolaten Zukunftsaussichten« entscheiden (Vereinshandbuch).

So werden in der Gründungsphase des Vereins in erster Linie Begegnungen zwischen Brasilianerinnen arrangiert und Alltagsprobleme in gemeinsamen Seminaren thematisiert, etwa der Zusammenhang von Migration und Gesundheit oder praktische Fragen der Ausländergesetzgebung Deutschlands. Frauen erhalten Informationsbroschüren; zum zehnjährigen Bestehen publiziert der Verein ein »Handbuch«, das sich eigens der Information über das Leben als brasilianische Migrantin in Deutschland widmet. Von Beginn an hat die so gerahmte Arbeit des Vereins aber auch eine weitere – zivilgesellschaftliche – Dimension, die über das Ansprechen betroffener Frauen und individuelle Interventionen hinausgeht. Auf dieser zivilgesellschaftlichen Ebene verortet sich der Verein folgendermaßen:

»Mit Ausbreitung des Neoliberalismus geben die Staaten heute immer mehr die Hauptverantwortung für die Erarbeitung und Ausführung allgemeiner Sozialpolitik ab. Die Aufgabe wird mehr und mehr zwischen Staat und Gesellschaft aufgeteilt. Die Konsequenz daraus ist, dass die freiwillige Arbeit, wie wir sie heute kennen, zu einem der Basisinstrumente der Zivilgesellschaft geworden ist, und das nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch auf anderen Gebieten, wo die Bürgerbeteiligung eine wertvolle Vervollständigung öffentlichen Handelns ist.« (Vereinshandbuch)

Der Verein sieht seine Rolle innerhalb der Gesellschaft demnach in der Kompensation eines immer schlankeren Staates, der bedingt durch neoliberale Prozesse zunehmend die sozialpolitische »Hauptverantwortung« an zivilgesellschaftliche Akteure abgibt. Zugleich wird in diesem Auszug aus dem Vereinshandbuch die Mitsprache von Bürgern durch zivilgesellschaftliche Akteure angesprochen. Indem sich der Verein an dieser Stelle selbst als zivilgesellschaftliche Akteurin fasst, gewinnt Bildung die Bedeutung, Frauen durch Bildung für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Dahinter steht die Ansicht, dass »die Lage der Frauen in der Welt insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitsmigration und im Kampf für

Menschenrechte sich nur in dem Maße verbessern kann, wie wir als Frauen in der Gesellschaft und in der Politik aktiv werden« (Gründungsdokument). D.h., dass nicht nur in der Konstruktion von Belastungsursachen eine makrostrukturelle Verortung vorgenommen wird, sondern, dass auch die Handlungen zur Problemlösung in einem über die betroffenen Individuen hinausgehenden Kontext gedacht werden.

Gleichzeitig konturiert der Verein hier einen Aspekt von Öffentlichkeit, der bei Nancy Fraser zwar angerissen, jedoch nicht genauer betrachtet wird: Während Fraser mit dem Kriterium der Legitimität die Frage, wie paritätische Kommunikationsprozesse zustande kommen können, nur am Rand streift, liegt ein besonderes Augenmerk des Vereins auf eben diesem Aspekt:

Wie kann gewährleistet werden, dass alle in spezifische Strukturen bzw. Institutionen involvierten Akteure – alle »Betroffenen« – in Kommunikationsprozesse inkludiert werden, d.h. gleiche Möglichkeiten der Teilhabe haben?

Die Ermächtigung zur Teilhabe an demokratischen kommunikativen Prozessen geraten mit den Unterstützungsaktivitäten des Vereins in den Fokus. Die von Belastungen betroffenen Frauen werden vom Verein als ohnmächtig, ausgebeutet oder »an den Rand der Gesellschaft gedrängt« (Gründungsdokument) konstruiert. Dieses Szenario intendiert der Verein zu ändern; dabei geht es ihm um eine Mobilisierung von Frauen und konkret darum, »die Angst vor der öffentlichen Meinungsäußerung« (Vereinshandbuch) zu überwinden. Bezogen auf Unterstützung sind – wie hier gezeigt wurde – demnach zuerst die Voraussetzungen für Öffentlichkeit zu reflektieren und zu schaffen, bevor nach den Adressaten von Öffentlichkeit – also denjenigen, die Öffentlichkeit letztendlich hören sollen – und den Effekten der Herstellung von Öffentlichkeit gefragt werden kann. Eine Arbeitsstrategie, die hierfür im Kontext von Bildung und Mobilisierung vom Verein relevant gemacht wird, ist die so bezeichnete »Öffentlichkeitsarbeit«. Sie steht wie ein Bindeglied zwischen ratsuchenden brasilianischen Frauen, dem Verein, politischen Institutionen und einer »Gesellschaft«, die als eine Instanz gedeutet wird, die brasilianische Frauen »an den Rand drängt« und ihnen Handlungschancen vorenthält.

3.3 »Öffentlichkeitsarbeit« und die Herstellung von Öffentlichkeit

Im Gründungsdokument des Vereins, dem ersten Jahresbericht, findet sich – eingebettet in die Schilderung der Vereinsaktivitäten – das Stichwort der »Öffentlichkeitsarbeit«. Diese wird wie folgt ausgeführt:

»MULHER wendet sich an die deutsche Öffentlichkeit in Form von Informationsveranstaltungen, Interviews, und insbesondere in Form der Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen, die über die spezifische Situation brasilianischer Frauen oft nur unzureichend unterrichtet sind. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit ist es, die Öffentlichkeit gegenüber der Problematik der weltweiten Migration zu sensibilisieren, Ängste und Vorurteile abzubauen und die Migrantinnen als Mitglieder dieser Gesellschaft zu akzeptieren«. (Gründungsdokument)

Öffentlichkeitsarbeit kann somit gefasst werden als informative Handlung, welche der Verein – gerichtet auf die betroffenen Frauen oder gesellschaftliche Akteure, insbesondere Frauenorganisationen – durchführt. Vor dem Hintergrund der oben dargelegten Bildungsstrategie sollen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit demnach Bildungsprozesse bei brasilianischen Migrantinnen erzeugen, um diesen eine Stimme in der Öffentlichkeit zu verleihen. Sie zielen aber auch darauf ab, weitere gesellschaftliche Akteure zu kompetenten Akteuren im Themenfeld weiblicher brasilianischer Migration nach Deutschland zu machen. Als Beispiel werden Frauenorganisationen angeführt, die – neben den an anderer Stelle angeführten Sprachbarrieren – Kenntnisse über brasilianische Migration nach Deutschland entbehren und daher bislang als ungeeignete Hilfeakteure erachtet werden: »Sowohl öffentliche Stellen als auch gemeinnützige Frauenorganisationen sind für diese in Not geratenen Frauen aus verschiedenen Gründen nicht erreichbar«. (Gründungsdokument)

Medien als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit

Unter anderem um öffentliche Stellen zu erreichen, sind Medien in der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins von zentraler Bedeutung. Verstanden als ein Mittel zur Herstellung von Öffentlichkeit, werden sie durch den Verein einerseits in ihren positiven andererseits aber auch negativen Wirkungen für brasilianische Frauen in Deutschland gedeutet.

In ihrer positiven Wirkung sind Medien für den Verein Instrument seiner Arbeit. So dienen sie dazu, mit der Zielgruppe in Kontakt zu bleiben, aber auch der Interessenvertretung *nach außen*. Zu den vom Verein genutzten Medien gehören Interviews für Zeitungen und Radiosender in Deutschland und Brasilien, die Vereinshomepage, auf der man eine Selbstdarstellung findet, eigene gedruckte Publikationen – wie Flyer und das Vereinshandbuch – die über Veranstaltungen und das Leben als brasilianische Migrantin in Deutschland informieren, sowie ein regelmäßiger Rundbrief. Dazu wird konstatiert: »Das Handbuch stellt einem großen Publikum gemeinnützige Informationen zur Verfügung, die für viele hilfreiches Werkzeug sein könnten für die Ausübung ihrer zukünftigen Freiheit«. (Vereinshandbuch) Die Informationen, welche der Verein bereitstellt, fasst er dem Zitat nach als »gemeinnützig« und dem Wohle einer von ihm vorgestellten Gemeinschaft dienend auf. In oder mit dieser Gemeinschaft soll mithilfe von Medien wie dem Handbuch eine kommunikative Arena erzeugt werden, in der Öffentlichkeit hergestellt wird. Dieser Öffentlichkeit schreibt der Verein eine durch Bildungsprozesse getragene Wirksamkeit im Hinblick auf die »zukünftige Freiheit« brasilianischer Migrantinnen zu. Die »Freiheit« der Migrantinnen kann hierbei als Kurzformel für die erfolgreiche Bearbeitung der komplexen Bewältigungsaufgaben verstanden werden, welche sich aus den Lebensbedingungen brasilianischer Frauen im Migrationsprozess ergeben.

Neben der Funktion, brasilianische Frauen bei Bewältigungsaufgaben zu unterstützen, werden Medien auch als Bestandteil von Präventionsaktivitäten aufgefasst. Zu denken ist hier an ein Treffen von NGOs zum Thema *Frauenhandel*, das der Verein im Jahr 2006 in Brasilien zur Vorbeugung der sexuellen Ausbeutung von Frauen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland organisierte. In diesem Zusammenhang wurden Kontakte zu Journalisten in Brasilien und Frankreich aufgenommen, um die bei dem Treffen zusammengetragenen Informationen über Frauenhandel publik zu machen und eine Öffentlichkeit für dieses Problem zu schaffen. Unter anderem wurde dabei angenommen, dass gefährdete Frauen auf diesem Wege für Strukturen des Frauenhandels sensibilisiert und vor einer Verschleppung bewahrt werden könnten.

Gleichwohl sind Medien im Zusammenhang der Öffentlichkeitsarbeit mehr als ein Instrument positiver Veränderung. In ihrer negativen Wirkung sind Medien aus Vereinssicht auch Verstärker von Vorurteilen, die von brasilianischen Migrantinnen als belastend erlebt werden und gegen

die sich der Verein positioniert, indem er Mulher e.V. als einen Zusammenschluss von Frauen charakterisiert, »die das *unseriöse Etikett* nicht akzeptieren und noch weniger ihre Stellung als Opfer. Im Gegenteil, sie wollen durch ihre Arbeit ein anderes Bild von der brasilianischen Frau aufzeigen, fern vom erklärten Image, das sich in den Medien verkaufen lässt«. (Vereinshandbuch) Öffentlichkeitsarbeit mithilfe von Medien richtet sich also auch gegen medial erzeugte Öffentlichkeiten, die negative Wirkungen auf das Leben brasilianischer Frauen entfalten.

Die Verknüpfung von Gesellschaft und Öffentlichkeit in der Öffentlichkeitsarbeit

In der Konstruktion des Vereins wird Öffentlichkeit eng verknüpft mit »Gesellschaft«. Gesellschaft erscheint dabei als ein Konstrukt, das potenziell grenzüberschreitend angelegt ist, wie die Bezugnahme auf eine gestaltbare »multikulturelle europäische Gesellschaft« an einer Stelle des Gründungsdokuments zeigt. An anderen Stellen scheint Gesellschaft hingegen implizit auf die Bevölkerung *in* Deutschland bezogen zu werden. Der Gesellschaftsbegriff bleibt damit diffus. In der Gesellschaft gilt es, Veränderungen herbeizuführen, indem die Akzeptanz der Migrantinnen als »Mitglieder dieser Gesellschaft« erreicht wird. Die Art und Weise, wie diese Veränderung erreicht werden kann, wird an »die Öffentlichkeit« geknüpft. Diese wiederum wird als »deutsche Öffentlichkeit« gelabelt, ohne zu präzisieren, was hierbei das »deutsche« ausmacht. Analytisch betrachtet kann hier zum Verhältnis von Gesellschaft und Öffentlichkeit festgestellt werden, dass im Verständnis Mulhers nicht Gesellschaft zu sensibilisieren ist, sondern Öffentlichkeit in Bezug auf ihr machtvolles Wissen, um schließlich Veränderungen im Leben der Brasilianerinnen zu erreichen. Im Anschluss an die hier zugrunde gelegte wissenssoziologische Betrachtungsweise (vgl. Berger/Luckmann 2003) stellt die von dem Verein geleistete Unterstützung einen Akt der Bildung dar, in deren Vollzug kollektives Wissen modifiziert werden muss, um auf der Ebene gesellschaftlichen Handelns Veränderungen zu ermöglichen. Eine solche Modifikation könnte beispielsweise darin gesehen werden, dass man versucht, in Publikationen auf die besonderen Kompetenzen brasilianischer Frauen hinzuweisen, um sie nicht auf die Rolle des Opfers zu reduzieren und als gesellschaftliche *Belastung* zu konturieren. Dies geschieht etwa, indem im Gründungsdokument auf die »interkulturellen Kompetenzen« brasilianischer Frauen und deren Nützlichkeit für die Gestaltung einer »toleranten« und »multikultu-

rellen« europäischen Gesellschaft hingewiesen wird. Insgesamt ist interessant, dass Öffentlichkeit – wie oben bereits angesprochen wurde – als »die deutsche Öffentlichkeit« kategorisiert wird. So entsteht der Eindruck, dass Öffentlichkeit etwas national Gerahmtes sei, während die Möglichkeit einer grenzüberspannenden Gesellschaft dennoch prinzipiell denkbar erscheint. Wie aber kann diese Vorstellung mit der folgenden Feststellung des Vereins in seinem Gründungsdokument zusammengedacht werden?

»Basisarbeit mit brasilianischen Frauen hier in Deutschland erfordert zugleich eine enge Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen in Brasilien. Diese bilaterale Zusammenarbeit ist unverzichtbar, um sich gegenseitig hinsichtlich des politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Kontextes der Frauenmigration auf dem Laufenden zu halten und Vereinfachungen und Missverständnissen vorzubeugen«. (Gründungsdokument)

Hinzu kommen Interviewpassagen mit Mitgliedern, die nach eigenen Angaben Exemplare des Vereinshandbuchs in öffentlichen Stellen in Brasilien platzierten, um migrationswilligen Brasilianerinnen zuverlässige Informationen über das Leben in Deutschland zugänglich zu machen. Auch die oben angesprochene NGO-Konferenz in Brasilien zur Bekämpfung von Frauenhandel stellt diesen Eindruck einer national begrenzten Öffentlichkeit infrage. (Vgl. Duscha 2013a) Die Akteure, die mit den Vereinsaktivitäten angesprochen werden, bewegen sich keineswegs nur innerhalb der Grenzen Deutschlands. Was hier als Öffentlichkeit konstruiert wird, setzt sich aus individuellen und kollektiven Akteuren – z.B. Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen – zusammen, die mitnichten nur auf einen Nationalstaat bezogen werden können. Weshalb also spricht der Verein von einer »deutschen Öffentlichkeit«?

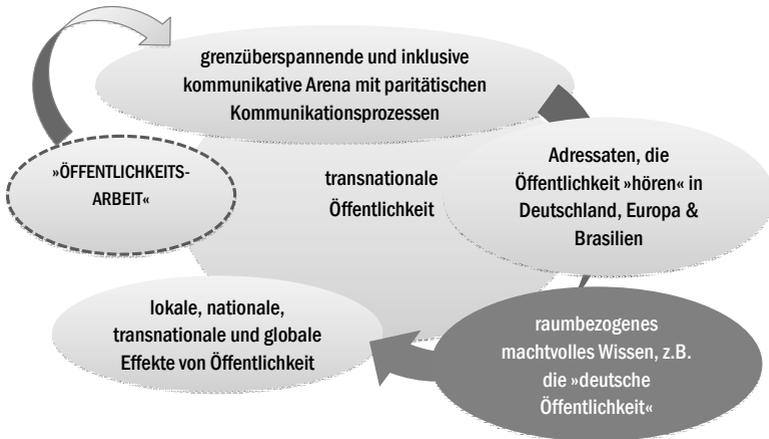
Meines Erachtens wird dies nachvollziehbar, wenn man davon ausgeht, dass im Verständnis des Vereins multiple Akteure existieren, welche Öffentlichkeit hören und in ihrem Handeln berücksichtigen können. Handeln schlägt sich dann in spezifischen, mitunter nationalstaatlich geprägten Sozialräumen nieder. In dieser Logik wäre die »deutsche Öffentlichkeit« diejenige Öffentlichkeit, die Effekte in einem durch den deutschen Nationalstaat geprägten Sozialraum zeitigt. Dies muss jedoch nicht notwendigerweise heißen, dass solche *Adressaten* von Öffentlichkeit nur auf der Ebene politischer Machthaber angesiedelt sein können. Auch Fraser differenziert zwischen den »starken Öffentlichkeiten« des Staates und »schwachen Öff-

fentlichkeiten« der Zivilgesellschaft. (Vgl. Fraser 2008: 23) So ist zudem denkbar, dass hier mit dem Attribut »deutsche« auf ein kollektives Wissen verwiesen wird. Gedacht werden könnte etwa an Stereotype, die sich auf die Arbeit von als »deutsch« gedeuteten Frauenorganisationen mit brasilianischen Migrantinnen auswirken. Dies kann *direkt* erfolgen, indem sich Stereotype in den Unterstützungskonzepten der Organisationen auf diskriminierende Weise widerspiegeln, oder *indirekt*, indem die Organisationen *nach außen* Stereotype reproduzieren und so öffentliche Meinung mitgestalten. Eine *direkte Stereotypisierung* könnte beispielsweise bedeuten, dass das Vorurteil, brasilianische Migrantinnen seien in erster Linie Opfer machtasymmetrischer Geschlechterbeziehungen, reproduziert wird, was dazu führen kann, dass seitens einer Organisation binational verheirateten Frauen per se eine unglückliche und für sie nachteilige Ehe unterstellt wird. So könnte es passieren, dass organisationale Unterstützungsangebote vordergründig eheliche Gewalt thematisieren, anstatt andere Bewältigungsaufgaben – etwa die Arbeitsmarktintegration – in den Blick zu nehmen. Dasselbe Vorurteil könnte aber auch in als *gutgemeint* deklarierten Medienkampagnen reproduziert werden, sodass Frauen im Alltag immer wieder rechtfertigen müssten, eine binationale Ehe eingegangen zu sein.

Eine Organisation wie Mulher e.V., die sich die Veränderung solcher Situationen und den Abbau von Stereotypisierungen zur Aufgabe macht, stellt eine machtvolle Akteurin für Veränderungsprozesse dar, deren Agieren sich im Leben der brasilianischen Frauen niederschlagen kann.

Zusammenfassend kann hier festgestellt werden, dass die Handlungsermächtigung belasteter brasilianischer Frauen durch Bildungsprozesse forciert wird, deren tragender Akteur Mulher e.V. ist. (Vgl. Kapitel 3.2) Er fungiert mit seiner Öffentlichkeitsarbeit als direkter Hilfeakteur für die Frauen, aber auch als Multiplikator. Mulher e.V. konstruiert eine kommunikative Arena, die nationalstaatliche Grenzen überspannt und in der öffentliche Meinung im Interesse brasilianischer Migrantinnen mitgestaltet wird. So wird die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zu einem Bindeglied zwischen betroffenen brasilianischen Frauen und weiteren gesellschaftlichen Akteuren in Brasilien und Deutschland. Neben dem Aspekt der Bildung im Sinne einer Bewusstmachung der eigenen Lebenssituation wird auch die Mobilisierung der Frauen für ihre Interessen angestrebt. Diese Interessen werden hier zunächst auf das physische Lebensumfeld der Frauen in Deutschland bezogen und es wird davon ausgegangen, dass die in diesem territorialen Rahmen wirksame öffentliche Meinung eine poli-

Abbildung 1:
Öffentlichkeitsarbeit in der Konstruktion des *Mulher e.V.*



tische oder kulturelle Bindung an den Nationalstaat Deutschland aufweist und für die Alltagserfahrungen brasilianischer Frauen zentral ist. Die so konstruierte »deutsche Öffentlichkeit« wird demnach zwar zum einen nationalstaatlich gedacht, zum anderen aber grenzüberspannend produziert; so adressiert sie Akteure auch jenseits der nationalstaatlichen Grenzen und Akteursgruppen, wird jedoch nur als *national* wirksam verstanden.

Im Unterschied zur Konzeption Frasers scheint hier eine weitere Ebene – die des Wechselbezugs von nationaler und transnationaler Öffentlichkeit – eingeflochten zu sein. Entsprechend beschreibt die Formulierung »deutsche Öffentlichkeit« nationalgesellschaftliche Prozesse als initiiert durch eine *transnationale Öffentlichkeit*. So wirkt der Begriff der »deutschen Öffentlichkeit« zwar auf den ersten Blick wie der Entwurf einer *unabhängigen* »deutschen Öffentlichkeit«. Tatsächlich wird diese aber eng verknüpft mit grenzüberschreitenden Prozessen einer transnationalen Öffentlichkeit.

Hier kann nun die Frage aufgeworfen werden, ob die *Wirkungen von Öffentlichkeiten* durch den Verein immer als gebunden an nationalstaatliche Einheiten gedacht werden oder auch transnational eine Wirkung entfalten können. Hat die durch den Verein hergestellte Öffentlichkeit ausschließlich Effekte im als national verstandenen Sozialraum des Ankunftslandes oder auch über diesen hinaus in anderen sozialen Räumen? Werden vom Verein Nationalgrenzen überspannende Räume gedacht, innerhalb derer Öffentlichkeit Effekte zeitigt?

Um dies genauer zu ergründen, wende ich den Blick auf die Aktivitäten des Vereins im *Netzwerk der Brasilianerinnen und Brasilianer in Europa*.

3.4 Vernetzung und Lobbying im Netzwerk der Brasilianerinnen und Brasilianer in Europa

Zu einer der zentralen Aktivitäten des Mulher e.V., bei denen Prozesse der kollektiven Meinungsbildung im Mittelpunkt stehen, gehört zweifelsohne das Engagement im *Netzwerk der Brasilianerinnen und Brasilianer in Europa*. (Vgl. Rede de Brasileiras e Brasileiros na Europa 2013) Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss aus Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen brasilianischer Migranten in Europa, die sich in jährlich stattfindenden Konferenzen über die Situation brasilianischer Migranten in Europa austauschen und auf dieser Grundlage Forderungen erarbeiten, mit denen sie vornehmlich die brasilianische Regierung adressieren, die auf diesem Weg dazu gebracht werden soll, auch mit Ländern mit kleinerem Anteil brasilianischer Migranten, Abkommen auszuhandeln. So berichtet die Vizepräsidentin des Vereins in einem Interview von einem intensiven Austausch zwischen brasilianischen Migranten unterschiedlicher Ankunftsländer und konstatiert, dass die brasilianische Regierung – insbesondere bei Abkommen mit Ankunftsländern, in denen wenige brasilianische Migranten leben – zu zurückhaltend sei. Sie mache im Hinblick auf derlei Abkommen »gar nix« und beschränke sich auf »Abkommen mit den Ländern [...], wo viele Brasilianer sind«, etwa Japan, wo der Vizepräsidentin zufolge 300.000 Brasilianer lebten.

Das Ziel des Netzwerkes besteht folglich darin, »dass das Außenministerium ein bisschen aktiver wird in bestimmten Abkommen [...] zum Beispiel Berufsanerkennung, die Rentenversicherung und solche Geschichten«. Als Ort, an dem die Forderungen der im Ausland lebenden Brasilianer Gehör finden können, hat sich die in regelmäßigen Abständen stattfindende Konferenz des brasilianischen Außenministeriums »Brasilianer in der Welt« (vgl. Brasileiros No Mundo 2013) in Rio de Janeiro etabliert, zu denen die brasilianische Regierung zivilgesellschaftliche Vertreter aus den Ankunftsländern brasilianischer Migration einlädt, um sich mit diesen auszutauschen. Im Juli 2008 habe es – so berichtet die Vizepräsidentin des Vereins weiter – die erste Konferenz von Brasilianern außerhalb Brasiliens gegeben, zu der das brasilianische Außenministerium etwa 80 Vertreter »von der Zivilgesellschaft außerhalb Brasiliens« eingeladen habe.

In begrenztem Maße finanziere sie Vertretern der Auslandsbrasilianer die Teilnahme an dieser Konferenz, wobei man versuche, die Einladungen an der Zahl der Brasilianer in den jeweiligen Ankunftsändern und -regionen zu orientieren. Dies ist insofern interessant, als es dazu beiträgt, dass in Europa, wo weniger Einladungen als Ankunftsänder von Brasilianern vorliegen, nun versucht wird, demokratische Prozesse der Interessenvertretung zu installieren. Hierbei fungiert jedoch nicht Europa als alleiniger Bezugspunkt, sondern es werden zunächst innerhalb nationalstaatlicher Grenzen Vertreter gewählt, die dann innerhalb des Netzwerkes als Vertreter bei der Konferenz in Rio bestimmt werden können. Die Organisationsprozesse werden getragen durch verschiedene Internetplattformen sowie lokale Treffen, bei denen die migrierten Brasilianer Gelegenheit zu »face-to-face« Diskussionen haben. Der Verein partizipiert an diesem Netzwerk durch eine Vertreterin, welche die Vereinsinteressen als Interessen der Brasilianerinnen in Deutschland einbringen soll.

Aus einer wissenssoziologischen Perspektive kann argumentiert werden, dass im Zuge dieser grenzüberschreitenden Vernetzungs- und Austauschprozesse ein gemeinsames kollektives Wissen über das Leben als Migrant in Europa generiert wird. (Vgl. Duscha 2013b) Greift man diesen Gedanken auf und bezieht ihn auf die Frage nach einer transnationalen Öffentlichkeit, so könnte dieses Wissen als öffentliche Meinung verstanden werden, die von einer Gruppe hervorgebracht wird, welche sich aufgrund einer als demokratisch verstandenen Vertreterstruktur als inklusiv auffasst. Diese Gruppe adressiert die brasilianische Regierung, um sie durch Forderungen zu Handlungen – in diesem Fall zu internationalen Abkommen – zu bewegen, welche schließlich Effekte in den jeweiligen Ankunftsändern zeigen sollen, indem sich die Lebenssituation brasilianischer Migranten dadurch verändert. Auch im Falle des »Netzwerks der Brasilianerinnen und Brasilianer in Europa« wird eine *transnationale Öffentlichkeit* entworfen, die ihre Effekte im Kontext einzelner Nationalstaaten zeitigt. Dies erscheint an dieser Stelle insofern plausibel, als das Erreichen von gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der geleisteten Lobbyarbeit von vornherein als politische Aufgabe betrachtet wird und Politik in vielfacher Hinsicht noch immer nationalstaatlich strukturiert wird. Es bedeutet jedoch nicht, dass in politischen Anliegen nur nationalstaatliche Akteure als Adressaten infrage kommen. Für die hier angerissenen Anliegen wäre durchaus denkbar, dass die Europäische Union und deren politische Gremien einbezogen würden. Das aber scheint nicht der Fall zu sein. Möglicherweise

wird die Europäische Union nicht als »leistungsfähiger« Akteur im Hinblick auf die gemachten Forderungen eingeschätzt. So werden die *Wirkungen* von Öffentlichkeit vornehmlich in Bezug auf das als national strukturiert wahrgenommene Ankunftsland gedacht, auch wenn die übrigen Prozesse von Öffentlichkeit durchaus transnational angelegt sind.

Die hier angestellte Interpretation mag den Eindruck erwecken, die Vereinsaktivitäten im Bereich der grenzüberschreitenden Vernetzung bezögen sich nur auf Veränderungsprozesse in Deutschland als dem Ankunftsland der angesprochenen brasilianischen Migrantinnen. In diesem Zusammenhang fällt der oben zitierte Auszug aus dem Gründungsdokument ins Auge, dass »die Lage der Frauen in der Welt [...] sich nur in dem Maße verbessern kann, wie wir als Frauen in der Gesellschaft und in der Politik aktiv werden« (Gründungsdokument) und relativiert diesen Eindruck. Die Textstelle verdeutlicht, dass die Wirkungen der Vereinsaktivitäten und somit auch von Öffentlichkeit von Mulher e.V. nicht zwingend im Hinblick auf national kategorisierte soziale Räume und nicht nur bezogen auf Deutschland gedacht werden. In der präventiven Arbeit in Brasilien, welche der Verein durch eine Verbreitung von gedruckten Informationen und seine Homepage leistet, zeigt sich, dass auch in Brasilien Effekte der durch den Verein hergestellten Öffentlichkeit antizipiert werden. Indem die »Lage der Frauen in der Welt« thematisiert wird, wird zudem deutlich, dass Veränderungen zwar augenscheinlich »national« gedacht werden, diese jedoch zugleich wieder in einen breiteren Kontext eingeordnet werden, der die Veränderung von »Welt« beinhaltet.

4. AUSBLICK

Ich habe zu Anfang die These aufgestellt, dass transnationale Lebenswelten mitunter sozialpädagogische Bedürfnislagen erzeugen, die – fasst man ihre Akteure im Sinne Frasers als »betroffen« auf – mit der Notwendigkeit transnationaler Öffentlichkeit als zentralem Element sozialer Unterstützung einhergehen. Um dieser These nachzugehen, habe ich die Frage nach der Rolle von Öffentlichkeit im Unterstützungsverständnis des Vereins Mulher e.V. aufgeworfen und im Anschluss an Nancy Frasers Überlegungen zu einer transnationalen Öffentlichkeit gefragt, wer Adressaten einer solchen aus Sicht des Vereins sein könnten, um zu ergründen, wie das Kriterium

der Effektivität von Öffentlichkeit in transnationalen Feldern erfüllt werden kann. Wer soll die vom Verein hergestellte Öffentlichkeit hören?

Wie die hier vorgenommene Analyse gezeigt hat, erfolgt die Deutung der Probleme brasilianischer Frauen in Deutschland durch den Verein *Mulher transnational*, d.h. Probleme werden in und zwischen verschiedenen Nationalstaaten kontextualisiert. Auch wird die Veränderung der Lebenssituation brasilianischer Migrantinnen durch die Herstellung von Öffentlichkeit als grenzüberspannender Prozess gefasst. Um eine solche Öffentlichkeit herzustellen, betreibt der Verein Öffentlichkeitsarbeit, die ebenfalls grenzüberschreitend erfolgt. Allein die Wirksamkeit von Öffentlichkeit wird national gerahmt, wenn es darum geht, *konkrete Veränderungen* zu formulieren. Ein Grund hierfür könnte die gesetzgebende Gewalt von Nationalstaaten sein, die weiterhin gegenüber globalen Regierungsinstitutionen dominiert bzw. so aufgefasst wird. Das Ankunftsland Deutschland wird vom Verein häufig erwähnt, wenn es um Scheidungs-, Sorge-, Aufenthalts- und Arbeitsrechte geht. (Vgl. Duscha 2013a) Viele von *Mulher* thematisierte Belastungen von Brasilianerinnen in Deutschland werden mit derlei Rechtslagen in Verbindung gebracht. Daher erscheint es kaum erstaunlich, dass – obgleich grenzüberspannend initiiert – Forderungen des Vereins letztlich an den deutschen Staat herangetragen werden. Um seinen Interessen Nachdruck zu verleihen, bedient sich der Verein grenzüberspannender öffentlicher Räume und nutzt ihre große Reichweite als Ressource, etwa wenn der brasilianische Staat durch Abkommen auf Lebensrealitäten in Deutschland einwirken soll. *Transnationale Öffentlichkeit* ist – so kann festgehalten werden – durchaus und nicht nur am Rande Bestandteil der Unterstützungskonstruktion des untersuchten Vereins. Konzeptuell fasst auch *Mulher* Öffentlichkeit als eine kritische und demokratisierende Kraft, indem auf die Wichtigkeit öffentlicher Meinungsäußerung und die Mobilisierung »schwacher« Personengruppen abgehoben wird. So werden Öffentlichkeiten etwa in Bezug auf Staaten und Zivilgesellschaft angesprochen, denen man Veränderungspotenzial zuschreibt: im Falle der Staaten ein Potenzial für rechtliche und administrative Veränderungen, im Falle der Zivilgesellschaft ein für Teilöffentlichkeiten¹ relevantes Potenzial in Form der Veränderung etwa

1 | Hier schließe ich an die Feststellung Hamburgers an, dass es »neben der demokratietheoretisch zentralen »politischen« Öffentlichkeit [...] Öffentlichkei-

von kollektivem Wissen, welches z.B. in Arbeitskonzepten von sozialen Organisationen materialisiert ist und von Stereotypen geprägt sein kann.

Die hier vorgestellte Analyse unterstreicht die Wichtigkeit der Herstellung von Öffentlichkeiten für soziale Hilfe. Auch in der Sozialen Arbeit sind Forderungen und Praktiken eines sozialpolitischen, öffentlichen Wirkungsfelds nicht neu. (Vgl. Hamburger 2012) Dies wurde zu Beginn in Bezug auf transnationale Phänomene mit den »macro-social-workers« (Mohan/Clark Prickett 2010) angesprochen, gilt aber genauso für eine nicht explizit grenzübergreifend gedachte Soziale Arbeit. So zeigt Hamburger (2012: 1004-1008), dass die Herstellung von Öffentlichkeit mit Blick auf die Soziale Arbeit unterschiedliche Funktionen und Herausforderungen birgt. Öffentlichkeit, verkörpert durch staatliche Instanzen oder Medien, beobachtet Soziale Arbeit selektiv, je nachdem, welches Interesse sie verfolgt. Umgekehrt beeinflusst Theorie und Praxis Sozialer Arbeit nach Hamburger auch – vermittelt über Medien – die Produktion von Öffentlichkeiten, etwa einer Fachöffentlichkeit anhand eigener Fachmedien oder Öffentlichkeitskampagnen. Soziale Arbeit bewegt sich hierbei in einem Spannungsfeld zwischen (offenbar überlebensnotwendiger) Selbstlegitimierung in Form des Anprangerns untragbarer Lebenslagen ihrer Klienten und deren Schutz vor medialer Stigmatisierung. (Vgl. ebd.) Im Kern trifft dieses Spannungsfeld auch auf den hier vorgestellten Migrantinnenverein zu, der in die Konstruktion seiner Unterstützungsaktivitäten ähnliche Aspekte einbringt, wodurch seine Konzepte mitunter ambivalent wirken. So werden einerseits brasilianische Frauen als Opfer beklagt, andererseits diese Stigmatisierung angeprangert. (Vgl. Gründungsdokument)

Verknüpft mit den Überlegungen zu der Möglichkeit einer *transnationalen* Öffentlichkeit wurde gezeigt, dass Prozesse der Transnationalisierung zwar die Handlungsspektren der selbstorganisierten Migrantinnen erweitern, aber nicht per se davon ausgegangen werden kann, dass Akteure sozialer Unterstützung alternative Adressaten jenseits von Staaten wählen. Zwar entstehen möglicherweise Teilöffentlichkeiten als Zwischenebenen, jedoch können diese wiederum – wie im Fall des hier untersuchten Vereins – in ihrer weiteren Wirkung auf staatliche Adressaten reflektiert werden.

ten der Kultur, der Unterhaltung, der Erziehung, der Werbung usw. [gibt], die miteinander verknüpft sind« (Hamburger 2012: 1003).

Letztlich zeigt sich hier, dass die Adressaten von transnationalen Öffentlichkeiten nicht zwingend neu gefunden werden müssen. Ein grenzübergreifendes Agieren mag sich aber durchaus lohnen, um – dem fraserschen »Prinzip der Betroffenheit« folgend – »legitime« Prozesse der Herstellung von Öffentlichkeit zu ermöglichen. So zeigt der Artikel, dass trotz der Tatsache, dass das Alltagsleben der Migrantinnen zum großen Teil im sozialen Rahmen eines Nationalstaates (in diesem Falle Deutschlands) stattfindet, andere transnationale Handlungsräume und Arenen der Produktion öffentlicher Meinung ins Spiel kommen. Sozialpädagogen sollten diese hören und sie zugleich als Ebenen des Gehört-werdens nutzen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Benner, Dietrich (1995): Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie. Eine problemgeschichtliche Studie zum Begründungszusammenhang neuzeitlicher Bildungsreform, Weinheim/München: Juventa.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2003): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Castells, Manuel (2008): »The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance«, in: *The Annals of the American Academy* 616, S. 78-93.
- Duscha, Annemarie (2013a): »Das ist das Leben. Das Leben ist Vernetzung« – Transnationale Unterstützungsprozesse einer brasilianischen Migrantinnenorganisation und deren Relevanz für die Soziale Arbeit«, in: Andreas Herz/Claudia Olivier (Hg.), *Transmigration und Soziale Arbeit. Ein öffnender Blick auf Alltagswelten*, Hohengehren: Schneider Verlag, S. 273-295.
- Duscha, Annemarie (2013b): »Die Konstruktion von Transnationalität im Wissen: ein zentrales Element in den Unterstützungsprozessen einer brasilianischen Migrantinnenorganisation?«, in: Désirée Bender/ Annemarie Duscha/Lena Huber/Kathrin Klein-Zimmer (Hg.), *Transnationales Wissen und Soziale Arbeit*, Weinheim/Basel: Juventa, S. 206-227.
- Faist, Thomas (2000): »Transnationalization in International Migration: Implications for the Study of Citizenship and Culture«, in: *Ethnic and Racial Studies* 23 (2), S. 189-222.

- Fraser, Nancy (2008): »Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt«, in: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hg.), *Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18-34.
- Friesenhahn, Günther/Kniephoff-Knebel, Anette/Rickert, Judith K. (2009): »Grenzen und Chancen transnationaler Beziehungen in der Sozialen Arbeit«, in: Leonie Wagner/Ronald Lutz (Hg.), *Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen, Themen, Organisationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265-282.
- Furman, Rich/Negi, Nalini/Schatz, Mona C. S./Jones, Susanna (2008): »Transnational Social Work: Using a Wraparound Model«, in: *Global Networks* 8, S. 496-503.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Cristina (1995): »From Immigrant to Transmigrant«, in: *Anthropology Quarterly* 68, S. 48-63.
- Graßhoff, Gunther (Hg.) (2013): *Adressaten, Nutzer, Agency. Zur Grundlegung akteursbezogener Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Berlin: Luchterhand.
- Hamburger, Franz (2012): »Soziale Arbeit und Öffentlichkeit«, in: Werner Thole (Hg.), *Grundriss Soziale Arbeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 999-1022.
- Homfeldt, Hans G./Schröer, Wolfgang/Schweppe, Cornelia (Hg.) (2006): *Transnationalität, Soziale Unterstützung, Agency*, Nordhausen: Traugott Bautz.
- Homfeldt, Hans G./Schröer, Wolfgang/Schweppe, Cornelia (Hg.) (2008a): *Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs*, Weinheim/München: Juventa.
- Homfeldt, Hans G./Schröer, Wolfgang/Schweppe, Cornelia (Hg.) (2008b): *Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency*, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Honneth, Axel (2003): »Umverteilung als Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser«, in: Nancy Fraser/Axel Honneth (Hg.), *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 129-224.

- Humboldt, Wilhelm von (1957 [1793]): »Theorie der Bildung des Menschen«, in: Heinrich Weinstock (Hg.), Wilhelm von Humboldt, Frankfurt a.M.: Fischer, S. 56-59.
- Latorre, Patricia/Zitzelsberger, Olga (2011): »MSOs – Warum sie so wichtig sind. Auch für die Soziale Arbeit«, in: Migration und Soziale Arbeit 33(3), S. 204-216.
- Levitt, Peggy/Jaworsky, Nadya (2007): »Transnational Migration Studies: Past Developments and Future Trends«, in: Annual Review of Sociology 33, S. 129-156.
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim/Basel: Beltz.
- Mohan, Brij/Clark Prickett, Julia E. (2010): »Macro Social Work Practice with Transmigrants«, in: Nalini Negi/Rich Furman (Hg.), Transnational Social Work Practice, New York/Chichester: Columbia University Press, S. 191-204.
- Negi, Nalini/Furman, Rich (Hg.) (2010): Transnational Social Work Practice, New York/Chichester: Columbia University Press.
- Pries, Ludger (2010): Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hg.) (2010): Jenseits von »Identität oder Integration«: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reutlinger, Christian (2009): »Dazwischen und quer durch Ort und Raum als Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Zeiten verstärkter Transnationalisierung«, in: Leonie Wagner/Ronald Lutz (Hg.), Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen, Themen, Organisationen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73-98.
- Reutlinger, Christian/Baghdadi, Nadia/Kniffki, Johannes (Hg.) (2010): Die soziale Welt quer denken. Transnationalisierung und ihre Folgen für die Soziale Arbeit, Berlin: Frank-Timme.
- Salustowicz, Piotr (2009): »Internationale Soziale Arbeit zwischen Kolonialisierung, Ethnisierung und Transnationalisierung«, in: Leonie Wagner/Ronald Lutz (Hg.), Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen, Themen, Organisationen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55-72.
- Schwenken, Helena (2000): »Frauen-Bewegungen in der Migration. Theoretische und empirische Einblicke in die Selbstorganisation von Mi-

- grantinnen«, in: Ilse Lenz/Michiko Mae/Karin Klose (Hg.), *Frauenbewegungen weltweit*, Opladen: Leske + Budrich, S. 133-166.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*, Weinheim: Beltz.
- Thiersch, Hans/Grunwald, Klaus/Köngeter, Stefan (2012): »Lebensweltorientierte Soziale Arbeit«, in: Werner Thole (Hg.), *Grundriss Soziale Arbeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175-196.

Websites

- Brasileiros No Mundo: <http://www.brasileirosnomundo.itamaraty.gov.br>
(letzter Zugriff: 22.01.2013)
- Rede de Brasileiras e Brasileiros na Europa: <http://rede-brasileira.eu> (letzter Zugriff: 22.01.2013)

Nichtregierungsorganisationen als Interessenvertreter und Politikvermittler in einer transnationalen Öffentlichkeit

CHRISTIANE FRANTZ

1. NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN IN DER ENTGRENZTEN, MEDIATISIERTEN DEMOKRATIE

Politik spiegelt in Demokratien gesellschaftliche Veränderungen manchmal unmittelbar, manchmal zeitverzögert wider. Strukturen, Prozesse, Inhalte und das Set politisch einflussreicher Akteure sind Indikatoren dieser Transformation. Schaut man in einzelne Politikfelder, so finden sich Belege, dass veränderte Realitäten politische Veränderungen nach sich ziehen: Fortschritt der Forschung in der Biologie oder Medizin zwingen dem Gesetzgeber biopolitische Fragestellungen auf; Erkenntnisse über Technikfolgen setzen zugleich Proteste frei und Themen auf die Agenda der politischen Akteure. Diese problembezogenen Prozesse erzeugen immer wieder neue Kommunikationsbedarfe zwischen Gesellschaft und Volksvertretern: hier Proteste und Zustimmung, Lobbying für oder gegen neue gesellschaftspolitische Aktionen – dort Erklärungen, Werben um Zustimmung oder kommunikativer *Test* neuer politischer Konzepte als mögliche Antwort auf Probleme, die zur Lösung anstehen. Schaut man nicht auf die Politikinhalte, sondern konzentriert sich auf die Effekte, die sich im Zuge der skizzierten Veränderungen für Politikprozesse und die Akteure, die um politische Lösungen ringen und an diesen mitwirken, abbilden lassen, so geraten die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Fokus. Mit den NGOs hat ein ganzer Organisationszweig seine Karriere den Veränderungen von Politik und Gesellschaft unter dem Ankerbegriff der Transnatio-

nalisierung maßgeblich zu verdanken. Unter *Transnationalisierung* werden Prozesse subsummiert, die die Entgrenzung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen kennzeichnen und vielfach unter dem populäreren Begriff der Globalisierung¹ zusammengefasst werden. (Vgl. Scherrer/Kunze 2013) Gründlichere Ausführungen zu gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungsprozessen würden den Rahmen des Beitrags sprengen. Wichtig ist für die Analyse von NGOs als *Interessenvertreter und Politikvermittler in einer transnationalen Öffentlichkeit* jedoch mindestens die Feststellung, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung als theoretisch und empirisch gesichert gilt, dass Kommunikations- und Vermittlungsprozesse in Gesellschaft und Politik in erheblichem Ausmaß über Medien abgewickelt werden. Der Trend medienvermittelter, also mediatisierter Demokratie verändert somit nicht nur gesellschaftliche Kommunikationsprozesse (vgl. Baringhorst 1998, Jarren 2001) sondern drückt politischen Prozessen einen prägenden Stempel auf. Ein Kennzeichen der Politikvermittlung in einem durch mediale Vermittlung geprägten Politikprozess ist neben anderen die Entgrenzung: medienvermittelte Politikprozesse relativieren zeitliche und räumliche Grenzen der Politik bzw. politischer Ereignisse. (Vgl. Leggewie/Bieber 2001) Die im Zentrum dieses Beitrags stehenden NGOs sind etablierte Politikakteure mit hoher Medienpräsenz: sie haben lange vor Parteien eine event-Kultur in die Politik hineingetragen, die den Nachrichtenfaktoren nahezu optimal entspricht. Insbesondere durch ihre Medienpräsenz während groß angelegter Kampagnen sind NGOs gesellschaftlich und politisch sichtbar. Im Kontext des vorliegenden Sammelbandes ist es daher besonders interessant, empirisch zu analysieren, inwieweit die Annahme trägt, dass NGOs die *geborenen* – also politisch potentiell schlagkräftigen und erfolgreichen – Interessenvertreter in einem medial vermittelten, transnationalen Politikprozess sind. Die Arbeitshypothese wird nach notwendigen Begriffsklärungen und konzeptionellen Erläuterungen im Folgenden entwickelt. Für das politische System

1 | Auch wenn der Globalisierungsbegriff in der politikwissenschaftlichen Analyse inzwischen gegenüber dem Begriff der Transnationalisierung deutlich gewonnen hat und längst etabliert ist, wird im Beitrag die Rede von Transnationalisierung und Entgrenzung sein – dies ist nicht nur dem Titel des Sammelbandes geschuldet, sondern auch dem konzeptionellen Fokus, in dem NGOs als politische Akteure und Interessenvertreter in einer und für eine transnationale/n Öffentlichkeit stehen.

ist von besonderer Bedeutung, dass der Staat im Kontext der Transnationalisierung erhebliche Autonomieverluste erleidet. (Vgl. Leibfried/Zürn 2006) Regieren als Prozess politischer Steuerung verändert sich in diesem Zusammenhang – intendiert, geplant, ungeplant oder verselbständigt. In demokratisch verfassten Gesellschaften gewinnen Politikakteure jenseits des Staates, Akteure der Zivilgesellschaft², als ergänzende Mitspieler im Politikprozess Gestaltungsspielräume. Zu diesen Mitspielern gehören die in diesem Beitrag in den Vordergrund gestellten NGOs.

Dabei ist das aufgespannte Dach des NGO-Begriffs weit. Unter ihm finden organisationssoziologisch stark differente Akteure Platz: von solchen NGOs, die im Kern als Freiwilligenorganisationen strukturiert sind, bis hin zu solchen, die eher zielorientierten Unternehmen ähneln; von lokal angesiedelten NGOs mit Ortsgruppen und ihren freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Aktiven als sichtbares Personennetzwerk, bis hin zu rein virtuell im Internet und dessen sozialen Netzwerken existenten NGOs wie *campact.de* (campact 2013), deren Aufgabe vor allem in der Information über politische Missstände liegt, die Impulse für politische Proteste geben oder diese virtuell organisieren und im Netz politischen Druck aufbauen. Das NGO-Dach überspannt Organisationen, die sich in unterschiedlichen Politikfeldern bzw. nur für bestimmte gesellschaftspolitische Fragen einsetzen und die als spezialisiert auf regionale Räume oder auf bestimmte Aufgaben in diesem veränderten Politikprozess gelten können. Für alle NGOs kennzeichnend ist ihre transnationale Ausrichtung in ihrer Organisationsstruktur bzw. durch ihre politische Agenda einerseits, jedoch andererseits auch die gemeinsame Grundlage ihrer politischen Einflussnahme. Die legitimierende Basis politischer Mitwirkung erwächst in NGOs nicht aus etablierten

2 | Zivilgesellschaft wird hier Kocka (2004), Gosewinkel (2003) und Bauerkämper (2003) folgend auf drei Ebenen konzipiert: Bereichslogisch subsumiert die Zivilgesellschaft Organisationen jenseits von Staat, Ökonomie und Privatheit; in diesem Zusammenhang sprechen die Sozialwissenschaften alternativ zu zivilgesellschaftlichen Organisationen auch von Dritter Sektor-Organisationen. Handlungslogisch ist die Anforderung der Zivilität maßgebliches Kriterium der sozialen Praktiken zivilgesellschaftlicher Akteure und zivilgesellschaftlichen Handelns. (Vgl. Rucht 2009) Diese normative Aufladung wird verstärkt in dem dritten Zugriff auf das Konzept der Zivilgesellschaft: in der normativ-utopischen Lesart von Zivilgesellschaft wird ein gesellschaftlich-emanzipatorisches Entwicklungsprojekt etabliert.

demokratischen Wahlverfahren, in denen Macht auf Zeit von Bürgerinnen und Bürgern auf parlamentarische Akteure delegiert wird. Vielmehr leiten NGOs das Recht auf ihre politische Mitsprache aus dem Zuspruch, aus der aktiven Zustimmung, aus der Geldzuwendung als Spende für die politische Arbeit, aus der Beteiligung an einem Protest qua Unterschrift, aber auch seit einiger Zeit aus dem *liken* in der digitalen Welt sozialer Netzwerke ab. (Vgl. Roth 2005, Walk 2011) Indem NGOs öffentlich kommunizieren und vermitteln, welche Interessen sie für wen vertreten, bereiten sie ein Fundament der Zustimmung für ihre Anliegen. Die demokratietheoretische Legitimation, die sie für sich beanspruchen, ist die der direkten Partizipation. (Vgl. hierzu – auch kritisch – Klein/Walk/Brunnengräber 2005) Diese Anliegen von NGOs umfassen politische Versäumnisse oder Missstände ohne angemessene Beachtung im parlamentarischen Politikprozess sowie Probleme, die an den Grenz- bzw. Überlappungsbereichen nationaler und grenzüberschreitender Politik auftreten und für die aus Sicht der NGOs keine hinreichend wirksamen Regelungszuständigkeiten in den sich formierenden transnationalen Politikprozessen etabliert wurden. Fluchtpunkt ihrer medialen Kampagnenführung ist zudem, Nachrichtenfaktoren und die Funktionslogik öffentlicher Aufmerksamkeit in vermittelnden Medien so zu bedienen, dass sie die von ihnen vertretenen Interessen auf die Agenda bringen – und auf diesem Wege ein mediales Echo und öffentlichen Druck erzeugen, so dass parteipolitische, staatliche nationale oder internationale Akteure bzw. Organisationen sich mit den Kampagnenthemen befassen müssen, auch gegen ihr eigentliches Interesse.

Bevor im weiteren Verlauf NGOs als Phänomen präziser gefasst und zweckmäßig für den Fokus des vorliegenden Sammelbandes charakterisiert werden – also mit Blick auf die Transnationalisierung von Öffentlichkeit – kann aus den skizzierten einleitenden Ausführungen bereits eine strukturierende Arbeitshypothese abgeleitet werden:

NGOs sollten als transnational ausgerichtete, institutionalisierte Politikakteure der Zivilgesellschaft erstens strategisch auf die Politikvermittlung in einer (entgrenzten) Öffentlichkeit ausgerichtet sein – folglich sollten NGOs also erkennen lassen, dass ihre politische Gestaltung wesentlich auf (transnationaler) Politikvermittlung bzw. Interessenvertretung beruht – und zweitens ist zu erwarten, dass NGOs in und mit ihrer Interessenvertretung unter den Bedingungen der transnationalen und medial vernetzten Öffentlichkeit Probleme von transnationalem Charakter und ihre

Politikkonzepte an einen transnationalen Kreis politisch Interessierter adressieren.

Mit dem Begriff der Transnationalisierung als konzeptionelles und empirisches Prüfkriterium wird im Kern darauf abgestellt, dass nationale Politikbezüge durch die Organisation selbst sowie im politischen Prozess durch ihr Handeln überschritten werden. Empirisch fassbar wird diese Handlungsdimension durch den Blick auf die politischen Anliegen, Botschaften und Formen der politischen Kommunikation und Interessenvertretung. Der Begriff der Interessenvertretung steht wiederum im Kontext politischer Kommunikation und wird im Rahmen dieses Beitrags am Habermasschen Deliberationskonzept ausgerichtet. (Vgl. Habermas 1981/1992, Lösch 2005) Die Legitimation von Politikprozessen hängt dann maßgeblich davon ab, dass Öffentlichkeit nicht nur entlang positionierender Machtstrukturen konstituiert wird und damit die Macht von Akteuren perpetuiert, sondern dass Politik – sowohl bezogen auf die Prozesse als auch auf die Ergebnisse – durch Deliberationsprozesse mit einer möglichst breiten Beteiligung von Akteuren legitimiert wird. Dazu zählt auch die Beteiligung von schwachen Interessen, von Akteuren, die kaum Zugang zu medialen Arenen haben, die auf die Interessenartikulation durch andere – etwa durch NGOs – angewiesen sind. Gelingen kann diese Deliberation in funktional differenzierten Gesellschaften und unter den Bedingungen transnationaler politischer Prozesse und Probleme jedoch nur dann, wenn die Akteure im Politikprozess die Chance erhalten, sich trotz der Komplexität und Entgrenzung angemessen zu informieren, um ihre eigene Position in Interessenkonflikten bestimmen zu können. Politik muss also zwingend vermittelt werden – insbesondere unter den genannten Bedingungen von Transnationalität und Mediatisierung. Öffentlichkeit wird aber nur dann herstellbar, deliberative Interessenaushandlung nur dann möglich, wenn alle Interessen, alle Akteure im Prozess eine Stimme erhalten. An diesem Punkt setzen NGOs an, indem sie sich zum Werkzeug für sonst kaum oder nicht hörbare Interessen machen.

Um mit der oben formulierten Arbeitshypothese gewinnbringend induktiv zu arbeiten, werde ich in diesem Beitrag zunächst den konzeptionellen Kontext verdeutlichen, auf dem die Arbeitshypothese gründet. In einem zweiten Schritt werde ich am empirischen Beispiel der Internetkampagnenführung der NGO *care international* sowie der Internetkampagnen bzw. Internetpräsenz der Länderbüros von *care* analysieren, ob Inte-

ressenvertretung das Kerngeschäft der NGO ist und ob Politikvermittlung und Interessenvertretung tatsächlich transnational ausgerichtet werden.

2. NGOs ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AKTEURE

NGOs können nach einer enormen Karriere dieser Organisationsform seit den 1990er Jahren längst als etablierte politische Akteure bezeichnet werden. Der Begriff *Karriere* zielt sowohl auf das quantitative Wachstum als auch auf die zugesprochene politische Relevanz von NGOs ab. Die *Union of International Organizations*, die hinsichtlich der Kriterien die strengsten Maßstäbe bei der Klassifikation von NGOs anlegt, bildet auf ihrer Internetseite (vgl. uia 2013) als zentrale empirische Aussage des *Yearbook of international Organizations* eine Wachstumsstatistik von NGOs ab, aus der drei Vergleichszahlen illustrierend herausgegriffen werden: Während man 1909 mit insgesamt 213 internationalen – staatlichen wie nichtstaatlichen – Organisationen noch von einem sehr begrenzten Phänomen sprechen kann, waren es 1990 nach UIA-Statistik bereits 22.334 NGOs und 2012 sogar 57.721.

Auch wenn sich quantitativ für NGOs erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine regelrechte Gründungswelle darstellt, wäre es verfehlt, NGOs als *junge* oder *neue* Akteure zu bezeichnen, denn ihr historischer Pfad lässt sich weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Zu den im historischen Sinne Pionieren des Organisationssegments zählen charakteristische NGOs wie das Rote Kreuz. (Vgl. Kahn 2013) Im Begründungskontext und als Gründungsimpuls für das NGO-Segment werden in der Literatur solche Faktoren aufgelistet, die auch als Katalysatoren der Globalisierung benannt werden: die Entgrenzung von Räumen und die Internationalisierung von Kommunikation und staatlichen sowie ökonomischen Austauschbeziehungen einerseits sowie andererseits gesellschaftliche Veränderungsprozesse entlang der Schlagworte *Vermehrung von Wissen* sowie *bürgerliche Emanzipation* in Verbindung mit neuen technischen (Kommunikations- und Informationsvermittlungs-)Möglichkeiten, die die Chancen zum Informationsgewinn jenseits lokaler, regionaler und zunehmend auch nationaler Grenzen erheblich verbessert. (Vgl. Frantz/Martens 2006: 51ff., Heins 2002: 49ff.)

Für die *Ursuppe*, aus der NGOs entstanden sind, ist kennzeichnend, dass sich die bürgerliche Wahrnehmung der moralischen Zuständigkeit

bzw. Verpflichtung veränderte. (Vgl. Heins 2008: 43ff.) Der Zugewinn an persönlicher Freiheit für einen Teil der Gesellschaft – ökonomisch, politisch, gesellschaftlich – führte dazu, dass Teile des Bürgertums ihre Interessen auch auf Geschehnisse ausrichteten, die sie nur mittelbar betrafen, die sie nicht zwingend in ihrem persönlichen Umfeld erleben konnten und für die sie gleichwohl ein gesellschaftspolitisches Verantwortungs- und Zuständigkeitsgefühl entwickelten.

Mit der Sicht- und Greifbarkeit dieses über die politischen, nationalstaatlichen Organisationslinien hinausweisenden Protests wurde zugleich die Frage der angemessenen Aggregation und Institutionalisierung neuer transnationaler Interessen aufgeworfen. Weder auf nationale parlamentarische Strukturen ausgerichtete Parteien noch klassische Mitgliederverbände – etwa im sich entwickelnden wohlfahrtsstaatlichen Arrangement – waren in den Hochzeiten des Nationalstaates mit ihren Leitbildern und Zielen auf solche Interessen jenseits nationaler Grenzen ausgerichtet. Der Protest und die transnationalen Interessen *suchen* sich mit der Etablierung sozialer Bewegungen und später mit der Gründung von NGOs eine organisationale Entsprechung. Soziale Bewegungen waren seit den späten 1960er Jahren die Vorläufer der NGOs auf den zentralen Politikfeldern *Frieden, Frauen, Umwelt*, in denen sich der Protest einer sich emanzipierenden Generation bündelte. Sie formulierten nicht nur politische Botschaften, sondern rangen auch auf der Ebene der Bewegungen selbst um eine veränderte politische Kultur – situativ-partizipativ, gerechtigkeitsorientiert, transnational. Die Bewegungsforschung hat herausgestellt, dass im Kontext von sozialen Bewegungen auch Menschen, die parteipolitisch nicht mobilisierbar waren, gesellschaftspolitisch aktiviert wurden bzw. sich selbst aktiv beteiligten. (Vgl. della Porta 1999) Organisationell fand dies Ausdruck in einer regelrechten Gründungswelle von NGOs und einer neuen Qualität ihrer politischen Möglichkeiten. (Vgl. Keck/Sikkink 1998, Mathews 1997) Für die Bewegungen war die Gründung von Organisationen und die damit verbundene organisatorische Kraft von Vorteil: NGOs verliehen mit ihren Organisationsressourcen den Themenkampagnen zusätzliche Dynamik und Schlagkraft. Sie institutionalisierten sich als in der Zivilgesellschaft verortete, auf entgrenzte Interessen ausgerichtete und meist auch transnational gegründete, institutionell auf Dauer gestellte gesellschaftspolitische Akteure, die unabhängig vom Staat politisch agieren.

Der Blick in die sozialwissenschaftliche Literatur offenbart, dass trotz dieser Kernkriterien, auf die sich Forscherinnen und Forscher im Grund-

satz einigen können, lange um eine angemessene, operationalisierbare NGO-Definition als Grundlage für theoretisierende Auseinandersetzungen und empirische Untersuchungen gerungen wurde. (Vgl. Martens 2002) Als tragfähig in diesem Sinne hat sich die Definition von Volker Heins erwiesen:

»Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind formalisierte, auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse von Personen, die sich im öffentlichen Raum, aber ohne staatlichen Auftrag und ohne Anspruch auf unmittelbare Teilhabe an der staatlichen Macht, über nationalstaatliche Grenzen hinweg für die Belange von Nichtmitgliedern einsetzen, deren Lebenslage sich strukturell von der Lebenslage der Organisationsmitglieder unterscheidet.« (Heins 2002: 46)

In der Literatur werden NGOs oft als postmoderne Nachfolger von Verbänden in einer stark funktional differenzierten und organisierten Gesellschaft, also als *Subunternehmer* des Staates, betrachtet. (Vgl. Zimmer 2001) In dieser Logik lassen sich zwei wichtige Funktionen von NGOs im Politikprozess systematisieren: Erstens sind NGOs gefragte Experten des Staates in Politikfeldern, die in hohem Maße komplex sind, sodass die notwendige Fachlichkeit und das Spezialwissen nicht in der politischen Bürokratie vorgehalten werden können – je nach Problem können angemessene politische Lösungen nicht ohne externe Fachkompetenz formuliert werden. Zweitens agieren NGOs in ihnen angestammten, zentralen Politikfeldern wie der Entwicklungspolitik als Projekt- und Durchführungsorganisationen. Dabei unterstützen sie den Nationalstaat in seinen Programmlinien und kompensieren vielfach nicht vorhandene staatliche Strukturen. So entlasten NGOs den Staat und lenken das Augenmerk auf Veränderungen des Regierungsprozesses, auf das ich im folgenden Unterkapitel eingehen werde.

Zentral und konstitutiv ist für NGOs ihr Handeln im politischen Artikulations- und Willensbildungsprozess. NGOs übernehmen die Aufgabe, Themen und Probleme zu artikulieren, für die Lösungen gefunden werden müssen und in denen für sie und ihre Unterstützer – als Ehrenamtliche, als Spender, als Mitunterzeichner von Protestnoten uvm. – Handlungsbedarf besteht. (Vgl. Brunnengräber 1997) Solche Aufgaben und Funktionen erfüllen NGOs zum Teil ergänzend, zum Teil auch in Konkurrenz zu Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen. (Vgl. Roth 2001) Zu den Aufgaben, die von NGOs im transnationalen System übernommen

werden, gehören Themensetzung (*agenda setting*), themenanwaltschaftliche Interessenvertretung (*advocacy*) und Lobbying; wobei das Lobbying im politikwissenschaftlichen Sinne des funktionalen Informationstausches an der Schnittstelle von zivilgesellschaftlicher Interessenvertretung und gouvernementaler Politikvermittlung angesiedelt ist. Das Lobbying von NGOs zielt darauf ab, politische Meinungsfindung zu lenken. Manchen NGOs wird im Politikprozess eine Wirkungskraft vergleichbar den Verbandslobbyisten attestiert. (Vgl. Saretzki/Rohde/Leif 1999) Das Ziel ist die direkte Einflussnahme im Kontakt von NGO-Vertretern und internationalen Regierungsorganisationen oder Regimen. (Vgl. Beisheim/Dingwerth 2010) Waren NGOs zu Beginn der 1990er Jahre noch »Barfuß auf dem diplomatischen Parkett« (Calließ 1998) unterwegs, treten NGO-Vertreter inzwischen als akkreditierte Partner auf. Sie sind aufgrund des von ihnen vorgehaltenen, teils exklusiven Fachwissens wertvoll für die staatlichen Akteure und durchaus gefährlich wegen des gebündelten Protests und ihrer Mobilisierungskraft.

3. TRANSNATIONALITÄT ALS HERAUSFORDERUNG POLITISCHER GOVERNANCE

Ich habe bis hierhin NGOs als Akteure gekennzeichnet, die sich aufgrund ihrer Organisationsstruktur und ihres Aktionspotentials, aber auch mit der Art ihrer politischen Einflussnahme für transnationale und mediatisierte Politikprozesse empfehlen. Um die *Wertigkeit* dieses Potentials im Politikprozess einzuordnen, müssen die Veränderung von Politik unter den Bedingungen der Transnationalisierung ausgewiesen werden. Die Veränderung bündelt sich in dem Befund, dass sich Steuerungsprozesse von Government als staatlichem Regieren zu Governance – also einem komplexen politischen Regelungsarrangement unter Einschluss privater, ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Akteure – entwickeln und dass diese Entwicklung bereits recht weit vorangeschritten ist. (Vgl. Sauer 2013)

Im Governancearrangement und -prozess liegt die zweite kontextuelle Bedingung für die Karriere von NGOs: Der Grad an Komplexität der Probleme, die in stark differenzierten, industrialisierten und vielfältig vernetzten Systemen zur Lösung anstehen, in Verbindung mit der Tatsache, dass die Problemlagen aufgrund der strukturellen Vernetzung und Transnationalisierung ebenso entgrenzt sind, wie die gesellschaftlichen und ökonomischen

mischen Prozesse selbst, stellen Regierungsakteure vor besonders qualifizierte Probleme. Die politischen Souveränitätsstrukturen sind in der Regel nach wie vor primär nationalstaatlich konzipiert und nur in Teilregimen, etwa in bestimmten EU-Politikbereichen, substanziell transnationalisiert. Wenn aber das Vermögen, Probleme zu lösen, nicht (mehr) in der souveränen Kompetenz des Nationalstaates liegt und er notwendige, spezielle Expertise nicht vorhalten kann, dann stößt nationalstaatliches Government an seine Grenzen. Es entstehen Spielräume für private, ökonomische und zivilgesellschaftliche Akteure; diese werden erstritten und dem Staat abgerungen. Daneben macht der Staat aber auch aktiv Angebote an die zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Beteiligung als Mitgestalter oder als Experten in veränderten politischen Steuerungsprozessen.

NGOs bilden mit dem von ihnen entwickelten und professionalisierten Funktionsprofil die hier skizzierten Veränderungsprozesse sehr gut ab:

- Sie sind im Gegensatz zu Parteien nicht auf gesellschaftspolitische Gesamtprogramme ausgerichtet, sondern reagieren auf die Differenzierung und die steigende Komplexität der Lebenswirklichkeit mit thematischer Spezialisierung auf ein Politikfeld;
- sie sind für den Staat wichtige Experten bei der Erarbeitung angemessener Problemlösungen; als *agenda setter* und themenanwaltschaftliche Vertreter in und mit ihren Kampagnen richten sie sich darauf aus, die Versäumnisse staatlichen Handelns aus ihrer Sicht zu offenbaren und nicht nur Protest gegen die Versäumnisse, sondern auch Zustimmung für die von den NGOs vorgeschlagenen Handlungsalternativen anzubieten;
- als Durchführungsorganisationen agieren sie im Verbund mit dem Geldgeber Staat und können als dessen *Subunternehmer* in der Um- und Durchsetzung politischer Programme eigene Vorstellungen einbringen und Akzente setzen.

Für die vorangestellte Arbeitshypothese spricht somit, dass NGOs mit ihrem Funktionsprofil den Veränderungen in Gesellschaft und Politik in hohem Maße gerecht werden: Sie zielen mit ihrer Kompetenz als Kampagnenakteure transnationaler Ausrichtung unter den veränderten Politikgestaltungsbedingungen darauf, ihre politischen Ziele durch mediale Repräsentanz für potentielle Unterstützer auf der Agenda zu halten. Dabei spielen ihnen (kommunikations-)technische Entwicklungen der letzten

Jahrzehnte in die Hände. (Vgl. Frantz 2007) Die Entwicklung und Verbreitung des *world wide web* und der Kontakt per E-Mail und mehr und mehr in den sozialen Medien haben die Möglichkeiten eines schnellen, preiswerten und grenzenlosen Informationsaustausches in früher unvorstellbarem Maße verbessert und Optionen geschaffen, die nicht nur von einem kleinen Ausschnitt gesellschaftlicher Eliten, sondern von weiten Gesellschaftsteilen genutzt werden können – auch wenn die Nutzung dieser Möglichkeiten asymmetrisch nach Alter, sozialer Zugehörigkeit und auch regional verteilt ist.

4. NGOs ALS MEDIALE AKTEURE

Bis hierhin habe ich auf Ebene der Konzeptionen aufgezeigt, wie Entgrenzungprozesse den Boden bereiten für den Bedarf an einer nicht dem Parteienwettbewerb folgenden Interessenvertretung, wie NGOs diesen Prozess der transnationalen Interessenformulierung durch ihre Aktivitäten selbst verstärken und wie sie sich funktional und strukturell an die Logiken einer stark mediatisierten Demokratie anpassen und diese Entwicklung nutzen, um mit ihren Anliegen erfolgreich zu sein. Transnationalisierungsprozesse schaffen die Grundlage bzw. die Voraussetzung für die Etablierung von NGOs als politische Akteure mit der für sie spezifischen Profilierung: Zu diesem Profil gehört die politische Kommunikation auf nationaler und transnationaler Ebene unter Nutzung aller Möglichkeiten von Printmedien, TV und vor allem des Internets. Politische Kommunikation von NGOs zielt darauf, dass Themen über die Medienagenda auf die Politikagenda gelangen, die die Mediennutzer nicht unmittelbar betreffen und die in der Logik politischer Ökonomie daher auch nicht prioritär von Parteien aufgegriffen werden. Die Hürde, die NGOs für *ihre* Themen nehmen müssen, ist also recht hoch. Um eine ausreichende Nachrichtenswertigkeit mit Blick auf Journalisten als weitervermittelnde Medienakteure ebenso zu erreichen wie mit Blick auf direkte Mediennutzung im Internet, haben NGOs hohen Aufwand in zielgruppen- und adressatengerechte Kampagnenführung investiert. (Vgl. Baringhorst 1998, Lahusen 2002) Für NGOs ist es in allen Politikfeldern von hoher Bedeutung, kampagnenfähig zu sein, Themen zu setzen und sie so zu platzieren, dass durch Interessenvertretung politischer Druck auf die Entscheidungsträger der (internationalen) Ebene erzeugt wird.

5. TRANSNATIONAL ORGANISIERTE NGOS UND IHRE KAMPAGNENFÜHRUNG

Bis hierhin wurden NGOs als transnationale Interessenvertreter und Politikvermittler auf Basis der Literatur herausgearbeitet. In einem zweiten Schritt soll in einem exemplarischen empirischen Zugriff die Internetpräsenz von *care international* und der Länderbüros von *care* dahingehend analysiert werden, ob das Diktum der Transnationalität auch eine Entsprechung in den Internetauftritten findet.³ *care* ist ein typisches Beispiel einer transnationalen NGO, deren Aktivitäten von der internationalen Dachorganisation *care international* und einer zusätzlichen föderalen Struktur (Vgl. Geueke 2002) mit Büros in europäischen Mitgliedsländern (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen und Österreich), in Australien, Kanada und den USA sowie in Brasilien, Thailand und Japan ausgehen. Die Länderorganisationen sind mit *care international* sowie miteinander vernetzt und in ihren Aktivitäten an gemeinsamen Leitlinien – festgelegt wie üblich bei transnationalen NGOs im sogenannten *handbook of vision and mission* – ausgerichtet. Aus organisationssoziologischer Sicht kann man also von einem definierten Organisationssystem sprechen.

Die organisationellen Indikatoren einer transnationalen NGO sind somit gegeben, um fallbezogen die Frage zu analysieren, wie die Transnationalitätsvermutung in der Internetpräsenz und ihrer Form der politischen Kommunikation in der empirischen Realität widergespiegelt wird. Da eine strukturierte, medienwissenschaftlich-inhaltsanalytische Untersuchung sowohl in der fachlichen Ausrichtung als auch im Rahmen dieses Beitrags nicht angelegt ist, soll die Prüfung sich ausschließlich auf offensichtliche Kernkriterien beschränken: Welche Themen werden zentral aufgegriffen? Welche Botschaften sind zentral? Wie werden die Botschaften vermittelt und an wen werden sie adressiert?

Auf der Basis dieser Analyse müssen dann die Kernfragen beantwortet werden: Ist die Internetpräsenz von *care international* und den Länderbüros im engen Sinne transnationale Politikvermittlung und Interessenver-

3 | Mit Rücksicht auf den hier möglichen Umfang einer empirischen Analyse kann nicht der Anspruch auf eine umfassende rekonstruierende qualitative Analyse und einen Fallvergleich der Internetauftritte von *care* erhoben werden, allerdings erlaubt der empirische Umfang es, die Arbeitshypothese kritisch zu reflektieren.

tretung? Und – wenn ja – ist die Interessenvertretung durch ein hohes Maß an Übereinstimmung in den genannten Kernkriterien tatsächlich transnational?

Im Rahmen der Recherche wurden die Internetseiten der dreizehn nationalen Vollmitgliedsverbände von *care international* hinsichtlich möglicher nationaler Unterschiede untersucht. Neben einer explorativen Deskription der Internetpräsenz mit fokussiertem Blick auf die Internetkampagnen werden die empirischen Ergebnisse gebündelt und knapp entlang der Arbeitshypothese diskutiert.

6. CARE ALS TRANSNATIONALER POLITIKVERMITTLER UND INTERESSENAKTEUR

Im Rahmen der ersten Materialanalyse fällt auf, dass die drei Länderbüros in Brasilien, Thailand und Japan in der Gruppe der nationalen Repräsentationen von *care* hinsichtlich ihrer Internetauftritte und der vertretenen Kampagnen Ausreißer darstellen. Bevor also auf *care international* und nationale Büros mit dem Ziel einer vorsichtigen vergleichenden Verdichtung gemeinsamer Merkmale und typisierender Unterschiede eingegangen wird, sollen diese drei Länder kurz angesprochen werden: Brasilien und Thailand sind zwar an die internationale Hilfsorganisation angebunden, betreiben jedoch keine oder kaum internationale Projekte, sondern sind primär mit verschiedenen Projekten im eigenen Land aktiv. Der Schwerpunkt dieser Länderbüros liegt auf Maßnahmen zur Umweltgestaltung und Linderung von Umweltkatastrophenfolgen sowie auf Bildung mit dem Ziel, nachhaltige Entwicklung als rationales Ziel zu etablieren. *care* Japan⁴ hingegen stellt vor allem internationale Projekte dar, die von *care international* ausgeführt werden. Eigene, mit Kampagnen beworbene Projekte *japanischer* Prägung sind auf der Internetseite nicht zu finden.

4 | Die Aussagen zu *care* Japan unterliegen empirischen Grenzen, da die Analyse erheblichen Sprachbarrieren aufgrund geringer Umfänge der Übersetzung ins Englische und begrenzter soziokultureller bzw. anthropologischer Kenntnis der bildsprachlichen Regeln im Kulturraum mit Auswirkungen auf die Reichweite der bildsprachlichen Analyse unterliegt.

Alle Länder, auch die nun im Einzelnen analysierten, haben einen jeweils eigenständigen Internetauftritt mit *Links* zur Dachorganisation⁵. Alle nutzen das *care*-Logo – den Kreis, gebildet aus in die Mitte und damit zueinander weisenden Händen. Doch jenseits dessen ist es offensichtlich, dass die nationalen Büros einen großen Spielraum bei der optischen Gestaltung, der Wahl von Bild- und Stilelementen sowie der dargestellten Inhalte realisieren.

6.1 *care* Australien

Die Internetpräsenz von *care* Australien (vgl. *care* Australien 2013) zeichnet sich durch ein hohes Maß an Interaktivität aus. Schon auf der Startseite werden Verweise zu anderen digitalen Medien angeboten und strategisch begründet. Exemplarisch ist dies besonders gut für das Internetmagazin *Open Field* (vgl. *open field* 2013) darstellbar: *care* Australien setzt eindeutig darauf, den *Usern* durch journalistisch aufbereitete und gleichwohl interessenpositionierte Informationen das politische Anliegen zu vermitteln, die angebotene Position zu reflektieren, zu eigen zu machen und sich als Teil einer für ein geteiltes Anliegen eintretenden Interessengruppe zu identifizieren.

Inhaltlich liegt der Fokus des australischen Internetauftritts wesentlich auf Kampagnen zu *women empowerment* und Strategien im Kampf gegen Hunger, die auch bildsprachlich genutzt und zum Teil zusätzlich miteinander verknüpft werden, sodass vermutet werden kann, dass die Themenanker als Verstärkung wahrgenommen werden und im Kontext des gesamten Internetauftritts strategisch gekoppelt werden sollen, um die Kernbotschaften – für *women empowerment*, strategisch und nicht nur situativ gegen Hunger – noch stärker herauszustellen. *Women empowerment* (vgl. *women-empowerment* 2013) wird auch prominent in der Informationsleiste unter *what we do* platziert und kann somit neben entwicklungspolitischen Kampagnen gegen den Hunger als gleichrangig gelten: »You can help her to live, learn, earn and lead«. (Vgl. *learn-more* 2013)

5 | Eine Übersicht der Organisation und ihrer Länderbüros mit direktem *Link* findet sich unter www.careinternational.org, eingesehen am 25.08.2013.

6.2 care Kanada

Die kanadische Mitgliedsorganisation von *care* (vgl. *care* Kanada 2013) setzt in ihren Kampagnen auf die zentralen Themen Nahrungsmittelanbau – als spezifische Strategie der Entwicklungshilfe und Prävention gegen Hungerskatastrophen – und *women empowerment*. Die Beschreibung der eigenen Aufgaben ist maßgeblich von diesen beiden Themen geprägt: »Economic Development – Emergency Relief – Healthy Food and Nutrition – Maternal & Child Health«. (Vgl. *our work* 2013)

Auffällig ist, dass *care* Kanada im ersten Zugriff vor allem bildsprachlich für sich wirbt und Textinformationen quantitativ eher beschränkt, wenn man die deutsche oder österreichische Internetpräsenz dagegen hält. Es wird offensichtlich hier eine andere Strategie der Politikvermittlung und Interessenvertretung verfolgt, die eher emotionalisiert, als den informationsfordernden *User* zu adressieren. Andererseits setzt man bei *care* Kanada auf aktive Internetnutzer, die sich durch die zahlreichen Unterseiten bewegen und die vielen Kurzinformationen in der Summe als umfangreiche Informationsquelle nutzen. Wer weniger Information möchte, wird nicht überflutet und kann sich schon früher in Richtung Spende bzw. Unterstützung für eine Kampagne bewegen. Die Strategie bei der Adressierung der potentiellen Interessenunterstützer ist also nicht polar, gleichwohl differenzial zwischen den Länderorganisationen.

Zu den beworbenen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gehört bei *care* Kanada neben der Geldspende auch das *volunteering* und die Angebote, aktiver und nicht nur spendender Teil der *community* von *care* zu werden: »Join the Community. speak up. share your ideas. talk to each other. share videos. be inspired. tell us what's on your mind. stay in touch [sic!].«. (Vgl. *get involved* 2013) Daraus lässt sich schlussfolgern, dass nachhaltige Interessenvertretung bei *care* Kanada angebunden wird an Beteiligungskonzepte, dass die Strategie verfolgt wird, nicht nur politische Botschaften nach vorne zu stellen, sondern auch die persönliche Beteiligung als Anker der Interessenvertretung zu nutzen.

6.3 care Dänemark

Der Umfang der Internetpräsenz der dänischen Teilorganisation (vgl. *care* Dänemark) von *care* ist eher gering. Der Fokus liegt hier auf dem Sammeln von Spenden, was auch durch einen dreischrittigen Aufruf, der zugleich

als inhaltliche Gliederung fungiert, unterstrichen wird: »Was tun wir? Was kannst Du tun? Fang an!«

Ein inhaltlicher Fokus lässt sich weniger erkennen, und auch die Bildsprache legt intuitiv keinen Schwerpunkt nahe. *care* Dänemark stellt auf der englischsprachigen Internetseite prominent inhaltliche Schwerpunkte heraus, die auch schon bei anderen nationalen Büros von *care* ins Auge stachen: »CARE Danmark has a special focus on gender equality that is cross-cutting to everything the organisation does – and a firm stance that environmental sustainability should not be compromised in the name of development.« (Vgl. *care*danmark-eng)

6.4 *care* Deutschland

Die Internetpräsenz von *care* Deutschland (vgl. *care* Deutschland 2013) ist ein integrierter Organisationsauftritt von *care* Deutschland-Luxemburg. Beim ersten Zugriff fällt die immense Fülle von Informationen und Informationsrubriken auf, die vorgehalten werden und zu denen Besucher auf kurzem Wege navigieren können. Textanteil und Informationsgehalt der Seiten sind durchweg hoch, die Möglichkeiten der Mitwirkung sind umfassend. Hier steht bei der Interessenvermittlung ganz eindeutig das Bild eines an Informationstransparenz orientierten *Users* im Vordergrund. Die Bildsprache rückt einzelne Personen in den Krisenländern ebenso in den Blick wie deutsche Helfer – vom prominenten Paten des CARE Pakets bis hin zu Freiwilligen. Zudem wird der historisierende Verweis auf das CARE Paket stark gemacht und in direkten Bezug zu Organisationsnamen und -logo gesetzt: »Die mit dem CARE Paket«. (Vgl. *care* Deutschland 2013) Neben dem informationssuchenden *User* setzt man also offensichtlich auf emotionale historische Anker bei der interessenstrategischen Anbindung und vertraut darauf, dass das, wofür die NGO steht, sich über historisch aufgeladene Bilder – wie das CARE Paket – vermittel. *care* Deutschland bietet – wie alle anderen nationalen Teilorganisationen – Möglichkeiten, auf sozialen Medien der Organisation und ihren Aktivitäten zu folgen, wobei die Verknüpfung mit den sozialen Medien, verglichen mit den Niederlanden, mit Frankreich oder den USA weniger prominent ausfällt. Mediale Entgrenzung auf dem Weg sozialer Netzwerke wird also angeboten, aber weniger exponiert gestellt als andere Länderbüros dies tun.

Es bleibt der auffälligste Befund der deutschen Internetpräsenz, dass der historische Pfad stark gemacht wird, denn selbstverständlich ist das

CARE Paket für die noch lebende Kriegskindergeneration ein positiver Erinnerungsanker. So werden Projekte, für die *care* Spenden sammelt, häufig mit dem CARE Paket als Container verknüpft. Weiter ist auffällig, dass nicht nur die Empfänger der Hilfe im Fokus stehen, sondern die Adressaten der Internetseite in ihren politischen Bürgerchancen adressiert und zu digitaler Interessenartikulation, gebündelt von *care*, ermuntert werden: Konkret sollen im Zuge der Bundestagswahl die zukünftigen Abgeordneten, also die Volksvertreter, durch ein Mailing zur Unterstützung der *care*-Forderung nach menschenwürdiger Arbeit aufgefordert werden. (Vgl. mitachen 2013) Hier spiegelt sich eine strategische Entscheidung, nicht nur als zivilgesellschaftlich-organisierter Vermittler aktiv zu werden, sondern direkte Interessenartikulation von Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

6.5 *care* Frankreich

Die französische *care*-Internetpräsenz (vgl. *care* Frankreich 2013) fällt zuerst dadurch auf, dass man nicht direkt auf der Hauptseite landet, sondern eine sogenannte *Landing Page* vorgeschaltet ist, auf der Besucher sich für einen Newsletter eintragen können. Erstes Ziel ist ein *Informationsabo* der Nutzer. Dies spiegelt die NGO-Vermittlungsstrategie einer dauerhafteren Bindung ebenso wie das Anliegen der NGO, einen Informationszugriff für die Interessierten zu etablieren. Gelangt man über diese Umwege zu der eigentlichen Hauptseite (vgl. *care-newsletter* 2013), werden vertiefte Informationen zu längerfristigen Projekten und aktueller Krisennothilfe geboten. Bei einem Klick auf die Verweise erscheinen kurze Informationstexte. Eine starke thematische Fokussierung ist mit Ausnahme der aktuellen Syrienkrise (vgl. *care-actualite* 2013) nicht gegeben, jedoch eine geographische Schwerpunktsetzung. Es fällt eine gewisse Übereinstimmung mit jenen Staaten auf, mit denen Frankreich eine koloniale Geschichte teilt. (Vgl. *care-actions* 2013) Die Aktionslogik der französischen Teilorganisation wird daneben sehr deutlich als strukturierendes Element verwendet: Informieren, Protestieren, Spenden. (Vgl. *care-newsletter-none*)

6.6 *care* Niederlande

Der niederländische Ableger von *care* (vgl. *care* Niederlande 2013) zeichnet sich durch eine schlichtere optische Präsenz und Bildsprache aus als

Auftritte anderer nationaler Büros und stellt neben das Logo – dort, wo Deutschland mit dem CARE Paket Profil bildet – als zentrale Botschaft »Defending dignity. Fighting poverty« (ebd.). Auch *care* Niederlande setzt zudem auf eine elaborierte Kampagnenüberführung auf soziale Medien. Hierauf wird prominent hingewiesen und der Nutzer wird intuitiv auf diese weitergeleitet.

6.7 care Norwegen

Das norwegische Büro von *care* fokussiert in seinem Internetauftritt (vgl. *care* Norwegen 2013)⁶ auf die Stärkung von Frauen in Zielländern der Hilfe, ohne dies begrifflich zu explizieren – *women empowerment* als entwicklungspolitischer Ankerbegriff wird nicht genutzt. Auffällig und einmalig ist aber als Stilelement starker Interessenvertretung durch realitätsnahe Darstellung, dass beim Besuch der Startseite von *care* Norwegen sofort ein *youtube*⁷ Video von *care international* startet, das in die Seite eingebaut ist. Hier berichtet eine Frau unter dem Titel »Josphine's story« (ebd.) über sexuelle Übergriffe im Flüchtlingslager. Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass sich *care* Norwegen offenbar als Kampagnenorganisation für die Aktion in Krisenherden mit humanitären Katastrophen besonders deutlich positioniert und mit *care international* verknüpft. Die Besucher des Internetauftritts können sich zudem für jede Kampagne entscheiden, wie sie sich weiter informieren und wie sie mit *care* Norwegen in Kontakt stehen wollen – auch soziale Medien spielen offenbar eine selbstverständliche Rolle.

6.8 care Österreich

care Österreich (vgl. *care* Österreich 2013) hat keinen eindeutig erkennbaren Bild- und Themenfokus, sondern zeigt eine Vielzahl unterschiedlicher Bilder und Projekte mit vielen Informationen. Produktionsbedingungen für Kleidung, die für den österreichischen Markt produziert wird,

6 | Für Norwegen besteht für die Verfasserin die größte innereuropäische Sprachbarriere auch wegen der geringen englischsprachigen Anteile der Internetrepräsentanz.

7 | www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=ZhrWCNzgho, eingesehen am 24.08.2013.

spielt hier eine Rolle, aber auch die Konsequenz des Klimawandels in den Ländern, in denen Projekte und humanitäre Hilfe von *care* durchgeführt werden. Auffällig ist die starke Personalisierung der Kampagnen – die Besucher der Seite *care* Österreich können durch die Darbietung der Informationen *miterleben*, wieso Hilfe notwendig ist und sich somit direkt von den Anliegen und Interessen überzeugen. Zudem folgt auch Österreich dem historischen Pfad und bewirbt das CARE Paket prominent mit einer eigenen Kampagne (vgl. ueber-care 2013) – und bildet auf diesem Wege einen transnationalen Vermittlungsraum mit der deutschen Partnerorganisation, indem auf die gemeinsame historische Referenz abgestellt wird.

6.9 *care* Großbritannien

Auf der Seite des britischen *care*-Büros (vgl. *care* Großbritannien 2013) fällt auf, dass weniger die allgemeine Information über einzelne Projekte im Vordergrund steht, sondern vor allem Informationen über die aktuelle Entwicklung in bestimmten Krisenregionen und die dortigen Projekte sowie Spendenaufrufe platziert werden. Das Vermittlungskonzept der politischen Interessen ist national eingefärbt, indem es auffällig auf den politischen Kontext bzw. die gesamtpolitische Konstellation abstellt und über die *care*-Intervention im Vergleich zu anderen Länderbüros eher zurückhaltend informiert. Zudem wird die Kampagne *Lend with CARE* in den Fokus der Aufrufe gerückt. Der Slogan, bebildert mit einer Optimismus ausstrahlenden Frau vor ihrem Gemüseangebot, lautet: »You can loan as little as £ 15 to help someone like Marcelline start or grow their business with lendwithcare.org« (ebd.) und wird verbunden mit der auffordernden Frage »Shopping at The Co-operative this week?« (ebd.). Die emotionalisierende Kraft von Bildbotschaften wird hier strategisch stark referenziert.

6.10 *care* USA

Die Internetpräsenz von *care* USA (vgl. *care* USA 2013) hält neben der deutschen und österreichischen Seite die größte Zahl an Unterseiten bereit. Auf der Startseite und den Unterseiten werden viele verschiedene Einzelprojekte beworben. Auch hier findet sich die *women empowerment*-Kampagne mit anderen Spezifikationen wieder. (Vgl. getinvolved 2013) Ergänzend wird auf soziale Medien für weitere Informationen verwiesen, also auf ein postmodernes Medium und Konzept der deliberativen Ver-

mittlung gesetzt, das tendenziell Verantwortung und Macht in die Hände der *User* legt.

Prominent platziert ist zudem das CARE Paket als emotionalisierender, historischer Anker auf der Startseite, verbunden mit dem Kampagnenslogan »Gifts with of hope, empowerment and opportunity«. (Vgl. *care USA 2013*) *care USA* spiegelt in seinen Internetkampagnen auch das bereits erwähnte Themenbündel Intervention gegen Hunger und Förderung von *women empowerment* wider und transportiert diese Botschaft aus dem Hilfsland textlich und bildsprachlich in die Realität der Kampagnenadressaten, indem »The 10 Myths about Women« und hier etwa der »Myths No. 7: Women can't lead« als Aufhänger genutzt wird für die eigenen Positionen und politischen Kampagnen. (Vgl. ebd. 2013)

6.11 care international

care international (vgl. *care international 2013*) legt den Fokus vor allem auf politische Information, weniger auf Projektkampagnen, sondern verweist hier auf die nationalen Büros, bei denen der Spendenaufruf im Vordergrund steht. Hinsichtlich der Bildsprache lässt sich in der Analyse kein Trend oder spezifischer Themenfokus ausmachen. Die Startseite thematisiert hingegen zentral aktuelle Krisenherde und Problemregionen (ebd.): Die Kernthemen sind »Floods [...] Food Insecurity [...] Refugees« (ebd.). Diese werden beständig krisen- und notfallbezogen aktualisiert. Es scheint so, als werde hier durch ein breites Themenspektrum des Problemkontextes in der transnationalen Welt und bei geringer Spezifik ein breites Dach aufgespannt, unter dem die Länderorganisationen ihre politischen Adressierungsstrategien und ihre Politikvermittlung platzieren können – das gemeinsame Dach scheint funktional, um zugleich nationale Differenzierung der öffentlichen Vermittlung der *care*-Interessen und -strategien zu ermöglichen. Widergespiegelt findet sich dies in der formalen Struktur, denn neben dem Internetauftritt www.care-international.org besteht auch die Seite www.careinternational.org, auf der Nutzer *Links* zu den jeweiligen Länderorganisationen finden.

7. NATIONAL VERMITTELTE INTERESSENVERTRETUNG UNTER TRANSNATIONALEM ÖFFENTLICHKEITSDACH

Empirisch stechen folgende Kernbefunde aus der Analyse heraus: Die Internetauftritte von *care international* und der Länderorganisationen von *care* weisen einen hohen Grad an Gemeinsamkeiten auf, die sich in inhaltlichen und strukturellen Indikatoren widerspiegeln. Strukturell setzen Dachorganisation und Gliedorganisationen auf einen Mix aus Information, Aufruf zur aktiven Partizipation von Protest bis zum *volunteering* und zur Vernetzung in der *care community* mit *Links* auf entsprechende Angebote der NGO selbst. Sie werben um Spenden für ihre Projekte und nutzen Bildelemente in Verbindung mit *claims*, um als *agenda setter* und themenanwaltschaftliche Interessenvertreter effektiv die Aufmerksamkeit der *User* zu binden. Das Bildlogo von *care* wird von allen Organisationen genutzt, *care international* weist mit seiner *Link*-Seite zu den nationalen Organisationen bildlich durch die um das Logo kreisförmig angeordneten Länder-*Links* aus, dass die Teilorganisationen – wie die im Logo dargestellten Hände – einen Kreis gemeinsam intervenierender, helfender Akteure bilden.

Gleichzeitig stechen Unterschiede hervor: Nationale Organisationen (USA, Deutschland) machen historische Organisationspfade strukturell stark und nutzen diese für die generationelle Organisationsanbindung. Dies kann sogar zu einer Anpassung des *Organisationsclaims* führen, das dem Logo zugeordnet ist. Durch solche strukturellen Veränderungen werden nationale Pfade und Funktionslogiken recht stark widergespiegelt und wirken sich national differenzierend aus. Zudem fällt die nationale Differenzierung im Stil des Internetauftritts ins Auge. Auch wenn für eine harte empirische Belastbarkeit eine tiefergehende Analyse mit Interviewforschung bei Funktionsträgern der Organisation und ein PR-analytischer methodischer Ansatz erforderlich wäre, so ist gleichwohl auch auf Basis der hier dargelegten Empirie festzuhalten, dass offensichtlich die nationalen Organisationen unter dem Organisationsdach eine recht hohe Flexibilität eingeräumt bekommen und realisieren können. Es kann angesichts der Erkenntnisse zur Professionalisierung von NGOs im Fundraising und angesichts ihrer Marketingprofessionalität zumindest vermutet werden, dass Erkenntnisse über die Gewohnheiten der *User* als Adressaten der Internetauftritte bei der Gestaltung einfließen. Der Befund lautet: Es treten unterhalb der transnationalen Ausrichtung manifeste, nationale Differen-

zen und Anpassungen zu Tage. Offenbar haben die nationalen Organisationen auch unterschiedliche Vorstellungen davon, wie detailliert und ausführlich Informationen vorgehalten werden sollten und was die *User* als Adressaten der Interessenvertretung von *care* in dieser Hinsicht erwarten und einfordern, um schließlich für die NGO aktiv zu werden. Die nationalen Internetpräsenzen sowie der internationale Internetauftritt von *care international* zeigen insofern, dass *care* als unter einem transnationalen Dach formierte und zugleich national in unterschiedliche (kommunikative) politische Kulturen differenzierte NGO dieses Doppelkonzept in der Adressierung der Öffentlichkeiten und im Vermittlungsprozess der eigenen politischen Botschaften strategisch berücksichtigt und diesem durch eine balancierte Strategie der Gleichzeitigkeit von Internationalisierung und nationaler Anpassung Rechnung trägt.

Man kann festhalten, dass Interessenvertretung und themenanwalt-schaftliche Vertretung als *agenda setting* und *advocacy* strukturell bei allen nationalen Vertretungen von *care* neben dem Spendenwerben und der Projektarbeit einen deutlichen Schwerpunkt markieren, Form und Struktur bzw. die strategische Logik der *agenda setting* und *advocacy* folgen, aber national differieren.

Inhaltlich stechen als zentrale Kampagnenthemen, mit denen die Öffentlichkeit adressiert wird, national übergreifend bzw. transnational solche Themen hervor, die im Kern von der Organisation als Nothilfe-NGO aufgegriffen werden: Humanitäre Katastrophen in der Folge kriegerischer Auseinandersetzungen oder in der Folge von Naturkatastrophen. Lenkt man jenseits dieser Notfallintervention mit entsprechenden Spendenaufrufen einmal die Aufmerksamkeit auf den Bereich der mittelfristigen Projekte, stellt sich die Situation für den Organisationsverbund etwas differenzierter dar: Es werden inhaltliche Schwerpunktthemen – offensichtlich zurzeit *women empowerment* – von *care* aufgegriffen, aber nicht gleichrangig *beworben* oder ins Zentrum gerückt. Außerdem fallen nationale historische Bedingungen oder gar Pfadabhängigkeiten auf, die sich organisationell und thematisch widerspiegeln. Dies konnte exemplarisch für regionale Schwerpunkte (*care* Frankreich) und das CARE Paket (USA, Deutschland) gezeigt werden. Auch hier lautet der Befund: die Inhalte für die akute Nothilfe adressieren eine transnationale Öffentlichkeit; mit ihren mittelfristigen Kampagnen stellen die Länderbüros von *care* wiederum auf national formierte Öffentlichkeiten ab, bleiben jedoch mit den ausgewählten und national spezifisch kommunizierten Themenschwerpunkten

unter dem transnationalen Öffentlichkeitsdach, das *care international* aufspannt.

Bleibt angesichts dieser Ergebnisse ein abschließender Blick auf die anfängliche Arbeitshypothese. Es hat sich in der qualitativen Analyse der Internetpräsenz von *care* und seinen nationalen Vertretungen die Vermutung einer stark auf Politikvermittlung und Interessenvertretung ausgerichteten Aktivität ebenso erhärtet, wie jene einer – strukturell wie inhaltlich – transnationalen Grundausrichtung. Zugleich zeigen die Befunde zum Untersuchungsfall *care*: Auch wenn ein transnationales Dach über die Aktivitäten der NGO gespannt ist, so weist die empirische Analyse doch eher darauf hin, dass nationale Typiken bestehen bleiben. Da wir aus der Forschung zur Professionalisierung von NGOs wissen, wie stark sie medial professionalisiert sind und kaum etwas dem Zufall überlassen bleibt, lassen die empirischen Ergebnisse den Schluss zu, dass die nationalen Adaptionen unter dem Dach der Transnationalität gewollt und funktional sind. Anders formuliert: Es besteht tatsächlich ein Trend zur Entgrenzung, Transnationalität spiegelt sich strukturell und inhaltlich in der NGO-Arbeit wider, diese ist aber eingeschränkt und überdeckt nicht nationale Funktionslogiken der Interessenvertretung und Politikvermittlung von NGOs. NGOs sind somit transnational ausgerichtete Politikvermittler und Interessenvertretungsakteure in einer sich entgrenzenden Politik mit weiterhin manifester nationaler Prägung.

LITERATURVERZEICHNIS

- Baringhorst, Sigrid (1998): »Zur Mediatisierung des politischen Protests. Von der Institutionen- zur ›Greenpeace-Demokratie‹«, in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn: BPB, S. 326-342.
- Bauerkämper, Arnd (2003): »Die Praxis der Zivilgesellschaft«, in: Ders./Manuel Borutta (Hg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M.: Campus, S. 7-30.
- Beisheim, Marianne/Dingwerth, Klaus (2010): »The Link between Standard Setting NGO's. Legitimacy and Effectiveness: An Exploration of Social Mechanisms«, in: Jens Steffek/Kristina Hahn (Hg.), Evaluating Transnational NGOs: Legitimacy, Accountability, Representation, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 74-99.

- Brunnengräber, Achim (1997): »Advokaten, Helden und Experten – NGOs in den Medien«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, S. 13-26.
- Calließ, Jörg (Hg.) (1998): *Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik (=Loccumer Protokolle 9/97)*, Rehburg-Loccum.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (1999): *Social Movements*, Oxford: Blackwell.
- Frantz, Christiane (2007): NGOs als transnationale Interessenvertreter und Agenda Setter. In: Jarren/Lachenmeier/Steiner (Hrsg.), *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. Baden-Baden, S. 181-197.
- Frantz, Christiane/Martens, Kerstin (2006): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geueke, Willibald (2002): »CARE International. NGO mit konförderaler Struktur« in: Christiane Frantz/Annette Zimmer (Hg.), *Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs*, Opladen: Leske + Budrich, S. 161-173.
- Gosewinkel, Dieter (2003): *Zivilgesellschaft – Eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her*. Discussion Paper SP IV 2003-505, <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2003/ivo3-505.pdf>, eingesehen am 28.06.2013.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heins, Volker (2002): *Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Heins, Volker (2008): *Nongovernmental Organizations in International Society. Struggles Over Recognition*, New York: Palgrave Macmillan.
- Jarren, Otfried (2001): »Mediengesellschaft« – Risiken für die politische Kommunikation«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 41-42 2001, S. 10-19.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders*. Ithaca, NY: Cornell.
- Khan, Daniel-Erasmus (2013): *Das Rote Kreuz. Geschichte einer humanitären Weltbewegung*, München: Beck.

- Klein, Ansgar/Walk, Heike/Brunnegräber, Achim (2005): »Mobile Herausforderer und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung«, in: Ansgar Klein/Heike Walk/Achim Brunnegräber (Hg.), NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 10-77.
- Kocka, Jürgen (2004). »Civil Society from a Historical Perspective«, in: European Review 12 (1), S. 65-79.
- Lahusen, Christian (2002): »Transnationale Kampagnen sozialer Bewegungen, Grundzüge einer Typologie«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1, S. 40-46.
- Leggewie, Claus/Bieber, Christoph (2001): »Interaktive Demokratie. Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41, S. 37-45.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (Hg.) (2006): Transformationen des Staates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lösch, Bettina (2005): Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Martens, Kerstin (2002): »Alte und neue Player – Eine Begriffsbestimmung«, in: Christiane Frantz/Annette Zimmer (Hg.), Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen: Leske + Budrich, S. 25-49.
- Mathews, Jessica (1997): »Power Shift«, in: Foreign Affairs 76 (1), S. 50-66.
- Roth, Roland (2005): »Transnationale Demokratie. Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs«, in: Ansgar Klein/Heike Walk/Achim Brunnegräber (Hg.), NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 80-128.
- Roth, Roland (2001): »NGO und transnationale soziale Bewegungen: Akteure einer „Weltzivilgesellschaft“, in: Ulrich Brand/Alex Demirovic/Christoph Görg/Joachim Hirsch (Hg.), Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 43-63.
- Rucht, Dieter (2009): »Von Zivilgesellschaft zu Zivilität«, in: Christiane Frantz/Holger Kolb (Hg.), Transnationale Zivilgesellschaft in Europa, Münster: Waxmann, S. 18-33.
- Saretzki, Thomas/Rohde, Markus/Leif, Thomas (1999): Ratlose Politiker, hilflose Berater? Zum Stand der Politikberatung in Deutschland. Editio

- rial zum Themenheft. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 3, S. 2-7.
- Sauer, Birgit (2013): Governance, Stuttgart: utb.
- Scherrer, Christoph/Kunze, Caren (2013): Globalisierung, Stuttgart: utb.
- Walk, Heike (2011): (Ohn-)Mächtige Helden? Die Gestaltungskraft von NGOs in der internationalen Politik. Friedrich Ebert Stiftung Online Akademie, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50346-2011.pdf>, eingesehen am 22.04.2013.
- Zimmer, Annette (2001): »NGOs – Verbände im globalen Zeitalter«, in: Annette Zimmer/Bernhard Weßels (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 331-357.

Websites

- www.care.org.au (letzter Zugriff: 23.07.2013).
- www.care.de/mitmachen/machmit/kampagnen/deine-stimme-gegen-armut (letzter Zugriff: 23.08.13).
- YouTube-Video auf der Website von Care Norwegen: www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=ZhxrWCNzgho (letzter Zugriff: 24.08.13).
- www.care.org/getinvolved/fight-global-poverty-empower-women/spread-the-word/index.asp (letzter Zugriff: 23.07.13).
- www.carefrance.org/actualite/communique-presse-news/2013-07-26,comunique-aide-syrie.htm (letzter Zugriff: 24.08.13).
- www.care.org.au/womens-empowerment (letzter Zugriff: 03.08.13).
- www.care.org.au/learn-more (letzter Zugriff: 03.08.13).
- www.care.ca/our-work/what-we-do (letzter Zugriff: 03.08.13).
- www.care.ca/get-involved (letzter Zugriff: 03.08.13).
- www.carenederland.org (letzter Zugriff: 05.08.13).
- www.carefrance.org (letzter Zugriff: 06.08.13).
- www.campact.de (letzter Zugriff: 07.08.13).
- www.care.dk (letzter Zugriff: 07.08.13).
- www.careinternational.org.uk (letzter Zugriff: 07.08.13).
- www.uia.org (letzter Zugriff: 08.08.13).
- www.care.ca (letzter Zugriff: 08.08.13).
- www.care.de (letzter Zugriff: 09.08.13).
- www.care.org (letzter Zugriff: 11.08.13).
- www.care-international.org (letzter Zugriff: 17.08.13).

- www.carefrance.org/?newsletter=none (letzter Zugriff: 23.08.13).
- www.carefrance.org/care-actions/programmes-monde/ (letzter Zugriff: 23.08.13).
- www.carefrance.org/?newsletter=none (letzter Zugriff: 24.08.13).
- www.care.no (letzter Zugriff: 24.08.13).
- www.care.at/ueber-care/das-care-paket (letzter Zugriff: 24.08.13).
- www.openfield.com.au/?page_id=7 (letzter Zugriff: 25.08.13).
- www.careinternational.org (letzter Zugriff: 25.08.13).
- www.care.dk/caredanmark-eng/ (letzter Zugriff: 25.08.13).
- www.care.at (letzter Zugriff: 25.08.13).

Migrant Associations' Double Engagement and the Transnationalisation of Public Spheres

BRUNO RICCIO

With this chapter I would like to focus on a specific form of transnational engagement and space of action, namely that of migrant associations.¹ In the last ten years there is an expanding interest in migrants who with their organisations strengthen transnational connections and address remittances not only to the kin groups but also to broader social and collective projects in the country of origin. (Çağlar 2006, Mercer et al. 2008, Halm/Zeynep 2012) This social process can be well explored by a transnational perspective regarding migrants not merely in their connection to the receiving contexts, but rather as subjects who are »doubly engaged« in diversified transnational spaces and organise accordingly (Grillo/Mazzucato 2008, Nieswand 2011, Fauser 2012). Indeed, many migrants, in the contemporary age, tend to feed interchange and connection circuits with their country of origin, through financial and economic actions, social and political practices. (Vertovec 2009, Glick Schiller/Faist 2010)

What these various types of migrants have in common is that rather than simply assimilating into their countries of residence or birth, they are increasingly articulating their lives through transnational social, cultural, religious and political spheres. Nancy Fraser (2007) argues that the Westphalian nature of public sphere theory is being challenged by the fact that people increasingly hold multiple nationalities and that individuals and communities inhabit social, political and cultural spaces across borders. In

1 | The chapter is based on the lecture held at the University of Mainz in January 2011.

other words, they represent a living example of the inadequacy of what has been called »methodological nationalism« (Wimmer/Glick Schiller 2002, Beck 2006) and of nationally bounded conceptions of membership and political mobilisation.

This is exemplified by the continuous back and forth movements of migrants from the society of origin to the society of destination and beyond, whether by way of recurrent physical return or through symbolic cultural, social and/or political ties and loyalties. Even more central in the understanding of contemporary migrants' lived experiences is the notion of »simultaneity«, which sheds light on how migrants simultaneously engage with the nation-building processes of two or more countries (Levitt/Glick Schiller 2004) gradually shaping »transnational public spheres from below« (Salih 2010).

Relying on the case of the Senegalese in Italy, with this paper I will suggest the need to explore how a specific kind of double engagement – namely those of migrants' associations involved in co-development projects – may contribute to the transnationalisation of public spheres. Against the most celebrative reading of the *Migration-Development Nexus*, I will argue in favour of considering the difficulties encountered by such a double engagement. Despite this criticism, I consider these processes deserving further research because they are important arenas within which transnational migration experience is negotiated. For this purpose, I will briefly take into account some broader analysis of migrant associations' transnational co-development before moving to the specific case study. After giving a background on Senegalese migration in Italy, I will then consider the diversification of their associational life and the difficulties and ambivalences characterising the development projects they undertake within trans-local spaces.

MIGRANT ASSOCIATIONS AND CO-DEVELOPMENT

Research has shown that transnational migrant associations have undertaken a range of large- and small-scale ventures in their home places. These include support for education and training, building homes, fundraising and making charitable donations, organizing group remittances for public goods or infrastructure projects, trading with and investing in businesses at home, paying taxes, and transferring technology and knowledge (Black/

King 2004, Grillo/Riccio 2004). They have consequently come to the attention of scholars interested in transnational flows of people, money and ideas, and the relationship between these flows as well as the development in sending contexts (Mazzucato/Kabki 2009, Glick Schiller/Faist 2010). This process of transnationalisation is highly uneven in space and time, but some of these associations have achieved visibility in Europe (Çağlar 2006) or North America (Smith 2006) and, as a result, development professionals have identified them as potential development actors.

The term *Co-Development* refers to policies of decentralising aid practices to institutions below the level of the state and involving migrants as »actors of development« (Daum 1998, Grillo/Riccio 2004, Faist 2008, Mercer et al. 2008). Co-development signals an orientation towards development which considers conventional development, characterised as state-to-state (bilateral) aid programmes, as inadequate, even counter-productive from an economic and political point of view. Programmes and projects, their primary movers, and the locus of their activities - not states, but localities -, it is argued, should be »decentralised«: local states and places, the people who inhabit them, and the institutions of civil society (NGOs, associations etc.) they have created. (Grillo/Riccio 2004) Co-development circles also stress the importance of dialogue with migrants and their organisations. Their legitimate interests in the development process, it is indicated, should be recognised and they should be encouraged to become »development actors«, dissolving the developer/developed distinction. (Lavigne-Delville 1991: 196; Quiminal 1991)

What distinguishes co-development from the transnational activities of migrant hometown associations is the involvement of a variety of local institutions and actors *here* such as regional and municipal authorities, NGOs, and crucial associations, based locally in Europe but representing particular villages or clusters of villages from which migrants originate, with funding from the state, the EU or IOM (Stocchiero 2008), and counterparts like local authorities, NGOs, village associations etc. *there*, in the South. Following the pioneering role of France, some local authorities in Italy also became involved in co-development projects in order to work with migrants and their associations. As a result, a growing number of projects have been undertaken (e.g. in Tuscany Lombard and Emilia-Romagna) by Italo-Senegalese organisations and Senegalese organisations in direct contact with, or supervised by, Italian institutions, with funding from, variously, the EU, IOM, national and local states, NGOs, and training organisations.

These activities may represent an original strategy indicating a refusal to break with countries of origin while seeking integration. Furthermore, although, as social actors, they do not represent a formal example of political transnationalism, these organisations can provide the channel for political participation.

In a similar vein, the analysis presented by Eva Ostergaard-Nielsen in Spain (2011: 22) without evaluating the outcome of migrant engagement in co-development, focuses on how the nexus between local migrant incorporation and transnational practices is »reflected in policy plans and activities of local governments and migrants at the national, regional and local level«. She shows how within a co-development context the receiving state-migrant relations provide a set of negotiations about the meaning of the transnational dimension of local membership between a state and migrants.

Myself, I would like to stress the importance of researching how migrant associations' everyday experiences of negotiating co-development projects set up simultaneously in the receiving and in the sending contexts may contribute to the transnationalisation of public sphere. The example I will take into account is that of the Senegalese migrant associations in Italy. Along with the illustration of the recent process of diversification of these associational trajectories, stemming as much from the interplay with the receiving contexts as from transnational projects, I will point to the opportunities for co-development but also the difficulties encountered in its implementation in the place of migration and origin. (Ricchio 2008b) I will show how these projects sometimes represent an opportunity to improve the social conditions back home in combination with the inclusion within the local receiving context. However, I will stress the ambivalences concerning this search of enhancement of migrants' status and recognition at both ends of the migration experience.

SENEGALESE MIGRANTS IN ITALY

Since the 80's emigration constitutes one of the main economic resources for Senegal testified by the birth of a specific Ministerial Department to ensure political representation to emigrants. As Dahou and Foucher (2004:10) stress, in the last decades emigration functioned as a Government's safety net benefiting the economy through remittances and provid-

ing an exit option for the disfranchised youth. In West African collective imageries migrants have substituted the graduate students as a symbol of success. (Schmitz 2008) The *modou modou* (abbreviation of mamadou mamadou) who are the rural migrants and supposedly know only how to trade but nevertheless manage to earn enough money abroad and come back showing off new houses, clothes, big weddings and all the symbols of success took the place of the graduates, who stay behind in Senegal and work very hard at school only to find themselves eventually unemployed. If in the past they were stigmatized for their ignorance, migrants are now seen as contemporary heroes. Senegalese discourse is replete with the celebration of migrants as symbols of contemporary society, because of their solidarity and their efforts in coping with being far from home for the well being of their families. (Riccio 2005) President Wade himself used the diaspora in multiple ways as informal political capital. (Salzbrunn 2008) Indeed, the growth of associations with a transnational orientation towards the development of the communities of origin after 2000 is partially affected by the Government's interest in and call towards the Diaspora.

Seen from the immigration society viewpoint one records a constant growth. The first Senegalese migration to Italy started at the beginning of the eighties with flows coming initially from France, which closed its borders in the late 70's, and later directly from Senegal destined for the islands and the capital city. In 2008, according to official statistics, Senegalese migrants regularly resident in Italy were mainly men (50.503) migrating as individuals, following the paths shaped by migratory networks, and highly mobile within Italian territory. The number of women (12.117) has been growing through family reunions, although much less so than other migrant nationalities. Yet, we should not forget that many migrants might lose their right to stay when without a job they are unable to renew their permit to stay in the country.

The Senegalese emigrate for mainly economic reasons and in particular because of the crisis of the traditional agricultural structure, which produced the following historical pattern: firstly urbanisation in Senegal, secondly western African internal migration, thirdly emigration to Europe (mainly France; Bava 2003), internal European migration (from France to Italy) and a change of direction in European emigration directly to Italy and Spain and finally to the USA (Ebin 2008). A distinctive culture of emigration as a training experience and the access to transnational networks play important roles, too. (Riccio 2008a)

However, one should remember the differences in Senegalese migrants' experiences. With regard to work, various studies have shown a diversity of work experiences. (Castagnone et al. 2005) This raises the question about the ambivalence of a Senegalese community which on the one hand has successfully entered the receiving society, but on the other hand, presents itself as a self-sufficient but also closed community interacting only occasionally with the receiving context. Indeed, among the main characteristics that are stressed by all the studies undertaken up to now is a very strong sense of solidarity and a »cohesive and group-centric« structure. Such an organisation provides newcomers and job-seekers with suggestions and an »original capital«. Nevertheless, the Senegalese show a high ability to become acceptable to the receiving society despite being the most »visible« group among the migrants in Italy. (Schmidt di Friedberg 1994)

On the other hand, the ambivalence between acceptance by the receiving society and closure within the community mirrors also an internal differentiation of trajectories and strategies and a complex dialectic between such strategies. The Senegalese migrant who is integrated within a trade union, at times acting as associational spokesperson of the community and occasionally found in a school telling his own story, is different from the trader/wholesaler well-integrated within transnational trading spaces (Bertoncello/Bredeloup 2004), though meanwhile living at the margins of or even excluded from the receiving society. This is just to say that the Senegalese presence in Italy is a dynamic phenomenon, which cannot be pictured in a rigid way. This becomes even clearer when looking at the multiple ways Senegalese migrants entered public space and engaged within transnational social fields.

SENEGALESE ASSOCIATIONS IN ITALY

The Senegalese, and the Wolof in particular, provide us with an excellent example to appreciate the characteristics of transnationalism. For many Senegalese, transnational migration means engaging in economic transactions (including trade) across international boundaries, and over considerable distance, spending much of their time away from their place of origin, but returning there at fairly frequent intervals with the overall goal of creating an economic, social and spiritual life for themselves and their families in Senegal. (Riccio 2008a) The temporary returns of migrants,

especially when they are characterised by ostentation, play on the imagination of the people staying at home forming a symbolic push factor characterising the emigration from Senegal.

In the receiving context this background displays itself through various ways: religious organisation coexist with national and lay associations along with hometown associations. Historically, Senegalese religious organisations seem to be amongst the first actors in facilitating the migration experience. *Mouridiyya* is one of the four main Sufi syncretic brotherhoods in Senegal and most of Senegalese migrants in Italy are Mouride. Schmidt di Friedberg (1994) argues that the practical importance of the solidarity displayed by the Mouride brotherhood in a foreign environment is twofold: concerning the immigrant, who is not abandoned and uprooted but can move in a universe of meanings that are actually known and familiar; and concerning the host society, which is not confronted with individuals outside any social control, but rather with a cohesive group conscious of the difficulties of integration in another reality and ready to negotiate its position, avoiding conflict.

However, an aspect often mentioned by Mourides when talking about the importance of the brotherhood in the migratory experience is that the brotherhood helps in respecting the rules of the receiving contexts. On the other hand, it is the fact that the Mouride movement is embedded in a transnational social field that makes it so successful in controlling potentially deviant behaviour. Within this field Mourides transnational formations are kept alive by oral conversation, the selling of cassettes, with prayers and sacred chants. These social formations are shaped and strengthened mainly by the activities of the numerous religious circles, *dahiras*, widespread in the receiving countries (Carter 1997), and by the frequent visits of *Marabouts* from Senegal. Through the activities of the *dahiras*, the Mouride movement is also able to organise the interface with the institutions of the receiving context and to channel important resources in the sending one, especially *Touba*, the capital of the mouride brotherhood (Gueye 2002). One of the most important *dahira*, with around 5,000 members, is situated in Ponte Vico within the province of Brescia (cf. Kaag 2008), where a house to host itinerant big *Marabouts* has been constructed. Other important *dahiras* are that of Zingonia within the province of Bergamo (Sinatti 2007), that of Lido Adriano within the province of Ravenna and that of Pisa. Of course, big cities such as Milan, Rome and Turin have important *dahiras* too. *Dahiras* also implement some transnational projects, which

are more socially than economically oriented. For instance, Mouride associations from Spain and Italy raised a lot of money to build a hospital in Touba during the 90's, a project managed by the province of Diourbel. Still Mouridism helps in networking and having points of reference abroad it is not the only factor. Individual immigrants look for help and reference in general, sometimes relying on kinship, sometimes on religious adherence, and sometimes also on a general code of solidarity and through economic negotiations. Thus, the religious organisation is very important to maintain transnational identity, to provide migrants with spiritual and ideological points of reference and, mainly indirectly, to aid development of networks that are combined with other networks. People move within such a complex web of symbolic meanings and personal connections and try to make a living from it while keeping options open. (Ricchio 2006)

A multiplicity of other organizational actors play an important role in the interface with Italian institutions as well as being crucial in keeping transnational connections with the homeland. (Ceschi/Stocchiero 2007, Riccio 2008b) The national associations perform an important function. During the 1990's Senegalese developed such a form of organisation with numerous provincially based Senegalese Associations of Italy united by a Coordinamento (CASI, Coordinamento delle Associazioni Senegalesi in Italia). These associations of foreign nationals are often shaped by migrants who are the most knowledgeable about the institutions in the receiving society. These are often the better educated, the elite who represents the foreign community only to some degree. However lay associations and CASI in particular have declined and other potential forms of organisations are developing, such as cooperatives or enterprises targeting more specific objectives together with more focused social organisations such as village associations.

Besides the branches of national associations in the various provinces there are also ethnic and village associations which are numerous. The former refer to the linguistic or ethnic minorities in Senegal who also organise themselves within the diaspora. There are, for instance, twelve Fulbé (Fulani) associations with 1400 members in Italy. The latter, called also hometown associations (cf. Çağlar 2006) or organisations (Halm/Zeynep 2012), tend to develop in the provinces with many migrants coming from a specific village or district. Such associations become involved in projects of various kinds such as construction of a well back home or collection of funds to build places of worship, schools and health centres (Grillo/Ric-

cio 2004). initially to ensure services for funeral ceremonies back in the home village, become more complex involving the transfer of money or products (medical drugs and equipment) for collective objectives such as community development, the of health centres or small hospitals, and the improvement of regional transport. Beside these common features, one records meaningful differences about the purposes and objectives (health, education etc.) as well as internal organization (more or less democratic). For instance, despite the objectives of associations sound almost always altruistic and noble, inside them one may find innovation, transformation as much as reproduction and strengthening of cleavages and power asymmetries along gender and intergenerational lines. For instance, in the province of Bergamo one records a village association from Baol which explicitly excludes women from its membership. (Riccio 2007)

A very important and non-intuitive aspect in the strengthening of hometown associations – which may be conducive to projects of co-development – is the crucial role played by the relationships and the interplay with local associational and institutional networks. Beside local government, also voluntary associations, NGOs, trade unions, or even single social practitioners facilitate the birth and endurance of the associations, which although focussed towards the community of origin, is intermittently involved with the sending context. The support towards the associations takes the form of suggestions as much as the concrete dispositions of places where members meet for formal assembly or discuss other kinds of decisions in case of unpredictable circumstances (sudden death of a member, special need from the village back home, etc.). Most of the longstanding associations are those who benefited from satisfactory relations with Italian Institutional and non institutional actors. (Cf. Brettel 2005) Furthermore, and more relevant for what will be discussed later, associations' leaders are ready to engage in projects which involve other social actors, like NGO's or a training centre connected with the trade union etc., only when their inclusion in the local receiving context is well assured and they can relate really as partners. Therefore, transnational engagement with the village of origin and the inclusion in the immigration society may feed each other. (Riccio/Ceschi 2010)

More recently one witnesses also to a process of further diversification. Some organizational transformation is due mainly to the development of transnational connections activities, like when we count egional associations (*Self Help* from the Region of Louga), federations linking together

hometown associations (FADERMI connecting all the home town associations from Matam Region; Riccio 2007). Other organizational changes are due more to the interplay with the receiving contexts' institutions like the birth of foreign families' and mixed associations together with what is normally called second generation associations.

Finally, one should note individual initiatives based on Italian associational structures, which allow socially active migrants to become involved in cultural and economic activities, networking with the actors of the economic and institutional system within specific localities. Associations involved in intercultural events (music, performances etc.), but also those concerned with entrepreneurial projects, good examples. Individuals who address the broader issue of citizenship for migrants within the local context represent another example. Here one may encounter persons who prefer to participate within the trade union or the provincial or communal consultative councils for foreigners to seek to empower and enhance access to citizenship of migrants in general and not just Senegalese or Fulani. For instance, in Ravenna, a Senegalese elected as representative within a provincial council, belonged to the Tidiane minority and not to the Mouride majority of Senegalese. This is to say that the diversification with which migrants have been entering the Italian public space is tending to overcome national, ethnic and religious lines. All these processes shape multilayered and situational figurations. For instance, migrants may be shifting back and forth between different affiliations.

Modou (Senegalese pseudonym) may be involved in a hometown association and discuss often with co-nationals if it would be better to connect in a regional federation of HTA (like all the village associations coming from the region of Louga in Senegal) better access the resources provided by the EU or the OIM and managed by the Region or the Commune. At the same time he can be seriously engaged to the national association acting within a specific Province (say Bergamo or Ravenna) but he also participates within the provincial or communal consultative councils for foreigners to seek to empower and enhance access to citizenship migrants in general. Finally, his incorporation within receiving localities does not stop at the insertion of the labour market but might involve his work at the local branch of the trade union all Saturdays, where beside general information for other foreigners more specific services are provided to workers concerned with work problems on local, national and global scale. He might enhance his status at the local level in the hometown village for having contributed to

the building of a health centre, but he acts politically within the organization of expatriates when back in the capital to raise the voice of migrants with a ministry.

As one may appreciate, these figurations seem more diverse and complex than the simple elite non-elite distinction, which puzzles many scholars working in this area. Indeed, there has been a long-standing debate about which kind of actors are these migrants doubly involved in both countries of origin and immigration. On the one hand, these practices of double engagement are seen as dominated by well educated and often wealthy men who wish to be incorporated in the elite in both sending and receiving countries rather than challenging the unequal power relations characterising them. On the other hand the transformative potential of migrants' political transnationalism is stressed. (Levitt 2001) The debate includes contributions on the politics of hometown associations, which have suggested a wide range of purposes driving these state centred, autonomous or even oppositional transnational associations. (Smith/Bakker 2008) Moreover, Mercer and colleagues (2008) request to overcome easy dichotomy between political belonging and moral conviviality showing how both aspects are at stake in the engagement of home associations, which can show also progressive aspects and be conducive of social change even when they use elite's rhetoric of belonging. In their views, home associations have the power to re-orientate the belonging-based policies by mobilizing collective action and resource distribution in a way that disregards the struggles for power as well as social, gender and political inequalities. (Cf. Halm/Zeynep 2012)

CO-DEVELOPMENT AND TRANSNATIONAL ENGAGEMENT

Another aspect that should be kept in mind is a certain degree of normativity of transnational engagement for these different organizations. (Stochiero 2008) Thus a momentum has been developed around transnational investments and projects. For instance, some of these organisational actors embark on micro-development projects aimed at their country of origin in Sub-Saharan Africa. As already explained, such transnational schemes, alongside and in conjunction with northern and southern local authorities and NGOs conflate different scales in both sending and receiving contexts. These provide an opportunity to enhance the chances of inclusion in the

receiving contexts as much as social mobility in terms of prestige and status in the sending contexts.

However, ambivalence can be recorded in these programmes. They form part of a general »discourse of development« (Grillo/Stirrat 1997), someone called it »mantra« (Faist 2008), stressing community, civil society, self-reliance, and, sometimes, profitable investment. From the perspective of the receiving context, it forms part of a transition to migration policies in which the emphasis would be on the stimulation of autonomy and entrepreneurship. As Faist puts it, »transnational networks and associations of migrants have come to stand at the centre of the optimistic visions of national and international economic development policy establishments« (2008: 22). Do these reflect the real demands of migrants or the logic of Italian planners, politicians, and social practitioners involved in the implementation of immigration policies? Moved from a bit of scepticism, this question should always be kept in mind.

Problems of exploitation should be taken into account. For instance, projects have been realized »in the name of migrants« by involving actors of the territory in the organization and by excluding migrants' associations. Let us take the example of a consortium of enterprises in the province of Bergamo, which has run courses of vocational training with a special attention towards migrants working in construction and manufacturing. It was well networked with local governments, the entrepreneurial as well as the associational sectors. At the beginning of the 2000's it has run one of the biggest and important projects in Senegal by creating a school for professional training in polyvalent mason in Senegal. The project involved many important social and economic actors of the province: the local government, three NGOs, UNESCO Dakar, a renowned school of construction, the two main associations of building firms, the Chamber of Commerce and a local foundation. The biennial project aimed at training semi-skilled and skilled masons in Senegal. The most successful among the 70 or 80 trainees were meant to come to Italy and enter regularly the provincial labour market. However, with the system of quota established by the Bossi-Fini law in 2002 these potential labour migrants could not leave Senegal and had to look for a job there. This grand project involving variety of actors was clearly oriented towards the need of the local labour market, but at the end it failed its main purpose.

Furthermore, the project did not involve the Senegalese association in Bergamo, which was among one of the biggest and better organised in

the Italian territory. When talking to the director of the Consortium and the responsible person of the project, I understood that a project of co-development working the other way round (training Senegalese migrants in such a way that they could invest their skills in the building sector within urban Senegal) would not find the necessary consensus among the productive actors of the network. The lack of involvement of Senegalese migrants organised in associations was explained with reference to the low degree of literacy among them. However, this was not the case for those who had been elected to represent the Senegalese migrants and therefore sounded as an excuse to many of them. More accurately, in other occasions the complaints refer to the lack of reliability of foreigners' associations' representation. Especially with development projects, there are conflicts concerning the level of benefit a project can provide for a specific sending context. However, the resentment for not having been involved in this project was very high among Senegalese migrants (Riccio 2008b) and it disappeared only when other opportunities emerged some years later facilitating the direct engagement of Senegalese associations (Ceschi/Stocchiero 2007).

In other circumstances, even when the projects ensured the participation of migrants, problems could arise due to mutual incomprehension and naïve expectations. Italian partners are often idealized for committing themselves and giving their time with no gain but cultural enrichment. Obviously such representations engender disappointment when the operators turn out to pay less attention to the needs and the culture of migrants than to the correct implementation of the project stages and to the rational employment of financial resources. On the other hand, perception and consequent expectations by Italian operators can be as idealistic and distorted, in so far as they are sustained by an exotic and pre-political fascination towards lost community values, an approach that can turn into its contrary when disappointment engenders the most racist and paternalistic generalizations. (Riccio 2008b)

Disappointed expectations are able to produce refusal towards the receiving context and induce migrants to invest in informal social networks that have often proved to be effective and secure in realizing individual or collective projects. Also, involving migrants as »development actors« is not free from ambivalence, particularly when the project is openly aimed at the »return to the country of origin« since it relies on a *discourse* that justifies the investment through the objective of »sending them home«. Support for such projects has often been ambivalently bound up with the goal of repat-

riation, and ideologically exploited in order to legitimate exclusion policies. (Daum 1997) For instance, even the Northern League encouraged NGOs to engage in development with the specific objective of halting immigration. In this context, it may all too readily become entwined with the politics of racism. Such projects risk feeding narratives of exclusion, while claiming to benefit the excluded. Praising the idealist Third-Worldism of Italian municipal authorities and activists, or the role of migrant associations as cultural mediators, is not without ambiguity if the purpose of local politicians is to return migrants to their home countries. Actually within the idea of co-development adopted in France and Italy, the interface role played by immigrants implies their active presence in the welcoming context. Nonetheless, even in projects fulfilling this criterion, a subtle political and symbolic exploitation of the processes cannot be excluded, since they can be used to offer a very benevolent and charitable image of the receiving country while, at the same time, security policies against migrants are adopted.

At the end of the nineties for instance the administration of a small town on the Riviera Romagnola succeeded to disguise their hard-line policy towards the irregular hawkers by co-financing a project of a group of Senegalese. They claimed: »We even bought them a boat!« The financing of one part of the project by only eight beneficiaries, united under the notion of »community«, produced a political and communicational semantic on the administrative side, by which their action seemed to involve the Senegalese community as a whole in the territory. This allowed the mayor to provide the image of a balanced political approach: hard-lined enough to satisfy the expectations of the shopkeepers' associations, but also generous and sensitive enough to neutralize the critics on the left as well as the catholic voluntary organizations. In other words, investing in this kind of project risks nourishing the rhetoric of exclusion while seemingly helping outcasts.

From the point of view of the sending country one records problems, too. Meillassoux, in his pioneering critique of co-development (1990) and especially on the projects characterised by the discourse about the need for »productive« investments argued that if the migrant workers are exploited in the receiving economy, »productive investments« run the risk of positioning them as exploiters of second degree in the context of origin, reproducing instead of undermining a system of overexploitation. More recently, Bakewell (2007) discusses the long-standing ambivalence of the relation between a too un-problematised notion of development and migra-

tion, arguing that often many of these projects aim at ensuring immobility. Indeed, many projects celebrating the *Migration-Development Nexus* examine the possibilities for the voluntary return of migrants to their »home«. (Cf. Glick Schiller/Faist 2010)

Furthermore, hometown or other kind of associations are bound to deal with local communities back home. As Faist observes (2008), the ability of migrants' associations to combine, thanks to transnational mobility, *exit* and *voice*, the famous concepts coined by Hirschman, can make them collide with those who don't move. The activities associations tend to promote in the places of origin, have to face local societies and the tension their actions can possibly evoke in these communities. For instance, migrants can be protagonists but this may collide with the claims of local political representatives (i.e. *les élus des communautés rurales*). There could be a struggle for the power on the decision making process affecting the community. In the case of local politicians this is managed according to a formal process of political representation, whereas migrants' associations often benefit from a charismatic informal power, which is acted in an effective and innovative way. If the former accuses the latter of being »undemocratic« or »far away from the every day problems of the village«, the latter, sometimes together with other members of the community, can counter-argue that the former revealed himself as »corrupted egotistic and nothing more« (Riccio/Ceschi 2010).

The relationship with the broader community of origin demands attention, too, because of an ambivalent representation of migrants in contemporary Senegal. (Riccio 2005, Fouquet 2008) On the one hand the success of migrants stimulates emulation as well as the popular imagination, on the other hand, some people argue that migrants succeed only because they »trick«, they become rich in a fraudulent manner. These comments are connected to another criticism of people wasting money on big weddings and houses instead of investing it in more entrepreneurial ways, producing jobs for others. Furthermore, the priorities mediated by migrants can contrast with kin, generational or gender hierarchies. For instance a larger association from the Matam region in Bergamo had to negotiate a lot to convince the elderly that a school for girls was more important than a third mosque for the village. (Riccio 2007)

Also, the involvement of the sending state is not unproblematic. If on the one hand migrant associations' activities and engagement in local development have forced national or local state to provide them with political

recognition and sometimes with financial support there is always the risk, as has been noted in other context, that associations may be »left doing the lion's share of the government's work' in development« while the government itself steps back from this responsibility (Levitt 2001: 209). Differently, the state can be also very crafty in exploiting these programmes. For instance, Robert Smith (2006) illustrates the historical path by which the community of migrants coming from Tijuana and living in New York has benefited from being repeatedly involved in projects of the local and then the Mexican authorities. Beside the first attempts of development projects and the institutionalisation of electoral mechanisms, aiming at facilitating distance voting, such activities became more concrete in the 1990s with the growth of a multiplicity of recreational associations, which proved to be the organisational actors most capable of maintaining transnational relations and undertaking complex transnational projects.

However problematic co-development may reveal itself, it can provide the means for migrants, individually and/or collectively, to fulfil their own projects and is often a mean for social change and power re-negotiations along gender and generational lines but also along ethnic lines within the receiving contexts. (Mercer et al. 2008)

CONCLUSION

Although one should be cautious of celebratory as much as pessimistic views towards hometown transnational activities and co-development in particular, a methodological opportunity needs to be recognized: by involving a large number of social actors (institutions, associations, NGOs, local state) in both sending and receiving contexts, this field of research represents a laboratory for the study of complex and ambivalent social processes as transnational public spheres in the making. As Smith and Bakker (2008) have clearly shown with their study of Mexican economic and political projects between the US and Mexico, the research on the interplay of social and institutional actors operating at multiple scales is somehow revealing about the political construction of citizens across borders. (cf. Çağlar 2006)

As a perspective, taking into account migrants' organisation engagement in co-development allows to see how discourses on development policies are acted, represented and even put up for discussion by the promo-

ting associations, by collective and individual migrants operating within the project. (Olivier de Sardan 1995) Moreover, studies on decentralized co-operation through migration can provide methodological insights in order to observe the interaction of institutions and associations in the country of destination, as well as among transnational practices and economic or socio-cultural changes in the country of origin.

The construction of a transnational public sphere needs to be investigated through an analysis of how migrant associations create political spaces out of their transnational socio-economic activities. The negotiation between associations' members and the Senegalese political representatives about the priorities of a project, or their critique towards local government officials as being corrupt, as much as the contestation of the ideological and instrumental use of a co-development programme by an Italian politician, all these situations concur in shaping a transnational arena where social if not legal citizenship is negotiated, contested or enacted. What I may anticipate is that the experiences of Senegalese associations in northern Italy, like the migrants' activities crossing the US-Mexico border mentioned above, seem to show that the transnationalisation and inclusion in the receiving context reinforce each other. As I said, migrants involved in more complex programmes with the aim to facilitate social and economic change in the sending context are those who managed to enter the Italian associational structure successfully moving themselves with confidence through the institutional networks of the receiving society. On the other hand Mercer and colleagues (2008) as well as Ostergaard-Nielsen (2011) have shown how African home associations do undertake also projects aimed at integration in British and Spanish societies respectively. Clearly, many migrants consider their engagement with the county of origin as compatible with their integration and investment in the society of immigration. (Smith/Bakker 2008, Nieswand 2011)

Acknowledgments:

The chapter draws from Riccio (2011) and the reflections stem mainly from three research projects, one undertaken for UN-Habitat and supervised by Momar Coumba Diop (Diop 2008) and the other two within CeSPI with COOPI and MIDA Ghana/Senegal programmes supervised by Andrea Stocchiero (Ceschi/Stocchiero 2007, Stocchiero 2008).

BIBLIOGRAPHY

- Bakewell, Oliver (2007): »Keeping Them in Their Place: The Ambivalent Relationship Between Development and Migration in Africa«, in: International Migration Institute (IMI). Working Paper 7, S. 1-44.
- Bava, Sophie (2003): »De la ›baraka aux affaires‹: ethos économique-réligieux et transnationalité chez les migrants Sénégalais mourides«, in: Revue Européenne des Migrations Internationales 19 (2), S. 69-84.
- Beck, Ulrich (2006): *Cosmopolitan Vision*, Cambridge: Polity Press.
- Bertoncello, Brigitte/Bredeloup, Sylvie (2004): *Colporteurs africains à Marseille*, Paris: Autrement.
- Black, Richard/King, Russel (2004): »Editorial Introduction: Migration, Return and Development in West Africa«, in: *Population, Space, and Place* 10, S. 75-83.
- Brettel, Caroline (2005): »The Spatial, Social, and Political Incorporation of Asian Indian Immigrants in Dallas«, in: *Urban Anthropology* 34, S. 247-280.
- Çağlar, Ayse (2006): »Hometown Associations, the Rescaling of State Spatiality and Migrant Grassroots Transnationalism«, in: *Global Networks* 6 (1), S. 1-22.
- Carter, Donald Martin (1997): *States of Grace. Senegalese in Italy and the New European Immigration*, Minneapolis: Minnesota University Press.
- Castagnone, Eleonora et al. (2005): *Vai e vieni. Esperienze di migrazione e lavoro di senegalesi tra Louga e Torino*, Milano: Franco Angeli.
- Ceschi, Sebastiano/Stocchiero, Andrea (Hg.) (2007): *Relations transnationales et co-développement. Associations et entrepreneurs sénégalais entre Italie et lieux d'origine*, Paris: L'Harmattan.
- Dahou, Tarik/Foucher, Vincent (2004): »Le Sénégal entre changement politique et révolution passive«, in: *Politique Africaine* 96, S. 5-21.
- Daum, Christophe (1997): »La coopération, alibi de l'exclusion des immigrants? L'exemple malien«, in: Didier Fassin/Alain Morice/Catherine Quiminal (Hg.) *Les lois de l'inhospitalité. Les politiques de l'immigration à l'épreuve des sans-papiers*, Paris: La Découverte.
- Daum, Christophe (1998): *Les associations de Maliens en France. Migration, développement et citoyenneté*, Paris: Kathala.
- Diop, Momar Coumba (Hg.) (2008): *Le Sénégal des migrations, Mobilités, identités et sociétés*, Paris: Karthala.

- Ebin, Victoria (2008): »Little Sénégal« contre la renaissance de harlem: les immigrés Sénégalais et la gentrification de Harlem«, in: *Revue Asylon(s)* 3, <http://www.reseau-terra.eu/article712.html>, eingesehen am 29.09.2012.
- Faist, Thomas (2008): »Migrants as Transnational Development Agents: An Inquiry into the Newest Round of the Migration-Development Nexus«, in: *Population, Space and Place* 14, S. 21-42.
- Fausser, Margit (2012): »Disentangling Migrant Transnationalism«, in: Dirk Halm/Sezgin Zeynep (Hg.), *Migration and Organized Civil Society*, London: Routledge, S. 44-59.
- Fouquet, Thomas (2008): »Migrations et ›globalisation‹ dakaraises«, in: Momar Coumba Diop (Hg.), *Le Sénégal des migrations, Mobilités, identités et sociétés*, Paris: Karthala, S. 241-276.
- Fraser, Nancy (2007): »Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World«, in: *Theory Culture Society* 24 (7), S. 7-30.
- Glick Schiller, Nina/Faist, Thomas (Hg.) (2010): *Migration, Development and Transnationalization*, Oxford: Berghahn.
- Grillo, Ralph/Stirrat, Rodrick (Hg.) (1997): *Discourses of Development*, Oxford: Berghahn.
- Grillo, Ralph/Riccio, Bruno (2004): »Translocal Development: Italy-Senegal«, in: *Population, Space and Place* 10, S. 99-111.
- Grillo, Ralph/Mazzucato, Valentina (Hg.) (2008): »Africa <> Europe: A Double Engagement«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 2 (34), S. 175-198.
- Gueye, Ceikh (2002): *Touba. La capitale des mourides*, Paris: Karthala.
- Halm, Dirk/Zeynep, Sezgin (Hg.) (2012): *Migration and Organized Civil Society*, London: Routledge.
- Kaag, Mayke (2008) »Mouride Transnational Livelihoods at the Margins of a European Society: The Case of Residence Prealpino, Brescia, Italy«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 2 (34), S. 271-185.
- Lavigne-Delville, Philippe (1991): *La rizière et la valise. Irrigation, migration et stratégies paysannes dans la vallée du fleuve Sénégal*, Paris: Syros.
- Levitt, Peggy (2001): *The Transnational Villagers*, Berkeley: University of California Press.
- Levitt, Peggy/Glick Schiller, Nina (2004) »Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Field Perspective on Society«, in: *The International Migration Review* 38 (3), S. 1002-1039.

- Mazzucato, Valentina/Kabki, Mirjam (2009) »Small is Beautiful: the Micropolitics of Transnational Relationships between Ghanaian Home-town Associations and Communities Back Home«, in: *Global Networks* 9 (2), S. 227-251.
- Meillassoux, Claude (1990): »Chez eux et chez nous«, in: *Hommes et Migrations* 1131, S. 29-32.
- Mercer, Cleare/Page, Ben/Evans, Martin (2008): *Development and the African Diaspora. Place and Politics of Home*, London: Zed Books.
- Nieswand, Boris (2011): *Theorising Transnational Migration. The Status Paradox of Migration*, London: Routledge.
- Olivier de Sardan, Jean-Pierre (1995): *Anthropologie et développement. Essai en socio-anthropologie du changement social*, Paris: Khartala.
- Ostergaard-Nielsen, Eva (2011): »Codevelopment and Citizenship: The Nexus Between Polices on Local Incorporation and Migrant Transnational Practices in Spain«, in: *Ethnic and Racial Studies* 34 (1), S. 20-39.
- Quiminal, Cathrine (1991): *Gens d'ici gens d'ailleurs. Migrations soninké et transformations villageoises*, Paris: Bourgois.
- Riccio, Bruno (2005): »Talkin' About Migration. Some Ethnographic Notes on the Ambivalent Representation of Migrants in Contemporary Senegal«, in: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* 5 (8), S. 99-118.
- Riccio, Bruno (2006): »Transmigrants< mais pas >nomades<, Transnationalisme mouride en Italie«, in: *Cahiers d'études africaines* 181, S. 95-114.
- Riccio, Bruno (2007): »Associationisme, capital social et potentialités de co-développement parmi les migrants sénégalais de la province de Bergame«, in: Sebastiano Ceschi/Andrea Stocchiero (Hg.), *Relations transnationales et co-développement. Associations et entrepreneurs sénégalais entre Italie et lieux d'origine*, Paris: L'Harmattan, S. 25-49.
- Riccio, Bruno (2008a): »West African Transnationalisms Compared: Ghanaians and Senegalese in Italy«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34 (2), S. 217-234.
- Riccio, Bruno (2008b): »Les migrants sénégalais en Italie. Réseaux, insertion et potentiel de co-développement«, in: Momar Coumba Diop (Hg.), *Le Sénégal des migrations. Mobilités, identités et sociétés*, Paris: Karthala, S. 69-104.
- Riccio, Bruno (2011): »Rehearsing Transnational Citizenship: Senegalese Associations, Co-Development and Simultaneous Inclusion«, in: *African Diaspora* 4, S. 97-113.

- Riccio, Bruno/Ceschi, Sebastiano (2010): »Le associazioni senegalesi e ›capitali sociali‹ nelle province di Bergamo e Brescia«, in: Francesco Carchedi/Giovanni Mottura (Hg.), *Produrre cittadinanza. Ragioni, traiettorie e differenze nell'associazionismo dei migranti*, Milan: Franco Angeli, S. 70-99
- Salzbrunn, Monika (2008): »L'impatto delle reti transnazionali degli emigrati sulle elezioni presidenziali in Senegal nel 2000«, in: Bruno Riccio (Hg.), *Migrazioni transnazionali dall'Africa*, Turin: Utet, S. 74-91
- Salih, Ruba (2010): »Transnational Public Spheres from ›Above‹ and from ›Below‹«, in: *Anthropology of the Middle East* 5 (1), S. 53-70.
- Schmidt di Friedberg, Ottavia (1994): *Islam, solidarietà e lavoro. I muridi senegalesi in Italia*, Turin: Edizioni della Fondazione Agnelli.
- Schmitz, Jean (2008): »Migrants ouest-africains vers l'Europe: historicité et espace moraux«, in: *Politique Africaine* 109, S. 5-15.
- Sinatti, Giulia (2007): »Diasporic Cosmopolitanism and Conservative Translocalism. Narrative of Nation Among Senegalese Migrants in Italy«, in: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 6 (3), S. 30-50.
- Smith, Robert (2006): *Mexican New York: Transnational Lives of New Immigrants*, Berkeley: University of California Press.
- Smith, Michael Peter/Bakker, Mathew (2008): *Citizenship Across Borders. The Political Transnationalism of ›El Migrante‹*, Ithaca: Cornell University Press.
- Stocchiero, Andrea (2008) »Learning by Doing. Migrant Transnationalism for Local Development in the MIDA Italy-Senegal/Ghana Programme«, in: *Centro Studi di Politica Internazionale (CeSPI) Working Paper Series*: Rome.
- Tall, Serign Mansour (2008) »La migration internationale sénégalaise: des recrutements de main-d'oeuvre aux pirogues«, in: Momar Coumba Diop (Hg.), *Le Sénégal des migrations. Mobilités, identités et sociétés*, Paris: Karthala, S. 37-68.
- Vertovec, Steve (2009): *Transnationalism*, London: Routledge.
- Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina (2002): »Methodological Nationalism and Beyond: Nation-State Building, Migration, and the Social Sciences«, in: *Global Networks* 2, S. 301-334.

Digitale und translokale Koalitionen

Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeiten und Medienpartizipation im Zeitalter des Internets

JEFFREY WIMMER

1. EINLEITUNG

So einfach wie heute war es noch nie, sich online für oder gegen einen politischen Sachverhalt zu engagieren. Intuitiv bedienbare Anwendungen machen es leicht, eigene Inhalte im Netz zu erstellen und zu verbreiten. Informationsproduktion und -distribution und damit jegliche Form von Protestartikulation bleiben nicht länger versierten Nutzern,¹ Unternehmen oder politischen Organisationen vorbehalten. Neue Informations- und Kommunikationsräume konstituieren sich, in denen sich politische Gegenöffentlichkeiten entwickeln können, für die in den klassischen Medien bisher kein Platz war. Dank der offenen und hierarchielosen Struktur des Internets kann – zumindest prinzipiell – jeder Nutzer mit seiner Stimme zum Teil des politischen Diskurses werden oder lautstark auf seinen Dissens aufmerksam machen. Auf unzähligen Plattformen finden Menschen mit ähnlichen politischen Interessen zueinander, um ihr Wissen zu teilen, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. So kürte das renommierte *Time Magazine* 2011 den Demonstranten (»The Protester«) als »Persönlichkeit des Jahres«, die 2012 gesellschaftspolitisch und medial wirkmächtig wie kein anderer politischer Akteur u.a. bei den Protesten im arabischen Raum und im Rahmen der Occupy-Bewegung agierte. Durch den rapiden und allumfassenden Fortschritt der modernen Kommunikations-

1 | Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet. Es sind allerdings stets beide Geschlechter angesprochen.

medien ergeben sich also einerseits neben den alt hergebrachten Formen politischer Partizipation neue Möglichkeiten, ziviles Engagement zu übernehmen. Die digitale Revolution verändert andererseits neben den Partizipationsmitteln aber auch die kommunikative Reichweite und somit den Einfluss des Einzelnen auf die Konstituierung politischer Öffentlichkeit.

Um vor diesem Hintergrund die gegenwärtige Hochkonjunktur medialer Gegenöffentlichkeiten und Partizipationskultur kritisch zu reflektieren, gliedert sich der Beitrag in folgende Abschnitte: Zuerst wird auf das Begriffsfeld Öffentlichkeit und den durch die Digitalisierung mithervorgebrachten Strukturwandel öffentlicher Kommunikation aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive eingegangen (Abschnitt 2). Eine interdisziplinäre Skizze macht deutlich, dass Öffentlichkeit nicht nur als ein dynamischer Prozess, sondern auch als ein multidimensionales Phänomen zu verstehen ist, das sich über mehrere Komplexitätsebenen erstreckt. Sie zeigt auch, dass klassische Definitionen von Öffentlichkeit als eine bestimmte Einheit im Internet-Zeitalter an ihre Grenzen stoßen. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels sind allerdings die kommunikativen Potentiale für die Zivilgesellschaft grundsätzlich ambivalent zu beurteilen (Abschnitt 3). Zur Systematisierung der unüberschaubaren Fülle von gegenöffentlicher Kommunikation in Zeiten des Internets werden idealtypische Phänomene auf den drei Komplexitätsebenen öffentlicher Kommunikation (interpersonale, Gruppen- und Massenkommunikation) vorgestellt (Abschnitt 4). Der Beitrag schließt mit Implikationen für die Erforschung und die Zukunft medialer Teilhabe an Öffentlichkeit (Abschnitt 5).

2. DAS BEGRIFFSFELD ÖFFENTLICHKEIT IM ZEITALTER DES INTERNETS

Bei der Diskussion über die Konzeptionalisierung von Öffentlichkeit stehen oftmals spezifische normative Aspekte im Vordergrund, was sowohl die Übertragbarkeit auf die europäische und internationale Forschung als auch den Anschluss an die aktuelle Kommunikations- und Medienpraxis schwierig gestaltet. (Vgl. Kleinsteuber 2000: 39ff.) Die Verwendung des Öffentlichkeitsbegriffs wie auch dessen normative Relevanz für die moderne Mediengesellschaft nimmt nichtsdestotrotz sowohl aus theoretischer als auch aus empirischer Perspektive unvermindert zu. (Vgl. Imhof 2003: 201) Der Bezugspunkt klassischer Öffentlichkeitsstudien stellte lange Zeit

Politik in einem engen Sinne dar. Dieser Fokus erklärt sich aus den Wurzeln der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Zeit der Aufklärung. Öffentlichkeit avancierte im 18. Jahrhundert zum Kampfbegriff der Liberalen, die eine Offenlegung der Machtverhältnisse forderten. Diese Hintergründe beeinflussten auch stark die lange Zeit vorherrschende begriffliche Einführung in der Kommunikationswissenschaft (vgl. Winter 1993: 31), obwohl die Konstituierung von Öffentlichkeit, wie noch gezeigt werden soll, in den letzten Jahren und Jahrzehnten, mit einem dramatischen Strukturwandel konfrontiert ist.

Die englische Übersetzung von Jürgen Habermas' »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (1989) hat international gesehen für einen »Public Sphere Approach« (vgl. Dahlgren 2004: 15) und für einen Forschungsboom in den Sozialwissenschaften gesorgt, der heutzutage aktueller denn je ist. (Vgl. z.B. Calhoun 1992, Kleinstaub 2001, Lunt/Livingstone 2013) Habermas versteht Öffentlichkeit als ein Netzwerk für die Kommunikation von Meinungen, das als intermediäre Instanz zwischen Lebenswelt und anderen funktionalen Teilsystemen vermittelt. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive liefert dieses Öffentlichkeitskonzept Maßstäbe für die Bewertung medialer, aber auch sozialer und politischer Veränderungen und Entwicklungen der Mediengesellschaft. Wichtige Impulse erhält die kommunikationswissenschaftliche Öffentlichkeitsforschung aktuell u.a. durch die analytische Berücksichtigung (1) des Aufkommens neuer Medien und des Prozesses der Digitalisierung, (2) des Entstehens neuer und informeller Politikfelder und Protestformen in der reflexiven Moderne, (3) neuer empirischer Ansätze und Methoden, aber auch – wie die Beiträge in diesem Band zeigen – (4) durch die Transnationalisierung der ehemals allein national und/oder lokal gedachten Verschränkung von politischem Geltungsbereich und medialer Öffentlichkeit.

Im Anschluss an Krotz (1998), Klaus (1998), Dahlgren (2005) und Peters (2007) wird Öffentlichkeit in diesem Beitrag nun als ein Mehrebenenphänomen verstanden, das neben der v.a. in der Kommunikationswissenschaft fokussierten repräsentationellen Dimension nicht nur einen je spezifischen (medien-)kulturellen Kontext besitzt, sondern auch stets eine strukturelle wie subjektbezogene Ebene impliziert.² Die strukturelle Ebene bezieht sich auf die manifesten und dabei v.a. massenmedialen

2 | Für eine spezifische Aufzählung konkreter Öffentlichkeitskategorien, die auf diese Grunddimensionen rekurren vgl. Wimmer (2011: 168f.).

Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit, die diese auf gesamtgesellschaftlicher bis hin zur lokalen Ebene einnimmt. Die subjektbezogene bzw. interaktionale Dimension verweist auf die Aneignung öffentlicher Kommunikationsprozesse und die Teilhabe an Öffentlichkeit. Diese kann unterschiedliche Formen annehmen – wie z. B. das emotionale »Bewegtsein« der Bürger, die Resonanz von Medienangeboten im Publikum (so genannte Anschlusskommunikation) oder auch die Interaktion zwischen den Bürgern, welche sich von interpersonalem Gesprächen auf der Mikroebene, über größere Veranstaltungen und Versammlungen auf der Mesoebene hin zur allgemeinen kommunikativen Konstruktion und Etablierung (alternativer) politischer Öffentlichkeiten auf der Makroebene erstrecken kann. Auch die Möglichkeiten der Bürger zur Partizipation im Sinne der Produktion eigener Medieninhalte bspw. im Internet in Form partizipativer Nachrichtenseiten sind dabei analytisch in Betracht zu ziehen.

Anstatt statisch, ist also Öffentlichkeit grundsätzlich immer im Sinne eines dynamischen, komplexen und dabei multidimensionalen Kommunikationsprozesses zu konzeptualisieren. Diese Multidimensionalität konstituiert sich durch mehrere grundlegende Charakteristika öffentlicher Kommunikation in Zeiten des Internets, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.³

Die oftmals als einheitlich und universell gedachte politische Öffentlichkeit zerfällt bei näherem Hinsehen in mehrere partikulare bzw. segmentierte Öffentlichkeiten (verstanden als Teilöffentlichkeiten) mit scheinbar »widersprüchlichen Produktions- und Rezeptionslogiken zwischen Nivellierung und Differenzierung, zwischen Konformität und Pluralität« und unterschiedlicher Komplexität und Reichweite (Zimmermann 2000: 46). Dieser Prozess wird durch die Existenz digitaler Kommunikationsmedien und Medientechnologien rapide beschleunigt. Die immer stärker werdende mediale Vermittlung und Durchdringung unseres Alltags, der in der Kommunikationswissenschaft als Prozess der Mediatisierung gefasst wird, führt dazu, dass

»die computervermittelte Kommunikation [...] als Folge des Mediatisierungsprozesses langfristig eine potenzielle Basis für neue Formen von Öffentlichkeit und politischer Kommunikation bilden kann« (Krotz 2007: 107).

3 | Brüggemann et al. (2009: 393) sprechen hier von scheinbaren Dichotomien, die oft in der Forschung unhinterfragt bleiben.

Lingenberg (2010: 150) zeigt an empirischen Fallbeispielen konkret auf, dass

»die Beteiligung an öffentlichen Diskursen ebenso wie die Beobachtung politischen Geschehens längst nicht mehr nur über Massenmedien, sondern auch über spezialisierte Newsgroups, Diskussionsforen, Blogs und Twitter im Internet oder über das Mobiltelefon denkbar [sind]«.

Auf unzähligen Plattformen finden Menschen mit ähnlichen privaten, kulturellen, aber auch politischen Interessen zueinander, um ihr Wissen zu teilen, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten.

Aus analytischer Perspektive haben diese Befunde auch die Debatte darüber gefördert, inwieweit bei der Konstitution von Öffentlichkeit nicht nur die Rolle der Massenmedien, sondern auch die der interpersonalen Kommunikation stärker in den Untersuchungsfokus geraten muss. So stellt schon Habermas (1990 [1962]) fest, dass in der Moderne die Medienorganisationen zwar den institutionellen Kern politischer Öffentlichkeit bilden, aber erst im Rahmen interpersonaler Kommunikation⁴ Öffentlichkeit zum Leben erweckt wird und damit die (medienvermittelte) interpersonale Kommunikation eigentlich das Fundament der Demokratie darstellt.⁵

Öffentlichkeit kann somit als ein (Konstruktions-)Prozess aufgefasst werden. (Vgl. z.B. Klaus 1998: 135f.) Aus theoretischer Perspektive stellt Peters (1994: 47) am deutlichsten neben dem Gemeinschaftscharakter v.a. die Dynamik von Öffentlichkeit heraus und setzt sie gleich mit der »Gesamtheit der Prozesse diskursiver, auf kollektive Probleme bezogener Meinungs- und Willensbildung«. Dieses prozessuale Merkmal ist bei den meisten Öffentlichkeitskonzepten zumindest implizit angelegt und ver-

4 | Ähnlich wie Gerhards und Neidhardt (1990) unterscheidet Habermas (1992: 452) drei Ebenen von Öffentlichkeit: »von der episodischen Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit über die veranstaltete Präsenzöffentlichkeit von Theateraufführungen, Elternabenden, Rockkonzerten, Parteiversammlungen oder Kirchentagen bis zur abstrakten, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit von vereinzelt und global verstreuten Lesern, Zuhörern und Zuschauern«.

5 | Allerdings konstatieren Habermas selbst und weitere Autoren diesbezüglich kritisch, dass die Massenmedien Öffentlichkeit gleichsam monopolisiert haben (z.B. Marcinkowski 2001: 245f.).

weist stark auf den sozialen Kontext von Öffentlichkeit. Dieser kommt u.a. in der Rezeption und Aneignung des medialen Diskurses durch das (Medien-)Publikum zum Ausdruck. Den hohen Stellenwert von individuellen Selektions- und Interpretationsprozessen und damit verbundener öffentlicher wie nicht-öffentlicher Anschlusskommunikation betont Dahlgren (2006: 274):

»The public sphere does not begin and end when media content reaches an audience; this is but one step in larger communication and cultural chains that include how the media output is received, made sense of and utilized by citizens.«

Die Rezeption von politischen Diskursen bedeutet also nicht nur die bloße Aufnahme von Information, sondern stets deren Interpretation und Aneignung. Das bedeutet auch, dass Affekte, Kognitionen und Handeln der verschiedenen Öffentlichkeitsakteure – kurzum: die Perspektive des Individuums – bei der Öffentlichkeitsanalyse konzeptionell stärker zu berücksichtigen sind.

Öffentlichkeit nimmt – so kann man als Zwischenfazit ziehen – eine doppelte Bedeutung sowohl von sozialer Totalität als auch von einem spezifischen Publikum ein, das sich über eine bestimmte kollektive Identität konstituiert. So hat Öffentlichkeit aus struktureller Sicht aufgrund ihres repräsentationellen Charakters eine Funktion inne und dient der Systemerhaltung, sie ist somit eine Art Quasi-Akteur mit gesellschaftlicher Wirkungsmacht. Aus personaler Perspektive stellt Öffentlichkeit den Handlungskontext gesellschaftlicher Akteure dar, der sich in deren konkreten Aktionen und Einstellungen niederschlägt. (Vgl. Beetz 2005: 2ff.) Auf diese beiden analytischen Pole verweist indirekt auch Habermas (1998: 228) in seiner Analyse postnationaler Konstellationen, indem für ihn der Begriff der Moderne und damit auch der von Öffentlichkeit »mit dem abstrakten Gegensatz zwischen einer disziplinierenden Gesellschaft und der verletzten Subjektivität des Einzelnen« in Zusammenhang zu bringen sei.

Die strukturellen wie subjektbezogenen Dimensionen beziehen sich dabei zum einen im Sinne einer Mikro-Makroverschränkung stets wechselseitig aufeinander. (Vgl. Wimmer 2011) Diese Verschränkung ist zugleich zentraler normativer Anspruch an Öffentlichkeit, da mit dem »Prinzip « Öffentlichkeit immer auch Fragen von Macht sowie von (Un-) Gleichheit verbunden sind. Aus theoretisch-analytischer Perspektive sind

somit hauptsächlich die sowohl subjektiv empfundenen als auch strukturell vermittelten Zugangs- und Einflussmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure auf politische Öffentlichkeit im Rahmen von Öffentlichkeitsprozessen von Interesse. Aus methodisch-operationaler Perspektive gilt es zu untersuchen, inwieweit in der (politischen) Öffentlichkeit (als intermediäre Sphäre zwischen der privaten Lebenswelt und politischen wie gesellschaftlichen Strukturen) private Meinungen repräsentativ diskutiert werden, welche davon Anschluss an einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs finden und welchen Beitrag die Bürger dazu leisten können. So formulieren prägnant Couldry et al. (2007: 24):

»What are the matters of common concern, how are they engaged by the public, how does public engagement roles relate to political participation, if at all, and how important are media facilitating, shaping or impeding such participation.«

In ihrer Analyse der grundlegenden Medienrepertoires des Publikums konkretisieren sie ihren Ansatz der so genannten Public Connection: Eine größere kommunikative Vernetzung der Bürger untereinander und eine größere Orientierung an – in Kommunikationsmedien vermittelten – öffentlichen Themen können zu einem größeren Vertrauen in den Staat und zu mehr zivilgesellschaftlichem Engagement führen.

Die strukturellen und subjektbezogenen Dimensionen von Öffentlichkeit befinden sich zum anderen – im Internet-Zeitalter mehr denn je – in einem andauernden Wandlungsprozess. Diese Komplexität kann man exemplarisch am Prozess der Transnationalisierung sozialer und politischer Zusammenhänge veranschaulichen. So sind aus struktureller Perspektive Öffentlichkeits- und Raumvorstellungen nicht nur historisch eng gekoppelt, sondern auch räumlich – v.a. national und regional – institutionalisiert. Die im Zuge des gegenwärtigen Wandels sich ändernden sozialen wie räumlichen Bezüge öffentlicher Kommunikation haben aber auch neue Koppelungen zur Folge, die es erst noch öffentlichkeitstheoretisch wie empirisch auszuloten gilt. (Vgl. z.B. Wallner/Adolf 2014) So findet öffentliche Kommunikation zunehmend auch in virtuellen Kommunikationsräumen scheinbar losgelöst von politischen Geltungsbereichen und physischen Bezügen statt. Aber auch aus subjektbezogener Sicht ändert sich die Konstituierung von Öffentlichkeit, da sich Bürger in Migrationszusammenhängen nicht mehr in lokal begrenzten sozialen und politi-

schen Kontexten, sondern zunehmend in transnationalen Lebenswelten bewegen, die mit recht unterschiedlichen Öffentlichkeitsanbindungen einhergehen (können). (Vgl. Lingenberg 2014)

3. DIE AMBIVALENZ DES ÖFFENTLICHEN DISKURSES IM INTERNET

Die Verbreitung von Onlinemedien erweitert also auf den ersten Blick immens die kommunikativen Möglichkeiten der Zivilgesellschaft. Ermöglicht das Internet damit auch die Konstituierung eines öffentlichen Diskurses im Sinne Habermas? Sehr hilfreich für ein Verständnis dieser Debatte ist im Anschluss an Coleman/Ross (2010) die Differenzierung mehrerer Phasen bzw. Paradigmen der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Entstehung und den Folgen digitaler Öffentlichkeit(en). Zu Beginn war die Forschung noch durch einen relativ klaren Dualismus gekennzeichnet. So liegen einerseits vielen Ansätzen implizit utopische Hoffnungen der Ermöglichung bzw. Revitalisierung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe an öffentlicher Kommunikation zugrunde z.B. in Form des Entstehens so genannter Consumer Citizen bzw. Netizens oder gar einer fünften Gewalt im Rahmen transnationaler Internetkommunikation (vgl. z.B. Negroponte 1996, Bruns 2009, Dutton 2009). Während hingegen in einer zweiten Phase eine gewisse Ernüchterung festzustellen ist und eher die negativen Begleiterscheinungen der neuen Partizipationsmöglichkeiten – wie z.B. die vermehrte Entstehung idiosynkratischer Teilöffentlichkeiten und/oder persönlicher Öffentlichkeiten (Schmidt 2009) und deren z.T. hochselektiven Informationssphären, die so genannten »filter bubbles« – thematisiert werden. (Vgl. z.B. Papacharissie 2002, Sunstein 2001, Pariser 2011) Beide Paradigmen konstatieren zwar grundsätzlich eine größere Vielfalt u.a. an medialen Partizipations- und Engagementsmöglichkeiten, stehen sich aber diametral in der Bewertung dieser Kommunikationsprozesse und ihrer Folgen gegenüber.

Idealtypisch für eine eher euphorische Position sehen Jenkins et al. (2009) den Beginn eines Zeitalters transmedialer und transnationaler Partizipationskultur (Participatory Culture). Denn die technischen Möglichkeiten des Social Web lassen auf einfache Weise zivilgesellschaftliches Engagement und damit auch auf längere Sicht politische Partizipation zum Bestandteil des alltäglichen Medienhandelns werden. Ursprünglich bezo-

gen auf den Bereich der Populärkultur und Unterhaltungskommunikation können für Jenkins (2010) daher alle digitalen Kommunikationsmedien und Medientechnologien unter bestimmten Voraussetzungen als sogenannte »Civic Media« fungieren, die Partizipation und Teilhabe an Öffentlichkeit ermöglichen. Das Phänomen des »Consumer Netizen«⁶ verdeutlicht, dass diese neuen Formen von Partizipation ohne Medienvermittlung gar nicht mehr gedacht werden können: Digitale Kommunikationsmedien werden hier auf vielfältige Weise unter anderem zur Vernetzung, Selbstdarstellung oder zum Wissensmanagement der neuen, mehr oder weniger politiknahen Alltagspraktiken genutzt beziehungsweise ermöglichen diese erst. (Vgl. z.B. Baringhorst 2012).

Ein ähnliches Argument vertritt auch Bruns (2009) in seinem Ansatz der Producersage – der Verschmelzung individueller Nutzungs- und Produktionsvorgänge. Er postuliert, dass die vernetzte Kommunikation im Social Web und die dabei stattfindende selbstorganisierte und kollaborative Produktion medialer Inhalte als Keimzellen politischer Praktiken gewertet werden können, da sie eine massenmedial kompatible und hierarchisch strukturierte politische Öffentlichkeit aufbrechen. Castells (2007; 2008) nimmt aus soziologischer Sicht grundsätzliche Machtverschiebungen wahr: Bislang verfügten der Staat und etablierte Institutionen über einen privilegierten Zugang zu den Medien und damit über einen Aufmerksamkeitsvorteil. In der so genannten Netzwerkgesellschaft ändert sich dies rapide. Deren kommunikative Basis besteht nicht länger aus vertikaler Kommunikation, sondern aus horizontalen sozial-, raum- und zeitübergreifenden Kommunikationsnetzwerken, die in der Zivilgesellschaft verankert sind. Dies führt zu einer neuen Form sozialer Kommunikation, die Castells (2007: 248) »mass self communication« nennt. Die Produktion, Verbreitung und die Rezeption von Informationen erfolgen im Internet für ihn zunehmend selbstbestimmter. Die Zentralität der Internet-Infrastruktur für diese Diagnose einer wachsenden Gegenmacht bzw. kritischen Gegenöffentlichkeit führt Dahlgren (2005: 155) aus:

6 | Dieser Ansatz geht von einem Konsumenten mit moralischem Verantwortungsbewusstsein für den sozialen, politischen und ökologischen Status Quo sowie einem Bezug zur Einhaltung des Menschenrechts, ökologischer Nachhaltigkeit und dem gerechten Welthandel aus.

»In the arena of new politics, the Internet becomes not only relevant but central: It is especially the capacity for the »horizontal communication« of civic interaction that is paramount. Both technologically and economically, access to the Net (and other new technologies, such as mobile phones) has helped facilitate the growth of large digital networks of activists.«

Gegen die euphorische Perspektive bzw. gegen eine größere Öffentlichkeit im Internet im Sinne ihrer gesellschaftlichen Funktion spricht allerdings u.a., dass auch im Internet ein so genanntes »power law« gilt (vgl. z.B. Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2007: 108), also das Gesetz der Kumulation von Aufmerksamkeit und Einfluss. Zwar ist es prinzipiell möglich, dass jeder seine Meinung veröffentlicht. Doch die technische Struktur des Internets und die Logik der Suchmaschinen führen dazu, dass nur vergleichsweise wenige Inhalte im Netz auch tatsächlich von einer größeren Anzahl von Nutzern wahrgenommen werden. Im Ergebnis, so die Skeptiker der Internetverheißungen, führe die Kommunikation im Internet zu einer Bevorzugung bereits etablierter Akteure sowie zu einer Fragmentierung des öffentlichen Diskurses. (Vgl. u.a. Friedland/Hove/Rojas 2006, Rethemeyer 2007) Auch der Journalismus, neben der Politik Hauptakteur bei der Konstituierung von Öffentlichkeit, unterliegt gravierenden Veränderungen u.a. aus subjektbezogener Sicht im Rahmen der Recherche und des Umgangs mit Informationen, die ambivalent zu bewerten sind. (Vgl. umfassend Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2009) Im Rahmen der Disintermediation entstehen aus struktureller Sicht neue journalistische Konkurrenten auf dem Informationsmarkt (wie z.B. Suchmaschinen, Corporate Media, Partizipativer Journalismus etc.), die das Publikum im Rahmen der Internetkommunikation direkt ansprechen können, ohne auf das journalistische »Nadelöhr« angewiesen zu sein. (Vgl. Neuberger 2009: 54ff.)

Als exemplarisch für die analytische Berücksichtigung dieses stark ambivalenten Charakters der Herausforderungen, die mit den neuen Öffentlichkeits- und Partizipationsmöglichkeiten einhergehen, kann die dialektische Position von Habermas (2008: 161f.) selbst gelten. Unter dem Eindruck der zunehmenden Digitalisierung geht er zwar von einer Revitalisierung von Öffentlichkeit(en) gerade in Bezug auf Interaktion und Deliberation auf der Mikroebene aus, diese Diagnose ist aber für ihn gleichzeitig und unweigerlich mit einer Fragmentierung von Öffentlichkeit auf einer strukturellen wie personellen Ebene verknüpft. (Vgl. Neuberger 2009: 19f.) Habermas sieht die Öffentlichkeit dahingehend in Einzelteile

zerfallen, dass die Masse an Informationen keine Filterung durch den professionellen Journalismus mehr erfahre. Das Publikum habe direkten Zugang zu den Informationen und sei durch den Mangel an professionellen »Kommunikationsagenten« dazu gezwungen, selbst über die Qualität von Onlinebeiträgen zu urteilen. An dieser Stelle müsse die Kompetenz der Mediennutzer diesbezüglich infrage gestellt werden, da die Glaubwürdigkeit vieler Informationen im Internet durch ihr massenhaftes Vorkommen schwer zu beurteilen sei. Das Internet stelle eine übersichtliche Landschaft von Informationsfragmenten dar, in der der journalistische »Gatekeeper« fehle. (Vgl. Neuberger 2009: 38) Darüber hinaus sind wirtschaftliche wie politische Einflussnahmen auf die kollaborative Produktion von Partizipationskommunikation im Social Web zu diagnostizieren. So dienen bspw. Facebook-Fanseiten oder Youtube-Videos zum größten Teil ökonomischen Interessen, die den Internetnutzern nicht wirklich bewusst sind. (Vgl. z.B. Fuchs 2013)

Angesichts dieses digitalen Strukturwandels von Öffentlichkeit stellt sich auch die Frage, inwieweit nicht neue Öffentlichkeitsmodelle gebraucht werden, die den skizzierten Entwicklungen Rechnung tragen. So übertragen beispielsweise Gerhards und Schäfer (2010) die Kriterien des massenmedialen Arenamodells der Öffentlichkeit (Gerhards/Neidhardt 1990) ins digitale Zeitalter und vergleichen am Fallbeispiel Humangenomforschung Inhalte auf Webseiten, die Toptreffer bei den einschlägigen Suchmaschinen sind, und in der Zeitungsberichterstattung. Ihr Vergleich zeigt in der Online-Öffentlichkeit eine geringe Diversität an Sprechern und an thematischer Vielfalt. Dieser Befund kann aber auch ein methodisches Artefakt darstellen. Denn die Autoren betrachten den Kommunikationsraum Internet relativ undifferenziert, indem sie allein auf Konstruktionsleistung der Suchmaschinen abstellen und andere Intermediäre im Internet wie z.B. Newsfeeds, Blogs etc. ignorieren. Sie gehen dabei von der (technik-)deterministischen Selektionskraft der Suchmaschinen äquivalent zur publizistischen Bedeutung der Leitmedien im prädigitalen Zeitalter aus. Insgesamt gesehen steht die empirische Forschung zur Internetöffentlichkeit noch am Anfang, und geeignete Standards zur Operationalisierung von Öffentlichkeit und deren Multidimensionalität fehlen noch. So gelangen andere Untersuchungen aufgrund anders gearteter methodischer Designs (z.B. Kriterien für die Auswahl von Internetseiten, standardisierte vs. nicht-standardisierte Items etc.) eben doch zu dem Befund einer höheren Diskursivität im Internet. (Vgl. z.B. Schweiger/Weihermüller 2008)

4. DAS BEGRIFFSFELD GEGENÖFFENTLICHKEIT IM ZEITALTER DES INTERNETS

Im Gegensatz zu den verschiedenen konkreten soziologischen, politikwissenschaftlichen oder psychologischen Modellvorstellungen von Öffentlichkeit verweist der Begriff der Gegenöffentlichkeit auf recht unterschiedliche Phänomene öffentlicher Kommunikation sowie zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die unter eben diesem oft strapazierten Begriff subsumiert werden. Seit den 1960er Jahren werden damit klassischerweise öffentlichkeitswirksame Aktionen der neuen sozialen Bewegungen (NSB) (wie z.B. Studenten-, Friedens- und Umweltbewegungen) und die Strukturen und Zielsetzungen alternativer Medien – u.a. die Alternativpresse, freie Radios und offene Kanäle – beschrieben. Der Begriff der Gegenöffentlichkeit tritt in der Studentenbewegung seine mediale Karriere an und ist stark deren Sprachgebrauch entlehnt. Dieser Entstehungskontext erklärt auch, dass das Konstrukt *Gegenöffentlichkeit* gerade auch im Kontext der aktuellen Diskussion um die Rolle etablierter Medien in einem digitalen Zeitalter eine zentrale Rolle spielt. So stellen für viele kommunikationswissenschaftliche Autoren journalistische Leitmedien an sich eine Form kritischer Öffentlichkeit dar. Langenbacher (2003) begründet dies damit, dass diese Formen von Massenmedien gesamtgesellschaftlich wichtige Funktionen wie Kritik, Kontrolle und Aufklärung erfüllen. Diese Perspektive ähnelt wiederum auch stark dem Selbstverständnis der Alternativbewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre in Westeuropa und den USA. So kann als Hauptbeweggrund für die Schaffung alternativer Medien die gesellschaftskritische Reaktion auf einen (subjektiv) tief empfundenen demokratischen Funktionsverlust bürgerlicher Leitmedien gesehen werden. Durch ergänzende und korrigierende Berichterstattung sollen daher alternative Medien zu einer Erweiterung des Informationsspektrums und zu einer liberalen Öffentlichkeit beitragen bzw. diese wieder revitalisieren. Aktuell rücken die kritischen Öffentlichkeiten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs), verschiedenartige Medienaktivisten oder Weblogs und andere partizipative Kommunikationsformen im Internet wie z.B. WikiLeaks in den Vordergrund. Diese Form der Teilhabe an Öffentlichkeit hat aktuell augenscheinlich Hochkonjunktur und gestaltet sich auf den ersten Blick unter den heutigen digitalen Bedingungen der Medienkonvergenz und der Ausweitung der individuellen Medienrepertoires vielfältiger und einfacher denn je.

Gegenöffentlichkeit ist wie Öffentlichkeit nicht als ein monolithisches, sondern als ein multidimensionales Kommunikationsphänomen aufzufassen. Analog zu Komplexität von Öffentlichkeit können daher – aus Sicht der Aktivist:innen – kritische bzw. alternative Informations- und Kommunikationsprozesse auf den recht verschiedenen Komplexitätsebenen öffentlicher Kommunikation differenziert werden: auf der Mikro- (so genannte Encounter- oder Begegnungsöffentlichkeiten), Meso- (Versammlungsöffentlichkeiten) und Makroebene (massenmediale Öffentlichkeiten). (Vgl. auch Klaus/Wischermann 2008) Daneben sind auch gleichermaßen funktionale (strukturelle) wie subjektbezogene (individuelle) Charakteristika zu berücksichtigen. So werden mit dem Begriff erstens kritische Teilöffentlichkeiten definiert, die ihren als marginalisiert empfundenen Positionen, welche oft auch als Gegenöffentlichkeit bezeichnet werden, mithilfe von alternativen Medien und medienvermittelten (Protest-)Aktionen innerhalb der massenmedialen Öffentlichkeit Gehör verschaffen möchten. Hier kann wiederum zwischen alternativen Medien mit größerer Thematisierungskraft, wie z.B. der Tageszeitung taz (alternative Leitmedien), oder geringerer öffentlicher Reichweite, wie z.B. lokalen, offenen Kanälen (alternative Folgemedien), differenziert werden. Zweitens bezeichnet das Konzept Gegenöffentlichkeit auf der (Meso-)Ebene von Versammlungen kollektive und dabei v.a. öffentlichkeitswirksame Partizipationsprozesse innerhalb alternativer und relativ stabiler Organisationszusammenhänge wie z.B. soziale Bewegungen oder nichtstaatliche Organisationen oder im Rahmen von eher flüchtigen Protest- und Mobilisierungszusammenhängen z.B. Demonstrationen oder Besetzungen. Auf der (Mikro-)Ebene einfacher Interaktionssysteme verweist der Begriff drittens auf vielfältige Formen von (zum Großteil individuellem) Medienaktivismus gerade im Bereich der neuen Medien.

Durch die Internetkommunikation hat sich nun die Idee eines dezentralen Kommunikationsnetzwerkes verwirklicht, das von Akteuren der Zivilgesellschaft getragen und als Medium ihrer Selbstorganisation verstanden werden kann. Unternehmen und Regierungen sind aktuell mit einer Vielzahl von kritischen Teilöffentlichkeiten konfrontiert, die in ihrer Funktionsweise hauptsächlich auf digitale Kommunikation rekurrieren. Grundsätzlich können Internetanwendungen mehrere Funktionen für die Konstituierung von Gegenöffentlichkeiten einnehmen – allen voran ein weitreichendes Mobilisierungspotenzial, auf das die Weltöffentlichkeit erstmals insbesondere durch die Proteste gegen die WTO-Konferenz in

Seattle im Dezember 1999 oder aktuell wirkmächtig bei den kommunikativen Ergebnissen um den so genannten Arabischen Frühling 2010/11 aufmerksam wurde. Neben den verschiedenen Protest-, Subversions- und Kollaborationsformen erleichtern die neuen Internetanwendungen v.a. die öffentliche Artikulation der Akteure aus dem Spektrum der Gegenkultur. (Vgl. im Überblick Wimmer 2008) So sind seit dem Ende der 1990er Jahre zahlreiche Onlineformate, wie z.B. die Publikations- und Diskursplattform Indymedia oder die Kampagnenplattformen Avaaz oder Campact, entstanden, die die Funktionen der früheren alternativen und bewegungsnahen Medien übernehmen und in einem digitalen Zeitalter weiterführen.

Der fundamentale gesellschaftliche Bedeutungsverlust der Alternativpresse im Verlauf der 1980er Jahre scheint damit überwunden. Entsprechend ist Öffentlichkeit nun durch eine Vielzahl subpolitischer Arenen und deren themenspezifische Diskurse gekennzeichnet. Nicht-etablierte politische Organisationen, wie gerade NGOs und soziale Bewegungen oder auch Medienaktivisten und ihre Onlineformate, wie z.B. Netzpolitik.org oder Wikileaks, können dabei zentrale Öffentlichkeitsfunktionen von den klassischen politischen Organisationen und Akteuren übernehmen. Diese gesellschaftspolitische Entwicklung kann den Kommunikationserfolg solcher Akteure enorm fördern, wenn diese die sich neu ergebenden Möglichkeiten nutzen. Die im Kontext von Gegenöffentlichkeit beanspruchten Partizipations- und Diskursivitätsansprüche sind streng genommen allerdings bereits in dem von Habermas skizzierten Öffentlichkeitsbegriff der Aufklärung enthalten, wobei aber verkannt wird, dass spezifische Teilöffentlichkeiten aus dem gesellschaftlichen Diskurs kommunikativ sowohl strukturell als auch subjektiv ausgeschlossen sind.⁷ (Vgl. ausführlich Wimmer 2007: 173ff.) »Eigene« bzw. »alternative« Kommunikationsmedien dienen diesen Gruppen als Sprachrohr. Die von den klassischen journalistischen Leitmedien als nicht eingelöste empfundene Öffentlichkeits-

7 | Coleman/Ross (2010: 154) benennen diesen Umstand als »glaring paradox of contemporary democracies«: Obwohl das Publikum mehr denn je kommunikative und mediale Möglichkeiten besitzt, um »question their rulers; challenge official information; contribute to mainstream media; produce their own media and speak for themselves«, belegen empirische Studien eine Art Medienverdrossenheit – »feeling distant from elites; ignored by the media; unheard by representatives; constrained in public speech and utterly frustrated by the promises of democracy.«

funktion soll durch den Aufbau eigener Medien und durch kommunikative Vernetzung ausgeglichen werden. Diese Prämisse gilt mehr denn je, denn im Kontext der zunehmenden Privatisierung und Ökonomisierung der Medienstrukturen können aktuelle Öffentlichkeitsstrukturen auch im Internet gesellschaftliche Teilhabe nicht umfassend gewährleisten. (Vgl. Wimmer 2012a) So kommt beispielsweise den Bürgermedien des prädigitalen Zeitalters wie z.B. Freien Radios oder Offenen Kanälen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung in Massenmedien zu, auch wenn sie genauso wie die etablierten Massenmedien der drückenden Konkurrenz durch das Social Web ausgesetzt sind.

5. DIGITALE PARTIZIPATION, (GEGEN-)ÖFFENTLICHKEITEN UND DEMOKRATIE

Die aktuelle Beschäftigung mit digitalen Öffentlichkeiten zeichnet sich durch einen analytisch differenzierteren Blick auf politische Partizipation in und durch digitale Kommunikationsmedien aus, die sich dadurch von den stark normativ geprägten vorhergehenden Debatten abgrenzt (z.B. Fenton 2012). Implizit machen aktuelle Studien in diesem Forschungsgebiet zwei Aspekte deutlich. Zum einen ist es die inhaltliche Erkenntnis, dass die neuen Partizipationsmöglichkeiten nicht per se demokratisch oder gar emanzipativ wirken, da sie genauso auch von reaktionären und demokratiefeindlichen Gruppierungen genutzt werden. Ein plastisches Beispiel ist gegenwärtig die auf den ersten Blick sehr modern und jugendlich wirkende so genannte Identitäre Bewegung – eine rechtsextreme Jugendbewegung, die europaweit Ableger besitzt.⁸ Zum anderen ist es der Verweis auf die hinter der vordergründigen normativen Diskussion medialer Partizipation stehende nicht nur analytische, sondern auch methodologische Problematik, inwieweit man die zunehmende Komplexität des Medienwandels – der sich auch in der Transnationalisierung interpersonaler, gruppenbezogener und öffentlicher Kommunikation ausdrückt – und der dazugehörigen Alltagspraktiken der Bürger in ihren Bedeutungskontexten

8 | Vgl. z.B. Brücken 2013, <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextreme-islamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>.

texten – z.B. im Rahmen medienethnographischer Studien – überhaupt nachvollziehen kann.

Eine Synopse privater, gruppenbezogener und öffentlicher Kommunikationspraktiken im Internet kann natürlich nur einen Bruchteil der vielen verschiedenen politischen Beteiligungs- und Protestformen wiedergeben, verweist aber klar auf drei weiterführende Prozesse: Einerseits entstehen im Rahmen der Mediatisierung von Partizipation und Protest nicht nur digitale Abbilder realweltlicher Partizipationskommunikation, wie z.B. erfolgreiches zivilgesellschaftliches Agenda Building im Social Web durch YouTube-Videos, wie 2012 prominent im Falle der ACTA-Debatte. Andererseits entstehen gleichzeitig gänzlich neue Formen von Gegenöffentlichkeit und Protest, wie z.B. virtuelle Sit-Ins in Online-Spielwelten.⁹

Mit beiden Prozessen einher geht drittens die Bedeutungszunahme sowohl des Subpolitischen als auch des Subkulturellen im Rahmen der Konstituierung von Öffentlichkeit, die sowohl integrative als auch anomische Folgen für die politische Öffentlichkeit insgesamt besitzen. Eine Vermischung von Politik, Unterhaltung und anderen Formen von Populärkultur war im Bereich politischer Kommunikation zwar schon immer zu beobachten. So kommt aus struktureller Perspektive Saxer (2007) zu dem Schluss, dass sich politische Öffentlichkeit immer mehr zu einer Unterhaltungsöffentlichkeit entwickelt und Politainment zu einer zentralen Strategie politischen Handelns avanciert. Aber auch aus Akteursperspektive stellen in der Gegenwart mediale Unterhaltungsangebote und die darin stattfindende Politikdarstellung und -vermittlung wie z.B. Unterhaltungsserien wie Lindenstraße, Kinofilme wie Die Tribute von Panem oder Satireformate wie The Daily Show zunehmend eine Quelle für Informationen über die politische Umwelt dar und sind damit ernst zu nehmen für die Vermittlung und Aneignung politischer Kommunikation und damit in der Öffentlichkeitsforschung analytisch zu berücksichtigen (vgl. z.B. van Zoonen 2005). Einige Autoren wie z.B. Klaus (2006) gehen noch einen Schritt weiter und postulieren, dass heutzutage die neuen Formen von Unterhaltungsöffentlichkeiten, wie z.B. der European Song Contest, einen stärkeren Beitrag zur Schaffung von (transnationaler) Öffentlichkeit leisten als die verschiedenen Formen traditioneller politischer Kommunikation und journalistischer Berichterstattung der Massenmedien, die bisher im Fokus kommunikationswissenschaftlicher Forschung standen.

9 | Vgl. z.B. Abaleno 2005, <http://www.cesspit.net/drupal/node/491>.

Diese Thesen scheinen in Zeiten des Internets aktueller denn je zu sein, wenn man sich die Popularität bestimmter Unterhaltungsformate im Social Web vor Augen führt. Ein Beispiel dafür ist die explizite Verfremdung moderner Populärkultur mit politischen Inhalten und Intentionen oder vice versa durch Internetnutzer. Hartley (2010) verweist beispielsweise auf das im Wahlkampf ungeheuer populäre Beispiel ironisierender Videos, in denen US-amerikanische Präsidentschaftskandidaten auf den ersten Blick als Straßentänzer agieren. Diese Videos würden zwar im Rahmen von Anschlusskommunikation oft weitergeleitet und kommentiert werden, allerdings aber auf lange Sicht Politikverdrossenheit stärken, was Hartley u.a. zu der Bezeichnung »Silly Citizenship« veranlasst.

Ein anderes Beispiel, das die zum Teil dysfunktionale Verbindung von Online-Unterhaltungskultur mit politischen Kontexten exemplarisch verdeutlicht, ist im Frühjahr 2013 die für kurze Zeit auf sozialen Netzwerkdiensten länderübergreifend und rege geführte Debatte um die Nominierung einer Südtiroler Rockband namens Frei.Wild für den deutschen Musikpreis Echo. Nachdem mehrere Künstler, darunter die deutsche Band Mia, rechtsextremes Gedankengut anprangerten und sich erfolgreich für den Ausschluss dieser Band aussprachen, bombardierten Frei.Wild-Fans regelrecht die Social-Media-Kanäle der Kritiker mit ihren Kommentaren und Beschimpfungen (Stichwort Shitstorm). Allerdings bemerkten sie nicht, dass es aufgrund einer Namensgleichheit u.a. die falschen Adressaten traf – ironischerweise die britische Sängerin M.I.A., die sich aufgrund ihrer Herkunft für die Rechte von Migranten einsetzt.¹⁰

Wenn man einen Blick in die Zukunft wirft, erscheint es zumindest plausibel, anzunehmen, dass digitale Formen von Gegenöffentlichkeit, Protest und Partizipation in Deutschland insgesamt eine Professionalisierung erleben werden. Themenübergreifende Online-Kampagnennetzwerke wie Campact oder Avaaz stellen hier einen wichtigen, da publikumswirksamen Entwicklungsschritt dar. Diese Beteiligungsplattformen initiieren in vergleichsweise kurzer Zeit Protest-Kampagnen und Online-Petitionen zu verschiedensten Themen. Ein idealtypisches Beispiel für diese Form von mobilisierenden Gegenöffentlichkeit ist die Kampagne KONY 2012. (Vgl. ausführlich Wimmer 2014) Um die Internetnutzer auf

10 | Vgl. Frickel 2013, http://www.focus.de/digital/internet/facebook/nach-echo-eklat-um-rechtsrock-band-frei-wild-fans-starten-shitstorm-gegen-die-falsche-band_aid_935587.html

emotionaler Ebene zu erreichen, nutzt die dahinterstehende NGO Invisible Children das Internet in seiner Funktion als »Mitmach-Web« und gestaltet so auch den politischen Aktivismus generell ein Stück weit neu. Ein knapp 30-minütiger Film der NGO, der neben dem Akquirieren von Spendengeldern und Unterstützern vor allem die Bekanntmachung der Organisation und des Sachverhalts zum Ziel hatte, kann besser als eine Art »virales Marketing« denn als Gegenöffentlichkeit charakterisiert werden. Dies liegt darin begründet, dass ein Großteil der Menschen, die sich das Video anschauten, dies primär tat, da sie im Rahmen von Anschlusskommunikation von anderen Nutzern darauf aufmerksam gemacht wurden. (Vgl. Hack/Schumann 2011) Der Umstand einer überaus großen journalistischen Aufmerksamkeit und Publikumsresonanz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Kampagne eine Aufmerksamkeitswelle war, die im Grunde genauso schnell wieder verschwand, wie sie aufgetaucht war.

Es ist damit zu rechnen, dass ein größeres Aufkommen und ein längeres Fortbestehen solcher viraler Protestaktivitäten (Stichwort: Permanent Campaigning) es zukünftig erschweren werden, eine notwendige öffentliche Beachtung zu finden. Problematisch an dieser Entwicklung ist aus aufmerksamkeitsökonomischer Perspektive, dass derartige Partizipationskommunikation mit steigendem Aufkommen auf Dauer weniger öffentliche Relevanz zugesprochen werden könnte als es jetzt noch der Fall ist. Letztendlich könnten damit die Sachfragen an Wert verlieren und Darstellungspolitik wie Aufmerksamkeitsmanagement noch mehr an Relevanz gewinnen. Demokratietheoretisch ist zu befürchten, dass die Ernsthaftigkeit der Beteiligung an vielen digitalen Protestaktivitäten nicht immer gegeben ist (Stichwort: Silly Citizenship), aber nichtsdestotrotz politische Wirkmächtigkeit erfahren kann. Ein Beispiel, wie man produktiv mit diesem Krisensymptom öffentlicher Kommunikation umgehen kann, gibt die US-amerikanische Administration. Als offizielle Antwort auf eine von knapp 35.000 Bürgern unterstützte Online-Petition für den realen Nachbau des Todessterns aus dem Kinofilm Star Wars, veröffentlichte der Leiter der Wissenschafts- und Weltraumabteilung des Weißen Hauses eine Botschaft, die mit Star War-Referenzen durchsetzt war, um die *Netizens* des digitalen Zeitalters zur wirklichen Partizipation zu motivieren:

»If you do pursue a career in a science, technology, engineering or math-related field, the Force will be with us! Remember, the Death Star's power to

destroy a planet, or even a whole star system, is insignificant next to the power of the Force.«¹¹

LITERATURVERZEICHNIS

- Baringhorst, Sigrid (2012): »Bürger als ›Produser‹ – Politische Beteiligung von Konsumentenbürgern im Social Web«, in: Klaus Lutz/Eike Rösch/Daniel Seitz (Hg.): Partizipation und Engagement mit Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed, S. 63-80.
- Beetz, Michael (2005): Die Rationalität der Öffentlichkeit, Konstanz: UVK.
- Brüggemann, Michael/Hepp, Andreas/Kleinen von Königslöw, Katharina/Wessler, Hartmut (2009): »Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven«, in: Publizistik 54 (3), S. 391-414.
- Bruns, Axel (2009): »Produktion. Von medialer zu politischer Partizipation«, in: Christoph Bieber/Martin Eifert/Thomas Groß/Jörn Lamla (Hg.), Soziale Netze in der digitalen Welt: Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a.M.: Campus, S. 65-86.
- Calhoun, Craig (Hg.) (1992): Habermas and the Public Sphere, Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Castells, Manuel (2007): »Communication, Power and Counter-Power in the Network Society«, in: International Journal of Communication 1, S. 238-266.
- Castells, Manuel (2008): »The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance«, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 616 (1), S. 78-93.
- Coleman, Stephen/Ross, Karen (2010): The Media and the Public: »Them« and »Us« in Media Discourse. Communication in the Public Interest, Malden, Mass.: Wiley-Blackwell.
- Couldry, Nick/Livingstone, Sonia/Markham, Tim (2007): Media Consumption and Public Engagement, London: Palgrave Macmillan.
- Dahlgren, Peter (2004): »Theory, Boundaries and Political Communication. The Uses of Disparity«, in: European Journal of Communication 19 (1), S. 7-18.

11 | Shawcross 2013, <https://petitions.whitehouse.gov/response/isnt-petition-response-youre-looking>.

- Dahlgren, Peter (2005): »The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation«, in: *Political Communication* 22, S. 147-162.
- Dahlgren, Peter (2006): »Doing citizenship: The cultural origins of civic agency in the public sphere«, in: *European Journal of Cultural Studies* 9 (3), S. 267-286.
- Dutton, William H. (2009): »The Fifth Estate Emerging through the Network of Networks«, in: *Prometheus* 27 (1), S. 1-15.
- Fenton, Natalie (2012): »The Internet and Radical Politics«, in: James Curran/Natalie Fenton/Des Freedman (Hg.), *Misunderstanding the Internet*, London: Routledge, S. 149-176.
- Friedland, Lewis/Hove, Thomas/Rojas, Hernando (2006): »The Networked Public Sphere«, in: *Javnost – The Public* 13 (4), S. 5-26.
- Fuchs, Christian (2013): »Social media and capitalism«, in: Tobias Olsson (Hg.), *Producing the internet: Critical perspectives of social media*, Nordicom, Göteborg, S. 25-44.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze* (WZB Discussion Paper, FS III 90-101), Berlin.
- Gerhards, Jürgen/Schäfer, Mike (2010): »Is the Internet a Better Public Sphere? Comparing Old and New Media in the USA and Germany«, in: *New Media & Society* 12 (1), S. 143-160.
- Habermas, Jürgen (1989): *The Structural Transformation of the Public Sphere. An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*, Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008): »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie«, in: Ders.: *Ach, Europa*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 138-191.
- Hack, Timmy/Schumann, Christina (2011): »Die Diffusion von Online-Videos im Rahmen viraler Kommunikation. Eine empirische Analyse

- zu einem innovativen Kommunikationsweg«, in: Jens Wolling/Andreas Will/Christina Schumann (Hg.), *Medieninnovationen*, Konstanz: UVK, S. 265-283.
- Hartley, John (2010): »Silly Citizenship«, in: *Critical Discourse Studies* 7 (4), S. 233-248.
- Imhof, Kurt (2003): »Öfflichkeitstheorien«, in: Günter Bentele/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hg.), *Öffentliche Kommunikation*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 193-209.
- Jenkins, Henry (2010): »Civic Media: A Syllabus«, <http://civic.mit.edu/blog/henry/civic-media-a-syllabus>, eingesehen am 01.03.2013.
- Jenkins, Henry/Purushotma, Ravi/Weigel, Margaret/Clinton, Katie/Robinson, Alice (2009): *Confronting the Challenges of Participatory Culture. Media Education for the 21st Century*, Cambridge: MIT Press.
- Klaus, Elisabeth (1998): »Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess«, in: Kurt Imhof/Peter Schulz (Hg.), *Kommunikation und Revolution*, Zürich: Seismo, S. 131-149.
- Klaus, Elisabeth/Wischermann, Ulla (2008): »Öffentlichkeit als Mehr-Ebenen-Prozess. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Frauenbewegung um 1900«, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien* 3/4, S. 103-116.
- Kleinsteuber, Hans J. (2000): »Öffentlichkeit und öffentlicher Raum«, in: Werner Faulstich/Kurt Hickethier (Hg.), *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, S. 34-47.
- Kleinsteuber, Hans J. (2001): »Habermas and the public sphere. From a German to a European perspective«, in *Javnost – the Public* 8 (1), S. 95-108.
- Krotz, Friedrich (1998): »Öffentlichkeit aus Sicht des Publikums«, in: Otfried Jarren/Friedrich Krotz (Hg.): *Öffentlichkeit unter Vielkanalbedingungen*, Baden-Baden: Nomos, S. 95-117.
- Krotz, Friedrich (2007): *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Langenbacher, Werner (2003): »Einleitende Überlegungen«, in: Werner Langenbacher (Hg.), *Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratischen Funktionen eines Grundrechts*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 7-22.
- Lingenberg, Swantje (2010): »Mediatisierung und transkulturelle Öffentlichkeiten: Die Aneignung des Politischen im Kontext multi-lokaler

- und mobiler Lebenswelten«, in: Maren Hartmann/Andreas Hepp (Hg.), *Die Mediatisierung der Alltagswelt*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143-158.
- Lingenberg, Swantje (2014): »Mobilisiert-mediatisierte Lebenswelten und der Wandel des öffentlichen Raums«, in: Jeffrey Wimmer/Maren Hartmann (Hg.): *Medienkommunikation in Bewegung: Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität*. Wiesbaden: VS, S. 69-86.
- Lunt, Peter/Livingstone, Sonia (2013): »Media Studies' Fascination with the Concept of the Public Sphere: Critical Reflections and Emerging Debates«, in: *Media, Culture & Society* 35 (1), S. 87-96.
- Marcinkowski, Frank (2001): »Politische Kommunikation und politische Öffentlichkeit. Überlegung zur Systematik einer politikwissenschaftlichen Kommunikatorforschung«, in: Frank Marcinkowski (Hg.), *Die Politik der Massenmedien*, Köln: Halem, S. 237-256.
- Negroponte, Nicolas (1996): *Being Digital*, London: Coronet books.
- Neuberger, Christoph (2009): »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs«, in: Christoph Neuberger/Christian Nuernbergk/Melanie Rischke (Hg.), *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-105.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2007): »Weblogs und Journalismus: Konkurrenz, Ergänzung oder Integration.«, in: *Media Perspektiven* 2, S. 96-112.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2009): »»Googleisierung« oder neue Quellen im Netz? Anbieterbefragung III: Journalistische Recherche im Internet«, in: Christoph Neuberger/Christian Nuernbergk/Melanie Rischke (Hg.), *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295-334.
- Papacharissi, Zizi (2002): »The Virtual Sphere: The Internet as a Public Sphere«, in: *New Media & Society* 4 (1), S. 9-27.
- Pariser, Eli (2011): *The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You*, London: Viking.
- Peters, Bernhard (1994): »Der Sinn von Öffentlichkeit«, in: F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34), Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42-76.

- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Herausgegeben von Hartmut Wessler, mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rethemeyer, Karl. (2007): »The Empires Strike Back: Is the Internet Corporatizing Rather than Democratizing Policy Processes?«, in: *Public Administration Review* 67 (2), S. 199-215.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2009). *Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Konsequenzen des Web 2.0*. Konstanz: UVK.
- Schweiger, Wolfgang/Weihermüller, Miriam (2008): »Öffentliche Meinung als Online-Diskurs – ein neuer empirischer Zugang«, in: *Publizistik* 53, S. 535-559.
- Sunstein, Cass (2001): »The Daily We. Is the Internet Really a Blessing for Democracy?«, in: *Boston Review*, <http://bostonreview.net/BR26.3/sunstein.php>, eingesehen am 15.11.2013.
- Wallner, Cornelia/Adolf, Marian (2014): »Räume und Kontexte öffentlicher Kommunikation«, in: Jeffrey Wimmer/Maren Hartmann (Hg.): *Medienkommunikation in Bewegung: Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität*. Wiesbaden: VS, S. 87-101.
- Wimmer, Jeffrey (2007): *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wimmer, Jeffrey (2008): »Gegenöffentlichkeit 2.0: Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web«, in: Ansgar Zerfaß/Martin Welker/Jan Schmidt (Hg.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik, Publizistik*, Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 210-230.
- Wimmer, Jeffrey (2011): »Zwischen Subjekt und System. Politische Öffentlichkeit als multidimensionaler Kommunikationsprozess und Mehrebenenphänomen«, in: Thorsten Quandt/Bertram Scheufele (Hg.): *Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 163-191.
- Wimmer, Jeffrey (2012): »Partizipation und Bürgermedien«, in: Klaus Lutz/Eike Rösch/Daniel Seitz (Hg.), *Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik*, München: kopaed, S. 53-62.
- Wimmer, Jeffrey (2014): »Zwischen Fortführung, Transformation und Ablösung des Althergebrachten. Politische Partizipationskulturen im Medienalltag am Fallbeispiel KONY 2012«, in: Ralf Biermann/Johannes

- Fromme, /Dan Verständig (Hg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Wiesbaden: VS Verlag, S. 49-68.
- Winter, Carsten (1993): »Kulturelle Öffentlichkeiten? Kritik des Modells bürgerlich-liberaler Öffentlichkeit«, in: Werner Faulstich (Hg.), Konzepte von Öffentlichkeit, Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, S. 29-46.
- Zimmermann, Harro (2000): »Kommunikationsmedien und Öffentlichkeit. Strukturen und Wandel«, in: Klaus Neumann-Braun/Stefan Müller-Doohm (Hg.), Medien- und Kommunikationssoziologie. Eine Einführung in zentrale Begriffe und Theorien (= Grundlagentexte Soziologie), Weinheim/München: Juventa, S. 41-54.

Website-Verzeichnis

- Abalieno (2005): »These Screenshots Are Worth a Ban!«, in: <http://www.cesspit.net/drupal/node/491>, eingesehen am 12.02.2013.
- Brücken, Timo (2013): »Rechte Jugendbewegung ›Identitäre‹ Flashmob der Islamhasser«, in: Der Spiegel, <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextreme-islamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>, eingesehen am 12.02.2013.
- Frickel, Claudia (2013): »Shitstorm der Frei.Wild-Fans gegen falsche Band«, in: Focus, http://www.focus.de/digital/internet/facebook/nach-echo-eklat-um-rechtsrock-band-frei-wild-fans-starten-shitstorm-gegen-die-falsche-band_aid_935587.html, eingesehen am 12.02.2013.
- Shawcross, Paul (2013): »This Isn't the Petition Response You're Looking For«, <https://petitions.whitehouse.gov/response/isnt-petition-response-youre-looking>, eingesehen am 12.02.2013.

Jugendprotest und transnationale Öffentlichkeit

ARNE SCHÄFER/MATTHIAS D. WITTE

Bis zum Mai 2013 war der Istanbuler Gezi-Park ein grüner Flecken in einer Großstadt. Inzwischen ist der Park weltweit bekannt und gilt als Symbol zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen staatlichen Despotismus und überzogene Polizeigewalt. Am 28. Mai 2013 begann die Protestwelle mit Demonstrationen gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Parks. Nachdem der Konflikt infolge eines gewaltsamen Polizeieinsatzes eskalierte, begehrten Demonstranten in mehreren türkischen Großstädten gegen die als autoritär empfundene Politik der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP auf. Die Protestbewegung erhielt durch die breite Solidarisierung türkischer Diaspora-Gemeinschaften rasch einen transnationalen Charakter. (Vgl. Aver/Halm 2013: 4) »Die Formierung der Protestbewegung ist [...] in hohem Maße durch soziale Netzwerke und Neue Medien katalysiert, die auch eine transnationale Qualität der Bewegung begünstigt haben.« (Aver/Halm 2013: 1) Getragen wurde der Protest vorwiegend von einer gut ausgebildeten und international vernetzten jungen Generation. Die Jugendlichen pochten auf ihre demokratischen Rechte und erreichten mit ihrem selbstbewussten Auftreten gegenüber Ministerpräsident Erdogan eine sehr starke Resonanz in weiteren Gruppen: Linke Militante, Gewerkschaften sowie kulturell marginalisierte alevitische und kurdische Jugendliche aus benachteiligten Stadtvierteln schlossen sich den Protesten an. Die Türkei erlebte die Entstehung einer parteiübergreifenden Bürgerbewegung, die sich in erster Linie aus Jugendlichen zusammensetzte. (Vgl. Seufert 2013) Eine Umfrage der Bilgi-Universität ergab, dass 39,6 Prozent der Demonstrantinnen und Demonstranten zwischen 19 und 25 Jahre sowie weitere 24 Prozent zwischen 26 und 30 Jahre alt waren. Mehr als die Hälfte der Demonstrierenden hatte zuvor noch nie an Demonstra-

tionen teilgenommen. (Vgl. Aver/Hahn 2013: 4) Viele der Jugendlichen nutzten das Zeitfenster der medialen Aufmerksamkeit, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und Verstöße gegen Menschenrechte für eine Weltöffentlichkeit sichtbar werden zu lassen. Die Demonstrationen in der Türkei sind nur *ein* Beispiel im Spektrum der weltweiten Jugendproteste. Das Jahr 2013 erlebte in ganz verschiedenen Ländern und Kontexten Proteste und Aufbegehren gegen Missstände. So verschieden die Anlässe des Aufruhrs auch sein mögen – gemeinsam ist den aktuellen sozialen Unruhen eine tiefe Unzufriedenheit mit staatlicher Repression, Bevormundung und struktureller Chancenungleichheit. Politische Frustration und ökonomische Perspektivlosigkeit sind die verbindenden Wurzeln der weltweiten Jugendbewegungen. Eine weitere Gemeinsamkeit liegt in der kompetenten Nutzung der digitalen Medien, durch die sich die protestierenden Jugendlichen vernetzen, ihren Protest organisieren und darüber hinaus für die Netzöffentlichkeit sichtbar machen. So entstehen neue Formen von Öffentlichkeit, die weit über nationalstaatliche Grenzen hinausgeht.

Inwieweit sind Jugendliche als politische Akteure an der Generierung einer transnationalen Öffentlichkeit beteiligt, wenn sie sich in Protestbewegungen engagieren? Warum partizipieren sie an den Protesten? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen stehen dahinter? Wie wird in und durch den Protest eine transnationale Öffentlichkeit hergestellt? Diesen Fragen gehen wir im Folgenden nach und versuchen, sie exemplarisch anhand der globalisierungskritischen Bewegung sowie der revolutionären Proteste in Ägypten zu beantworten. Dazu klären wir zunächst unter Rückgriff auf Jürgen Habermas und Nancy Fraser die Begriffe *Öffentlichkeit* und *transnationale Öffentlichkeit*, bevor wir anhand der beiden Beispiele aufzeigen, wie Jugendproteste die Bildung einer transnationalen Öffentlichkeit befördern. Die globalisierungskritische Bewegung und die Arabische Revolution stehen beispielhaft für ein Phänomen, das nicht zuletzt durch die weltweite Verbreitung digitaler Medien mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Jugendprotest zeigt sich transnational und steht in den vergangenen Jahren nahezu ununterbrochen in den Schlagzeilen der internationalen Berichterstattung. Versteht man die Jugendlichen als Akteure sozialen Wandels (vgl. Pohl/Stauber/Walther 2011), die produktiv mit ihrer Umwelt und deren Lernherausforderungen umgehen, dann drückt sich im Jugendprotest auch eine Form von Handlungsermächtigung aus. Deshalb widmen wir uns im letzten Abschnitt dem Zusammenhang zwischen transnationalem Jugendprotest und Agency.

1. TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs ist common sense, dass kritische Öffentlichkeit und Demokratie untrennbar miteinander verknüpft sind. »Würde man eine Demokratie ihrer Öffentlichkeit berauben, hörte die Demokratie auf, Demokratie zu sein.« (Tobler 2010: 24). Jürgen Habermas hat bereits 1962 eine demokratietheoretische Fundierung von Öffentlichkeit vorgelegt. Er entfaltet seinen Idealtypus aus den historischen Kontexten der englischen, französischen und deutschen Entwicklung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. (Vgl. Habermas 1990 [1962]: 12f.) Für ihn ist die bürgerliche Öffentlichkeit, die sich in dieser Zeitspanne herausbildet, das Leitbild einer funktionierenden Öffentlichkeit. In meinungsbildenden Assoziationen wie Tischgesellschaften, Salons, Kaffeehäusern, Logen und Vereinen entstand ein herrschaftsfreier Diskurs über öffentliche Angelegenheiten. Hier konnten sich Privatleute treffen, soziale Entwicklungen debattieren und das Handeln der Obrigkeit hinterfragen. In diesen Diskursarenen konnte sich eine öffentliche Meinung herauskristallisieren, die zu einer zentralen Produktivkraft der Demokratisierung wurde.

Die bürgerliche Öffentlichkeit ist das Gegenstück zur repräsentativen Öffentlichkeit bei Hofe, die sich nicht als sozialer Bereich einer freien Meinungsäußerung konstituiert, sondern vielmehr ein Statusmerkmal ist. (Vgl. ebd.: 60) Das Bürgertum ist in dieser Perspektive der maßgebliche Träger einer kritischen Öffentlichkeit, die der Staatsgewalt antagonistisch gegenübersteht. Diese Öffentlichkeit wird zum Grundbegriff einer normativ angelegten Demokratietheorie, da sie als »Inbegriff derjenigen Kommunikationsbedingungen« verstanden wird, »unter denen eine diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums von Staatsbürgern zustande kommen kann«. (Habermas 1990 [1962]: 38) Den bürgerlichen Debattierzirkeln des 18. Jahrhunderts schreibt Habermas somit zu, zentrale Institutionen des kommunikativen Handelns zu sein, das eine öffentliche Sphäre gemeinsam geteilter Angelegenheiten hervorbringt. Damit erhebt er mit Bezug auf die Aufklärungsphilosophie, insbesondere auf Immanuel Kant, »den öffentlichen Diskurs zum zentralen Medium gesellschaftlicher Selbstorganisation und politischer Selbstbestimmung« [Herv. i.O.]. (Tobler 2010: 25f.) Vor dieser Folie prognostiziert Habermas einen kontinuierlichen *Verfall der kritischen Öffentlichkeit* in den durch Massenmedien charakterisierten Gesellschaften. Die öffentliche Meinung sei nicht mehr länger ein Kontrollorgan staatlicher Politik, da sie der Unterhaltungslo-

gik der Medien und den Kommunikationsstrategien professioneller Meinungsmacher unterworfen sei. Aus dem aktiven, rasonierenden Publikum sei ein passives, konsumierendes Publikum geworden. (Vgl. auch Sarcinelli 2011: 61) Habermas'-Konzept von Öffentlichkeit ist in vielfältiger Hinsicht kritisiert worden. (Vgl. ausführlich Habermas 1990 [1962]: 11ff.) Seine ursprüngliche Intention, die Bedeutung einer politisch funktionierenden Öffentlichkeit für Rechtsstaatlichkeit und politischen Liberalismus herauszuarbeiten, ist aber hoch aktuell geblieben. Sie verweist nämlich auf die Frage, wie in modernen Gegenwartsgesellschaften ein kritischer Prozess öffentlicher Kommunikation in Gang gesetzt werden kann. (Vgl. Habermas 1990 [1962]: 33)

Diese Frage nach den Bedingungen einer kritischen Öffentlichkeit erfährt zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts der zunehmenden nationalstaatlichen Entgrenzung in den Prozessen von Globalisierung und Transnationalisierung eine Zuspitzung: Wie kann Öffentlichkeit in Zeiten beschleunigter Modernisierung (van der Loo/van Reijen 1992) und transnationaler Vergesellschaftung (Mau 2007) hergestellt werden? Modernisierung führt nach van der Loo und van Reijen (1992) unter anderem zum sogenannten »Differenzierungsparadox«. Die Globalisierung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft usw. lässt sich aus dieser Perspektive als Ausdruck und Konsequenz fortgeschrittener Modernisierung deuten. Demnach verläuft die sozialstrukturelle Ausdifferenzierung in zwei entgegengesetzten Richtungen. Die *Maßstabsvergrößerung* führt zur Entstehung von sozialen Makrogebilden, also nationalen und vor allem transnationalen Großorganisationen. Im Bereich des politischen Systems lässt sich vor allem die Europäische Union als Beispiel anführen, aber auch – eng verflochten mit dem Wirtschaftssystem – die Welthandelsorganisation (WTO). Die *Maßstabsverkleinerung* bezeichnet hingegen den Bedeutungszuwachs von Mikrogebilden wie sozialen Gruppen, Initiativen, Bewegungen, Netzwerken etc. Auf der lebensweltlichen Ebene ermöglichen diese posttraditionalen Beziehungsgefüge soziale Einbindung und Solidarität. Sie befriedigen somit Bedürfnisse nach Sozialität und Intimität als ein notwendiges Gegengewicht zu Gefühlen der individuellen Machtlosigkeit gegenüber Makroorganisationen, die das einzelne Individuum nicht zu durchschauen vermag. Das Differenzierungsparadox äußert sich somit im gleichzeitigen Aufkommen abstrakter transnationaler Organisationen auf der einen und sozialer Mikrogebilde in der Lebenswelt der Menschen auf der anderen Seite.

Angesichts der Maßstabsvergrößerung wirft Nancy Fraser (2008: 24) die Frage auf, wie die öffentliche Meinung, wenn sie in der transnationalen Welt aus dem nationalstaatlichen Bezugskontext herausgelöst wird, »noch ihre kritische Funktion ausüben [kann], also die Kontrolle der Herrschenden und die Demokratisierung des Regierens?«. Sie problematisiert den Umstand, dass die »Theorie der Öffentlichkeit implizit stets durch einen ›westfälischen‹ Denkraum geprägt gewesen« (ebd.: 19) sei. In dieser Perspektive ist Öffentlichkeit an eine örtlich begrenzte politische Gemeinschaft mit eigenem Territorialstaat gebunden. Fraser (2008: 27f.) argumentiert nun, dass diese Sichtweise nicht mehr zeitgemäß sei, da die Mobilisierung der öffentlichen Meinung angesichts weltweiter Probleme wie Erderwärmung, Migration, Frauenrechte, Handelsgesetze, Arbeitslosigkeit oder Terrorismusbekämpfung nur noch selten an den Grenzen der Territorialstaaten endet. Vor diesem Hintergrund werden Öffentlichkeiten in allen relevanten Dimensionen zunehmend transnational. *Akteure* der öffentlichen Kommunikation sind nicht mehr die Bürger des Nationalstaats, sondern verstreute Gesprächspartner, die keinen Demos begründen. Die *Inhalte* der Kommunikation beziehen sich nicht länger nur auf nationalstaatliche Interessen und Angelegenheiten, sondern immer mehr auf die Gefährdungen der Weltrisikogesellschaft. (Beck 2007) Es entsteht eine transnationale Risikogemeinschaft, die jedoch fragmentiert bleibt und »keine Solidaritäten und Identitäten gleicher Reichweite« (Fraser 2008: 28) ausbildet. Der *Ort* der Kommunikation ist nicht das Territorium des Nationalstaates, sondern der deterritorialisierte Cyberspace. *Medien* und Kommunikationskanäle der öffentlichen Meinung sind »heute eine unüberschaubare translinguistische Mischung aus zerfaserten und sich überlappenden visuellen Kulturen« (ebd.) und nicht mehr die Printmedien des westfälischen Nationalstaates. *Adressaten* der öffentlichen Kommunikation sind dementsprechend nicht einzelne souveräne Territorialstaaten, sondern transnationale Mächte, »die weder einfach identifiziert noch verantwortlich gemacht werden können« (ebd.). Vor allem der zunehmende Abstraktionsgrad öffentlicher und privater Institutionen und Organisationen unterminiert nach Fraser tendenziell die kritische Funktion von Öffentlichkeit, da dafür transnationale öffentliche Gewalten geschaffen werden müssen, die einer neuen transnationalen Öffentlichkeit gegenüber auch verantwortlich gemacht werden können. (Vgl. ebd.: 32) Derzeit fehlen diese Strukturen noch oder sind – wie im Fall der Europäischen Union – nur unzureichend verwirklicht und durch ein Demokratiedefizit charakterisiert. (Vgl. Crouch 2008)

Auf der anderen Seite führen Prozesse der *Maßstabsverkleinerung* zu neuen gesellschaftlichen Formationen, die im Sinne einer »Transnationalisierung von unten« das Potenzial besitzen, eine kritische Öffentlichkeit herzustellen, die nationalstaatliche Grenzen transzendieren kann. So hat bereits Habermas (1990 [1962]: 45f.) in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien, unabhängigen Medien, Sport- und Freizeitvereinen, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen die neuen Träger einer nicht vermachteten Öffentlichkeit gesehen. Allerdings konkurrieren seiner Ansicht nach diese Initiativen »mit der Medienmacht der politischen und wirtschaftlichen Invasoren« (ebd.: 48), da die Öffentlichkeit von den Massenmedien beherrscht wird. Die Bedeutung mikrosozialer Entitäten als Katalysatoren einer kritischen Öffentlichkeit gewinnt in der transnationalen Welt sehr stark an Bedeutung. Winter (2010: 12) hebt in seiner Studie über widerständige Praxen im Internet hervor, »wie wichtig der Kampf sozialer Bewegungen um eine transnationale Öffentlichkeit für die Verwirklichung einer globalen Demokratie ist«. Soziale Bewegungen spielen demnach für die Gewährleistung einer grenzüberschreitenden kritischen Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. Sie sind keine homogenen Gruppierungen, sondern setzen sich aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und aus Personen zusammen, die einerseits auf der lokalen Ebene verwurzelt, andererseits in transnational agierenden Netzwerken organisiert sind. (Vgl. Kapitel 3)

»Transnationalism from below includes the meso- and micro-level structures and processes of non-elites which generate multiple counter hegemonic forces. They are micro in the sense that they are grounded in the lives and practices of ordinary people.« (Wong 1999: 2, zitiert nach Winter 2010: 31)

Soziale Mikrogruppierungen können vor diesem Hintergrund zu Hoffnungsträgern einer transnationalen Öffentlichkeit avancieren, weil sie sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg miteinander vernetzen und länderübergreifende Kommunikationsstrukturen schaffen, die einen kritischen Diskurs gegenüber globalen Makrogebilden und politischen Machtverhältnissen etablieren.

In diesem Zusammenhang ist für uns die Frage relevant, inwieweit Jugendliche als politische Akteure an der Konstituierung einer gleichermaßen kritischen wie transnationalen Öffentlichkeit »von unten« beteiligt sind, indem sie sich in Protestbewegungen engagieren. Dies werden wir

exemplarisch anhand der globalisierungskritischen Bewegung sowie der revolutionären Proteste in Ägypten beantworten.

2. GLOBALISIERUNGSKRITISCHE BEWEGUNG UND TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

»In Seattle brach über den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts das erste große Gewitter herein«, schrieb der Spiegel anlässlich der zum Teil hitzigen und gewaltförmigen Proteste gegen die Welthandelsorganisation (WTO) im Spätherbst 1999. (Vgl. Schäfer 1999) In der Tat gelten heute die Ereignisse von Seattle, wo ca. 50.000 Personen gegen unfaire Handelsbedingungen der globalisierten Weltwirtschaft demonstrierten und die WTO als Herrschaftsinstrument der führenden Industrienationen und der weltweit agierenden Konzerne kritisierten, wenn auch nicht als Beginn, so doch als erste für die Öffentlichkeit sichtbare Manifestation der globalisierungskritischen Bewegung in Westeuropa und Nordamerika. (Vgl. Andretta et al. 2003: 14) In den darauffolgenden Jahren kam es immer wieder zu öffentlichkeitswirksamen Protesten gegen wichtige internationale Gipfeltreffen.

Die globalisierungskritische Bewegung kann als transnationaler Akteur verstanden werden (vgl. Andretta et al. 2003: 36), der als Reaktion auf global agierende Konzerne und politische Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank entstanden ist. Der sich infolge des Zusammenbruchs des kommunistischen Systems weltweit durchsetzende neoliberale Kapitalismus hat nach Ansicht vieler Aktivisten und Sympathisanten des Protests vor allem negative soziale und ökologische Folgen. Transnationale Konzerne würden ohne jegliche demokratische Legitimation die Menschen und Ressourcen der sogenannten »Dritte-Welt-Länder« ausbeuten, sich ausschließlich an den Interessen der Kapitaleigner orientieren und so die Armut in den unterentwickelten Ländern verschärfen. In den westlichen Staaten führe die neoliberale Politik zu einer wachsenden sozialen Spaltung, die nur wenige Gewinner, dafür aber umso mehr Verlierer hervorbringe. Neben multinationalen Konzernen wie Coca Cola, Levis oder Nestlé ist vor allem die WTO das Hauptfeindbild der Protestierenden, da sie mit ihren politischen Maßnahmen die weltweit wachsende soziale Polarisierung und die »Plünderung« von Bodenschätzen mitverursacht habe und ihre undemokratische Organisationsstruktur zudem die globalen Herrschaftsstrukturen widerspiegele.

»Der master frame der Bewegung identifiziert die neoliberale Globalisierung als Gegner und fordert eine gerechtere Verteilung der Ressourcen und der Rechte sowie (auf lokaler, nationaler und globaler Ebene) eine partizipative Demokratie. Dieser Deutungsrahmen macht es jedem Akteur möglich, sich den Protesten anzuschließen und als Teil der Bewegung zu fühlen, ohne die eigene spezifische Identität zu verlieren.« (Andretta et al. 2003:110f.)

Der master frame der Bewegung ermöglicht einerseits die Integration der Bewegung nach innen, andererseits ihre Außenwirkung als kollektiver Akteur. Neben einem identitätsstiftenden framing identifiziert Herkenrath (2011a) am Beispiel der globalisierungskritischen *Alianza Social Continental (ASC)* – ein Netzwerk nord- und südamerikanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen – noch weitere Erfolgsfaktoren transnationaler Koalitionsbildung. Dazu zählt er insbesondere organisatorische Grundprinzipien wie Subsidiarität, Flexibilität und Dezentralisierung, eine an den Prinzipien der deliberativen Demokratie orientierte Kommunikationskultur, erfolgreiche Konsensentscheidungen sowie Vertrauensbeziehungen innerhalb der Organisationselite.

Die »neoliberale Globalisierung« wird von den Aktivistinnen und Aktivisten der globalisierungskritischen Bewegung nicht als unveränderlicher Prozess aufgefasst. Vielmehr geht es den Protestierenden auch darum, die Möglichkeiten alternativer Wirtschafts- und Politikformen herauszuarbeiten und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. »Wie die Proteste gegen WTO, IMF, NAFTA und Weltbank betonen, werden die Grundregeln des Handels-, Produktions- und Finanzwesens transnational festgelegt, von Einrichtungen, die eher dem globalen Kapital als irgendeiner Öffentlichkeit verantwortlich sind.« (Fraser 2008: 26)

Rainer Winter (2010) sieht in virtuellen Räumen im Internet das wichtigste Werkzeug für die Entfaltung einer transnationalen Zivilgesellschaft, die über die kommunikative Macht verfügt, ein Gegengewicht zur Politik der Konzerne aufzubauen. »Der sich im Rahmen der globalen Zivilgesellschaft herausbildenden transnationalen (virtuellen Netz-)Öffentlichkeit kommt vor allem die Frage zu, die Aktivitäten und Operationen der dominanten Institutionen, wie der transnationalen Konzerne sowie Einrichtungen und der Nationalstaaten, kritisch zu betrachten und kommunikativen Druck auf sie auszuüben.« (Winter 2010: 31)

Das Internet fungiert nach Winter vor allem als transnationale Gegenöffentlichkeit, an der Individuen und Gruppen weltweit teilnehmen kön-

nen. Die digitalen Netzpraktiken der Nutzerinnen und Nutzer begründen eine länderübergreifende Widerstandsbewegung, da die virtuellen Plattformen, Blogs, Chats und Foren der globalisierungskritischen Bewegung von den vermachteten Massenmedien, die von den Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten beeinflusst werden, unabhängig sind.¹ Die virtuellen Räume werden von Winter in gewisser Hinsicht als funktionales Äquivalent zu den meinungsbildenden Assoziationen des Bürgertums dargestellt, die Habermas (1990 [1962]) als Idealtypus einer kritischen Öffentlichkeit dargestellt hat. Hierin liegt nach Winter ihre Bedeutung für die Konstitution einer transnationalen Öffentlichkeit, die als Gegenöffentlichkeit beschrieben wird. »Engagierte Aktivisten bewegen sich permanent in digitalen Netzwerken, artikulieren Dissens und streben eine transnationale Öffentlichkeit an, die eine kommunikative Gegenmacht entfalten soll.« (Winter 2010: 46f.)

Plake/Jansen/Schuhmacher (2001) differenzieren zwischen zwei Ansätzen der Konstitution von Gegenöffentlichkeit, nämlich der *alternativen Öffentlichkeit*, die durch selbstinitiierte Medienproduktion charakterisiert ist, und der *Kampagnenöffentlichkeit*, die traditionelle Medien einsetzt bzw. sich an den Logiken der Massenmedien orientiert, um Resonanz für ihr Anliegen zu erzeugen. Auf die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker scheint in Abgrenzung zu den Thesen von Winter vor allem das zweite Konzept zu passen, da sie »in ihrem Verhältnis zu Medien gerade nicht primär auf die Etablierung einer ›alternativen Öffentlichkeit‹ zielen. Es geht diesen vielmehr darum, über verschiedenste kulturelle Kontexte hinweg in den Medien im Allgemeinen präsent zu sein, um hierdurch für die eigenen politischen Ziele eine möglichst große Aufmerksamkeit zu erlangen.« (Hepp/Vogelgesang 2005: 234)

In diesem Sinne versuchen die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, von der massenmedialen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, indem sie sich mit ihren Protestinszenierungen an den Aufmerksamkeitsregeln des Mediensystems orientieren. Hepp und Vogelgesang argumentieren, dass das Internet eine deterritorialisierte Gemeinschaft erzeugt

1 | Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Plattformen und sozialen Netzwerke mitunter zu einflussreichen Wirtschaftsunternehmen (z.B. Facebook) gewachsen sind und profitorientierte statt demokratische Ziele verfolgen. Wegen zweifelhafter Datenschutzpraktiken bspw. stehen diese Unternehmen immer wieder in der Kritik.

und somit transnationalen Charakter hat. Für die globalisierungskritische Bewegung sei das Internet vor allem deshalb ein wichtiges Medium, weil es neue Möglichkeiten der Strukturierung sozialer Beziehungen und der Wissensproduktion eröffne. »Letztlich wird hier nicht, wie das im traditionellen Verständnis von ›alternativer Öffentlichkeit‹ der Fall ist, eine ›gegen‹ traditionelle Medien gerichtete Öffentlichkeit etabliert. Vielmehr werden verschiedene Inhalte in vernetzter Form wechselseitig füreinander öffentlich zugänglich gemacht und hierdurch weitere und weitreichende Kommunikations- und Austauschprozesse ausgelöst.« (Ebd.: 248)

Das Internet spielt für die Konstruktion deterritorialer Gemeinschaften eine wichtige Rolle, darüber hinaus aber auch für die Mobilisierung des Protests außerhalb virtueller Räume. Der globalisierungskritische Protest wird von der Öffentlichkeit nämlich vor allem dann wahrgenommen, wenn er sich medienwirksam auf der Straße artikuliert (z.B. gegen den G8-Gipfel oder Treffen der WTO). Großdemonstrationen und Proteste, für die länderübergreifend mobilisiert wird, haben eine doppelte Funktion. *Erstens* bieten sie die Möglichkeit, die virtuelle Gemeinschaft, die in erster Linie eine vorgestellte Gemeinschaft ist, in eine physisch erfahrbare Community zu transformieren. (Vgl. ebd.: 249) Gemeinschaftserlebnisse sind gerade für Jugendliche wichtig, denn sie erzeugen Zugehörigkeitsgefühle und stärken so ihre Bindung an die Gemeinschaft. Deshalb gehören Events zu den Kohäsionskräften transnationaler Bewegungen. *Zweitens* dienen sie dazu, die Aufmerksamkeit der Medien auf die politischen Forderungen zu lenken und massenmediale Öffentlichkeit herzustellen. Für die Mitglieder der globalisierungskritischen Bewegung sind insbesondere die Demonstrationen herausragende Ereignisse.

In einer eigenen Studie haben wir 3.578 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren, die 2007 an den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock teilgenommen haben, nach ihren Motiven, Engagementformen und Gruppenzugehörigkeiten befragt. (Vgl. Möller et al. 2009, Schäfer/Möller 2011)² Die Konzentration auf die Gruppe der Jugendlichen liegt in dem Umstand begründet, dass der hohe Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen offenbar ein Charakteristikum der globalisierungskritischen Bewegung ist. Die Studie von Fillieule und Blanchard (2008) über Protestteilnehmer am Europäischen Sozialforum

2 | Mittels clusteranalytischer Auswertungsverfahren wurde eine Typologie der Motivstrukturen der jugendlichen Demonstranten erstellt.

in Paris und den No-G8-Demonstrationen in Evian im Jahr 2003 belegt, dass bis zu 60% von ihnen jünger als 30 Jahre alt sind.

Hinsichtlich der Protestgründe von Jugendlichen zeigen die Daten unserer Studie, dass die Kombination von drei Motivaspekten die am häufigsten genannte Motivkonstellation der Befragten ist. (Vgl. Schäfer/Möller 2011) 87,5 % der befragten Jugendlichen hat der politisch-idealistische Motivasppekt »Protest gegen Ungerechtigkeit« zur Teilnahme bewegt. Die Jugendlichen haben beispielsweise angegeben, dass sie an den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel teilnehmen, weil sie auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen oder die Machtkonzentration der multinationalen Großkonzerne kritisieren wollen. In ihrem Antwortverhalten kommt einerseits zum Ausdruck, dass die gegenwärtige Verfasstheit der globalisierten Welt ein nicht hinnehmbarer Zustand ist. Andererseits repräsentiert der G8-Gipfel eine transnationale politische Machtkonstellation, an die der Protest adressiert werden kann. Gleichzeitig ist für sie der Protest das Medium, um die Öffentlichkeit auf die weltweiten Ungerechtigkeiten zu lenken. Die Herstellung von Öffentlichkeit ist für sie nur als kollektiver Prozess denkbar, denn für 90 Prozent der befragten Jugendlichen ist der »gemeinsame Kampf« ein wichtiges Protestmotiv. Die Jugendlichen nehmen an den globalisierungskritischen Demonstrationen teil, weil sie nur gemeinsam mit anderen etwas erreichen können und weil sie gemeinsam mit anderen ihre Meinung sagen wollen. Damit ist die »emotionale Aufladung von Gemeinschaftlichkeit« eng verbunden. 65,3 Prozent der befragten Globalisierungskritiker sprechen den positiven Gefühlen, die durch die Mitwirkung in einer Protestgemeinschaft erzeugt werden, einen gewissen Eigenwert zu (Items waren beispielsweise »Ich bin hier, weil es ein tolles Gefühl ist, Teil einer Bewegung zu sein« oder »Ich bin hier, weil es ein gutes Gefühl ist, gemeinsam zu kämpfen«). Die Ergebnisse verweisen auf die hohe Bedeutung von Protestereignissen außerhalb virtueller Räume, in denen Gemeinschaft – temporär und situativ – im »real life« erfahren werden kann. Mit der Eventisierung des Protests ist »ein spezifisches Erlebnisversprechen verbunden [...], nämlich das Versprechen einer sowohl die eigene Meinung artikulierenden als auch informierenden und spaß-machenden Protestinszenierung«. (Hepp/Vogelgesang 2005: 249, vgl. Möller et al. 2009)

Darüber hinaus zeigen die erhobenen Daten, dass sich knapp die Hälfte der Jugendlichen (49,1%) einer politischen Gruppe, einer Partei oder einem Verband zugehörig fühlt. Immerhin noch 38 Prozent der Befragten

lassen ein über den Protest gegen den G8-Gipfel hinausreichendes Engagement erkennen. Zugehörigkeit und Engagement schwanken jedoch in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Motivkonstellationen. Die höchste Engagementrate weist die Personengruppe auf, bei der sich der Protest gegen Ungerechtigkeit mit dem gemeinsamen Kampf im Rahmen einer Demonstration und dem emotionalen Erlebnis von Vergemeinschaftung verbindet. Annähernd 60% der Befragten fühlen sich einer Gruppe, einer Partei oder einem Verband zugehörig, und die meisten von ihnen (55%) engagieren sich auch außerhalb des konkreten Events *Massenprotest gegen den G8-Gipfel* aktiv in einer politischen oder sozialen Vereinigung. (Vgl. Schäfer/Möller 2011) Dieses Ergebnis verweist auf den doppelten Raumbezug von Jugendlichen, die sich in der globalisierungskritischen Bewegung engagieren: Die Mehrheit der jungen Aktivisten ist – vor allem über virtuelle Kommunikationsräume – in transnationale Assoziationen involviert (vgl. Winter 2010) und *gleichzeitig* auf lebensweltlicher Ebene in eine lokale Gruppe eingebunden. Im jeweiligen Nahraum zielt ihr politisches Handeln in vielen Fällen darauf ab, eine lokale Öffentlichkeit für ihre Kritik an der neoliberalen Globalisierung herzustellen (z.B. über Flugblätter, Diskussionsveranstaltungen, Informationsstände, Unterschriftensammlungen) und Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Organisatorisches Know-how und inhaltliches Hintergrundwissen für die lokalen Aktionen beziehen sie nicht zuletzt aus ihren transnationalen Netzwerken. Dazu zählen beispielsweise die regelmäßig stattfindenden Bildungsveranstaltungen der Organisation attac, an denen junge Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt teilnehmen, sich austauschen und vernetzen.

Unsere Ergebnisse sprechen für die These, dass der transnationale Aktivismus »in lokalen Bedingungen, Erfahrungen und Ressourcen verwurzelt« bleibt. (ebd.: 34) Der Bedeutungszuwachs transnationaler Strukturen geht somit nicht auf Kosten von Nahbeziehungen. (Vgl. Mau 2007) Im Gegenteil kommen transnationale Interaktionsformen »nicht ohne die lokalen Bezüge aus und vice versa«. (Ebd.: 78) In Herkenraths (2011a) Fallstudie über die Alianza Social Continental (ASC) wird die dezentrale Organisationsstruktur der Assoziation als Erfolgsfaktor für die länderübergreifende Koalitionsbildung herausgearbeitet. Dem Bündnis gegen das panamerikanische Freihandelsabkommen FTAA/ALCA gehören Mitglieder aus über 20 amerikanischen Ländern an. Die Beschlüsse der Bewegung werden in einem transnationalen Diskussionsprozess ausgehandelt, an dem sich alle Mitgliedsorganisationen beteiligen können. Sie haben

jedoch die Form von Grundsätzen und Richtlinien, die so allgemein formuliert sind, dass sie im lokalen Kontext flexibel gehandhabt und den örtlichen Verhältnissen angepasst werden können. (Vgl. ebd.: 205) Indem die Mitgliedsorganisationen und ihre lokalen Aktionsgruppen versuchen, in ihrem jeweiligen Nahraum eine Öffentlichkeit für das gemeinsame Anliegen zu schaffen, soll eine länderübergreifende öffentliche Meinung erzeugt werden – die Ablehnung der neoliberalen Freihandelspolitik. Damit war die ASC durchaus erfolgreich, denn es ist ihr gelungen, den Vertragstext über das Freihandelsabkommen »deutlich früher als geplant an die Öffentlichkeit zu bringen und für größere Transparenz in den Verhandlungen zu sorgen«. (Ebd.: 188) Die Akteure sind über ihre lokalen Mitgliedsorganisationen in die transnationalen Netzwerke der ASC involviert. Sie identifizieren sich mit den Zielen der Bewegung, vernetzen sich mit freihandelskritischen Organisationen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent und beziehen die politischen Ziele auf die jeweiligen örtlichen Lebensumstände. Außerdem nehmen viele Mitglieder an den großen Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen teil, für die amerikaweit mobilisiert wird. Die Studie belegt somit die Gleichzeitigkeit von lokalen und transnationalen Handlungsorientierungen hinsichtlich der Konstituierung von Öffentlichkeit.

3. DIE HERSTELLUNG EINER ALTERNATIVEN GEGENÖFFENTLICHKEIT: DAS BEISPIEL ÄGYPTEN

Als Auslöser der arabischen Revolution gilt die Selbstverbrennung eines jungen Mannes in Tunesien. Mohammed Bouazizi, ein 26-jähriger lizenzloser Obsthändler aus der tunesischen Stadt Sidi Bouzid, übergießt sich am 17. Dezember 2010 um 11:30 Uhr vormittags mit Benzin und zündet sich an. Der Grund für seine Verzweiflungstat sind die Schikanen und Demütigungen durch die Ordnungshüter, die der junge Mann regelmäßig erleiden muss. Noch am Nachmittag ziehen Freunde und Familienangehörige des Verletzten zum Sitz des Gouverneurs. Ein Verwandter filmt den Protestzug und veröffentlicht das Video auf Facebook. Am selben Abend berichtet Al Dschasira über das Ereignis. (Gerlach 2011: 104f.) In den darauffolgenden Tagen weitet sich der Protest auf die Nachbarstädte und innerhalb von vier Wochen bis in die Hauptstadt Tunis aus. Am Ende des landesweiten Aufstandes verlässt Präsident Zine El Abidine Ben Ali nach

23-jähriger autoritärer Herrschaft fluchtartig das Land. Am 25. Januar 2011 ergreift der arabische Frühling das Nachbarland Ägypten. Die erfolgreiche, schnelle und vergleichsweise friedliche Revolution in Tunesien ist ein anschlussfähiges »Signalereignis« (Heitmeyer 2011) für die ägyptischen Aktivisten, nun auch in ihrem Land die autoritäre Regierung zu entmachten und ihren Protest offensiv auf die Straße zu tragen. Von den Demonstrationsverboten und der massiven Gewalt durch Sicherheitskräfte und Schlägerbanden, die im Auftrag des Regimes agierten, ließen sich die Demonstrierenden nicht abhalten. Aufgrund des massiven Drucks tritt Mubarak, der fast 30 Jahre lang das Land diktatorisch regiert hat, am 11. Februar 2011 zurück. (Vgl. ausführlich Schneiders 2013)

Bereits vor den großen Demonstrationen, die letztendlich zum Rücktritt von Mubarak geführt haben, gab es in Ägypten eine demokratisch orientierte Widerstandsbewegung. Deren Handeln zielte darauf ab, die Machenschaften der Machthaber offenzulegen und eine »alternative Gegenöffentlichkeit« (Stamm 1988) zu schaffen. Stamms Konzept von Gegenöffentlichkeit, das er am Beispiel der Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre in Deutschland entwickelt hat, lässt sich auf das Agieren oppositioneller Gruppen und Akteure in der Vorphase der arabischen Revolution übertragen. Gegenöffentlichkeit ist »ein *Gegenbegriff* [Herv. i.O.] gegenüber einer von Massenmedien und politischen Autoritäten manipulierten Öffentlichkeit«. (Ebd.: 40) In diesem Sinne versuchten ägyptische Aktivisten schon vor der Revolution, mittels alternativer Medien eine Gegenöffentlichkeit gegenüber den staatlich gelenkten Medienanstalten herzustellen, denn eine kritische Berichterstattung über die Verhältnisse im Land gab es aufgrund der staatlichen Zensur nicht. Zu ihren Foren gehörte insbesondere das Internet, dessen politische Bedeutung die Machthaber lange Zeit unterschätzt haben. Für Gegenöffentlichkeit ist bezeichnend, »dass sie auf die Indoktrination reagiert, die von autokratischen und autoritären politischen Systemen mit Hilfe der Massenmedien im großen Stil betrieben wird«. (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 26) Gerade die Gruppe der arabischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnte wegen ihrer hohen Medienkompetenz mit den neuen Möglichkeiten der Kommunikation, die das Internet bietet, souverän umgehen. Mit den sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter sowie mit Blogs und Youtube-Videos konnten Vereinzelung und Verinselung von unzufriedenen Jugendlichen durchbrochen werden (Vgl. ebd.: 76), sodass sich allmählich eine Gegenöffentlichkeit herauskristallisierte. Die netzwerkarti-

gen Kommunikationsstrukturen haben einen kritischen Meinungs- und Informationsaustausch über die alltäglichen Schikanen von Polizei und Behörden ermöglicht, der für die spätere Formierung der Protestbewegung außerhalb des virtuellen Raums eine große Rolle gespielt hat.

Ein wichtiger Akteur in der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in der Vorphase der ägyptischen Revolution war die Facebook-Gruppe *We are all Khaled Said*. Über deren Seite »wurde die Frustration über Polizeigewalt 2010 zum öffentlichen Massenphänomen«. (Hofheinz 2013: 118) Der 28-jährige Blogger Khaled Said wurde in diesem Jahr von zwei Polizisten in aller Öffentlichkeit totgeprügelt. Eine rechtsstaatliche Kontrolle der Polizei gab es faktisch nicht, denn seit 1981 galt in Ägypten der Ausnahmezustand, der systematische Misshandlungen und Folter durch die Sicherheitskräfte zur Folge hatte. Kaum ein Polizist musste wegen Übergriffen gegen Oppositionelle mit einer Anklage oder einem Prozess rechnen. Schon Monate vor Beginn der öffentlichen Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz organisierten sich Blogger und Aktivisten in der Facebook-Gruppe, um über das Medium Internet die brutale Polizeigewalt in Ägypten anzuprangern. Khaled Said wurde so zunächst im Netz zur Symbolfigur des Protests gegen die Brutalität der Polizei. Die Facebook-Gruppe *We are all Khaled Said* umfasste bald mehrere hunderttausend Mitglieder, bis Mai 2011 stieg die Zahl sogar auf 1.272.587 Personen. (Vgl. Hegasy 2011: 233) Die Erstellung der Facebook-Seite steht paradigmatisch für die selbstorganisierte Publizität junger Menschen und zeugt von einer hohen Medienkompetenz. Die sozialen Medien ermöglichen im Gegensatz zum Fernsehen und zu den Tageszeitungen eine kreative Mediengestaltung (z.B. die Herstellung von Blogs, Facebook-Seiten und Youtube-Videos). Das Beispiel verweist auf die Bedeutung des Internets für die Konstituierung einer alternativen Gegenöffentlichkeit. Laut einer Studie der Agentur *Spot on Publik* gab es zum Zeitpunkt der Proteste in der gesamten arabischen Welt mehr Facebook-Nutzer als Leser der meist staatlich kontrollierten Zeitungen. (Vgl. König 2011: 2) Ihre Anzahl im arabischen Raum ist zwischen Januar 2010 und April 2011 von 11.978.300 auf 27.711.503 gestiegen. Die Anzahl der Anmeldungen bei Facebook stieg im politisch entscheidenden Zeitraum des ersten Quartals 2011 um 29 Prozent an, wobei vor allem männliche Jugendliche bzw. junge Männer mit 50 Prozent den Großteil der Neuanmeldungen ausmachten. (Vgl. Penke 2012: 1f.) In Ägypten ist dem Arab Social Media Report zufolge die Anzahl der Facebook-Nutzer zwischen Juni 2010 und

Juni 2012 von etwas weniger als 4 Millionen auf circa 11 Millionen Personen angestiegen. (Vgl. Dubai School of Government 2012: 7)

Hofheinz (2013) hat im Herbst 2011 Interviews mit jungen Menschen in Ägypten über die Bedeutung der sozialen Medien für die Revolution geführt. Demnach wurde über Facebook ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt, das für die späteren Demonstrationen von entscheidender Bedeutung war. Viele Jugendliche, die das Verhalten von Politikern, Behörden und Sicherheitskräften schon seit Langem für ungerecht hielten, erkannten nun, dass sie mit ihrem Standpunkt nicht alleine waren. Im Internet konnte sich eine öffentliche Meinung über das Regime bilden, weil hier ein Kommunikationsraum zur Verfügung stand, der einen gewissen Schutz vor staatlicher Verfolgung bot. Viele Berichte der interviewten jungen Ägypter lassen sich wie folgt zusammenfassen:

»Wir wussten alle, wie brutal die Polizei war und wie korrupt das System. Aber wir hatten Angst, öffentlich darüber zu reden. Facebook half uns, zu sehen, dass wir nicht allein waren, sondern dass Hunderttausende unsere Meinung teilten. Das half uns, die ›Mauer der Angst‹ zu überwinden, die das alte Regime so lange geschützt hatte.« (Hofheinz 2013: 118f.)

Information und Meinungsbildung konnten über soziale Medien über den Kreis der engsten Vertrauten hinausgetragen werden. Auch diejenigen, die bisher keine politischen Absichten im Internet verfolgten und Facebook nur für Peer-Kommunikation oder Unterhaltung nutzten, fanden auf ihrer Pinnwand immer häufiger Verweise von Freunden auf politische Mitteilungen, Protestgruppen oder alternative Informationskanäle. Außerdem waren Mobilisierung, Vernetzung und Organisation mit sozialen Medien einfacher als über direkte Kontakte, Telefon, SMS, Blogs oder Flugblätter. (Vgl. ebd.: 119) Durch die Neuen Medien »gab es einen staatlich nur mäßig bis gar nicht überwachten Bereich, der lange Zeit vor und zum Beginn der Umstürze die Möglichkeit bot, Informationen zu verbreiten und zu empfangen, Meinungen zu formen und ein verschüttetes Massenbewusstsein auszuprägen«. (Penke 2012: 28) Die Revolution hat sich somit im Internet angebahnt, da hier eine alternative Gegenöffentlichkeit entstand.

Ende Januar 2011 wird der Protest aus dem virtuellen Raum auf die Straße getragen. (Vgl. ausführlich Gerlach 2011) Dieser Schritt war notwendig, denn Gegenöffentlichkeit muss sichtbar verkörpert werden, wenn sie politische Wirkung haben soll. (Vgl. Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 84)

Gegenöffentlichkeit hängt davon ab, »dass es politische Erfahrungen sind, die in das Netz Eingang finden und die als Aktion aus der Netz-Kommunikation herausführen«. (Ebd.: 79) Das Bündnis aus den beiden Facebookgruppen *Bewegung 6. April* und *We are all Khaled Said*, den Oppositionsbewegungen *Kifaya* und *National Association for Change* rufen über Facebook zu öffentlichen Demonstrationen auf. Insgesamt schließen sich acht Oppositionsgruppen zur *Koalition der Jugend für die ägyptische Revolution* zusammen. (El Difraoui 2011: 17) Mehrere zehntausend Menschen folgen dem Aufruf zur Großkundgebung und demonstrieren in Kairo auf dem Tahrir-Platz gegen das Mubarak-Regime. Der Tahrir-Platz wird zum symbolträchtigen Zentrum der ägyptischen Widerstandsbewegung, die an einigen Protesttagen bis zu zwei Millionen Menschen mobilisiert. Der Platz wird zur räumlichen Tribüne des öffentlichen Protests, denn das »bloße Vorhandensein einer großen Zahl von Demonstranten bewirkt, dass sie den Raum einnehmen, den sie beanspruchen und dass für andere, und seien es auch professionelle Ordnungshüter, wenig Platz bleibt«. (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 83) In den Folgetagen vernetzt sich die ägyptische Jugendkoalition weiter, mobilisiert neben der *Jugend der Muslimbrüderschaft* auch Fußballfanclubs und findet Unterstützung in ganz unterschiedlichen sozialen Organisationen. (Vgl. Schäfer/Witte 2013) Nachdem sich die Gegenöffentlichkeit erst einmal auf Plätzen und Straßen in ganz Ägypten sichtbar manifestiert hat, konnte auch das Ausschalten des Internets die Protestbewegung nicht mehr aufhalten. Im Gegenteil hat die fünftägige umfassende Internetsperre nach dem Ausbruch der Revolution einen kontrafaktischen Effekt evoziert. In einer Umfrage über die Auswirkung der Internetsperrung auf die zivile Bewegung in Ägypten sprachen 56 Prozent der Befragten von einem positiven Effekt, da die Blockade die Entschlossenheit gestärkt habe. Nur 28 Prozent erwähnten schädliche Auswirkungen auf die Protestbewegung. Viele Jugendliche sahen nach der Internetsperre keine andere Möglichkeit mehr, als auf die Straße zu gehen, weil ihnen das Regime die Möglichkeit genommen hatte, im Netz ihre Meinung zu veröffentlichen. (Vgl. Hofheinz 2013)

Viele Jugendliche, die sich aktiv an der Herstellung von Gegenöffentlichkeit beteiligt haben, waren in transnationale Kommunikationsprozesse eingebunden. Schon vor den öffentlichen Protesten haben Jugendliche aus verschiedenen arabischen Ländern ihr Wissen miteinander geteilt, wie man die staatliche Zensur umgeht. »Seit Monaten wurden Tipps dazu ausgetauscht. Besonders Aktivisten aus Tunesien und Syrien haben viel Er-

fahrung.« (Gerlach 2011: 21) Die Demokratiebewegung ist schon lange vor dem arabischen Frühling aktiv und transnational vernetzt. In diesem Zusammenhang hatte der Erfahrungsaustausch mit der serbischen Jugendbewegung *Otpor*, die maßgeblich an dem Sturz des Diktators Milošević im Jahr 2000 beteiligt war, eine große Bedeutung für die Vorbereitung des organisierten Protests. In dem von *Otpor* betriebenen Ausbildungszentrum, dem Belgrader *Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies*, übten im Sommer 2009 ägyptische Aktivisten der *Bewegung 6. April* Strategien und Methoden des gewaltfreien Kampfes für Demokratie. Darüber hinaus bestanden Kontakte zur *Akademia al Taghia* – die Veränderungsakademie in Qatar. In Online-Kursen und Workshops vermittelte die Akademie den arabischen Aktivisten Proteststrategien und mediale Mobilisierungstechniken, die dann von den Jugendlichen in Ägypten eingesetzt wurden.

Allerdings war die Mobilisierung nur deshalb so erfolgreich, weil sie sich an eine zunehmend verärgerte, wütende und empörte Jugendgeneration richten konnte, womit eine wichtige soziale Voraussetzung für die eruptive Entfaltung des Massenprotests gegeben war. (Vgl. Schäfer/Witte 2013) Sie hat den Gesellschaftsvertrag mit dem Mubarak-Regime vor allem deshalb aufgekündigt, weil weite Teile der Jugend nicht mehr in die Gesellschaft integriert werden konnten. Dies liegt zum einen an dem rapiden Bevölkerungswachstum in den letzten Jahrzehnten. Zwischen 1985 und 2010 wuchs die Bevölkerungszahl von 50 Millionen auf 85 Millionen Einwohner. Der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung ist in Ägypten doppelt so hoch wie in Deutschland. (Vgl. UN World Youth Report 2010) Ägypten hat es nicht geschafft, die junge und schnell wachsende Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu inkludieren. Nach offiziellen Angaben sind fast 50 Prozent der 20- bis 24-Jährigen arbeitslos. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind vor allem die gut ausgebildeten jungen Menschen. Die Arbeitslosigkeit junger Erwachsener mit hohem Bildungsniveau liegt zehnmal höher als unter denjenigen, die ausschließlich über einen Grundschulabschluss verfügen. (Vgl. Kurtenbach 2011: 4) Diese Entwicklung hängt damit zusammen, dass Ägypten zwar in den vergangenen Jahrzehnten viel Geld in sein Bildungssystem investiert hat, der Arbeitsmarkt die gut ausgebildeten Absolventen aber nicht absorbieren kann. Die beiden Sozialwissenschaftler Navtej Dhillon und Tarek Yousef haben im Jahr 2009 die arabische Jugend als »Generation in Waiting« bezeichnet. Dass diese zwei Jahre später ihre abwartende Haltung aufgegeben hat, liegt auch in der allgegenwärtigen Korruption begründet, durch die nur diejenigen von

wirtschaftlichen Reformen profitierten, die enge Beziehungen zum Regime pflegten oder mit politischen Entscheidungsträgern verwandt oder befreundet waren. (Asseburg 2011: 4) In der Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung diente die Aufrechterhaltung des Systems nur noch der Bereicherung einer korrupten Elite.

Die Bezeichnung der Proteste in der arabischen Welt als »Facebook-Revolution« ist missverständlich, weil damit die tieferliegenden sozialen Ursachen ausgeblendet werden. Außerdem haben die Proteste erst dann eine politische Wirksamkeit entfaltet, als sie den virtuellen Bereich verlassen haben. Sie hat aber dennoch eine gewisse Berechtigung, weil das Internet für die Konstituierung einer regimekritischen Gegenöffentlichkeit im Vorfeld der Proteste das entscheidende Medium war. Da sich viele junge Aktivisten aus Ägypten mit Jugendlichen anderer arabischer Länder vernetzt haben, die ebenfalls von staatlicher Willkür und Menschenrechtsverletzungen durchdrungen waren, kann von einer transnationalen Gegenöffentlichkeit gesprochen werden. Auch während der Demonstrationen dürfte »die Öffentlichkeit der vernetzten Bevölkerung [...] ihren Teil zum außenpolitischen Druck beigetragen haben, sodass herrschende Regimes zumindest in einigen Ländern nicht mit äußersten Mitteln gegen die Demonstranten vorgehen«. (Penke 2012: 5) Zur länderübergreifenden Wahrnehmung der Geschehnisse in Ägypten haben allerdings nicht nur kritische Blogs, Facebook-Seiten oder Youtube-Videos beigetragen, sondern auch die Berichterstattung von Medienanstalten wie Al Jazeera, die an ein Massenpublikum innerhalb und außerhalb der arabischen Welt gerichtet ist. Die öffentlichen Demonstrationen haben eine sehr hohe Resonanz in den Massenmedien rund um den Globus erzeugt. »So richtete sich das Interesse der Demonstranten nicht allein auf die Neuen Medien, sondern auf die gesamte Berichterstattung.« (Ebd.: 28) Insofern zielte das Handeln der jungen Aktivisten (auch) darauf ab, zunächst über soziale Medien und schließlich über die Massenmedien eine transnationale Öffentlichkeit herzustellen.

4. TRANSNATIONALER PROTEST UND JUGENDLICHE HANDLUNGSMÄCHTIGKEIT

Mit der Agencyperspektive werden Bedingtheit und Ausdrucksformen von Handlungsmächtigkeit fokussiert. Agency ist »ein Grundbestandteil aller

Konzepte, die erforschen oder erklären, wer oder was über welche Art von Handlungsmächtigkeit verfügt oder diese zugeschrieben bekommt bzw. als welchen oder wessen Einwirkungen geschuldet etwas zu erklären ist«. (Helfferich 2012: 10) Die Handlungsmächtigkeit der arabischen Jugend tritt besonders deutlich in der Vorphase des Umsturzes des Mubarak-Regimes in der kompetenten Nutzung digitaler Medien hervor. Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und YouTube, aber auch verschiedene Blogs sind selbstverständliche Kommunikationsmittel und unterstützten Politisierung und Mobilisierung der ägyptischen Jugend. (Vgl. Osman/Samei 2012) In diesem Handlungsfeld sind Jugendliche nicht nur großen Teilen der Elterngeneration, sondern auch den politischen Machthabern weit voraus. (Vgl. Kurtenbach 2011: 4) Sie nutzen ihre mediale Kompetenz, um eine politische Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Durch die Kontakte zu nicht-arabischen Organisationen, wie z.B. zur serbischen Jugendbewegung *Otpor*, sind die nordafrikanischen Aktivisten in eine zivilgesellschaftliche Widerstandskultur eingebunden, die auf transnationalen Prozessen von unten aufbaut und zunächst eine virtuelle, später dann massenmediale (Gegen-)Öffentlichkeit schafft. Die arabische Revolution wurde somit auch durch »Widerstand im Netz« (Winter 2010) getragen. Insofern stützen die sozialen Medien die Handlungsmächtigkeit der jugendlichen Akteure. Aus dem Blickwinkel des in der Protest- und Bewegungsforschung etablierten Ressourcenmobilisierungsansatzes (Herkenrath 2011b) erweisen sich die digitalen Medien als wichtige Ressourcen zur Mobilisierung des Protests. Für die erfolgreiche Durchführung der Demonstrationen auf den Straßen haben jedoch unterschiedliche soziale Gruppen, Vereine und Verbände als nicht-virtuelle Mobilisierungskontexte eine große Rolle gespielt, die eine flüchtige »civic agency« ermöglicht haben, also die »capacity of human communities and groups to act cooperatively and collectively on common problems across their differences of view« (Boyte 2007). Trotz der politischen, ideologischen und religiösen Unterschiede der einzelnen Akteure hat sich eine »Koalition auf Zeit« gebildet, die ein gemeinsames Problem gemeinsam bearbeitet hat: die politische Führung loszuwerden. »Letztlich ist es das Zusammenwirken der elektronischen Medien, Online-Netzwerke und klassischer Formen öffentlicher Mobilisierung, das für die Protestbewegung kennzeichnend ist.« (Asseburg 2011: 6)

Auch für die Jugendlichen, die sich in globalisierungskritischen Gruppen engagieren, spielt die Herstellung einer transnationalen Gegenöffentlichkeit eine große Rolle. Die Demonstrationen gegen die WTO oder die

G8-Gipfel, mit denen sie Öffentlichkeit schaffen wollen, haben aber noch eine weitere Dimension. In unserer Studie über junge Globalisierungskritiker, die 2007 an den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heilgendamm teilgenommen haben, wurden die politischen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen der Protestteilnehmer abgefragt. Entscheidend für Selbstwirksamkeitsüberzeugungen ist das Bewußtsein, (politische) Handlungsziele durch eigene Anstrengung erreichen zu können und nicht dem Schicksal oder externen Wirkmächten ausgeliefert zu sein. Flammer (1990: 70) versteht Selbstwirksamkeit bzw. Handlungskontrolle als »das Gegenteil von Hilflosigkeit. Menschen haben Kontrolle in dem Ausmaß, in dem sie nicht hilflos sind; und sie sind hilflos, in dem Ausmaß, in dem sie Kontrolle vermissen«. Wir haben die Selbstwirksamkeitswerte der jugendlichen Protestmitglieder mit denen von Jugendlichen verglichen, die weder durch politischen Idealismus noch durch andere Protestmotive charakterisiert sind. Vermutlich handelt es sich bei ihnen um Personen, die mehr oder weniger zufällig in die Befragung hineingeraten sind (z.B. Schaulustige, die am Rande des Demonstrationszuges standen). Mit 144 Personen ist diese Gruppe aber groß genug, um zu aussagekräftigen Beurteilungen zu gelangen. In diesem Kontext ist interessant, dass die Jugendlichen, die durch die dominante Motivkonstellation geprägt sind – die Kombination von politisch-idealistischen, gemeinschaftsorientierten und emotionalen Aspekten (siehe oben) – weitaus höhere politische Selbstwirksamkeitsüberzeugungen aufweisen als diejenigen, die zufällig in die Befragung hineingeraten sind. Letztere stimmten beispielsweise signifikant häufiger der Aussage zu, dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren und sich um Politik zu kümmern, da die Regierungen ohnehin machten, was sie wollten (30,7% vs. 11,7%). Umgekehrt stimmten die Jugendlichen mit der dominanten Motivkonstellation signifikant häufiger der Aussage zu, dass auch der Einzelne Einfluss auf das Schicksal seines Landes nehmen könne, wenn er sich nur entsprechend einsetze (91,2% vs. 59,6%). Unsere Daten verweisen darauf, dass Demonstrationen Räume zur Erfahrung subjektiver und kollektiver Handlungsmächtigkeit sind. Wir können darüber hinaus annehmen, dass sich die politischen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen der Jugendlichen auch auf die Konstituierung einer (lokalen, nationalen und transnationalen) Öffentlichkeit beziehen, weil das Antwortverhalten dieser Befragten darauf hindeutet, dass die Erzeugung von Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungerechtigkeiten ihr globalisierungskritisches Handeln motiviert. Dass die

Proteste und Veranstaltungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ein sehr hohes Medienecho erfahren haben, dürfen die jugendlichen Akteure somit auch als Erfolg verbuchen.

Die beiden Beispiele verdeutlichen, dass Jugendliche wichtige Akteure bei der Konstituierung einer kritischen Öffentlichkeit von unten sind.

»Eine politisch fungierende Öffentlichkeit braucht nicht nur die Garantien rechtsstaatlicher Institutionen, sie ist auch auf das Entgegenkommen von kulturellen Überlieferungen und Sozialisationsmustern, auf die politische Kultur einer an Freiheit *gewöhnten* [Herv. i.O.] Bevölkerung angewiesen.« (Habermas 1990 [1962]: 45)

Transnationale Jugendproteste, die gegen antidemokratische Regimes, Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungerechtigkeiten aufbegehren, müssen deshalb als Bereicherung der politischen Kultur aufgefasst werden. Sie tragen dazu bei, dass sich eine an demokratischen Prinzipien orientierte Kommunikationskultur länderübergreifend aufspannt, die für eine kritische Öffentlichkeit konstitutiv ist. Nicht zuletzt fungieren sie als Sozialisationsagenten, in denen junge Menschen politische Handlungsmächtigkeit erfahren und einen transnationalen Habitus ausbilden können. Denn die Erfahrungen »der Jugend- und jungen Erwachsenenphase als sozialisatorisch sehr bedeutsame Phase des Lebensverlaufs dürften ganz zentral dafür sein, auf welche Weise man sich zu einem späteren biographischen Zeitpunkt in grenzüberschreitende Aktivitäten einbringen kann und einbringt«. (Mau 2007: 270) Die Analyse der sozialisatorischen Bedingungen einer kritischen Öffentlichkeit, die den nationalstaatlichen Bezugsrahmen transzendiert, sind im primär politikwissenschaftlich dominierten Diskurs bisher vernachlässigt worden. Die Frage nach den Verwirklichungschancen einer transnationalen Öffentlichkeit ist nicht zuletzt auch eine empirische Frage. Daten der Studie von Mau (2007: 275f.) zeigen beispielsweise, dass es im Generationsvergleich vor allem die unter 30-Jährigen sind, die die Globalisierung weniger kritisch sehen und stärker die damit verbundenen Chancen betonen. Nur 27 Prozent dieser Altersgruppe glauben aber daran, dass nationale Regierungen die Globalisierung kontrollieren können. Dieser Anteil steigt bis auf 41 Prozent bei den über 65-Jährigen an. Mau zufolge gehören die jüngeren Menschen zu denjenigen, »die sich eine größere Rolle supranationaler Organisationen wünschen und weniger Hoffnung auf eine Renaissance des Natio-

nalstaates setzen«. (Ebd.: 276) Damit könnten Legitimationszugewinne für demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates verbunden sein, sodass eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit erfüllt wäre. Vor diesem Hintergrund gehört es zu den Aufgaben der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung, die transnationalen Orientierungen von Jugendlichen empirisch zu untersuchen und die sozialisatorischen Voraussetzungen ihrer Genese analytisch zu rekonstruieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert (2003): *No Global – New Global: Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Asseburg, Muriel (2011): »Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (39), Schwerpunkt Arabische Zeitenwende, S. 3-9.
- Aver, Caner/Halm, Dirk (2013): »Proteste gegen die Regierung in der Türkei – Eine Zwischenbilanz«, in: *Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) (Hg.)*, Aktuell 24. Juni 2013, S. 1-4, <http://www.webcitation.org/6Hq0jpbCP>, eingesehen am 28.07.2013.
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Boyte, Harry C. (2007): *Building Civic Agency: The Public-Work Approach*, http://www.opendemocracy.net/article/building_civic_agency_the_public_work_approach, eingesehen am 27.05.2012.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dhillion, Navtej/Yousef, Tarik (2009): *Generation in Waiting. The Unfulfilled Promise of Young People in the Middle East*, Washington D.C.: Brookings Institutions Press.
- Dubai School of Government (2012): *Social Media in the Arab World: Influencing Societal and Cultural Change?*, <http://www.arabsocialmediareport.com/UserManagement/PDF/ASMR%204%20updated%2029%2008%2012.pdf>, eingesehen am 29.07.2013.
- El Difraoui, Asiem (2011): »Es gibt keine ›Facebook-Revolution‹ – aber eine ägyptische Jugend, die wir kaum kennen«, in: Muriel Asseburg (Hg.), *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt*.

- Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen, Berlin: Eigenverlag, S. 17-19.
- Fillieule, Olivier/Blanchard, Philippe (2008): INdividual SURveys in RALlies (INSURA). A New Tool For Exploring Transnational Activism?, http://www.people.unil.ch/olivier.fillieule/Site/Book_sections_files/INSURA-copiePDF2.pdf, eingesehen am 01.12.2008.
- Flammer, August (1990): Erfahrung der eigenen Wirksamkeit. Einführung in die Psychologie der Kontrollmeinung, Bern: Huber.
- Fraser, Nancy (2008): »Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt«, in: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hg.), Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18-34.
- Gerlach, Julia (2011): Wir wollen Freiheit! Der Aufstand der arabischen Jugend, Freiburg i.Br.: Herder.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hegasy, Sonja (2011): »Meine Mutter liest Burda und den Koran« – Globalisierung und Wertewandel in Nordafrika«, in: Martin Hofbauer/Thorsten Loch (Hg.), Wegweiser zur Geschichte. Nordafrika, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, S. 229-239.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Mechanismen der Eskalation, <http://www.taz.de/!76867>, eingesehen am 27.05.2012.
- Helfferrich, Cornelia (2012): »Von roten Heringen, Gräben und Brücken. Versuch einer Kartierung von Agency«, in: Stephanie Bethmann/Cornelia Helfferrich/Heiko Hoffmann/Deborah Niermann (Hg.), Agency. Qualitative Rekonstruktionen und gesellschaftstheoretische Bezüge von Handlungsmächtigkeit, Weinheim/Basel: BeltzJuventa, S. 9-39.
- Hepp, Andreas/Vogelgesang, Waldemar (2005): »Medienkritik der Globalisierung. Die kommunikative Vernetzung der globalisierungskritischen Bewegung am Beispiel Attac«, in: Andreas Hepp/Friedrich Krotz/Cars ten Winter (Hg.), Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229-260.
- Herkenrath, Marc (2011a): Die Globalisierung der sozialen Bewegung. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Herkenrath, Marc (2011b): »Protest, Ungleichheit und Theorien der sozialen Bewegungen«, in: Arne Schäfer/ Matthias D. Witte/Uwe Sander (Hg.), *Kulturen jugendlichen Aufbegehrens. Jugendprotest und soziale Ungleichheit*, Weinheim/München: Juventa, S. 59-72.
- Hofheinz, Albrecht (2013): »Soziale Medien im Arabischen Frühling«, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 117-125.
- König, Michael (2011): Das entstellte Gesicht des Protestes, <http://www.sueddeutsche.de/politik/aegypten-der-tod-des-bloggers-kaled-said-das-entstellte-gesicht-des-protests-1.1051781-2>, eingesehen am 26.07.2013.
- Kurtenbach, Sabine (2011): »Jugendliche als Seismograph gesellschaftlicher Problemlagen«, in: *Giga Focus Global* 5, S. 1-8.
- Mau, Steffen (2007): *Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Möller, Renate/Sander, Uwe/Schäfer, Arne/Villányi, Dirk/Witte, Matthias D. (2009): »Motive Structures and Violence Among Young Globalization Critics: A Statistical Typology of the Motives for Protest at the 2007 G8 Summit«, in: *International Journal of Conflict and Violence* 3 (1), S. 124-142.
- Osman, Amr/Samei, Marwa Abdel (2012): »The Media and the Making of the 2011 Egyptian Revolution«, in: *Global Media Journal* 2 (1), S. 1-19, http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-25453/GMJ3_Samei_final.pdf
- Penke, Michel (2012): *Like and Strike. Die Bedeutung der Neuen Medien im Arabischen Frühling*, Hamburg, http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/wp_18.pdf
- Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit (2001): *Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potentiale der Medienentwicklung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pohl, Axel/Stauber, Barbara/Walther, Andreas (Hg.) (2011): *Jugend als Akteurin sozialen Wandels. Veränderte Übergangsverläufe, strukturelle Barrieren und Bewältigungsstrategien*, Weinheim/München: Juventa.
- Sarcinelli, Ulrich (2011): *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schäfer, Arne/Möller, Renate (2011): »Individualisierung von Jugendprotest? Motivstrukturen und Gruppeneinbindungen jugendlicher Globalisierungskritiker«, in: Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel/Thomas

- Olk (Hg.), Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitsuche und gesellschaftlichen Reaktionen, Weinheim/Basel: Juventa, S. 165-176.
- Schäfer, Arne/Witte, Matthias D. (2013): »Die arabische Revolution. Jugendprotest und Soziale Arbeit in Nordafrika«, in: Christiane Bähr/Hans-Günther Homfeldt/Christian Schröder/Wolfgang Schröder/Cornelia Schweppe (Hg.), Weltatlas Soziale Arbeit, Weinheim/Basel: Juventa, S. 53-66.
- Schäfer, Ulrich (1999): Schlaflos in Seattle, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15188884.html>, eingesehen am 28.07.2013.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.) (2013): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen, Wiesbaden: Springer VS.
- Seufert, Günter (2013): »Demonstrationswelle in der Türkei. Erdogan hat den Zenit seiner Macht überschritten«, in: Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hg.), SWP-Aktuell 38. Juni 2013, S. 1-4.
- Stamm, Karl Heinz (1988): Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Tobler, Stefan (2010): Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- UN Youth Report (2010): World Youth Report. The Youth and Climate Change, New York: Eigenverlag.
- Van der Loo, Hans/van Reijen, Willem (1992): Modernisierung. Projekt und Paradox, München: dtv.
- Winter, Rainer (2010): Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation, Bielefeld: transcript.
- Wong, Lloyd (1999): »Transnational and Diasporan Communities and Changing Identity. Implications for Canadian Citizenship Policy«, in: Paul Kennedy/Needham Hai (Hg.), A Selection of Papers From the Conference Globalization and Identities (30.06.1999-02.07.1999), Manchester: Manchester Metropolitan University Press, S. 1-18.

Autorinnen und Autoren

Ina Dietzsch, Dr. Phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der Universität Basel. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Öffentlichkeit, das Verhältnis von Medien und Stadt, Wissensformen und -praxen sowie Methoden kollaborativen Forschens von Kunst und Wissenschaft.

Hansjörg Dilger, Dr. phil., ist Universitätsprofessor am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin. Seine Forschungs- und Lehrschwerpunkte liegen in den Bereichen Religions- und Medizinethnologie, Transnationalität und Migration, Migrationszusammenhänge, urbane Ethnologie und Anthropologie der Bildung und des Lernens mit den regionalen Schwerpunkten östliches und südliches Afrika (insbesondere Tansania und Südafrika).

Annemarie Duscha, Dipl. Päd., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Mainz im Arbeitsbereich Sozialpädagogik. Im Rahmen ihres Dissertationsvorhabens erforscht sie die Unterstützungsaktivitäten einer brasilianischen Migrantinnenorganisation aus einer transnationalen Perspektive.

Christiane Frantz, apl. Prof. Dr., ist am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie, insbesondere Zivilgesellschaft, politische Kommunikation und Vermittlung sowie Interessenvertretung.

Kristine Krause, Dr. Phil., ist Postdoktorandin am Max Planck Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften und Juniorprofessorin am Institut für Anthropologie und Soziologie der Universi-

tät Amsterdam. Ihre Forschungsschwerpunkte sind transnationale Migration, Stadt und Religion, globale Pfingstkirchen, Medizinanthropologie, politische Anthropologie.

Lena Laube, Dr. rer. pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forum Internationale Wissenschaft (FIW) der Universität Bonn. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der politischen Soziologie, vor allem der vergleichenden Analyse von Grenz- und Migrationsregimen, staatlichen Inklusionspolitiken sowie der internationalen Visapolitik.

Peter Mörtenböck, Dr. phil., ist Professor für Visuelle Kultur an der Technischen Universität Wien und Research Fellow am Goldsmiths College, University of London. In seiner aktuellen Forschung untersucht er urbane Veränderungen im Spannungsfeld von sozialen Bewegungen, informellen Ökonomien und transnationaler Ressourcenpolitik. Gemeinsam mit Helge Mooshammer hat er zahlreiche Bücher zu Architektur, Raumpolitik und visueller Kultur verfasst.

Bruno Riccio, DPhil Sussex, ist Associate Professor in Cultural Anthropology an der Universität Bologna, wo er zum Thema der Anthropologie der Migration lehrt. Seine Forschungsschwerpunkte sind westafrikanische transnationale Migration, Home Town Associations, Co-Development, Citizenship, Politiken und Policies des Multikulturalismus, Zweite Generationen, Translokale und Multi-sited Ethnografie, urbaner Alltagsrassismus und Kosmopolitanismus.

Arne Schäfer, Dr. phil., ist Professor für Soziale Arbeit in Bildungs-, Entwicklungs- und Sozialisationsprozessen an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bildung und Sozialisation in Kindheit und Jugend, Kinder- und Jugendarbeit, Außerschulische Bildung, Ethnografie und Biografieforschung.

Caroline Schmitt, Dipl. Päd., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Mainz im Arbeitsbereich Sozialpädagogik. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen Migrant*innenökonomie (insbesondere Afro Hair Salons), (Transnationale) Migration sowie Soziale Arbeit und Transnationalität.

Antonie Schmiz, Dr. rer. pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie promovierte an der Universität Bremen zum Thema der transnationalen Netzwerke vietnamesischer Migranten in Berlin. Aktuell beschäftigt sie sich mit der kommunalen Wahrnehmung und Steuerung von migrantischen Aktivitäten und Ökonomien sowie mit der Arbeitsmarktintegration von Migranten.

Asta Vonderau, Dr. phil., ist Juniorprofessorin für Kulturanthropologie am Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Gastdozentin am Institut für Sozialanthropologie der Universität Stockholm. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Anthropologie der Politik, Audit und Infrastructure Studies, Europäisierung und postsozialistische Transformationen in (Ost)Europa.

Jeffrey Wimmer, Dr. phil., ist Juniorprofessor für Kommunikationswissenschaft an der TU Ilmenau. Er ist Sprecher der ECREA-Fachgruppe »Communication and Democracy« sowie der DG PuK-Fachgruppe »Soziologie der Medienkommunikation«. Seine Forschungs- und Lehrschwerpunkte liegen in den Bereichen Soziologie der Medienkommunikation, Öffentlichkeit und Partizipation, Mediatisierung und Medienkulturforschung.

Matthias D. Witte, Dr. phil., ist Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kinder- und Jugendhilfe, Transnationale Soziale Arbeit, Jugend, Globalisierung und Transnationalisierung.